

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von September 1988
bis November 1989**

NWO-Sonderheft Nr. 94



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von September 1988 bis November 1989**

NWO-Sonderheft Nr. 94

Terror der Antichristen vom 01.09.1988-30.11.1989

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von September 1988 bis November 1989	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von September 1988 bis November 1989

Der Mangel an Urteilskraft ist eigentlich das, was man Dummheit nennt, und einem solchen Gebrechen ist gar nicht abzuhelfen.

Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)

1988

Am 14. September 1988 wurde die jährliche Transitpauschale für die Jahre 1990 bis 1999 festgelegt. Die Bundesrepublik Deutschland soll zukünftig nicht mehr 525, sondern 860 Millionen Mark an die DDR zahlen.

Michail Gorbatschow (Generalsekretär der KPdSU) wurde am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt. Gorbatschow, der als Reformler galt, wußte damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengpässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen konnte.

Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses besuchte am 16. Oktober 1988 Erich Honecker in Ost-Berlin. Die DDR verpflichtete sich damals zu einer symbolischen Entschädigungszahlung für die noch lebenden Opfer der NS-Judenverfolgung.

Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) hielt am 10. November 1988 im Bundestag eine Gedenkrede zum 50. Jahrestag der Pogrome von November 1938. Seine unglücklich formulierten Ausführungen führten damals zum Eklat. Nach heftigen Protesten aus dem In- und Ausland mußte Bundestagspräsident Philipp Jenninger später zurücktreten, obwohl seine Integrität nicht in Frage gestellt wurde.

Das SED-Postministerium ließ am 19. November 1988 die sowjetische Zeitschrift "Sputnik" aus der Postzeitungsliste streichen, um die DDR-Bevölkerung von der sowjetischen Reformpolitik abzugrenzen. Der "Sputnik" bezeichnete Gorbatschows Politik der Offenheit (Glasnost) schon seit Monaten als Vorbild für den gesamten Ostblock.

In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt wurden, reduzierte man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprachen.

Im Jahre 1988 berichtete man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen

aus Ost-Mitteleuropa (x067/128,201): >>Vor den vorrückenden Truppen flohen Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten. Die Vergeltung für die grausame Besatzungsherrschaft der Deutschen in Polen und der Sowjetunion bekamen jetzt vor allem die Frauen mit ihren Kindern zu spüren, die in endlosen Flüchtlingsstrecks nach Westen ihre Familie und ihr letztes Hab und Gut retten suchten. ...<<

>>... Deutschland wurde in seinem territorialen Umfang um etwa ein Viertel des Standes von 1937 verkleinert. Die Gebiete östlich der Oder-Neiße kamen unter polnische, der nördliche Teil Ostpreußens unter sowjetische Verwaltung. Diese Gebiete gehörten damit nicht mehr zur sowjetischen Besatzungszone. Die deutsche Bevölkerung sollte aus diesen Gebieten umgesiedelt werden. ...

Wenn man das Potsdamer Abkommen mit dem Versailler Vertrag von 1919 vergleicht, ergeben sich große Unterschiede: Die Reparationsleistung fiel verhältnismäßig maßvoll aus; ungleich härter trafen das Nachkriegsdeutschland die territorialen Verluste. Denn damit war die Vertreibung und Zwangsumsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ostmitteleuropa verbunden. ...<<

Der deutsche Historiker Alois Harasko schrieb im Jahre 1988 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x020/107): >>... Eine systematische historische, soziologische und psychologische oder gar kriminalistische Auswertung der sudetendeutschen Vertreibungsberichte ist bisher nicht erfolgt.

Seit den Erhebungen in den 40er und frühen 50er Jahren haben sich – von einigen regionalen Dokumentationen abgesehen – auch landsmannschaftliche Gremien nicht mehr intensiv um eine weiterführende Klärung der Vertreibungsaktionen und um die Erhaltung des Wissens um die konkreten Geschehnisse im Bewußtsein der sudetendeutschen Bevölkerung bemüht. Diesem wurde vielmehr meist nur pauschal in der Errichtung zahlloser Gedenkkreuze, Kapellen und Mahnmale für die etwa 240.000 im Zuge der Vertreibung zu Tode gebrachten Landsleute Genüge getan.

Die an diesen Stätten gewöhnlich während ungezählter größerer und kleinerer Heimattreffen abgehaltenen Feiern waren im Zeichen der Versöhnungsbereitschaft vornehmlich vom Geist der Charta der Heimatvertriebenen aus dem Jahre 1950 bestimmt.

Eine gesellschaftliche Aufarbeitung selbst auch nur in dieser Form wurde aber andererseits im tschechischen Volk bisher von Staats wegen unmöglich gemacht. Nur ein einziges Beispiel für einen solchen Ansatz in der Zeit des Prager Frühlings ist bekannt geworden, als nämlich Teile der tschechischen Bevölkerung der südmährischen Stadt Pohlitz an zwei der in der Nähe befindlichen Massengräber eine bescheidene Gedenkstätte errichten wollten.

Daß aber anstatt dessen über diesen Gräbern der dort im Zuge der Austreibung der Brüner Deutschen am Fronleichnamstag 1945 zu Tode gekommenen 450 Menschen 2 landwirtschaftliche Gebäude zur Tierhaltung errichtet wurden, läßt vermuten, daß die Bewältigung eines die Nachbarschaft im Herzen Europas belastenden Geschehens, das zugleich ein die nächsten Generationen des tschechischen Volkes prägendes Trauma bedeuten dürfte, auch in der nächsten Zukunft kaum zu erwarten ist. ...<<

Ein Erdbeben in der UdSSR forderte im Jahre 1988 im Kaukasus etwa 25.000 Todesopfer (x175/60).

1989

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1989) berichtete am 2. Januar 1989: >>**Vom Freiheitsrausch bis Waterloo**

Rudolf Augstein über die Französische Revolution ...

Was mit dem Sturm auf die Bastille in Paris begann, am 14. Juli 1789, hat eine Vorgeschichte und eine Nachgeschichte. Beide sind bis heute umstritten.

Nicht einig ist man sich darüber, wann die Große Französische Revolution anfang und wann

sie zu Ende war. Bestritten ist, was sie bewirkt hat und ob sie das heutige Geschehen noch beeinflusst.

Bestritten auch, ob sie eine oder die "Große" gewesen sei; ob ihre Errungenschaften erstens nicht nur scheinbar und zweitens nicht zu teuer erkaufte worden sind; ja, ob eine vernünftige Reform nicht dasselbe und ohne die Blutbäder erbracht hätte. Diese, wie man finden darf, etwas naive Betrachtungsweise äußerte kürzlich auf dem Podium in Salzburg der renommierte deutsche Politik-Wissenschaftler Karl Dietrich Bracher.

Spitzt man dies Denkmodell zu, so könnte man sich eine überwiegend katholische Bundesrepublik vorstellen, deren Verfassung sich ausschließlich an den protestantischen Staaten der Angelsachsen und Skandinaviens orientiert hätte - wegen der Unwägbarkeit von zweihundert Jahren Geschichte eine absurde und unerlaubte Sicht.

Der Marxist hingegen, auch der Sowjetmensch, sofern er Marxist ist, wird die Französische Revolution zwar immer noch für groß, aber doch für eine unvollendete halten. Schließlich hatten die kleinen Leute, das niedere Volk, die - im buchstäblichen Sinne - Lastenträger der Nation, die Geschicke der werdenden Republik nur fünf Jahre lang mitbestimmt; vom Bastille-Sturm bis zur Hinrichtung Robespierres am 28. Juli 1794.

Dies ist die Grundthese des Professors an der Sorbonne, Albert Soboul, zwischen 1967 und seinem Tode 1982 Direktor des Institut d'Histoire de la Revolution francaise in Paris.

Demnach steht dann auch die Dauer in Frage. War die Revolution mit Robespierres Sturz 1794 zu Ende? Oder mit dem Ersten Konsulat Napoleons 1799? Oder mit der Errichtung des Kaiserreichs 1804? Oder mit der ehelichen Verbindung zwischen Napoleon und der Tochter des Wiener Kaisers Franz II., Marie Louise, 1810? Oder aber erst mit der Restauration der Bourbonen 1814/15?

War sie ein einziger großer Bruch mit dem "Ancien regime", der nach Waterloo dann teilweise wieder gekittet wurde, war sie demgemäß "un bloc" (Georges Clemenceau), oder entwickelte sie sich in mehreren, teils sich überlagernden, teils auch gegenläufigen Brüchen, die sich zur Kontinuität nie wieder würden fügen lassen?

Und Napoleon selbst? War er mehr als ein europäisches Ärgernis und ein Gegenstand der Bewunderung? War er der seiner Wirkungen unbewußte Katalysator neuer, nicht mehr aus der Welt zu schaffender Ideen, er, der die Revolution exportiert und liquidiert, ausgeschöpft und verraten, beerbt und zerstört hat, manchmal beides zu gleicher Zeit?

Konnte Karl Marx noch behaupten, die Ideen der Französischen Revolution hätten "über die Ideen des ganzen alten Weltzustandes hinausgewiesen", so müssen wir Heutigen uns eingestehen, daß sie sich angesichts des neu sich abzeichnenden Weltzustands - Atomenergie, Ökologie, Superkapitalismus, Überbevölkerung, Weltraum-Eroberung - nahezu verflüchtigt haben. Der entfesselte Geist ist in seine Flasche zurückgekehrt, oder?

Kein Zufall also, daß Frankreich die letzten beiden Kolonialkriege geführt hat, den in Vietnam bis 1954, den in Algerien bis 1962? Kein Zufall, daß Frankreich das Wahlrecht der Frauen erst 1944 eingeführt hat, 25 Jahre nach der Weimarer Republik?

Die "Gestalt einer universellen Weltordnung" - man wird sie kaum der "Philosophie des französischen Bürgertums des 18. Jahrhunderts" zurechnen können, wie Soboul das so eifrig propagiert hat.

Aber erst recht scheint die Gegenposition zu Soboul nicht haltbar, 1978 erstmals in aller Schärfe vorgetragen von Francois Furet, Professor an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Paris. Sie besagt, die Revolution sei kein notwendiges Ereignis gewesen, sondern die Kulturrevolution einer intellektuellen Schicht, die, von falschen Ideen geleitet, die Wurzeln späterer totalitärer Herrschaftssysteme vorgeprägt habe.

Da wäre denn zu fragen: Was ist eine richtige, was eine falsche Idee? Welches Ereignis ist notwendig, welches nicht? Ist die Idee von der unbefleckten Empfängnis eine richtige Idee,

weil ein notwendiges Ereignis, oder umgekehrt? Sind die Ideen Voltaires und Rousseaus wie auch zahlloser anderer vorrevolutionärer Geister schon deshalb falsch, weil es später Hitler und Stalin gab? Schon deshalb falsch, weil sie das angeblich Nicht-Notwendige, die Revolution eben, erst notwendig machten?

Dies Diktat liefe auf das Abknipsen geistiger Strömungen von den politischen Geschäften hinaus, und darauf soll es hinauslaufen. So müssen wir uns von Furet und seiner interessanten Theorie vorerst verabschieden und wieder den Tatsachen zuwenden.

Unter jenen rund zwölfhundert Mitgliedern der Generalstände, die in Versailles am 4. Mai 1789 mitsamt dem Königspaar zu ihrem feierlichen Eröffnungskirchgang schritten, befand sich keiner, der die Monarchie abschaffen oder den König und gar die Königin hinrichten wollte; keiner, der sich ein totalitäres Regime a la Hitler oder Stalin oder Pol Pot oder Chomeini auch nur vorstellen konnte.

Wohl aber waren Leute dabei, die an der Seite George Washingtons den amerikanischen Kolonien zur Unabhängigkeit verholfen hatten, wie der Marquis de La Fayette, damals 31 Jahre alt. Dieser "Held zweier Welten" hatte von drüben ein Exemplar der "Menschenrechte" mitgebracht. Er wird demnächst Kommandant der Pariser Miliz, der "Nationalgarde".

Es gab auch Leute im Festzug, die dem englischen System einer Parlamentsmonarchie Vorzüge abgewinnen konnten, sei es, weil sie selbst König werden wollten, wie der Herzog Philippe von Orleans, der Vetter des Königs, Ur-Ur-Großneffe des Sonnenkönigs Ludwig XIV. Er hatte sich im aufrührerischen Paris wählen lassen (guillotiniert unter seinem neuen Namen "Philippe Egalite" am 6. November 1793).

Oder sei es, weil sie, wie der Volkstribun Louis Riquetti, Graf von Mirabeau, Erster Minister dieses dem englischen System und dem englischen Thronfolger zugeneigten Prinzen werden wollten, koste es sie und andere, was es wolle.

Mirabeau, dieser monströse Sohn eines monströsen Vaters, damals schon 40 Jahre alt, hatte sich nicht etwa als Vertreter des Adels aufstellen lassen, des Zweiten Standes. Es hatte ihn vielmehr der Dritte Stand des Seneschallats Aix gewählt, und zwar mit Schmackes.

Als einer der Vertreter des Ersten Standes paradierte der Fürst-Kardinal Louis Rene Rohan-Guemenee, der seinem Onkel auf dem Stuhl des reichen Bistums Straßburg gefolgt war. Er hatte - unschuldig, unschuldig - in der Bastille gesessen, weil er sich 1785 die Gunst der Königin Marie-Antoinette mittels eines Diamanten-Halsbandes im Werte von 1,6 Millionen Livres hatte erkaufen wollen. Die ohnehin unbeliebte Königin, "Madame Deficit", hatte er blamiert; jetzt aber schritt er würdevoll als Märtyrer einher. Er vertrat den Gerichtsbezirk Hagenau und Weißenburg. Verhaftet worden war er übrigens vor allen Höflingen im Spiegelsaal von Versailles.

Ebenfalls den Ersten Stand vertrat der damals 35jährige Bischof von Autun, Charles Maurice de Talleyrand-Perigord, Neffe des Erzbischofs von Reims, später unter Napoleon Außenminister und Fürst von Benevent. Auch er gedenkt sein Spiel zu machen.

War er doch vom Schicksal wegen eines Hinkfußes in den Bischofssitz quasi hineingezwungen worden. Auf der Liste eleganter und erfolgreicher Gauner steht dieser bedeutende Staatsmann ganz oben. Er diente sogar noch bis in die Zeit des Bürgerkönigs Louis Philippe (1830 bis 1848). Unter diesem Sohn des guillotinierten Herzogs von Orleans vertrat er als Botschafter die Interessen Frankreichs in London. Er starb 1838 als frommer Christ.

Das Seneschallat Aix wurde nicht nur vom Grafen Mirabeau vertreten, sondern, namens des Klerus, des Ersten Standes also, von seinem Erzbischof Jean-de-Dieu de Boisgelin. Diesem Gottesmann war es 1787 durch ständiges Bohren bei der Königin gelungen, den Generalkontrollleur der Finanzen, Charles de Calonne, 53 - eine Art Superminister -, auszuhebeln und an dessen Stelle den Erzbischof von Toulouse zu hieven, Lomenie de Brienne. Der neue bezichtigte den alten sogleich des Betruges, versagte aber noch schlimmer (am 16. Februar 1794

verhaftet, starb er vor Schreck).

Im Dritten Stand, dem eine einfache Standardkleidung vorgeschrieben war, schritt auch ein unscheinbarer Rechtsanwalt aus Arras mit, als Verfechter gleicher Bürgerrechte wie auch als Gegner der Todesstrafe bekannt: Maximilien de Robespierre, fast auf den Tag genau 31 Jahre alt. Sein Tod auf der Guillotine am 10. Tag des Monats Thermidor des Jahres II (28. Juli 1794) markierte einen ganzen Abschnitt revolutionärer Blutherrschaft und gab seinen Gegnern den Namen "Thermidorianer". Er ist die umstrittenste und rätselhafteste Figur der an dubiosem Personal nicht armen Revolution, unbestechlich und am Schluß von seiner Messias-Rolle überwältigt.

Der wichtigste Stichwortgeber der gesamten Generalstände marschierte einige Reihen vor Robespierre, der Abbe Emmanuel Joseph Sieyes, Sohn eines Postmeisters und von seinen Eltern in den Priesterstand genötigt. Dieser Großvikar des Bischofs von Chartres, ehemals Beichtvater der königlichen Tanten, gehörte eigentlich dem hohen Klerus an, hatte sich aber lieber in Paris vom "Tiers etat", dem Dritten Stand, wählen lassen.

Er wird 1793 für die Hinrichtung des Königs stimmen, wird den "Säbel" Bonaparte 1799 an die Macht bringen. Als "Königsmörder" muß er 1815 emigrieren. Unter dem Bürgerkönig 1830 wieder zurück, wird er in kindischer Umnachtung zu seinem Diener sagen: "Wenn Monsieur de Robespierre kommt, sag, ich bin nicht zu Hause."

Was war die brisante Parole dieses am Soldatsein gehinderten Priesters? Diese: Der Dritte Stand ist alles, er vertritt 96 Prozent der Nation, er ist die Nation. Man muß ihn nur von den Ketten der privilegierten Parasiten befreien.

Hier lag die Crux für den damals 34jährigen König und seine 33 Jahre zählende "Autrichienne"... Er war beredet worden, die Generalstände einzuberufen, und konnte diesen Fehler, da er nicht autoritär war und sein Amt recht passiv auffaßte, auch gar nicht vermeiden. Seine Passion war die Jagd, bis zu neun Stunden hinter dem Hirsch her und ihn selbst noch ausweiden. Schon mit seinem königlichen Großvater hatte er gejagt. Im Ehebett hingegen hatte er, anders als der, seine Schwierigkeiten.

Zwar, die Generalstände waren zum letzten Mal 1614 einberufen worden, und sie hatten noch nie gutgetan. Aber die Finanzlage, über die niemand eine Übersicht hatte, war zu verheerend. Da es nun aber stimmte, daß Klerus und Adel nur vier bis höchstens acht Prozent der Bevölkerung ausmachten, mußte die Forderung auftauchen, die Zahl der Vertreter des Dritten Standes zu verdoppeln. Er sollte gleich viele Männer aufbieten wie Adel und Klerus zusammen. Es gab schon Präzedenzfälle in den Provinzen. Der Hof, die Konsequenzen verkennend, glaubte zustimmen zu müssen.

Keiner scheint daran gedacht zu haben, daß der "Tiers" (der Dritter Stand), um sich zur Geltung zu bringen, einheitlich vorgehen müsse. Zwar gab es in seinen Reihen nicht einen Bauern, nicht einen "Werk tätigen".

Doch der Dritte Stand, das war der Kunstgriff des Abbe Sieyes, nahm für sich in Anspruch, die beiden privilegierten Stände, weil nicht zur Nation gehörig, auszugrenzen. Eine recht willkürliche Ausgrenzung. Aber es stimmte ja, Bauern und Kleinbedienstete ganz ohne Rechte machten die überwältigende Mehrheit der Gesamtbevölkerung aus.

Der Dritte Stand des Abbe vertrat usurpatorisch die "Nation" in all ihren sozial noch so unterschiedlichen Schichten, auch die Bauern, auch die Tagelöhner. Ihre Beschwerden mußten sie wohl oder übel ihren Delegierten anvertrauen, weil sie nicht schreiben konnten.

Klerus und Adel wiederum waren untereinander und jeder in sich zerspalten. Da es den einfachen Priestern wenig besser ging als den Dörflern, die von ihnen betreut wurden, liefen sie als erste zum Dritten Stand über.

Am König hatten die Royalisten wenig Halt. Seiner Natur und seiner Erziehung nach war es ihm nicht möglich, sich an die Spitze der neuen Bewegung zu stellen und mit der "Nation"

gegen die Privilegierten zu regieren. Andererseits war er weder willens noch fähig, mit den ihm noch ergebenen Regimentern das Risiko eines Bürgerkrieges, samt Häuserkampf in Paris, auf sich zu nehmen.

Es ging einzig um die Frage, ob, wie bisher, nach Ständen, immer zwei zu eins also, oder nach der Regel "one man, one vote" abgestimmt werden sollte. Hier mußte der Dritte Stand siegen, wenn er durchhielt. Das tat er, und hätte es auch ohne Mirabeaus Schulbuchtiraden getan, die sich noch heute hübsch lesen. Alle drei Stände vereinigten sich zur Nationalversammlung.

König und Königin, er zum Regieren nicht willens, sie willens, aber nicht fähig, warteten also ab, bis es zu spät war, und es war bald zu spät.

Nur, warum tagten und stritten all diese Priester, Edelleute und Bourgeois in Versailles? Hat-ten sie sich aufgedrängt? Wollten sie revoltieren? Mitnichten. Sie waren von Ludwig XVI., einem absoluten König einzig von Gottes Gnaden, eingeladen, ja einbestellt worden.

Warum? Weil man sich von ihnen die Abwendung des Staatsbankrotts erhoffte. Der König wollte von ihnen, was man mit einer Silbe benennen kann: Geld. Sie hingegen wollten nach Verdienst an den Staatsgeschäften beteiligt werden.

Da muß man denn fragen, wer das immer noch reiche Land mit seinen über 25 Millionen Einwohnern in den Staatsbankrott hineingetrieben hatte. Waren das die Niederschichten? Sicherlich nicht. Waren das die intellektuellen Kreise mit ihren "falschen Ideen"? Wiederum Fehlanzeige. Diese Mittelschicht, Juristen, Ärzte, Kaufleute, war an der Regierung nie nen-nenswert, wenn überhaupt beteiligt gewesen.

Warum also war kein Geld in der Kasse? Weil Ludwig und seine Vorgänger, wie der Volks-tribun Mirabeau später donnern wird, jahrhundertlang eine pompöse Mißwirtschaft getrieben hatten. Das klingt recht demagogisch. Aber wahr ist, daß der Hof, der hohe Klerus und der Adel über die Verhältnisse des Landes gelebt hatten, auf Kosten des abhängigen Niedervol-kes, ja, und mit oft schreiender Ungerechtigkeit gegen die staatstragende Mittelschicht.

Die Krone, obwohl zuverlässige Zahlen kaum zu haben sind, verschwendete nicht so viel, wie man in der Bevölkerung glaubte. Aber sie verschwendete ohne Gewissen. Für die Babywäsche des Dauphins wurden 284.000 Livres ausgegeben. Einem fünfjährigen Prinzen wurde die Zi-villiste um jährlich 150.000 Livres aufgestockt. Und der Hof insgesamt gab in einem Jahr mehr Geld aus, als das Defizit des gesamten Königreiches betrug.

So sah die "Süßigkeit des Ancien regime" aus, nach der sich der Staatsmann Talleyrand, die-ser wunderlichste aller katholischen Prälaten und Halunke allergrößten Stils, zurücksehnen wird.

Wann genau ein abirrendes und abartiges System den "Point of no return" überschritten hat, wird sich nur selten feststellen lassen. Ja, wenn der bürokratische, majestätische und faule Ludwig XV. noch gelebt hätte, dieser, von wem auch immer, "Vielgeliebte".

Aber er hat nicht. Er war 1774 mit 64 Jahren an den Blattern gestorben. Gerade er verkörperte in seiner Person jenes System, das er zum Schluß, wirklich oder nicht, angeblich oder tatsäch-lich, hatte reformieren wollen.

Er hinterließ einen 20jährigen Nachfolger und dessen 19jährige, vergnügungssüchtige Frau, die zudem noch von ihrer Wiener Sippschaft, Maria Theresia eingeschlossen, höchst unklug und nahezu unsittlich bedrängt wurde, dem Hause Österreich zu dienen.

Ludwig XVI. erbte eine leere Staatskasse. Sein Engagement in Nordamerika erwies sich als kostspielig und zog sich noch bis 1783 hin. 1786 konnte es als Entschuldigung für die chroni-sche Finanzkrise nicht mehr herhalten. Wenn denn Marksteine sein müssen, so kann man die-ses Jahr als entscheidend für die künftig sich überstürzende Entwicklung ansehen.

Der 32jährige König hatte nacheinander bereits den Generalkontrolleur der Finanzen, Jacques de Turgot, und den Finanzdirektor Jacques Necker verbraucht, beides Männer, denen der Zwang zu Reformen bewußt war. Beide hatten die entstehende "öffentliche Meinung" für sich.

Beide stürzten, als sie den beiden privilegierten Ständen zu nahe traten.

Necker wurde sogar unter Ausnutzung einer gemeinen Intrige des Grafen von Provence, des älteren der beiden Brüder des Königs, zu Fall gebracht. Seit dem 3. November 1783 war Charles Alexandre de Calonne Generalkontrolleur, 49 Jahre alt und stattlich anzusehen, neben dem Außenminister Charles Gravier de Vergennes der wichtigste Mann im Kabinett, bis auch er von Ludwig Anfang April 1787 ohne Aussprache entlassen wird.

Wollte man einem Unwissenden die Bedeutung des Wortes "Euphorie" erklären, so wären die dreieinhalb Jahre des Finanzministers Calonne ein anschauliches Beispiel. Frankreich war ein reiches, ein angesehenes Land. Sein Finanzminister verordnet ihm Optimismus und betreibt "Deficit spending" im großen Stil. Es ist, als hätte er in den Büchern von John Maynard Keynes herumgestöbert. Er will das Land industrialisieren, will es auf die Höhe Englands bringen, dem der Krieg gegen seine Kolonien in Übersee kaum Abbruch getan hat. Niemals im 18. Jahrhundert hat "man" das Leben so sehr genossen wie unter Calonne, da erinnerte sich der alte Talleyrand ganz richtig.

Es störte den Generalkontrolleur, daß "die reichste Klasse diejenige war, die am wenigsten Steuern bezahlt". Die edle Einsicht hindert ihn nicht, Unsummen an alle Höflinge zu verteilen, die ihm hätten in den Rücken fallen können, bei den beiden Brüdern des Königs angefangen bis hin zu den albernsten Knall-Chargen. Er hatte eben aus dem Schicksal seiner Vorgänger gelernt.

Über den Herzog von Coigny, dem ein kostspieliges, aber sinnloses Amt genommen werden soll, berichtet der König gutmütig: "Wir beide, Coigny und ich, haben uns recht gezankt; aber ich glaube, selbst wenn er mich geschlagen hätte, wäre ich ihm nicht böse." Unnütz zu erwähnen, Coigny behielt sein Amt.

Optimistisch verharrte Calonne bei seiner Devise: "Mehr zahlen werden die, die bisher nicht genügend bezahlt haben." Wieder, wie in anderen, weniger wichtigen Fällen vorher, interveniert die Königin. Calonne muß gehen.

Ludwig steht nicht zu seinen Ministern, wenn sie bei einem hochmögenden Publikum in Ungnade gefallen sind. Er mimt nur den absoluten König, weil er weder von der Materie noch von den Akteuren etwas versteht.

Nicht einer von Ludwigs Ministern ist in Gnaden von ihm verabschiedet worden, allein sein Freund Vergennes, Außenminister seit 1774, starb im Amt.

Berufen wird zum Nachfolger Calonnes auf Drängen der Königin der für seine Sittenlosigkeit bekannte Erzbischof von Toulouse, Etienne de Lomenie de Brienne, "kein Zweifel, meine Herren", wie die Königin mutigen Auges sagt, "er ist ein Erster Minister".

Ihm fiel nichts anderes ein als seinen Vorgängern, er schüttelte nur die Mixtur. Nachträglich glauben viele zu wissen, wie man zu diesem späten Zeitpunkt noch die Finanzen hätte sanieren und das Land hätte reformieren können. Was man uns vorträgt, klingt alles ganz vernünftig. Aber wer, bitte schön, hätte es denn tun sollen?

Unter diesem König und dieser Königin, mit diesem Klerus und mit diesem Adel, angesichts dieser Verrätereien der Minister untereinander war überhaupt kein Regiment möglich. Irgend ein souveräner Schiedsrichter zwischen den Parteiungen wäre unerlässlich gewesen, sei es der König selbst, sei es ein Erster Minister a la Richelieu.

Der König konnte alles befehlen, aber Gold- und Silberstücke konnte er nicht herbeizaubern. Das verstand nur der Graf Cagliostro, in der Halsbandaffäre der Königin, oder vielmehr des Kardinals Rohan, schon einschlägig hervorgetreten.

Der König, so hatte ihm Calonne geraten, solle zur Behebung der Finanznöte des Reiches nicht die Generalstände einberufen, "les etats generaux". Statt dessen setzt Calonne auf eine Versammlung der nicht gewählten, sondern vom König, das heißt von Calonne, einzuberufenden Notabeln. Aber das Wort "Generalstände" ist schon vielerorts gefallen, so als könnten

diese zaubern, ohne zu reformieren.

So hat die Notabeln-Versammlung 1787 als einziges greifbares Ergebnis den Ruf aufgenommen, die Generalstände einzuberufen.

Es meldete sich aber auch eine Institution zu Wort, die Ludwig XV. 1771 ihrer politischen Macht, gegen die Dekrete des Königs zu remonstrieren, beraubt hatte - die Parlamente, l'Assemblée: Hohe Gerichtshöfe und das sie anführende Parlament von Paris. Auch dieser Hohe Gerichtshof forderte das Zusammentreten der Generalstände des Königreichs.

Ludwig XVI. hatte dem Großen Gerichtstag ("Lit de justice") seines Großvaters in Versailles beigewohnt. Jener erfahrene König folgte damals dem Rat seines Ministers Maupeou.

Desto verwunderter war sein Enkel, als seine Minister dem 20jährigen eine Art positiven Staatsstreich zumuteten: Alle rieten ihm, die Parlamente in ihre frühere bremsende Macht wieder einzusetzen. Am 12. November 1774 befahl er das Pariser Parlament zu sich nach Versailles. Er sagte: "Ich berufe Sie heute wieder in Ihre Ämter, die Sie niemals hätten verlassen sollen."

Es ist klar, daß der junge Herr seinen Ministern folgt. Der Finanzminister Turgot, der starke Mann im Kabinett, war keineswegs begeistert von diesem Rückzieher. Weil er aber die öffentliche Meinung für seine (zu?) großen Reformvorhaben brauchte, hatte er zugestimmt. Der desavouierte Maupeou sagte verbittert: "Durch mich hat der König einen Prozeß gewonnen, der seit drei Jahrhunderten dauert. Wenn er ihn noch verlieren will - er ist der Herr."

Er tut es, obwohl er gar nicht weiß und auch nicht wissen kann, was er tut. Man hat dieses Kind und seine Kind-Königin beredet. Der englische Botschafter in Paris fürchtet, daß "Ludwig sich daran noch vor dem Ende seiner Regierungszeit die Finger verbrennen wird". Friedrich in Potsdam schreibt an Voltaire: "Ihr junger König schaukelt auf einem recht stürmischen Meer; ich stelle ihn mir wie ein Lamm inmitten alter Wölfe vor."

Der Kreis schließt sich. Die Parlamente, voran das in Paris, werden sich mit dem Klerus und dem Adel auf widernatürliche Weise verbünden und jede erdenkliche Schwierigkeit machen, sobald es um die längst überfällige Abschaffung der für das Land ruinösen Privilegien geht. Der reichste Prinz des Königreiches, Herzog Philippe von Orleans, ruft am 19. November 1787, als Ludwig eine Anleihe zu registrieren befiehlt, seinem Vetter vor den Parlamentsjuristen die unerhörten Worte entgegen: "Diese Eintragung ist ungesetzlich!" Der Herzog, wir erinnern uns, strebt nach Ludwigs Krone, sein Sohn wird 1830 in Frankreich der "Bürgerkönig" Louis Philippe.

Aber Ludwig setzt ein letztes Mal seinen Willen durch und sagt mit fester Stimme: "Sie ist gesetzlich, gesetzlich, weil ich es will." Ein letztes Aufbäumen der tausendjährigen, im Lande keineswegs verhaßten Dynastie des Hauses Capet. Das Königtum erstickte an seiner eigenen Inkompetenz.

Aber wie sah es im Lande, wie in Paris aus? Das wußte der König natürlich nicht. Einmal hat er, der die Schifffahrt liebte, das Meer erlebt. Er sah sich einer Verschwörung der hohen Würdenträger seines Reiches gegenüber, keiner Revolution, und schon gar nicht einer der Bauern und des sonstigen Niedervolkes.

Ja, die Revolution hat in Frankreich mit einem Aufruhr nicht der Armen, sondern der Reichen angefangen. Besonders der Altar trotzte dem Thron, der sich anschickte, die Privilegien des hohen Klerus anzutasten. Wenn der König sich eine Revolution bis zum Sturm auf die Bastille durchaus nicht vorstellen konnte, so ist ihm daraus kein Vorwurf zu machen. Er kannte eben nur Revolten.

Die Versammlung der Generalstände hatte aber auch bei dem Niedervolk in Paris und Lyon, den beiden größten Städten, hatte bei den Bauern im ganzen Land Hoffnungen, Energien, Befürchtungen freigesetzt. So vieles hing vom Brotpreis ab, von der schwindenden Kaufkraft angesichts galoppierender Preise. Die Ernte im Herbst 1788 war nahe einer Katastrophe, der

folgende Winter ungewöhnlich streng, die Ernte 1789 mittelmäßig.

Zwar behauptet man, es sei dem Niedervolk auch anderswo nicht besser gegangen, außer in England. Aber es ging ihm in Frankreich, wo 85 Prozent der Bevölkerung noch Bauern waren und an die 60 Prozent des Bodens noch Leuten gehörten, die selbst nicht Bauern waren, schon seit Jahren reichlich schlecht. Die vielen Hungerrevolten und Getreideaufstände reden eine klare Sprache.

Frankreich befand sich damals ungefähr in der Mitte zwischen den fortgeschritteneren Produktionsverhältnissen in England und den meist in Leibeigenschaft verharrenden Gebieten in Mittel- und Osteuropa. Anders als in England hatte man noch kein System erfunden, die Getreidepreise abzufedern und den Brotpreis durch Importe stabil zu halten. Man benahm sich in Frankreich so, als ob der Brotpreis Sache der Polizei wäre.

Die Bauern kannten sich in den Mechanismen des Marktes noch weniger aus als die Minister. Sie witterten, ging der Hunger um, durchweg eine Verschwörung der Getreidespekulanten, der Müller und Bäcker, glaubten jedenfalls nicht an eine Laune der Natur. Man griff zur Selbsthilfe, auch zur Selbstjustiz.

Am Tag des Zusammentritts der Nationalversammlung in Versailles stellt ein noch nicht 20jähriger Artillerieleutnant die Ruhe in dem kleinen Dorf Seurre wieder her, indem er ruft: "Alle anständigen Leute sollen nach Hause gehen; ich schieße nur auf das Pack." Sein Name, damals noch: Buonaparte.

In den "Beschwerdebrieffen", die für die Ständeversammlung von den niederen Priestern und den Abgeordneten des Dritten Standes aufgesetzt worden waren, bekommt man ein wohl recht zutreffendes Bild der unhaltbaren Lage von mindestens zwei Dritteln der Bevölkerung.

Die Hauptstadt Paris pochte natürlich auf ihre Sonderrolle. Anderes als Weißbrot wollte man dort nicht essen. So macht der Ausspruch Sinn, den man Marie-Antoinette zugeschrieben hat: "Dann laßt sie doch Kuchen essen."

Für den Brotpreis brauchte man in einem Pariser Haushalt mehr als die Hälfte, ja, bis zu 80 Prozent des gesamten Familienbudgets. Die Miete für das eine kärgliche, jeden Komforts bare Zimmer hoch unterm Dach war, daran gemessen, bescheiden. Alle Vierteljahr zog dennoch fast die halbe Bevölkerung um, weil sie sie nicht mehr bezahlen konnte.

Jede Erhöhung des Brotpreises stieß alle Berechnungen der staatlichen Behörden um. Es gelang ihnen nicht, die Zusammenhänge so weit zu durchschauen, daß sie ihrerseits den Teufelskreis hätten durchbrechen können. Dazu wäre eine gewisse Kenntnis der Marktgesetze nötig gewesen, wie sie auch heute noch in kommunistischen Ländern nicht verbreitet ist.

Daß die Preise den Löhnen seit geraumer Zeit davonziefen, schien ein Naturereignis zu sein. Der Handelsvertrag, den Calonne 1786 mit England geschlossen hatte, schlug aufgrund der industriellen Überlegenheit Englands negativ zu Buche. Trotzdem dachte niemand an Revolution. Wer nach Brot und anderen lebenswichtigen Mitteln Schlange steht, hat keine Zeit, eine Revolution zu organisieren.

Von Revolution verstand man nichts, aber Revolution lag in der Luft. Ob es genützt hätte, die Parlamente nicht wieder zu ermächtigen oder die Generalstände keinesfalls einzuberufen - wer weiß das wohl. Aber wie konnte man im Bannkreis der immer unruhigen Hauptstadt, wie in Versailles tagen, einen Tagesmarsch von Paris entfernt. "In Versailles", entschied der König, aus einem Nickerchen erwachend, ohne Diskussion. Dort könne er am besten jagen. Sogar Paris war als Tagungsort ins Spiel gebracht worden.

Zwei unkontrollierbare Bewegungen verlaufen im Juli 1789 parallel zueinander, eine in der Hauptstadt und eine in fast allen Provinzen. Bis heute ist nicht klar, ob das in einer Art von konspirativer Abstimmung oder spontan geschah.

Auf dem Lande gibt es einen Flächenbrand undefinierbarer Unruhen, zusammengefaßt mehr aus Verlegenheit unter dem Namen "La Grande Peur", die Große Furcht. Das Gerücht ging

um, die Aristokraten hätten Räuberbanden angeheuert, um die Ernte zu vernichten. Da die Bauern meist nur gewöhnliche Räuberbanden vorfanden, kehrten sie ihren Frust gegen die Schlösser, setzten etliche in Flammen und verbrannten die Besitzurkunden und feudalen Rechtstitel der Herren. Es soll nur drei Tote gegeben haben, was man kaum glauben mag. Ist der Ursprung der Unruhen verworren, so jedenfalls nicht ihr Ende. Sie hörten am 6. August 1789 auf, zwei Tage nachdem die Nationalversammlung die Feudalrechte abgeschafft hatte. "Im Verlauf einer Nacht", wie Tocqueville schreiben wird, wischten die Entschlüsse einer unter Schock stehenden Nationalversammlung das feudale ... Frankreich von der Landkarte, setzte sich die französische Nation in Marsch.

Die Ereignisse in Paris, die am 14. Juli in dem Sturm auf die Bastille gipfelten, sind mit dem Namen Jacques Necker verbunden. Als Nachfolger des von ihm schriftlich geschmähten Turgot hatte sich der Genfer Bankier zwischen 1777 und 1781 als Generaldirektor des königlichen Schatzes einen heute schwer begreiflichen Namen gemacht. Man kann vermuten, weil er die verschwenderischen Ausgaben des Staatshaushalts, den Hof inbegriffen, 1781 in seinem mehr als hunderttausendfach nachgedruckten "Rechnungsbericht an den König für das Jahr 1781" publizierte.

1780 auf dem Höhepunkt seines Ansehens, wurde er gleichwohl 1781 entlassen. Man hatte dem König hinterbracht, Necker plane Strukturreformen wie in England und in Genf. Nein, dies "Ancien regime" wollte keine solchen Reformen, konnte sie nicht wollen. Man muß hier der Königin gutbringen, daß sie Necker halten wollte. Dennoch, er wurde weggejagt. Nun 1788, nach der Ära Calonne, gab auch der Günstling der Königin, Lomenie de Brienne, fast freiwillig auf, so sehr hatte er abgewirtschaftet. Die Königin weinte und erwirkte dem von der Syphilis Geschwächten einen Kardinalshut.

Man entsann sich wieder des Genfer Protestanten Necker. Auch dieser wußte keine neuen Rezepte, wurde aber Staatsminister mit erweiterten Befugnissen, und das Amt lockte. War Necker der alte, so hatte sich doch Paris verändert. In der Hauptstadt, wie auch in den größeren Städten der Provinzen, hatte sich eine deutlich neue Mentalität ausgebreitet, der man sich auf Dauer nicht würde entziehen können. Man denke, daß "Die Hochzeit des Figaro" von Beaumarchais wegen der den Adel kränkenden Wahrheiten vom König abgelehnt, von der Königin aber durchgesetzt wurde. Die Schauspieler, auch die des Hofes, wurden von der Kirche exkommuniziert. Die Heuchelei stank zum Himmel.

Aber Ludwig hörte nicht auf den Rat jenes seiner früheren Minister, der ihm später freiwillig als Verteidiger zu Hilfe kommen wird, des Guillaume de Malesherbes; samt Tochter und Enkeln wird dieser treue Diener 1794 auf dem Schafott enden. Der König hörte nicht auf den Rat, seinem Volk von sich aus die Verfassung des Jahrhunderts zu geben. Wie hätte man das von diesem König und bei dieser Verspätung noch erwarten sollen?

Ludwig lehnt ab und wählt Necker. Man hat den Eindruck, daß Necker binnen kurzer Zeit zu der Erkenntnis gekommen sein muß, sich nur noch einen populären Abgang zu verschaffen. Er schiebt den Parlamenten die wenigen früheren Rechte zu, die ihnen noch vorenthalten worden waren. Er befürwortet jetzt die Verdoppelung der Zahl der Vertreter des Dritten Standes, befürwortet die Pressefreiheit, die Steuergleichheit und anderes mehr. Dieser Retter in der Not lieh sogar dem Staat zwei Millionen Livres aus seinem privaten Vermögen. Auch Getreide importierte er.

Wieder versucht er den König zu größeren Zugeständnissen zu bewegen. Wieder vergeblich. Der König scheint - er scheint! - sich für eine militärische Lösung entschieden zu haben. Ohne Wissen Neckers läßt er 30.000 Mann unter dem betagten Marschall Broglie zusammenziehen. Dieser steckt sie nicht in ein Feldlager, sondern quartiert sie in den Vororten der Hauptstadt ein, wo sie sich mit dem Volk verbrüderern können. Mirabeau tobt rechtzeitig gegen den bevorstehenden Anschlag der Aristokraten.

Am 11. Juli 1789 leitet der König den Depeschenrat, recht ängstlich, denn er "tarnte seine Geistesverfassung mit mehr Schläfrigkeit als sonst". Ob er geschnarcht hat? Das ist nicht überliefert.

Necker, der schon gar nicht mehr hinzugezogen wird, erhält sein - zweites - Entlassungsschreiben. Originelle Begründung: Wegen seiner Beliebtheit soll er sofort und heimlich abreisen. Necker gehorcht. Der König jagt. Am 12. Juli wird Neckers Abreise in Paris bekannt.

Jetzt liegt klar zutage: Der König will die Verfassunggebende Versammlung zwingen oder, sollte sie sich weigern, auflösen. Dazu hat er sich den Baron de Breteuil herangeholt. Gibt es Aufruhr, soll die Ruhe von den Truppen wiederhergestellt werden. Der König vertraut seinem Konflikt-Ministerium und seinen in Versailles stationierten deutschen Regimentern. Er jagt.

Wer sich davon überzeugt hat, daß die Lage unhaltbar ist und die Krone keine Reform will, sondern den Weg zurück, muß jetzt zu den Waffen greifen. Die Pariser tun es. Sie öffnen die Gefängnisse. Sie bewaffnen sich.

Sie wissen, daß im "Hotel des Invalides" Waffen lagern. Es gibt kaum Schwierigkeiten, man erbeutet 3.200 Gewehre und einige Kanonen. Die Regierungstruppen, vor kurzem noch so nahe, ziehen sich zurück. Die Menge schwillt an und wälzt sich gegen die Bastille, wo man sehr mit Grund Pulver vermutet.

Dieses alte Bollwerk des Absolutismus hat kaum gewöhnliche Gefangene beherbergt: Tüchtlinge wie der Marquis de Sade waren hier ohne Prozeß auf Bitten ihrer Verwandten recht kommod eingesperrt gewesen. Gegen die Einrichtung durch eine königliche "Lettre de cachet", meist willkürlich ausgefertigt, gab es keine Berufungsmöglichkeit, kein Mittel.

Von dem Gouverneur der Bastille, dem Marquis de Launay, 48 Jahre alt, kann man sagen, er sei in der Bastille geboren und gestorben. Sein Vater schon war Gouverneur der Bastille gewesen. Es gibt Unsicherheiten und Mißverständnisse. Man hat gesagt, die Bastille mit ihren 32 Schweizern und 92 Kriegsinvaliden hätte zwei Tage durchhalten, ihre Verteidiger hätten die Angreifer mit einer Kanonade – 20.000 Pfund Pulver! - hinwegfegen können.

Das mag sein, aber hier kommandierte kein Napoleon. Und die Regierungstruppen hatten sich vom Schauplatz der Tumulte ja schon entfernt. Auf seiten der Aufständischen gibt es immerhin 98 Tote. Irgendwie muß sich die Bastille also doch verteidigt haben.

Der Gouverneur de Launay, drei Offiziere, drei Invaliden werden von der Menge gelyncht, ihre Köpfe auf Piken gesteckt. Sieben Insassen beherbergt die Zwingburg, darunter vier Urkundenfälscher. Saint-Just, der Erzengel der Revolution und mit Robespierre guillotiniert, will gesehen haben, wie "das Volk das Blut der hassenswertesten Persönlichkeiten trank und ihre Herzen aß". Das gefiel ihm gar nicht. Danton, von Robespierre guillotiniert, hat seine ersten großen Stunden.

Der König, als man ihm ausführlich berichtet, begreift nicht. "Rien", schreibt er in sein Jagd-Tagebuch. Das bedeutet aber nur, daß er nicht gejagt hat - er verzeichnet jedes Beutestück, von Schwalben bis zu Hirschen -, und weiter, daß er diesen Exzessen keine sonderliche Bedeutung beimißt. Unter dem 12. Juli hatte er hinter dem "Rien" noch vermerkt: "Abschied der Herren Montmorin, Saint-Priest und La Luzerne", der Necker-Minister.

Man debattiert und ist sich nicht einig. Die Königin und der jüngste Bruder des Königs, Artois, wollen nach Metz, Provence widerrät. Der alte Marschall Broglie sagt: "Natürlich können wir nach Metz gehen; aber was machen wir, wenn wir da angekommen sind?"

Die Sache dieses Königs ist verloren. Artois geht in die Emigration und zieht eine Wolke hoher Aristokraten mit sich. Will man die Bastille-Stürmer "Pack" nennen, so verläßt hier auch "Pack" Frankreich.

Schon einen Tag später machen sich fröhliche Menschen, unter ihnen Beaumarchais und der General Alexandre de Beauharnais, mit der Spitzhacke an dem imposanten Bauwerk zu schaffen. Der Vicomte de Beauharnais, guillotiniert am 23. Juli 1794, ist Napoleons Vorgänger im

Ehebett. Im Jahre 1880 wird das republikanische Frankreich den 14. Juli zu seinem Nationalfeiertag erklären.

Dem lethargischen König hat es an persönlichem Mut nie gefehlt, er besucht am 15. Juli die Nationalversammlung. Mirabeau macht einen Schwenk in Richtung Krone und hat seine größten Stunden. Retten kann auch er nichts mehr.

Der König muß Necker zurückberufen, ein Schattenkönig einen Schattenminister. Das Hundert-Stunden-Ministerium des Baron de Breteuil verschwindet klaglos; der Minister emigriert. Dennoch, den lernunfähigen König trifft keine "Schuld". Er glaubt sich im Recht, will noch am 5. August "niemals dulden, daß mein Klerus und mein Adel ausgeraubt werden". Der Weg in die Flucht, die beinahe gelungen wäre, der Weg aufs Schafott, beides ist vorgezeichnet.

Ein "Säbel", so sieht es Robespierre frühzeitig voraus, wird den neu errungenen Freiheiten ein Ende machen. Auch nicht für immer. 1916 bei Verdun siegte die Republik.

Wir tun gut daran, die Weltgeschichte nicht als einen Verschiebebahnhof zu begreifen, wo Revolutionen "entgleisen" können (Francois Furet). Auch diese hier ist nicht "entgleist". Nur wuchsen die Freiheitsbäume, die allenthalben, einer sogar in Hamburg, aufgerichtet wurden, nicht in den Himmel. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1989) berichtete am 2. Januar 1989: >>**Die Menschen- und Bürgerrechte**

Die französische Nationalversammlung deklarierte am 26. August 1789 die Menschen- und Bürgerrechte; sie umfassen insgesamt 17 Artikel:

Die als Nationalversammlung eingesetzten Vertreter des französischen Volkes haben in der Erwägung, daß eine Unkenntnis, ein Vergessen oder Verachten der Menschenrechte die alleinigen Ursachen des öffentlichen Unglücks und der Korruption der Regierungen sind, beschlossen, in einer feierlichen Erklärung die natürlichen, unveräußerlichen und heiligen Rechte des Menschen darzulegen, damit diese Erklärung allen Teilen der Gesellschaft immer vor Augen steht und sie unablässig an ihre Rechte und Pflichten erinnert; damit die Handlungen der legislativen und exekutiven Gewalt zu jeder Zeit mit dem Zweck jeder politischen Einrichtung verglichen können und dadurch entsprechend geachtet werden; damit die Ansprüche der Bürger von heute an auf einfachen unbestreitbaren Grundsätzen beruhen und immer auf die Erhaltung der Verfassung und das Glück aller hinzielen.

Demzufolge anerkennt und erklärt die Nationalversammlung in Gegenwart und unter dem Schutz des Höchsten Wesens nachstehende Menschen- und Bürgerrechte:

Artikel I: Die Menschen sind und bleiben von Geburt an frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.

Artikel II: Das Ziel einer jeden politischen Vereinigung besteht in der Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung.

Artikel III: Die Nation bildet den hauptsächlichlichen Ursprung jeder Souveränität. Keine Körperschaft und kein Individuum können eine Gewalt ausüben, die nicht ausdrücklich von der Nation ausgeht.

Artikel IV: Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was dem anderen nicht schadet. Somit hat die Ausübung der natürlichen Rechte jedes Menschen nur die Grenzen, die anderen Mitgliedern der Gesellschaft den Genuß derselben Rechte garantieren. Diese Grenzen können nur gesetzlich festgelegt werden.

Artikel V: Dem Gesetz allein obliegt es, die der Gesellschaft schädlichen Handlungen zu verbieten. Alles, was nicht gesetzlich verboten ist, kann nicht verhindert werden, und niemand kann gezwungen werden, etwas zu tun, was das Gesetz nicht befiehlt.

Artikel VI: Das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens. Alle Bürger haben das Recht, persönlich oder durch ihre Vertreter an seiner Gestaltung mitzuwirken; es soll für alle

gleich sein, mag es beschützen, mag es bestrafen. Da alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind, haben sie entsprechend ihren Fähigkeiten auch gleichermaßen Zugang zu allen Würden, Stellungen oder öffentlichen Ämtern, ohne einen anderen Unterschied als den ihrer Tugend oder ihrer Talente.

Artikel VII: Kein Mensch kann anders als in den gesetzlich verfügbaren Fällen und den vorgeschriebenen Formen angeklagt, verhaftet oder gefangengehalten werden. Wer willkürlich Befehle verlangt, ausfertigt, ausführt oder ausführen läßt, muß bestraft werden; wenn ein Bürger auf Grund des Gesetzes vorgeladen oder festgenommen wird, muß er sich sofort beugen, durch Widerstand macht er sich schuldig.

Artikel VIII: Das Gesetz soll nur unbedingte und offensichtlich notwendige Strafen festlegen. Niemand kann auf Grund eines Gesetzes bestraft werden, das nicht vor der Tat erlassen und verkündet wurde und zur Anwendung gekommen ist.

Artikel IX: Da jeder Mensch nur so lange für unschuldig gilt, wie er nicht für schuldig befunden ist, soll, wenn eine Verhaftung unumgänglich ist, jede unnötige Härte zur Versicherung seiner Person gesetzlich streng verboten sein.

Artikel X: Niemand darf wegen seiner Meinung, selbst religiöser Art, belangt werden, solange die Äußerungen nicht die gesetzlich festgelegte öffentliche Ordnung stören.

Artikel XI: Der freie Austausch von Gedanken und Meinungen ist eines der kostbarsten Menschenrechte; jeder Bürger kann im Rahmen der gesetzlichen Regelungen frei schreiben, reden und drucken.

Artikel XII: Die Sicherung der Menschen- und Bürgerrechte erfordert eine Streitmacht, die zum Vorteil aller eingesetzt wird und nicht zum besonderen Nutzen derer, denen sie anvertraut ist.

Artikel XIII: Für den Unterhalt der Streitmacht und für die Kosten der Verwaltung ist eine allgemeine Abgabe unumgänglich. Sie muß unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse gleichmäßig auf alle Bürger verteilt werden.

Artikel XIV: Die Bürger haben das Recht, selbst oder durch ihre Vertreter die notwendigen öffentlichen Ausgaben zu überprüfen, sie in freier Entscheidung zu bewilligen, ihre Verwendung zu kontrollieren, die Veranlagung, Eintreibung und Dauer zu bestimmen.

Artikel XV: Die Gesellschaft hat das Recht, von jedem öffentlichen Beamten Rechenschaft über seine Verwaltung zu fordern.

Artikel XVI: Jede Gesellschaft, in der die Garantie dieser Rechte nicht erfolgt und die Gewaltenteilung nicht festgeschrieben ist, hat keine Verfassung.

Artikel XVII: Da das Eigentum ein unverletzliches und heiliges Recht ist, kann es niemandem genommen werden, es sei denn, ein gesetzlich fundierter öffentlicher Bedarf macht dies unumgänglich und eine gerechte Entschädigung wird vorher festgelegt.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1989) berichtete am 2. Januar 1989: >>"Einer singt falsch beim Halleluja"

Horst Herrmann über Karlheinz Deschners "Kriminalgeschichte des Christentums" bis 1981
Priester und Professor für katholisches Kirchenrecht, lehrt Religionssoziologie an der Universität Münster.

Horst Herrmann,48, bis Priester und Professor für katholisches Kirchenrecht, lehrt Religionssoziologie an der Universität Münster

Kaiser Konstantin "der Große", der 337 starb, hat alle Mitglieder seiner Familie umgebracht, die seiner Karriere im Weg standen. Tausend Mordtaten "zu Felde" hat er auf dem Gewissen. Als "leuchtendes Vorbild der Christenheit" wird er heiliggesprochen: Er hat im rechten Glauben gehandelt.

Vor allem hat Konstantin, den "alle als einen gütigen Vater kennengelernt" (Bischof Theodoret), gesiegt. Es kommt auf die Menge des Erfolgs an und auf die richtige Rechtfertigung des-

selben. Wer einmal mordet, ist kriminell. Erst der Umfang des Wütens und die Flut des vergossenen Blutes machen Verbrechen straflos. Wer sich seine Taten von Päpsten sanktionieren läßt, ist historisch am erfolgreichsten.

Papst Leo I. (440 bis 461) stachelt an: "Wenn Gottes Geist die Eintracht zwischen den Christenherrschern stärkt, dann sieht die ganze Welt, wie in doppelter Hinsicht das Vertrauen wächst: Durch den Fortschritt im Glauben und in der Liebe wird die Macht der Waffen unüberwindlich, so daß Gott, durch unsere Glaubenseinheit gnädig gestimmt, in einem den Irrtum der falschen Lehre und die Feindseligkeit der Barbaren vernichten wird."

Einer seiner Nachfolger, Sergius I., setzt diesem "Löwenpapst" übers Heilige Grab: "Er hat gebrüllt, und die feigen Herzen der Tiere begannen zu zittern."

Der Schreibtischtäter Leo I. hatte geraten, die Nichtchristen "wie todbringendes Gift" zu meiden und kein Wort mit ihnen zu sprechen, sondern sie in ihre "finsternen Schlupflöcher" zurückzujagen. Vernichtung der Menschenwürde der Andersgläubigen und Sprache der gesalbten Totschläger nenne ich so was, entnommen dem uralten Wörterbuch des Unmenschen.

Kirchengeschichte anders gelesen, als Geschichte von Verbrechen mit Billigung oder unter dem Beifall der Kirche, von Laien wie von Klerikern, von Priestern, Bischöfen und Päpsten verübt - das ist der rote Faden in Karlheinz Deschners "Kriminalgeschichte des Christentums".

Deschner, 64, im Jahre 1988 Träger des Arno-Schmidt-Preises (weil er für den Primat der Vernunft, für den Vorrang der Wahrheit vor der historischen Lüge schreibe), ist Moralist, kein Fachhistoriker, obgleich die Mehrzahl seiner Bücher Geschichtswerke sind.

Seit Jahrzehnten völlig auf sich allein gestellt, im Gegensatz zu seinen zahlreichen Gegnern ohne Zuträger und Geldmittel aus einer Universität, weist er als freier Schriftsteller und Chevalier seul nach, daß das Verbrechen "gegen die, denen Gott zürnt", von Anfang an System hat.

Des Moralisten verzweifelte Fragen hinter seinen kirchenkritischen Büchern: Wie viele Ermordete müssen denn noch her, bis Reue einsetzt und Abkehr? Wieviel muß aufgedeckt sein, bis Komplizenschaft sich nicht mehr lohnt? Bis es als Schande gilt, sich als Christ zu bekennen? Bis die Täter nicht mehr die Beleidigten spielen dürfen?

1986 ist Deschners erster Band, "Die Frühzeit" (bis 430), erschienen, mit rund 30.000 verkauften Exemplaren. Jetzt liegt der zweite Band vor, "Die Spätantike" (bis 565). Für 1990 ist der dritte angekündigt (bis zum Jahr 1000). Im Jahr 2000 (nach "christlicher" Zeitrechnung) soll das Gesamtwerk vorliegen. Wie viele Bände es umfassen wird, weiß der Autor selbst noch nicht. Neun werden es gewiß.

Die bisherigen Bände haben, auf 1.200 Seiten, gerade gut 560 Jahre aufbereitet. Die Rede ist von gut 20.000 Seiten Exzerpten und Entwürfen - kein Wunder bei dieser Überfülle an Tatbeständen, an kirchlich inspirierten und von Kirchenleuten begangenen Verbrechen, reuelos an Juden, Heiden, Ketzern, Hexen verübt, im Namen und auf Rechnung der Alleinseligmachenden Heiligen Kirche.

Deschners Plan, 2.000 Jahre Heilsgeschichte unter deren nicht unwichtigstem Aspekt, dem der kriminellen Energie, zu bearbeiten, schlägt der konfessionell gesteuerten Geschichtsschreibung ins Gesicht. Die läßt das Christentum von Christen aufbereiten und mokiert sich allen Ernstes darüber, daß und wie sowjetische Gelehrte die Geschichte der Sowjet-Union schreiben.

Diese eine Gegenstimme ertragen die Eingeweihten nicht. Deschner, streuen sie, ist ein Volksverhetzer, ein neuer Streicher, ein Rosenberg; zumindest sei er ein unseriöser Schreihals, dem die Zunft den Dialog verweigern muß und die entsprechende Anerkennung.

Im Chor derer, die zigtausend Schriften in Archiven, Bibliotheken, Buchhandlungen füllen ließen, die das orthodoxe Halleluja absingen, singt einer falsch.

Deschner hat zwei Dutzend lästerlich erregende Bücher hinter sich. Mund zu, rät man ihm "im guten". Er nimmt die Drohung nicht an. Er will immer wieder dasselbe sagen, es nachwachsenden Generationen sagen und die Hoffnung nicht aufgeben, es einmal nur noch historisch sagen zu dürfen, als Reminiszenz an das Ungeheuerliche in der Kirchengeschichte.

Deschner hat die Inhalte der Kirchen-Kritik nicht erfunden, wohl aber wieder aufgefunden. Ich erinnere an Aufklärer des 18. Jahrhunderts wie die Franzosen Pierre Bayle, Claude Helvetius, Voltaire oder an den deutschen Schriftsteller Heinrich Heine. In Deschners "Kriminalgeschichte des Christentums" hat nun auch das 20. Jahrhundert sein Buch. Allgemeingut ist sein Wissen um kirchliche Abgründe aber noch lange nicht.

Doch dieser Autor wird in die Schulbücher kommen. Ich gebe, gegen manche der heutigen Kulturbürokratien, die Hoffnung auf das Humane und auf den Beginn von Redlichkeit nicht auf.

Der Verdacht vieler, die Kirche habe schmutzige Hände, wird durch die Knochenarbeit Deschners zur Gewißheit. Die Fakten beginnen endlich die Vermutung der vielen zu ersetzen, und was die Phantasie erdacht hat, ist durch Hinweise auf die Realität übertroffen.

"Ich warne euch vor den Tieren in Menschengestalt", sagt der heilige Irenäus. "Sind sie aber keine Christen, sind sie Teufel"; "Schlachtvieh für die Hölle", sagt der nicht weniger heilige Kirchenvater Hieronymus.

Wenn Heilige so deutlich die Richtung weisen, muß das Folgen haben. Beispielsweise: Der katholische Kaiser Valentinian I., gestorben 375, befiehlt schon wahllose Exekutionen; nur sonntags sollen keine Hinrichtungen von Ungläubigen erfolgen. Der Irrtum, wenn's denn überhaupt einer war, hat kein Recht, die Irrenden bekommen keine Gnade.

"Es ist gerecht, diejenigen auch ihrer weltlichen Güter zu berauben, die nicht den wahren Gott verehren", dekretiert der Christenkaiser Justinian im Jahre 527, und schon hat das Reich seine Pogrome. "Auf daß sie im Elend erliegen", verlieren Ketzer die Bürgerrechte, ihr Besitz wird beschlagnahmt und an rechtgläubige Volksgenossen verteilt, ihre Bethäuser gehen in Flammen auf.

Die "Christenverfolgungen" der christlichen Ur- und Frühzeit sind, verglichen mit den Verfolgungen, die durch Christen geschehen sind, unerheblich gewesen.

Ehrliche Bücher machen den Leser ehrlich. Wie hältst du es, nach der Lektüre dieser Fakten, mit so einer Religion, die als genuin abendländisch gilt und auch noch als Frohbotschaft vom lieben Gott? Verständlich, wenn einer nach solcher Deschner-Lesung zum Amtsgericht geht und seinen Kirchenaustritt erklärt, da er in einer so ekelhaft bruchlosen Tradition ein Stück Gegenwart erkennt.

Es gibt keine gute Seite einer Sache und einfach daneben eine böse. Die schlimme ist die wesentliche. Sie drückt dem Ganzen ihren Stempel auf. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, meinte Jesus, der gewiß nicht der Stifter der Religion war, die seinen Namen anektiert hat.

Daß die Wirkungsgeschichte des Evangeliums von der Liebe eine Rekordzahl von gefolterten und getöteten Opfern aufweist, liegt mit an der Unvollkommenheit seiner Anhänger. Aber es liegt auch an den heiligen Schriften selber, deren Autoren die Absichten Jesu bereits im Keim erstickt, abgeschwächt und verfälscht haben.

In jedem Fall hat Deschners historische Perspektive auf Mörderpäpste und Lügentheologen wenn nicht Zustimmung, so doch eine Diskussion verdient. Aber wo sollten ausgerechnet Christen das Diskutieren erlernt haben? Ihre Evangelien kennen keine fairen Gegner, nur zu Pharisäern umgebene Kretins.

Schon die früheste und heiligste Urkunde, das Neue Testament, hat einen charakteristischen Beigeschmack: Es spielt durchweg in kleingeistigem Milieu; seine Erwählten baden in Selbstgefälligkeit, und seine Jünger hassen alle, die sich nicht bei ihnen zu Hause fühlen. Nietzsche ist von diesem Christen-Mief übel geworden.

Beweisen müßten Deschners Kritiker, daß der Autor erfunden und erlogen hat, daß da Zitate gefälscht, falsch gebraucht, falsch bewertet worden sind, daß Deschner nicht immer auf dem neuesten Stand der Forschung sei. Da sie schweigen, nehme ich an, daß sie ihn nicht widerlegen können.

Daß Deschners Methode unsauber ist, seine Erkenntnisse halb wahr und folglich unwahr sind, das hätten die Lobbyisten der Transzendenz gerne, die Leute mit dem "Alles halb so schlimm Gesicht", denen immer alles recht ist, wie es ist - weil es sich für sie lohnt.

Deschner hat mehr Tages- und Nachtstunden drangegeben, als es jedem einfällt, der für seine Arbeit im Weinberg des Herrn nach dem Tarif für Lebenszeitbeamte entlohnt wird. Respekt vor der Leistung des einzelnen, der auf einem Platz bleibt, von dem hundert Besserdotierte sich weggestohlen haben.

Kein Wort der Reue zu finden und keine Geste der Erinnerung an die Opfer ihrer eigenen Kirche, das ist die heutige Taktik derer, die keine Scheiterhaufen mehr brennen lassen können. Papst Wojtyla reist zu den Tatorten, läßt sich feiern und schweigt. Wegsehen ist auch eine Form der Zustimmung.

Der Kölner Katholik und Schriftsteller Heinrich Böll hatte ein besonderes Gespür für die kirchliche Korruption, die sich seiner Meinung nach nicht nur in der Vergangenheit, sondern in subtileren Formen auch in der Gegenwart auswirke, weshalb er schließlich aus der Kirche austrat. Böll war über das Infame in der Kirche so empört, daß er mir gegenüber nicht nur einmal deutsche Bischöfe als "noch nicht entdeckte Ganoven" bezeichnet hat. ...

Das politische Buch Karlheinz Deschner: "Kriminalgeschichte des Christentums" Rowohlt Verlag Reinbek Zwei Bände 536 und 680 Seiten ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb in der Einleitung zum Gesamtwerk "Kriminalgeschichte des Christentums" über die politische Geschichtsschreibung der Kirchen- und Staatshistoriker (x324/42-70): >>... Man fragt sich nur, mit welcher Selbstsicherheit die Historiker über gewisse "historisch naive ... Aussagen " des 19. Jahrhunderts "heute lächeln" (Koselleck), wenn doch viele Historiker des 21. Jahrhunderts wieder über einen gewissen Stand der Kenntnisse und Erkenntnisse vieler Historiker des 20. Jahrhunderts lächeln werden und viele des 22. Jahrhunderts über viele des 21. Jahrhunderts - immer vorausgesetzt, daß es zu diesen Jahrhunderten noch kommt.

Wird so nicht ein ewiges Lächeln von Historikern über Historiker sein? Ein ewiger Wahn, so etwas wie die wahren oder doch wahrscheinlicheren Grundsätze der Geschichtswissenschaft entdeckt zu haben oder wenigstens ihnen nahe gekommen zu sein?

Man könnte entgegen, dies ständige Umschreiben, Neuschreiben, Anderssehen der Geschichte resultiere nur aus ihrem eigenen Wissenschafts- und Wahrheitsanspruch, aus dem Streben gerade nach mehr Objektivität, größerer Genauigkeit, zumal verbesserte Arbeitsbedingungen, ein funktionstüchtigeres Instrumentarium, veränderte Forschungstechniken und Interpretationsverfahren, tieferdringende Sonden, bessere Verifikationsmöglichkeiten, neue Theorie- und Methodenkonzeptionen, begrenztere oder erweiterte oder exakter konstruierte Problemstellungen hinzukommen, zu schweigen vom Auffinden neuer Quellen.

Doch in Wirklichkeit zeigt die Geschichtsschreibung, daß der Schwerpunkt ihrer Interessen sich gewöhnlich erst verlagert, wenn die Zeitgeschichte ihre Interessen verlagert, ihre Ideologien, ihre Begriffe; daß die Geschichtsschreibung unter einem gewissen Zwang außerscientifischer Maßgaben, des metawissenschaftlichen Umfelds, der jeweils herrschenden Mächte, der politischen Praxis steht, daß sie dem Einfluß staatlicher Willensbestimmung unterliegt, daß sie den Dispositionen und Intentionen von Diktatoren folgt und somit - wie besonders der vorwiegend von amerikanischen Historikern (gegen den Positivismus) entwickelte Präsentismus lehrt - bloß eine Projektion von Gegenwartsinteressen auf die Vergangenheit ist; gerade das 20. Jahrhundert zeigt dies rundum auf der Welt.

Und im 19. Jahrhundert sowie in den vorhergehenden Epochen ist es ... kaum anders gewesen.

Was helfen die schönsten Theorien über Objektivität der Geschichtswissenschaft, wenn die Realität dieser Geschichtsschreibung ihre eigenen Theorien widerlegt! Das erinnert fast an den Gegensatz zwischen der Predigt des Christentums und seiner Praxis.

Auch bei Methodenkontroversen geht es - wie beim sogenannten Methodenstreit Ende des 19. Jahrhunderts - viel weniger um sachliche als um politische Auseinandersetzungen, gesellschaftliche Umwertungsprozesse.

Was scheinbar um der Wissenschaft, Forschung, theoretischen Besinnung willen geschieht, ist in Wirklichkeit mehr durch vor- und außerwissenschaftliche Realitäten bedingt, durch Tagespolitik, den sozialen Lebensbereich, Subjektivität, Egoismen.

Nun kommt zum allgemeinen Objektivitätsproblem noch ein spezielleres, heikleres Phänomen, das damit zusammenhängt. Die Schwierigkeiten resultieren dabei weniger aus der Tatsache, daß die Quellen oft lückenhaft, die Datierungen unsicher sind - zu schweigen von beträchtlichen Differenzen ganzer Wissenschaftszweige, etwa zwischen Archäologie und Linguistik oder Geschichte. Vielmehr geht es hier, da Geschichte meistens Texte betrifft, da alle Geschichtsschreibung Sprache ist, um die Sprache des Historikers.

Noch Louis Halphen (1946) genügte es, "sich in einer gewissen Weise von Dokumenten tragen zu lassen, die man eins nach dem anderen gelesen hat, wie sie sich uns anbieten, um die Kette der Fakten sich fast automatisch herstellen zu sehen". Aber leider sind "historiographische" Tatsachen noch keine "historischen" Tatsachen, sind Begriffe nicht die Wirklichkeit ... Leider gibt es "keinen scharfen Bruch zwischen Geschichte und Mythologie ... keine scharfe Grenzlinie zwischen 'Fakten' und Theorien" (Sir Isaiah Berlin), sind beide vielmehr "so sehr miteinander verwoben, daß man vergeblich versuchen würde, sie streng und genau zu trennen" (Aron).

Leider auch können historische Tatsachen sehr verschieden gesehen und bewertet, können sie einseitig beleuchtet oder verdunkelt, entstellt, verdreht, verfälscht werden, können sie an sich schon vielschichtig, selbst bereits "wissenschaftliche Konstruktionen" sein (Bobińska), "eine Konstruktion des Geschichtswissenschaftlers" (Schaff). Kurz, geschichtliches Leben ist nicht adäquat durch Reproduktion zu erfassen, sondern nur annäherungsweise, jede Geschichtsschreibung ist ein untrennbares Geflecht von Fakten, Hypothesen, Theorien. "Jede Tatsache ist schon Theorie", wie bereits Goethe pointiert behauptet.

Niemals sind wir, sofern Geschichte vergangen ist, mit einem geschichtlichen Ereignis unmittelbar, niemals mit der nackten Tatsache als solcher konfrontiert, mit Rankes "wie es eigentlich gewesen"; was übrigens bescheidener klingt, als es gemeint war. Der konservative Historiker, dem das Amt des Geschichtsschreibers - peinlich genug - nur mit dem des Priesters vergleichbar schien, der auch Grund hatte, sich häufig Unparteilichkeit, äußerste Unparteilichkeit, zu attestieren, wünschte sein "Selbst gleichsam auszulöschen", "nur die Dinge reden, die mächtigen Kräfte erscheinen zu lassen" und schrieb der "wahren" Historie die Aufgabe zu, über "parteiisches Für und Wider" hinaus, "nur zu sehen, zu durchdringen ... um dann zu berichten, was sie erblickt".

Dieser selbstsichere Objektivismusglaube, von dem Grafen Paul York Wartenburg als "Okularismus", von Droysen ("Objektiv ist nur der Gedankenlose!") als Ausdruck "eunuchischer Objektivität" verhöhnt, ist illusorisch. Denn es gibt keine objektive Wahrheit in der Geschichtsschreibung, keine Geschichte, wie sie sich wirklich ereignet hat; "es kann nur historische Interpretationen geben, und von diesen ist keine endgültig" (Popper). Haben wir es doch bei der Geschichtsschreibung - im Grunde aber schon bei der "Quelle", dem (primären) Informationsträger, den Inschriften, Urkunden - immer bloß mit der Beschreibung von "Ereignissen", "Tatsachen" zu tun.

Diese Beschreibungen stammen jedoch sämtlich von Autoren, die nur mittels rhetorischer und narrativer Hilfsmittel arbeiten konnten, die - zu allen Zeiten - ausgewählt haben, auswählen mußten, auch die Fakten in irgendeine Anordnung bringen mußten, weniger ein wissenschaftlicher als ein literarischer Akt.

Die Beschreibungen stammen von Verfassern, die guten oder schlechten Glaubens fortgelassen, die unterschlagen haben, die selbstverständlich alle mehr oder weniger Interessen gelenkt, die selbstverständlich alle mehr oder weniger einseitig berichtet, die ihre durchaus korrekten Quellenbelege (wobei jede Übersetzung freilich mehr oder weniger schon Deutung ist) in bestimmter Weise geprägt, in bestimmte Kontexte gestellt, die ihre Weltanschauung, mehr oder weniger bewußt, zum Leitmotiv ihrer Interpretation gemacht haben, wobei zur Problematik dieser Texte noch die der Überlieferung kommt, das nicht seltene Phänomen der Fälschung, der Interpolation.

Und moderne Historiker verfahren natürlich kein Jota anders mit den Dokumenten, wählen aus, lassen fort, beleuchten, erläutern, erklären im Sinne ihrer Weltanschauung.

Gerade Koryphäen stärken so nicht unser Vertrauen in die Objektivität ihres Fachs. Theodor Mommsen (Nobelpreis 1902) nannte ausgerechnet die Phantasie "wie aller Poesie so auch aller Historie Mutter". Bertrand Russell schrieb den Titel *'History as an Art'*.

A. L. Rowse, ein führender englischer Historiker des 20. Jahrhunderts, sieht Geschichte der Dichtung viel näher als man meist meine ... Nach Geoffrey Elton ist sie (1970) vor allem "Erzählung" ...

Auch Hayden White hieß jüngst historische Texte nichts anderes als "schriftstellerische Kunstprodukte" (literary artefacts). Kenner wie Koselleck und Jauss betonten um dieselbe Zeit die Verwobenheit von Faktizität und Fiktion. Vielleicht aber fand H. Strasburger 1966 die treffendste, von F. G. Maier 1984 ausdrücklich bejahte Formel für Geschichte: "Ein Mischwesen aus Wissenschaft und Kunst", "bis auf den heutigen Tag" - nachdem freilich schon Ranke 1824 die Aufgabe des Historikers "zugleich literarisch und gelehrt" genannt hatte und die Historie selbst "zugleich Kunst und Wissenschaft".

Macht man sich bewußt, daß all das nicht-objektive, "nicht-naturalistische" Vorgehen späterer Historiker auf den Darlegungen, Deutungsmustern, Typisierungen früherer Historiker beruht, die schon ganz genau so verfahren, mehr oder weniger eben verfahren mußten, daß selbst unsere "Quellen" schon so ähnlich zustande kamen, schon vermittelt, schon durch andere Auffassungen hindurchgegangen, schon Selektion sind, eine Mischung bestenfalls aus historischer Tatsache und Text, das heißt "Literatur", das heißt einfließender Deutung, kurz, nur "Überrest", "Tradition", macht man sich all dies klar, so ist evident, jede Geschichtsschreibung wird vom Hintergrund der eigenen Weltanschauung her geschrieben.

Manche Gelehrte zwar haben gar keine solche Weltanschauung und kommen sich deshalb wenn nicht besonders fortschrittlich, so doch besonders unparteiisch, rechtschaffen, redlich vor. Sie sind Vertreter der "reinen Wissenschaft", Vertreter einer angeblich wertneutralen, angeblich indifferenten Haltung. Sie verwerfen jede Standortbezogenheit, jede subjektive Anteilnahme als unszientifisch, als nahezu blasphemischen Verstoß gegen das angebetete Objektivitätspostulat, das ihnen heilige "sine ira et studio", das, wie Heinrich von Treitschke höhnt, "niemand weniger befolgt hat als sein Urheber".

Ist ja alles, "was man reine Wissenschaft nennt, nämlich das Register von Systemen und Hypothesen, von Erklärungen und Anschauungen, all das ist ausgefüllt, ist ausgestopft, ist vollgepfropft mit den ältesten, sinnlichen und übersinnlichen Mythologemen", was, eher ausnahmsweise treffend, Charles Péguy notiert, selbstverständlich von seiner katholischen Position aus.

Nun kann das Vortäuschen wissenschaftstheoretischer Unschuld, das Unterschlagen weltanschaulicher Prämissen historischer Präsentationen, manches verdecken, fachbedingte Trägheit

etwa, Blickverengung, vor allem aber eine gerade in Gelehrtenkreisen, im "kleinen Museum der Auserwählten" (von Sybel), grassierende Timidität, einen ethischen Relativismus und Eskapismus, die feige Flucht vor klarer weltanschaulicher Entscheidung - die ja doch Entscheidung ist, aber eine der Verantwortungslosigkeit im Namen wissenschaftlicher Verantwortung! Denn eine Wissenschaft, die nicht wertet, unterstützt, ob sie will oder nicht, den Status quo, sie stützt die Herrschenden und schadet den Beherrschten.

Sie ist nur Scheinobjektivismus und praktisch gewöhnlich nichts als eine Rücksichtnahme auf die eigene Ruhe, Sicherheit, die eigene Karriere.

Ich bestreite keinesfalls, daß eine wertende Geschichtsbetrachtung auch aus wissenschaftlicher Überzeugung abgelehnt, verworfen werden kann. Doch ist gerade der Widerwille des Historikers, die Geschichte zu deuten, seine Angst, zu bekennen, was tatsächlich vor sich geht, nur "ein weiteres

Beispiel ... der Weigerung der Spezialisten, ihrem Handeln entsprechend zu leben" (Barraclough).

Gewiß, es gibt nicht nur eine oder zwei Methoden, Geschichte zu treiben. Es gibt eine große Methodenvielfalt, wie besonders die amerikanische Geschichtsschreibung zeigt, wobei keine Methode das Recht hat auf einen Alleinvertretungsanspruch.

Doch wenn es auch viele diverse Formen von Wissen und Wissenschaft gibt, hier geht es nur um zwei, um die Wissenschaft, die Wissenschaft um ihrer selbst willen betreibt, für die Wissenschaft das Letzte, Höchste, eine Art Religion ist, und die auch, wie diese, über Leichen gehen kann und geht; und um jene Wissenschaft, für die sie selbst nichts Letztes, Höchstes ist, die als Dienerin fungiert, im Dienst des Menschen steht, der Welt, des Lebens, die insbesondere mit der Geschichtsschreibung die "Pflicht politischer Pädagogik" verbindet, ein Wort Theodor Mommsens, der Geschichte geradezu "ein Totengericht" nennt und, ihre "nackte Gemeinheit" im Blick, ihre "entsetzlichen Barbareien", warnt "vor dem kindischen Glauben, als vermöge die Zivilisation aus der Menschennatur die Bestialität auszuwurzeln".

Ihre bekanntesten Ausprägungen fanden diese beiden Wissenschaftsbegriffe im 19. Jahrhundert, im Wissenschaftsoptimismus der Natur- wie der Geschichtswissenschaft, im Positivismus und Objektivismus, und im radikalen Wissenschaftspessimismus Nietzsches. Er erkannte die Naturwissenschaft seiner Zeit als "etwas Furchtbares und Gefährliches", als einen Ausdruck jener "verhängnisvollsten Dummheit", woran wir vielleicht "einst zugrunde gehen".

Ähnlich bewertet er die herrschende Geschichtswissenschaft und fordert eine Historie "zum Zwecke des Lebens", eine Historie, die "Vorbilder" bietet, "Lehrer, Tröster", besonders aber eine "kritische Historie", die das Vergangene "vor Gericht zieht, peinlich inquiriert und endlich verurteilt", denn "jede Vergangenheit ... ist wert, verurteilt zu werden".

Auf der andren Seite steht etwa Max Weber, der Vertreter einer generellen Trennung von Wissenschaft und Werturteil, für den Wissenschaft lediglich empirische Forschung, analytische Bestandsaufnahme ist und grundsätzlich nichts mit Wert, Sinn, Sollen zu tun hat; auch wenn Weber, zwischen Werturteil und (dem neukantianischen Wort) Wertbeziehung unterscheidend, letztere in der Wissenschaft akzeptiert und wissenschaftliche Erkenntnisse in den Dienst wertbezogener Entscheidungen stellen will, was nicht ohne krasse Widersprüche geschieht.

Unser Leben aber ist nicht wertfrei, sondern werterfüllt, und die Wissenschaft, als Teil desselben, kann Wertfreiheit nur heucheln. Wir müssen von Tag zu Tag vergleichen, prüfen, entscheiden, warum sollten wir es ausgerechnet in der Wissenschaft nicht, einem Bereich, der nicht neben unserem Leben steht oder gar darüber, sondern der dazu gehört, der uns, die Menschheit und die Welt, gefährden oder fördern kann?

Ich hielt Werke von Historikern in Händen, einer im Bombenkrieg umgekommenen Frau, manchmal zwei oder drei gefallenen Söhnen gewidmet, und manchmal schrieben diese Leute

"reine Wissenschaft" weiter wie zuvor. Das ist ihre Sache. Ich denke anders. Denn selbst wenn es eine apolitische, werturteilsfreie Geschichtsforschung gäbe, was ich bestreite, wäre sie doch nicht wünschenswert, weil sie das ethische Denken untergräbt, der Inhumanität Vorschub leistet. Auch wäre eine solche "Forschung" eigentlich gar keine Forschung, kein Aufdecken von Zusammenhängen, sondern, wie Friedrich Meinecke betont, bloße Vorarbeit, reines Sammeln von Material.

Inwieweit stimmt nun die Wirklichkeit der Geschichte mit meiner Darstellung überein?

Ich lasse hier das erkenntnistheoretische Problem (samt der Struktur unsres Perzeptionsapparates) beiseite. Ich frage: inwieweit! Ich frage nicht: stimmt die Wirklichkeit der Geschichte mit ihrer Darstellung durch mich überein! Denn sagt Wittgenstein selbst von einem mathematischen Satz: "Nicht, daß er uns als wahr einleuchtet, sondern daß wir das Einleuchten gelten lassen, macht ihn zum mathematischen Satz"; sagt auch Einstein: "Soweit die Gesetze der Mathematik sich auf die Wirklichkeit beziehen, sind sie nicht gesichert; und soweit sie gesichert sind, beziehen sie sich nicht auf die Wirklichkeit" - wieviel mißtrauischer müssen wir die Geschichtsschreibung betrachten.

Jeder Historiker nämlich schreibt in einem bestimmten politisch-gesellschaftlichen Bezugssystem, was sich unverkennbar in seiner Sicht niederschlägt, schon in seinen Auswahlmechanismen, seiner Selektion.

Denn jeder "reißt aus dem Zusammenhang", keiner kann das reale Objekt der Vergangenheit mit ihren niemals direkt faßbaren hochkomplizierten Ereignisketten, diesem gigantischen Geflecht aus Denken und Tun, aus den vielfältigsten ähnlichen und gegensätzlichen Vorgängen, Beziehungen, Prozessen, objektiv widerspiegeln, gleichsam naturgetreu abbilden.

Jeder selektiert aber nicht bloß, jeder interpretiert auch, weshalb es nicht nur darauf ankommt, was einer aus der Historie thematisiert, sondern wie er es tut, wobei ich die formale Seite der Sache hier ignoriere - nicht als unwesentlich, sondern zu weitschweifig, verwirrend: die Art und Weise, wie der Historiker sprachlich die Geschichte offeriert, das jeweilige Modell seines Berichts, die gewählte literarische Gattung, den "Repräsentationstypus", salopp: wie er "verformt", "verfremdet", "vergewaltigt", nicht nur in bösem, auch in bestem Glauben.

Wie jeder also, der Geschichte schreibt, habe ich grundsätzlich ausgewählt, "aus dem Zusammenhang gerissen" - der dümmste aller Vorwürfe, denn anders geht es nicht. Wie jeder habe ich auch innerhalb der Thematik noch einmal selektiert.

Wie jeder habe ich die Träger des Geschehens, all die gekrönten, ungekrönten, selbstgekrönten Kriminellen, die Bischöfe und Päpste, die Heiligen, Feldherrn und sonstigen Geschäfte- und Geschichtemacher (denn aus Geschäften wird Geschichte), natürlich nicht mit allen Einzelheiten ihrer Vita erfaßt, all den Individualvorgängen, persönlichen Problemen, mit all ihren Amouren etwa (die freilich zuweilen nicht ohne Einfluß sind) oder mit allen Verdauungsbeschwerden - wiewohl auch sie manchmal auf die politischen Makroereignisse mehr wirken, als man glaubt. Doch wir kennen diese Beschwerden gewöhnlich nicht ...

Mir ist Wahrheit oder, vorsichtiger gesagt, Wahrscheinlichkeit wichtiger als jede Wissenschaft, die im Namen der Wissenschaft sich gegen die Wahrheit vergeht. Und grundsätzlich ziehe ich auch das Leben, jedes Leben, der Wissenschaft vor, zumal einer Wissenschaft, die das Leben bedroht, vielleicht alles Leben überhaupt. Der Einwand, das sei nicht "die Wissenschaft", seien einzelne Wissenschaftler (immerhin sehr viele, wenn nicht die meisten), trifft so wenig wie etwa die Feststellung, die Verfehlungen der Christenheit seien nicht solche des Christentums. Natürlich verfechte ich keinen reinen Subjektivismus, den es gar nicht gibt, so wenig wie reine Objektivität.

Natürlich leugne ich nicht nützliche Wertskalen, kontrollierbare Tatsachenbezüge, mitteilbare und überprüfbare Erfahrungen, intersubjektives Wissen und intersubjektive Verbindlichkeiten. Aber ich bestreite die intersubjektive Interpretation!

Und der Geschichtsphilosoph Benedetto Croce wußte, warum er die subjektiven Urteile in der Geschichtsbetrachtung zuließ, aus "sehr triftigem Grunde", weil man sie nämlich "auf keinerlei Weise auszuschließen vermag".

Kann man somit in der Geschichte auch nicht mit der Stringenz logischer Schlüsse schließen, heißt das weder, daß man gar nicht schließen soll, noch, daß man falsch schließen muß. Mag auch vieles oder, nach Meinung der radikalsten Skeptiker, alles problematisch sein, kann man doch einem historischen Sachverhalt näher kommen oder nicht, lassen sich doch für eine bestimmte Sehweise unbezweifelbar bessere und schlechtere Gründe vorbringen, solche, die mehr, weniger, gar nicht zutreffen.

Oder mit William O. Aydelotte negativ formuliert: "Die Feststellung, alle Aussagen seien unsicher, bedeutet nicht, daß sie alle gleich unsicher sind."

Davon gehe ich ebenso aus wie von der Überzeugung, daß man, bei aller Komplexität, allem Chaos und Wirrwarr der Geschichte, allgemeine Aussagen treffen, daß man das Wesentliche, Typische, Entscheidende, herausstellen, kurz, daß man historisch generalisieren kann; was man, als angeblich zu spekulativ, nicht beweisbar, noch häufig negiert oder bagatellisiert, obwohl Historiker, die die Geschichte nicht bloß mit musealem Pläsier betrachten, ohne Generalisierung nicht auskommen können, wollen sie überhaupt etwas sagen, was der Mitteilung wert ist. Selbstverständlich dürfen sie nicht weiter gehen, als es ihre Unterlagen erlauben.

Um diese Verallgemeinerungen aber möglichst schlüssig zu machen, ist eine meiner Hauptmethoden die der Quantifizierung, der Zusammenstellung vergleichbarer Fälle, Varianten, Daten, soweit sie relevant, repräsentativ sind. Geschichte schreiben, heißt die Hauptzüge herausstellen. Ich betreibe also die Summierung des Informationsmaterials. Beides, Generalisierung und Quantifizierung, gehört zusammen.

Würde ich die ja durchaus nicht neue These vom Verbrechenscharakter des Christentums bloß mit einigen Stichproben stützen, wäre sie ohne Überzeugungskraft.

Bei einem mehrbändigen Werk aber läßt sich nicht mehr von vereinzelt, nicht beweiskräftigen Beispielen sprechen. Dabei ist für mich, mit Cicero, "das erste Gesetz der Geschichtsschreibung: daß man nicht wage, etwas Falsches zu sagen". Fährt Cicero freilich fort: "so dann: daß man wage, nichts Wahres nicht zu sagen, damit kein Verdacht aufkomme, man schreibe aus Gunst oder Feindschaft", so braucht dieser Verdacht bei mir gar nicht erst aufzukommen.

Ich schreibe "aus Feindschaft"! Denn die Geschichte derer, die ich beschreibe, hat mich zu ihrem Feind gemacht. Und nicht, weil ich nicht, was auch wahr ist, geschrieben habe, bin ich widerlegt. Widerlegt bin ich nur, wenn falsch ist, was ich schrieb.

Da ich das Ganze aber - um auch ein Wort über seine Struktur einzuflechten - in der begründeten Hoffnung verfaßte, zahlreichen Menschen nützlich zu sein, die wenig oder keine Zeit haben, sich mit der Erforschung des Christentums zu befassen, gebe ich all die Fakten, Vorkommnisse, die Parallelitäten und Kausalbezüge, die ich zeige, die Schlüsse, die ich daraus ziehe, möglichst klar in den folgenden Kapiteln und Bänden wieder: oft chronologisch, nicht selten systematisch, mit besonderer Herausarbeitung wichtiger Aspekte, mit Zäsuren, bewußter Trennung der Stoffgebiete, der zeitlichen Abläufe, mit ihrer Zusammenziehung, mit weiten Vorausblicken manchmal, Rückverweisen, Exkursen -, einzig von dem Wunsch bestimmt, dem Leser die Lektüre zu erleichtern, die Übersicht, den Zusammenhang.

Nun gibt es nicht wenig Leute, die meinen, kritisieren sei leicht. Vor allem meinen dies solche, die es nie oder nie ernsthaft versucht haben, aus Opportunismus, Indolenz oder Unfähigkeit. Ja, es gibt Leute, die nichts häßlicher finden als Kritik - wenn sie ihnen gilt. Sie würden das nie zugeben. Sie würden und werden immer sagen: Wir haben gar nichts gegen Kritik, wir sind sehr für Kritik.

Doch für eine förderliche, aufbauende, konstruktive Kritik. Nicht für eine zersetzende, nieder-

reißende Kritik. Wobei aufbauend immer die ist, die sie schlimmstenfalls bloß beiläufig, wenn nicht gar nur scheinbar kritisiert, um sie dann desto besser bejahren und bejubeln zu können. "Zerstörerisch" aber, "unfruchtbar", "verdammenswert", ist natürlich jede Attacke, die ihre Fundamente angreift und ruiniert. Je überzeugender sie ist, desto mehr wird sie verteufelt - oder totgeschwiegen.

Am meisten kritikempfindlich sind klerikale Kreise. Gerade jene, die zwar rufen: Richtet nicht!, doch selber alles, was ihnen nicht paßt, in die Hölle schicken, gerade jene, deren Kirche sich als erste Moralinstanz der Welt aufspielt, seit Jahrhunderten aufgespielt hat und weiter aufspielen wird, gerade jene sind hell empört, beginnt da einmal einer sie selber zu messen, zu richten, und je schärfer, je vernichtender dies geschieht, desto zorniger sind sie, wütender - wobei ihr Zorn und ihre Wut (im Unterschied zu unseren Affekten) heiliger Zorn sind, heilige Wut oder auch Zornmut, "geordnete Zornmut" natürlich, laut Bernhard Häring, dem Moralexperten, "eine überaus wertvolle Kraft zur Überwindung der Widerstände gegen das Gute, zur Erstrebung des hochgespannten, aber schwer erreichbaren Zieles.

Wer nicht zürnen kann, dessen Liebe ist nicht blutvoll(!). Denn wenn wir blutvoll, mit allen leibseelischen Energien das Gute lieben, werden wir mit den gleichen Energien dem Bösen widerstehen. Christlich ist nicht die träge Gelassenheit gegenüber dem Bösen, sondern mutiger Einsatz gegen dasselbe unter Anspannung aller Kräfte; und dazu gehört auch die Kraft des Zornmutes."

Mit flammender Entrüstung tritt man ausgerechnet in diesen Kreisen gegen die "Manie des Zu-Gerichtsitzen-Wollens" auf (Altmeyer), zeigt man sich "wissenschaftlich" indigniert, wenn ein Autor, wie schrecklich, "ans Werten geht", "der Historiker, vom Moralisten entmündigt, ins Rollenfach des öffentlichen Anklägers überwechselt", wenn er "der Versuchung" erliegt, "den Erwartungshorizont rigoristisch zu überspannen", wenn er in den "Schatten idealistischer Maximalforderungen" sinkt, "das forensische Pathos" in den Mund nimmt, und dies alles auch noch unbekümmert um "die alte Historikerfrage nach der konkreten Realisierbarkeit ethischer Forderungen".

Ist es nicht grotesk, wenn Vertreter eines antiquierten Mythenzaubers, des Glaubens an die Trinität, an Engel, Teufel, Hölle, Jungfrauengeburt, die leibliche Himmelfahrt Mariens, die Verwandlung von Wasser in Wein, von Wein in Blut, mit (ihrer) "Wissenschaft" imponieren wollen? Wenn ein Jesuit Volk (dem die dreizehnte Regel seines Ordens befiehlt, "daß das, was ich für weiß halte, statt dessen schwarz ist, wenn es die hierarchische Kirche so bestimmt") mit dem "Geiste unvoreingenommener Nüchternheit und Objektivität" renommiert?! Und ist es nicht der Gipfel des Grotesken, solche Figuren selbst von der Wissenschaft noch weithin gewürdigt zu sehen?!

Gerade sie aber verbinden dann am liebsten mit ihrer Verwerfung des Wertens, des Zu-Gerichtsitzen-Wollens (anderer!), die pharisäisch vorgebrachte Floskel, die allerdings die meisten Geschichtsbücher zielt, man müsse das und das "aus der Situation der Zeit" verstehen (Dempff) - das spätantike Reichsgesetz zum Beispiel, das verurteilte "Häretiker" als Aufständische behandelt, überhaupt die damalige Kirchenpolitik der Kaiser gegen die "Ketzer" oder "genauso", wie Dempff hilfreich gleich hinzufügt, "wie die entsprechende Periode unserer abendländischen Kultur (!), die Zeit von etwa 1560-1648, der Dauer der Religionskriege". All dies und sehr viel mehr, auch die ganze Zeit dazwischen muß "aus dem Geist der Zeit heraus" verstanden und erklärt werden!

Besonders theologische Kirchenhistoriker kommen um diese Beschwichtigungs-, Verharmlosungs-, Bagatellisierungsgeste, die keinesfalls grundsätzlich verworfen werden soll, nie herum. Man müsse es verstehen, das heißt, man macht es verständlich, es wird verständlich und ist dann, hat man es erst einmal "aus dem Geist der Zeit heraus" verstanden, gar nicht mehr so schlimm, es hat sozusagen so sein müssen, ist ja die ganze Geschichte gottgewollt.

Der Theologe Bernhard Kötting erklärte 1977 vor der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, man könne heute nicht von den Bischöfen der konstantinischen Zeit verlangen, "daß sie dem Kaiser etwa aus dem Geist der christlichen Liebe heraus die Gleichstellung aller religiösen Kultgruppen hätten nahelegen müssen. Das würde bedeuten, den geistigen Horizont, in dem die Menschen der Antike lebten, willkürlich von uns aus zu bestimmen und unsere Vorstellung von der Herleitung der staatlichen Macht in das 4. Jh. hineinzuprojizieren."

Diese im Namen historischen Denkens vorgebrachte Argumentation ist gerade diesem Denken selbst gegenüber unwürdig, ist mehrfach absurd. Erstens nämlich war die heidnische Antike religiös im allgemeinen tolerant. Zweitens haben gerade die christlichen Schriftsteller des 2., 3. und frühen 4. Jahrhunderts immer wieder und leidenschaftlich aus dem "Geist der christlichen Liebe" Religionsfreiheit gefordert!

Drittens, was ist denn der "Geist der christlichen Liebe" überhaupt wert, wenn man ihn ständig mißachtet - im 4. Jahrhundert genauso wie in allen Jahrhunderten seitdem, nicht zuletzt auch im 20. (im Ersten Weltkrieg, im Zweiten, im Vietnam-Krieg), in dem die Christen doch kaum noch im geistigen Horizont der Antike leben, aber sicher noch immer genauso wenig im "Geist der christlichen Liebe".

Das alles ist doch kein Hineinprojizieren anachronistischer Vorstellungen! Der "Geist der christlichen Liebe" war für die Mächtigen - in Staat und Kirche - zu keiner Zeit brauchbar, daher stets bloß auf dem Papier beschworen, in Wirklichkeit aber stets abscheulich verraten worden. Dies ist der wahre Zeitgeist gewesen, und er blieb sich zu allen Zeiten gleich - das andere ist nichts als Augenwischerei.

Der "Geist der Zeit" jedoch, apologetisch so nützlich, wird immer wieder in die Köpfe gezauert, entschuldigend, beschuldigend, gleichviel. Als habe nicht schon Goethe im *'Faust'* gehöhnt: "Was ihr den Geist der Zeiten heißt, Das ist im Grund der Herren eigener Geist."

Doch falls man dem geziemend antichristlichen, sehr antiklerikalen Dichter mißtraut, so mag noch der heilige Augustin hier stehen. "Schlechte Zeiten, mühsame Zeiten, so sagen die Menschen", schreibt er. "Laßt uns gut leben, und gut sind die Zeiten. Wir sind die Zeiten; wie wir sind, so sind die Zeiten."

Und auch an anderer Stelle bezichtigt Augustin predigend nicht Zeit und "Zeitgeist", sondern die Menschen, die alle Schuld - wie viele Historiker noch heute - auf die Zeiten schoben, auf lästige Zeiten, schwere Zeiten, elende Zeiten.

Doch: "Die Zeit verletzt niemand. Die verletzt werden, sind Menschen, und Menschen sind es, von denen sie verletzt werden. O großer Schmerz: Menschen werden verletzt, Menschen werden beraubt, Menschen werden unterdrückt! Von wem? Nicht von Löwen, nicht von Schlangen, nicht von Skorpionen, sondern von Menschen. In Schmerzen sind, die verletzt werden. Und tun sie nicht selber, wenn sie können, was sie schelten?"

Augustin wußte, was er sagte; gerade der letzte Satz trifft voll und ganz ihn selbst. ... Noch weniger übertrage ich in entfernte Vergangenheiten alle Ideen und Wertmaßstäbe der Gegenwart, was Montesquieu mit Recht, wenn auch übertreibend, "die furchtbarste unter den Quellen des Irrtums" nennt.

Doch hat man stets, wenigstens in den letzten 2.000 Jahren, Raub, Mord, Ausbeutung, Krieg für das gehalten, was sie waren und sind.

Gerade die Christen mußten dies wissen. Gerade sie hatten die stark pazifistisch und sozial geprägte Verkündigung des synoptischen Jesus; sie hatten eine fast dreihundertjährige pazifistische frühchristliche und frühkirchliche Predigt; sie hatten auch die leidenschaftlichen "liebes" kommunistischen Appelle der Kirchenväter und -lehrer noch des 4. Jahrhunderts. Kurz, es gab eine immer christlichere Welt - und in vieler Hinsicht eine immer schlimmere. Denn das Christentum beruht auf verschiedenen Geboten, wie dem Gebot der Nächstenliebe, der

Feindesliebe, dem Gebot, nicht zu stehlen, nicht zu töten und auf der Klugheit, keines dieser Gebote zu halten.

Oft belehren uns die Apologeten, die dies im Grund nicht leugnen können, daß da und dann - immer da und immer dann, wo und wann es gerade paßt, welchen Geschichtsabschnitt man gerade bemäntelt - die Menschen eben "noch keine wirklichen Christen" waren! Doch wann waren sie es? Zu Zeiten der greulichen Merowinger, der fränkischen Raubkriege, des lateranischen Weiberregiments? Bei den großen christlichen Offensiven, den Kreuzzügen? Bei der Ketzer- und Hexen-Verbrennung, der Indianerausrottung, der (fast zweitausendjährigen) Judenverfolgung? Oder im Dreißigjährigen Krieg? Im Ersten Weltkrieg? Im Zweiten? Im Vietnam-Krieg? Einmal müssen sie doch Christen gewesen sein!?

Der Geist der Zeit jedenfalls war durchaus nicht überall derselbe zur selben Zeit. Als die Christen ihre Evangelien kolportierten, ihren Glauben, ihre Dogmen, als sie immer weitere Teile der Welt infizierten, gab es sehr wohl Menschen, wie die großen ersten Bestreiter des Christentums, Celsus im 2. und Porphyrios im 3. Jahrhundert, die das Christentum, alles in allem, vernichtend kritisiert und im wesentlichen bis heute recht behalten haben, was immerhin christliche Theologen des 20. Jahrhunderts erklären.

Doch bekehrten nicht nur Heiden gegen die Christenlehre auf. Zur selben Zeit, als man weiterhin im Glauben an das Trinitätsdogma lebte und starb, verwarfen es Juden wie Moslems als Provokation ohnegleichen; war für sie auch das Paradoxon von der Menschwerdung Gottes absurd, dies "Unrecht", diese "Schmach"; sah der islamische Philosoph und Mystiker Al Ghazali (1059-1110) die einander widersprechenden Zweinaturenlehren von Monophysiten, Nestorianern, Orthodoxen nur als Ausdruck von "Unverständlichkeit, ja Dummheit und Geisteschwäche".

Wie im Denken, so differierten die Menschen derselben Zeit auch im Tun. Während das Christentum seine monströsen Greuel verbrach, war der Buddhismus, der in Indien keine organisierte Kirche nach Art der abendländischen, auch keine Zentralinstanz schuf, die über den rechten Glauben entschied, sehr viel toleranter. Er forderte von seinen Laienanhängern weder ausschließliche Verpflichtung auf das buddhistische Bekenntnis noch den Austritt aus anderen Religionen, noch nahm er gewaltsame Bekehrungen vor. Vielmehr war für ihn Duldsamkeit gegenüber fremden Konfessionen in anderen Ländern geradezu "charakteristisch" (Menschling).

Sein pazifistisches Wirken beweist beispielsweise die Geschichte Tibets, dessen Volk, eine der gefürchtetsten und kriegesreichsten Nationen Asiens, unter buddhistischem Einfluß eine der friedlichsten wurde, wobei trotz tiefer Frömmigkeit und einer gutorganisierten geistlichen Hierarchie völlige Toleranz zwischen allen Arten von Glaubensformen und Sekten bestand. Richtig schreibt der Buddhist Lama Anagarika Govinda:

"Religionen, die der Individualität des Menschen ihre volle Berechtigung zugestehen, werden automatisch zu Förderern der Humanität. Solche aber, die den Anspruch erheben, im alleinigen Besitze der Wahrheit zu sein, oder die den Wert des Individuums und individueller Überzeugungen geringschätzen, können zu Feinden der Humanität werden, und dies um so mehr, wenn Religion zu einer politischen oder gesellschaftlichen Machtfrage wird."

Selbst unter den Christen war nicht jeder geschlagen durch den Zeitgeist! Nicht jeder blind! So spottet Peire Cardinal, der große Troubadour, über Hugo von Montfort und dessen Grabsteinspruch: "... wenn jemand dafür, daß er Menschen hinmordete, Blut vergoß, Seelen verlorengelassen ließ, daß er in Mordtaten einwilligte, verderbten Ratschlägen folgte, Feuersbrünste entfachte, vernichtete, schändete, Ländereien gewaltsam wegnahm, Frauen tötete, Kinder erwürgte: dann soll er die Krone tragen und im Himmel glänzen."

Ja, im 13. Jahrhundert gibt es eine ganze satirisch-ironische Kreuzzugsliteratur. So höhnt der Franzose Rutebeuf: "Wein trinkt man erst mal ungeheuer Und streckt berauscht sich aus am

Feuer, Dann greift zum Kreuz man mit Hurra - Und sieh, schon ist der Kreuzzug da, Der dann beim ersten Morgenlicht In wilder Flucht zusammenbricht."

Nicht jeder also war vom Zeitgeist besessen, nicht jeder kritiklos und außerstande zu vergleichen, zu prüfen, zu richten. Durch alle Jahrhunderte auch gab es ethisches Denken, nicht zuletzt in christlichen Kreisen, unter "Ketzer". Und warum das Christentum nicht auch an seinen eigenen biblischen, mitunter sogar an kirchlichen Maßstäben messen? Warum ausgerechnet das Christentum nicht an seinen Früchten erkennen wollen? ...

Ich bekenne mich, wie jeder Gesellschaftskritiker, zur wertenden Geschichtsschreibung. Ich betrachte die Geschichte, wie mir das nützlich, weil notwendig scheint, ethisch engagiert unter dem Anspruch eines "humanisme historique". Für mich ist ein Unrecht, ein Verbrechen, vor 500, 1.000, 1.500 Jahren genauso lebendig und empörend wie ein Unrecht, ein Verbrechen, das heute geschieht oder erst in 1.000, in 5.000 Jahren ...

Historiker, die sich an "reine" Wertmaßstäbe klammern, an "reine" Wissenschaft, sind unehrlich. Sie betrügen die anderen oder sich selbst, ja, sie sind, da es kein schlimmeres Verbrechen gibt als Gleichgültigkeit, kriminell. Gleichgültigsein heißt unablässig morden.

Dies klingt vielleicht ungewohnt, hart, folgt aber aus der Doppelbedeutung unseres Geschichtsbegriffs, der das Geschehen sowohl wie dessen Darstellung bezeichnet ...

Ist Geschichtsschreibung doch nicht bloß *Geschichtsschreibung*, sondern stets auch *Geschichte*, ein Teil derselben, indem sie diese nicht nur, auf welche Art immer, spiegelt, sondern auch bewirkt, nicht bloß beschreibt, sondern auch macht. Entscheidend ist, daß diese Reflexion zur Aktion wird, daß sie das Denken und Tun der Menschen, auch ihrer Führer und Verführer, beeinflußt, mitbestimmt, vielleicht sogar maßgeblich, daß alle Historiographie somit "einen dreifachen Aspekt" hat: "Sie erzählt, ist und bewirkt Geschichte" (Beumann).

Historiker hatten niemals eine geringe Meinung von sich. Sie wuchs noch im Lauf der Zeit und war wohl nie so herausgefüttert wie gestern und heute - trotz aller Theoriedefizite, methodologischen Skrupel, Selbstzweifel und Selbstbeichtigungen und aller rivalisierenden Richtungen in der Historiographie, von Außenattacken zu schweigen. "Der Ort der entrealisiert-vergangenen Geschichte ist der Kopf des Historikers. Was sich dort von der Realgeschichte aufbewahren kann, ist ihr Inhalt" (Junker/Reisinger).

Sehen sich doch viele Geschichtsschreiber gerade des 20. Jahrhunderts so sehr als Akteure der Geschichte, daß Edward Hallet Carr tadelt: "Geschichte ist, was der Historiker macht."

Dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Wichtiger und die Regel, daß man Geschichte für und gegen Menschen macht, daß eine Minderheit für die Minderheit und gegen die Mehrheit regiert, gegen die duldbaren, leidenden Massen; die Regel, daß politische Geschichte auf Macht, Gewalt, Verbrechen beruht; die Regel leider auch, daß dies das Gros der Historiker noch immer nicht beim Namen nennt, vielmehr rühmt - nach wie vor Potentaten und Zeitgeist zu Diensten. Die Regel somit weiter, daß Geschichtsschreibung die Politik nicht verbessert, sondern "gewöhnlich von ihr verderbt wird" (Ranke) - und diese selber wieder verderbt!

Denn wie man Politik zwar für die (Masse der) Menschen machen könnte, gewöhnlich aber gegen sie macht, so wird gegen sie gewöhnlich auch die Geschichtsschreibung geschrieben. Es geht uns jedoch, mit Voltaire zu sprechen, um das Schicksal der Menschen, nicht um die Revolution des Thrones.

Jeder Geschichtsschreiber hätte sagen müssen *homo sum*, doch die meisten haben nur Schlachten beschrieben. So ist es lange noch nach Voltaire, ist es grosso modo häufig noch heute. Und besteht zumindest prinzipiell der Satz des Johannes Chrysostomos zu Recht: "Wer die Sünde lobt, ist viel schlechter als der, welcher sie begeht", dann ist auch jeder, der Geschichtsverbrechen und -verbrecher preist, schlechter noch als diese selbst.

Die Frage erhebt sich, was ist ein Verbrechen? Wer ist Verbrecher?

Ich werde dazu nicht das Strafgesetzbuch bemühen, weil jedes solche Gesetzbuch sozusagen

gesellschaftskonservierend, Ausdruck der Ideologie des Establishments, weil es unter dem Einfluß einer herrschenden Minderheit und deshalb gegen die beherrschte Mehrheit geschrieben ist. Ich gehe von der ... Rechtswissenschaft aus, daß Mörder der ist, der einen anderen Menschen absichtlich tötet, zumal wenn er dies aus "niederen" Motiven tut, etwa um ihn zu berauben oder sich an seine Stelle zu setzen. Nun ist es ein großer Unterschied für Justitia, ob man *einen* ermordet oder *Millionen*, nur jenes gilt als kriminell; ein großer Unterschied auch, ob Millionen *ermordet* werden oder Millionen *gestohlen* - bloß dies ist justiziabel. Für mich verdient solche "Gerechtigkeit" nicht den Namen.

So klar aber das allgemeine Bewußtsein zu wissen glaubt, wer Verbrecher, so klar auch, wer Held ist. Und wer, außer Staat und Kirche, hätte mehr dazu beigetragen als die Geschichtsschreibung selbst?

Durch den weitaus größten Teil unseres Zeitraums hofiert die Quellentradition die unterdrückenden und ignoriert die unterdrückten Schichten, präsentiert sie meist glanzvoll die Akteure der Historie, die kleine Despotenmeute derer, die sie machte, und selten oder nie den Buckel derer, die sie ausgetragen. Derart aber wirkte die Historiographie, besonders in den letzten Jahrhunderten, buchstäblich katastrophal.

Erst 1984 zeigte Michael Naumann in seiner Schrift '*Strukturwandel des Heroismus*', daß man seit dem Absolutismus "politische Macht, gesellschaftliche Institutionen, Geschichte und nationale Identität gleichsam bildhaft im Nationalheros 'zusammengefügt' und verkörpert", daß auch die Masse die Handlungen solcher "Heroen" als "existentiell repräsentativ" rezipiert hat, als "nachahmenswert", und "daß unter diesen Männern *stets von den Historikern selbst 'Helden' verstanden wurden*".

Heroismus, politischer Heroismus, aber ist immer viel weniger der gute Wille zum Selbstuntergang als der böse zum Untergang des anderen. Und warum Jean Paul Geschichte nicht nur den wahrsten Roman nennt, den er je gelesen, sondern auch den schönsten, wird wohl für immer sein Geheimnis bleiben. Ebenso warum Goethe - "in einem seiner bekanntesten Worte" (Meinecke) - als das Beste, was wir von der Geschichte haben, ausgerechnet den Enthusiasmus preist, den sie erregt. Die Geistesgeschichte vielleicht, die Kunstgeschichte sicher. Aber die Politik? Das garstige Lied?!

Wie auch immer, Thomas Carlyle, "Statthalter Goethes in England", stellte 1840 in dem programmatisch betitelten '*Heroes- and Hero-Worship*' die Weltgeschichte als Geschichte großer Männer dar:

Macht gleich Recht. Und in ihrer überwältigenden Mehrheit sahen und sehen es die Berufshistoriker, die eigentlich Staatshistoriker heißen sollten, gewöhnlich ja auch Staatsbeamte sind, nicht anders, sehen viele jeden dieser "großen" Männer reich begabt zur Sünde wie zum Segen, wie Treitschke, der sächsische Generalsohn, rühmt, nicht ohne die moralisierende Nüchternheit zu rügen, "welche Menschengröße nur als das Gegenteil des Frevels zu begreifen vermag".

Auch ein so verheerender Kopf wie Hegel denkt nicht anders. Kein Wunder bei einem Geist, der sich einerseits fest im Besitz der absoluten Wahrheit wähnt (die seinem eigenen Entwicklungssystem widerstreitet), sich auch für einen gläubigen "lutherischen Christen" und die Weltgeschichte, in seiner Geschichtsphilosophie, für die Verwirklichung der Offenbarung Gottes hält, andererseits als scharfer Verfechter höchst intoleranter Staatsautorität alles Außenstehende, Abweichende bekämpft, wie gelegentlich den "Wahnsinn der jüdischen Nation", "dieser mit anderen ... unvereinbaren Nation", ebenso aber auch alles Aufbegehrende und Schwache haßt, "brandige Glieder", der "Verwesung nahes Leben"; wobei er kein Vorgehen "mit Lavendelwasser" gutheißt, "keine sanften Gegenversuche", vielmehr immer wieder die Gewalt glorifiziert, "das *gewaltsamste Verfahren*", und dem Staat selbst empfiehlt, sich "durch die Gewalt" zu rechtfertigen, denn "*dann unterwirft sich ihm der Mensch*".

Auch der "gemeine Haufe des deutschen Volkes ... müßte durch die *Gewalt* eines *Eroberers* in eine Masse versammelt", müßte "gezwungen werden, sich zu Deutschland gehörig zu betrachten". "So sind alle Staaten gestiftet worden durch die erhabne Gewalt großer Menschen."

Entsprechend ist für Hegel der Friede, gar Kants Idee vom ewigen Frieden, ein Alptraum, "auf die Länge ein Versumpfen der Menschen", ja, "der Tod". Dagegen hat der Krieg "die höhere Bedeutung", daß durch ihn "die sittliche Gesundheit der Völker ... erhalten wird, wie die Bewegung der Winde die See vor der Fäulnis bewahrt". Vom "Militärstand" sagt Hegel klipp und klar, "daß er die Pflicht hat ... sich aufzuopfern".

Doch ist "die Aufopferung" - gern feiner mit "Entäußerung" umschrieben - "für die Individualität des Staates" auch "*allgemeine Pflicht*", Gehorsam überhaupt, wie schon für Augustin, der Anfang aller Weisheit - tatsächlich, zumal diesbezüglich, oft nur der Anfang des "Heldentodes". "Die wahre Tapferkeit gebildeter (!) Völker ist das Bereitsein zur Aufopferung im Dienste des Staates." Und da die Staaten sich sogar im Krieg anerkennen, sogar "im Kriege selbst der Krieg als ein Vorübergehensollendes bestimmt ist" und "die Möglichkeit des Friedens erhalten", schließt Hegel auch:

"Die neueren Kriege werden daher menschlich geführt, und die Person ist nicht" - übrigens typisch christlich, geradezu feldpfaffenhaft gedacht - "in Haß, der Person gegenüber." Hätte Hegel die Möglichkeit eines ABC-Krieges schon gekannt, hätte er sich sicher einmal mehr bestätigt gesehen. Alles schickt ja Gott zur rechten Zeit. "Die Menschheit bedurfte des Schießpulvers, und alsbald war es da." Die Menschheit bedurfte des Hegel, und alsbald war er da. Die Menschheit bedurfte menschlicher Kriege, und schon kamen sie.

Es geht nichts über einen unerschrockenen Denker, der denn auch rundheraus von den Akteuren der Geschichte schreibt, was sie getan, wirklich getan haben, sei "ihr Ruhm. Solch einem Heros könne man nichts Schlimmeres nachsagen, als daß er unschuldig gehandelt habe. Es ist die Ehre der großen Charaktere, schuldig zu sein." Bei den "kleinen" ist dies ihre Schmach.

Auf sie wartet, sind sie schuldig, nicht selten sogar, sind sie unschuldig, der Kerker, der Strang, der elektrische Stuhl - auf die großen Verbrecher warten die Elogen der Historiker und Geschichtsphilosophen.

Es ist klar, haben ganze Generationen solche Präzeptoren, werden sie auch von jedem welthistorischen Schandkerl mißbraucht. Stünde es nicht anders um Menschheit und Geschichte, würden diese von der Geschichtsschreibung - und Schule! - ethisch durchleuchtet und geformt? Würden die Verbrechen der Herrschenden nicht gefeiert, sondern verdammt?

Die meisten Historiker aber breiten den Dreck der Vergangenheit aus, als wäre er der Humus für künftige Paradiese. Und gerade die deutsche Geschichtswissenschaft hat die tradierte Form der Geschichte, der Gesellschaft, die überlieferte "Ordnung" - in Wirklichkeit ein soziales Chaos, ein fortgesetzter innerer und äußerer Krieg - gestützt statt zu ihrem Sturz beizutragen.

Gerade die deutsche Geschichtsschreibung war besonders an das nationale Apriori gebunden. Sie geriet im 19. Jahrhundert immer mehr in den Sog der nationalstaatlichen Idee, eines patriotischen Optimismus und Aufstiegsglaubens.

Sie wurde dadurch stärker beeinflußt als die Geschichtswissenschaft anderer Länder, aber sie beeinflußte diese Tendenz auch wieder ihrerseits stark. Dagegen hat sie die Verschränkung politischer und gesellschaftlicher Vorgänge, also die Sozialgeschichte - die hier eine beträchtliche Rolle spielen wird -, zumal mit ihren großen Ansätzen Ende des 19. Jahrhunderts wenig beachtet, fast geächtet, diente selbst für den später zur liberalen Linken wechselnden Friedrich Meinecke noch im Ersten Weltkrieg "unser Staat, unsere Machtpolitik, unser Krieg den höchsten Gütern unserer nationalen Kultur"; vertrat Deutschland "die nationale Idee in ihrer höchsten Form", der Feind "den rohen Nationalismus".

Und noch nach Hitler, als man doch da und dort aufzuwachen begann, tendiert die große Mehrheit der Historiker, auch jenseits unserer (durch Großmachtpolitik stets kleineren) Gren-

zen, wenn nicht zur falschen Idealisierung, zur Vergötzung des Staates, so doch weiter zu seiner Rechtfertigung, Verteidigung, ist die deutsche Historiographie auch der jüngsten Zeit weniger von sogenannten wissenschaftlichen Gesichtspunkten als von der Projektion gewisser Tagesinteressen in die Vergangenheit bestimmt, von "der deutschen Nachkriegsgeschichte mit ihren deutlich restaurativen Tendenzen" (Groh).

Noch übler aber als das nationalpolitische oder "europäische" Denken - meist nichts als ein größerer, schlimmerer Nationalismus - steckt in den Köpfen, leider nicht nur der Historiker, das machtpolitische, das imperialistische Denken an sich, und es ist ekelhaft, dazu immer wieder, bei kirchlichen wie nichtkirchlichen, sogar antikirchlichen Gelehrten, dieselben Beschönigungen zu lesen.

Ich bringe hierzu nur wenige Hinweise auf Karl "den Großen", einen nahezu allseits in den Himmel gehobenen Helden, der in sechszwanzigjähriger Regierung fast unentwegt Krieg, beinahe 50 Feldzüge, geführt und in seinem "imperium Christianum" (Alkuin), dem "regnum sanctae ecclesiae" (Libri Carolini) so gut wie alles im Nordosten und Süden, Hunderttausende von Quadratkilometern, zusammengeraubt hat - worauf er 1165 von Paschalis III., Gegenpapst Alexanders III., heiliggesprochen, diese Kanonisation durch Gregor IX. bestätigt und durch spätere Päpste nicht für ungültig erklärt worden ist: noch ich feierte als Kind meinen Namenstag am Tag des heiligen Karl "des Großen".

Die Historiker unterstellen einem solchen Mann natürlich nicht Raubkriege größten Stils, Brand, Mord, Totschlag, grauenhafte Versklavung - wer so formuliert, ist von vornherein unseriös. Echte Forscher, aus Fachkreisen, verfügen über ganz andere Beurteilungskategorien, sprechen bei den schlimmsten Raubzügen und Massenabschlachtungen der Geschichte allenfalls von Expansionen, Ausgriffen, Ausstrahlungen, Schwerpunktverlagerungen, Umlagerungsprozessen, Eingliederungen in den Herrschaftsbereich, Christianisierung und Befriedung von Grenzvölkern.

Wenn Karl "der Große" ringsum alles unterjocht, ausbeutet, abmurkst, dann ist dies "Zentralismus", "Friedensbewahrung in einem Großreich". Rauben und töten die anderen, dann sind dies "Raub- und Plünderungszüge der äußeren Feinde (Sarazenen, Normannen, Slawen, Awarer)" (Kämpf). Wenn Karl, den Sattel voller heiligster Reliquien, brandschatzt und mordet im Weltmaßstab, wenn er zum erhabenen Schöpfer des großfränkischen Reiches wird, dann spricht Katholik Fleckenstein von einer "politischen Integration" und kann auch gleich noch betonen, es sei dies "kein einmaliges Ereignis ... sondern ein Vorgang, der eine Daueraufgabe einschließt". Sehr wahr.

Ist das "Abendland" doch, so Fleckenstein (aber fast alle Historiker schreiben so) "schon bald über die deutsche Ostgrenze hinausgewachsen"; was an einen ganz harmonischen Wachstumsprozeß in der Natur erinnert, im Menschenleben, an die Entfaltung eines Baumes, das Entwachsen aus den Kinderjahren ... Manche Fachleute formulieren sogar freundlicher, unschuldiger noch, scheinheiliger, wie Camill Wampach, weiland Professor an der Universität Bonn: "Das Land lud zur Einwanderung ein, und das anstoßende fränkische Gebiet hatte Bewohner für das freigewordene Neuland abzugeben."

Man kann indes das, worum es ging, deutlicher durchblicken und doch die "Größe" darunter nicht leiden, eher gar größer erscheinen lassen: "Groß war Karl als Eroberer gewesen. Noch Größeres verlangte von ihm die Aufgabe, eine neue Ordnung der Dinge da aufzubauen, wo er seither als Zerstörer erschienen."

Erst erobert man also, zerstört. Dann baut man eine "neue Ordnung" auf. Von dieser "neuen Ordnung" aus zerstört man jenseits der Grenzen weiter, baut entweder, wo man erneut "als Zerstörer erschienen", wieder eine "neue Ordnung" auf oder führt abermals Grenzkriege, wenn man keine "neue Ordnung" aufbauen kann - und wird derart immer größer.

Zitiert wurde aus einer älteren "Geschichte des Bistums Hildesheim" (1899), die einen nicht

unbekannten Kleriker zum Verfasser hat, den damaligen Domkapitular Adolf Bertram, einen "nüchternen Niedersachsen" (Volk S. J.). Dieser Nüchterne konnte natürlich nicht nur den heiligen Karl feiern, sondern, als Kardinal und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, auch einen weiteren Eroberer und Neuordner im Süden, Westen, Osten, den zwar nicht heiliggesprochenen, doch auch nie exkommunizierten Hitler, bei dessen Annexion Österreichs beispielsweise Primas Bertram nicht versäumte, "Glückwünsche und Dank ... ehrerbietigst auszusprechen und feierliches Glockengeläute am Sonntag anzuordnen".

Versicherte er ja noch am 10. April 1942 "dem hochgebietenden Herrn Führer und Reichskanzler", daß die deutschen Bischöfe beten "um weitere siegreiche Erfolge des brennenden Krieges ..."

Denn Kirchenfürsten stehen, nüchtern oder nicht, wenn irgend möglich, immer bei den Starbanditen der Geschichte, wie sich hier fort und fort zeigen wird, weil diese stets (vorerst) die erfolgreichsten sind, und nichts beeindruckt Kirchenfürsten mehr als Erfolg, besonders der Waffenerfolg (post festum werden sie gern Widerstandskämpfer).

So erklärte ein frenetischer Unterstützer des Ersten und Zweiten Weltkriegs wie der Kardinal-Erzbischof von München-Freising, "Widerstandskämpfer" Faulhaber: "Wenn die Welt aus 1.000 Wunden blutet und die Sprachen der Völker verwirrt sind wie in Babylon, dann schlägt die Stunde der katholischen Kirche!"

Bekanntes doch schon im 5. Jahrhundert - wo sich auch Augustinus bereits sehr für den Krieg, selbst für Angriffskriege, erwärmte - Kirchenvater Theodoret: "Die geschichtlichen Tatsachen lehren, daß uns der Krieg größeren Nutzen bringt als der Friede."

Aber noch ein so kirchenkritischer und bedeutender Historiker wie Johannes Haller schwärmt - nebenbei: 1935 - von "den Verdiensten des großen Königs" Karl und schreibt lapidar, daß die Unterwerfung der Sachsen für das fränkische Reich "eine gebieterische Forderung der eigenen Sicherheit und daß sie nur mit rücksichtsloser Gewalt durchzuführen, daß also das Recht nicht ausschließlich auf Seiten der Sachsen war. Auch darf man nicht vergessen, daß es sich um die Einverleibung eines Naturvolks in einen geordneten Staat, also um die Ausbreitung des Reiches menschlicher Gesittung handelte ..."

Doch wo Geschichte "mit rücksichtsloser Gewalt" geschieht, vollzieht sich da "die Ausbreitung des Reiches menschlicher Gesittung"? Offensichtlich - und entsprechend geht diese immer weiter, in Europa, Amerika, darüber hinaus, vor allem unter christlichem Vorzeichen: fortgesetzte schreiende Ausbeutung und ein Krieg nach dem anderen - doch keine Übertreibung! -, bis schließlich der Untergang Europas oder gar der Menschheit droht, der Jesuit Hirschmann aufruft, den "Mut, unter Aussicht auf millionenfache Zerstörung menschlichen Lebens in der heutigen Situation das Opfer atomarer Rüstung zu bejahen", der Jesuit Gundlach sogar den Untergang der ganzen Welt in Kauf nimmt:

"Denn wir haben erstens sichere Gewißheit, daß die Welt nicht ewig dauert, und zweitens haben wir nicht die Verantwortung für das Ende der Welt"; natürlich mit Billigung von Papst Pius XII., der selbst den ABC-Krieg gegen "gewissenlose Verbrecher" erlaubte. Und all dies nach "Ausbreitung des Reiches menschlicher Gesittung"!

Also gestehe man, daß es nicht um den Kampf geordneter Staaten gegen Naturvölker ging und hier, seit mindestens 1.000 Jahren, geht, sondern um die rücksichtslose Durchsetzung des Stärkeren gegen das Schwächere, des Korrupteren gegen das - vielleicht! - weniger Korrupte, kurz um das Gesetz des Dschungels. Es hat bis zu diesem Augenblick die Menschheitsgeschichte beherrscht, sobald ein Staat wollte (oder nicht wollte wie ein anderer), gewiß nicht nur in der christlichen Welt.

Denn selbstverständlich wird nicht behauptet, an allem Elend sei bloß das Christentum schuld. Es geht eines Tages vielleicht genauso elend ohne Christentum weiter. Dies wissen wir nicht. Wir wissen nur: mit ihm wird und muß es so weitergehen. Nicht zuletzt deshalb mache ich

seine Schuld sichtbar in allen wesentlichen Fällen, auf die ich gestoßen bin, möglichst umfassend zwar, doch nie überzeichnet, nie übertrieben, wie es nur jenen scheinen kann, die von christlicher Geschichte keine Ahnung haben oder die darüber getäuscht worden sind.

Daß es neben aller Gewaltpolitik eine theologische Diskussion gab, daß etwa im Arianischen Streit "die theologische Arbeit weitergegangen", daß "nicht alles kirchliche Leben im Machtkampf der Parteien untergegangen ist" (Schneemelcher), wurde wohl nie geleugnet und gilt für die ganze Geschichte des Christentums.

Doch hält der Verfasser, der von Weihnachten bis Himmelfahrt lauter Plagiate sieht, weder von der theologischen Arbeit etwas noch vom kirchlichen Leben. Im Gegenteil: denn gerade sie dienen - mit dogmatischen Lügen, homiletischem Zuspruch, liturgischen Betäubungen: was die Predigt offenläßt, übertönt die Orgel - dem nackten Kampf um die Macht, der gerade ihretwegen so erfolgreich geführt werden konnte und noch geführt wird.<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete später (am 12. November 2013) über Karlheinz Deschners Lebenswerk "Kriminalgeschichte des Christentums": >>**Karlheinz Deschner beendet Lebenswerk**

Das Lebenswerk des Karlheinz Deschner: Flutlicht in die Abgründe der Kirchengeschichte

Er ist extrem hart mit den christlichen Kirchen ins Gericht gegangen, bewußt einseitig und nicht immer ganz wissenschaftlich.

Aber es ging Karlheinz Deschner auch nie um Ausgewogenheit, sondern darum, Dinge ans Licht zu holen, die viele Christen lieber im Dunklen gelassen hätten. Nun hat er, soweit es in seiner Macht stand, sein Lebenswerk abgeschlossen.

Karlheinz Deschner - der Name ist unter jüngeren Menschen kaum noch bekannt. Seine Arbeiten haben in den vergangenen zwanzig Jahren nur noch wenig Aufregung hervorgerufen. Das war einmal anders. Früher einmal hat Deschner Begeisterung, Ablehnung oder sogar Zorn ausgelöst. Und für manche Menschen waren seine Bücher fast schon eine Art Offenbarung.

Davon ist heute nicht mehr viel zu spüren. Und das ist tatsächlich eine gute Nachricht. Denn sie hängt indirekt damit zusammen, daß es für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft heute selbstverständlich ist, daß nichteheliche Kinder und Ehen ohne Trauschein keine Schande sind, daß Homosexualität nicht strafbar ist, Vergewaltigung in der Ehe aber schon; und daß heute ungetaufte und konfessionslose Kinder in Schulen einen Ethikunterricht besuchen können, in denen Kruzifixe abgehängt werden, wenn Eltern das fordern.

Deschners Arbeit hat einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung hin zu unserer weitgehend toleranten, liberalen und aufgeklärten Gesellschaft geleistet. Denn der Germanist und Privatgelehrte hat den größten Teil seines Lebens einem fast einsamen Kampf gegen einen mächtigen Gegner gewidmet. Ein Gegner, der diese Entwicklung zu bremsen versucht hat, wo es geht. Ein Gegner, der darüber hinaus den Anspruch hat, die wichtigste moralische Instanz der Welt zu sein.

Gemeint sind die Kirchen - die katholische Kirche genauso wie die evangelische und alle anderen christlichen Kirchen überhaupt. Und was Deschner getan hat, war, genau diesen moralischen Anspruch nicht nur in Frage zu stellen, sondern weitgehend ad absurdum zu führen. Die Kritik, die die Kirche durch Deschner erfahren hat, hat seit den frühen sechziger Jahren die moralische Autorität, mit der Päpste, Kardinäle, Bischöfe und Priester auftreten konnten, untergraben - und zwar schlimmer, als es jeder Mißbrauchsskandal konnte. Denn die Verbrechen von Priestern gegen Kinder konnte die Kirche immer auf die Schwäche einzelner Vertreter ihres Glaubens schieben. Deschner aber legte die Axt an die Wurzeln der Kirche.

Von den Wurzeln bis zu den Auswüchsen

Anders als die meisten Autoren, die in Deutschland nach dem Krieg Bücher über die Kirche veröffentlichten, konzentrierte sich der Ex-Katholik Deschner auf Fragen wie die, wer das

"Buch der Bücher" eigentlich tatsächlich verfaßt und wer bei wem abgeschrieben hat. Wer in der jungen, ursprünglich jüdischen Sekte welche Rolle gespielt und die Weichen gestellt hat - und warum. Welche Aspekte der christlichen Religion aus anderen Glaubensvorstellungen der Antike übernommen wurden.

Und er ging der Frage nach, wie es den Kirchenvätern und -führern gelungen war, über die Jahrhunderte den Eindruck eines über alle Zweifel erhabenen, einheitlichen Gebildes zu vermitteln - trotz aller Konflikte zwischen den Strömungen innerhalb der Kirche, trotz aller Widersprüche im Glauben und bei der Interpretation der Heiligen Schriften bei den Gläubigen und trotz der Spaltungen und Abspaltungen von Konfessionen. Und so stellte er den Anspruch der Kirche in Frage, ihre Legitimation und Lehren direkt auf einen Gott zurückzuführen.

Mit diesem Ziel tat Deschner nicht mehr und nicht weniger, als mit ungeheurem Fleiß Informationen über die Entstehung der Bibel und die Geschichte der Christenheit zu sammeln und in populärwissenschaftlichen Büchern lesbar zusammenzufassen - Informationen, die von etlichen Theologen und Historikern aus den vergangenen Jahrhunderten stammen.

1962 veröffentlichte Deschner sein erstes kirchenkritisches Werk "Und abermals krähte der Hahn". "25.000 Arbeitsstunden in fünf Jahren" hatte er seinem späteren Lektor bei Rowohlt, Hermann Gieselbusch, zufolge für das 700-Seiten-Buch investiert. Der Verlag Paul List, bei dem Deschner unter Vertrag stand, kündigte denselben aus Angst um den Absatz seiner Schulbücher in Bayern. Das Buch erschien dann in einem anderen Verlag, gefolgt von weiteren kritischen Werken.

Die Kirchen und die meisten großen Medien wie die *Zeit* oder die *Süddeutsche Zeitung* ignorierten das Werk anfänglich. Andere wie *Welt* und *Spiegel* brachten Verrisse. Besonders häufig wurde Deschner einseitiges und unwissenschaftliches Arbeiten vorgeworfen. So hieß es 1963 im *Spiegel*, Deschner hätte "auch obskure Quellen zitiert, solange sie nur ausreichend antiklerikal klingen".

1971 mußte Deschner wegen Kirchenbeschimpfung in Nürnberg vor Gericht - es kam zum Vergleich, das Verfahren wurde eingestellt. Deschner wurde nicht verurteilt - und auch nicht demotiviert. Vielmehr beschloß er, ein Buch allein über die Verbrechen, die von Kirchenvertretern oder im Namen der Kirche verübt wurden, zu schreiben.

"Ich möchte das Werk zu einer der größten Anklagen machen, die je ein Mensch gegen die Geschichte des Menschen erhoben hat", beschrieb er im Exposé für *Rowohlt* seinen Anspruch. Es wurden anstelle des einen, eher kurzen Buches, das ursprünglich geplant war, insgesamt fast 5.900 Seiten und etwa 100.000 Quellenangaben, verteilt auf zehn Bände, von denen der erste 1986 veröffentlicht wurde: Die "Kriminalgeschichte des Christentums".

Im Frühjahr 2013 ist der zehnte Band erschienen, er gilt offiziell als Abschluß des "längsten Krimis der Welt", wie Hermann Gieselbusch es formulierte. Und schon lange sind Deschners Kritiker nur noch leise zu hören. Denn seine Quellen - auch wenn es sich häufig "nur" um Sekundärquellen handelt und manches durchaus auch angezweifelt werden darf, sind zum großen Teil doch zu solide, die Belege zu zahlreich und meist zu gut, um ihn nicht ernst nehmen zu müssen.

Der Unrat in der Heilsgeschichte

Auch etliche Theologen und Historiker waren und sind beeindruckt von Deschners Akribie. Und warum eigentlich, fragte unlängst der katholische Theologe Bernhard Lang in der *FAZ*, gilt es in akademischen Kreisen als unfein, Deschners Namen zu nennen? Deschner wende sich schließlich nicht "an Historiker, sondern an Leser, denen die Geschichte des Christentums als eine von Unrat freie Heilsgeschichte vermittelt worden ist".

Selbst wenn also der Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit nicht ganz unberechtigt sein mag: Deschner richtete ein Flutlicht in die finstersten Abgründe der Geschichte der Christenheit - in jene Abgründe, um die die Gläubigen und Religionsführer lieber einen großen Bogen schla-

gen.

Genau deshalb geht auch der Vorwurf der Einseitigkeit ins Leere. Deschner hat Verbrechen und Lügen, die im Namen der christlichen Religion verübt wurden, zusammengetragen, über die sonst weitgehend geschwiegen wurde. "Wer andere Seiten sehen will, lese andere Bücher", prochristliche Literatur gebe es wie Sand am Meer, schrieb Deschner selbst bereits in der Einleitung zur "Kriminalgeschichte".

Und so sammelt er, was es zu finden gab, nicht nur über Bekanntes wie die Aufrufe zu den Kreuzzügen, die Inquisition und Hexenverbrennungen oder die Rolle der Kirche beim Massenmord an den indigenen Völkern Süd- und Mittelamerikas. Man erfährt auch vieles, was der Allgemeinheit zuvor kaum bekannt oder bewußt war.

Deschner erinnerte an die Ermordung angeblicher Ketzler, an die Pogrome an den Juden in Europa und an die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen zwei oder sogar drei (Gegen-)Päpsten im 14. und 15. Jahrhundert.

Er erinnerte an die Angriffe der christlichen Deutschordensritter auf die eigentlich schon christianisierten Slawen in Mittel- und Osteuropa und an die Weigerung des Vatikans, den Westfälischen Frieden anzuerkennen, der den Dreißigjährigen Krieg beendete. An die blutige Verfolgungen derjenigen ohne den rechten Glauben, die etwa unter Prinz Eugen von Savoyen - dem "Bewahrer der Christenheit" - stattfanden. Oder an die Seite Martin Luthers, an die Protestanten nicht so gern denken: Seine Aufrufe zum Niederbrennen von jüdischen Synagogen und zum Kampf gegen die aufständischen Bauern.

Doch mit dem zehnten Band der Reihe konnte Deschner die Kriminalgeschichte nicht wirklich abschließen. Das Buch handelt vom 18. Jahrhundert und liefert einen "Ausblick auf die Folgezeit". Mehr Bücher zur Kirche wird es von Deschner nicht geben. Der 89-Jährige kann sich die weitere anstrengende Arbeit nicht mehr zumuten, genau wie sein zeitweilig größter Gegner, Kardinal Josef Ratzinger, der als Papst Benedikt XVI. zurückgetreten ist. Es gibt also eine große Lücke zwischen dem zehnten Band der "Kriminalgeschichte" und der Gegenwart.

Aber: Diese Lücke läßt sich mit einem Buch schließen, das ebenfalls von Deschner stammt: "Die Politik der Päpste".

Ursprünglich war das Werk bereits 1982/83 in zwei Bänden erschienen als: "Ein Jahrhundert Heilsgeschichte. Die Politik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege".

Nun steht es in einer aktualisierten Fassung zur Verfügung. Es ist gewissermaßen der inoffizielle elfte Band der "Kriminalgeschichte des Christentums". Hier stellt Deschner ausführlich die Versuche der Päpste Pius XI. und Pius XII. dar, so mit dem Faschismus in Europa umzugehen, daß die katholische Kirche möglichst wenig Schäden davontrug.

So wurden die Diktatoren Hitler, Mussolini und Franco lange Zeit wo nicht gar hofiert, so doch immer wieder mit Wohlwollen bedacht und kaum kritisiert. Immerhin wurde der Faschismus vom Vatikan als Bollwerk gegen den atheistischen Kommunismus betrachtet und von vielen Kirchenvertretern ganz klar begrüßt - obwohl in Deutschland schließlich etliche Priester Opfer der Nazis wurden.

Bis zu Johannes Paul II. hat Deschner seine Kritik noch zusammengetragen. Dann aber war Schluß. Zum neuen Papst Franziskus immerhin konnte er noch einen Kommentar abgeben: "Gewiß wird jeder Papst seine Rolle etwas anders spielen, aber jeder Papst spielt dieselbe Rolle - und einstweilen spielt die Welt auch noch mit."

Die jüngste Entwicklung beschreibt ein anderer

Beachtenswert ist das Buch nicht nur, weil es Deschners Lebenswerk abschließt. Da Deschner nicht mehr in der Lage war, selbst noch die Politik der Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI. abschließend darzustellen, hat er Michael Schmidt-Salomon gebeten, dies zu tun. Der Philosoph und ebenfalls bekannte Kirchenkritiker hat dem Vorbild Deschners folgend deren Politik äußerst kritisch unter die Lupe genommen. Im Nachwort des Buches geht Schmidt-

Salomon vor allem auf ihre Strategie ein, den jüngeren Entwicklungen in den modernen Gesellschaften in ihrem Sinne zu begegnen.

So hat er etwa die Bemühungen Ratzingers untersucht, auf die Erkenntnisse der Wissenschaft zur Evolution und Entstehung des Menschen zu reagieren. Solche Analysen, nach denen man in der Literatur und den Medien sonst sehr mühsam suchen muß, führen ihn zu dem Schluß: "Wenn er gekonnt hätte, wie er wollte, hätte der deutsche Papst das Rad der Geschichte so weit zurückgedreht, daß von den Errungenschaften der Moderne nur noch wenig übrig geblieben wäre."

Schmidt-Salomons Nachwort führt Deschners Werk zwar inhaltlich zum endgültigen Abschluß. Aber er hat darauf verzichtet, sich auch an Deschners Sprache zu orientieren. Das ist gut so. Denn die Ausdruckskraft Deschners ist dort, wo er kommentiert, eine ganz eigene Sache.

"Wo sonst gibt es diese atemverschlagende Mischung von Wolfsgeheul und Friedensschalmei, Weihnachtsbotschaft und Scheiterhaufen, von Heiligenlegende und Henkersgeschichte! Wo sonst dies allumfassende Liebespalaver und den praktisch alles verschlingenden Haß! Wo sonst eine Religion, die aus Liebe tötet, aus Liebe foltert, aus Liebe raubt, erpreßt, entehrt, verteufelt und verdammt!", faßte er die Kirchengeschichte im zehnten Band der "Kriminalgeschichte" zusammen. "Ja, es muß ein eigentümliches Vergnügen sein, von Jahrhundert zu Jahrhundert im Blut der Menschen zu schwimmen und Halleluja zu rufen! Es muß ein eigentümliches Vergnügen sein, fast zwei Jahrtausende hindurch zu lügen, zu fälschen und zu täuschen."

Bei aller Kritik, die sich an Deschner üben läßt: Seine Bücher sind für alle, die sich für die Kirche interessieren, für Gläubige genauso wie für Atheisten, ein wichtiges Hilfsmittel, um sich ein Bild zu machen. Man muß Deschner und Schmidt-Salomon nicht in allem folgen, man kann ihnen sogar einmal mehr Einseitigkeit vorwerfen. Aber wo die Fakten für sich sprechen, sollten sie zur Kenntnis genommen werden.

Karlheinz Deschner: Die Politik der Päpste - Vom Niedergang kurialer Macht im 19. Jahrhundert bis zu ihrem Wiedererstarken im Zeitalter der Weltkriege. Alibri Verlag. Mit einem Nachwort von Michael Schmidt-Salomon. 1.231 Seiten ...

Karlheinz Deschner: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 10. Rowohlt. 320 Seiten ... <<

In der Zeitung "Moskauer Nachrichten" berichtete ein sowjetischer Wissenschaftler am 5. Januar 1989 über die Entdeckung von Massengräbern im Gebiet bei Minsk (x075/91): >>Nicht weit von Minsk entfernt taucht jener furchtbare Ort auf – ungefähr 10-15 ha groß -, der seit jeher Brod oder Kuropaty heißt. Ein Ort der Massenhinrichtungen, ein Schlachthof, der von 1937 bis zum Beginn des Krieges 1941 in Betrieb war. ... Es gab noch weitere Schlachthöfe dieser Art im Umkreis der großen belorussischen Städte. Aufgrund von Augenzeugenberichten konnten allein in Minsk und Umgebung 5 Orte ausgemacht werden, die zu Stalins Zeiten zur Vernichtung von Männern und Frauen dienten. ...

Die Hinrichtungen fanden täglich nach dem Mittagessen, am Abend und die ganze Nacht hindurch statt. Die Todeskandidaten wurden in Planwagen transportiert, gruppenweise erschossen und dann in tiefe Gräben geworfen. Die Mörder trugen die Uniformen des NKWD. Nach der Hinrichtung einer Gruppe wurden die Leichen mit ein wenig Erde bedeckt, dann kam die nächste Gruppe an die Reihe, bis die Grube randvoll war. ...

Geht man von 200 Leichen je Grab aus und multipliziert diese Zahl mit den 510 gegenwärtig bekannten Grabstätten, dann kommt man auf 102.000 Menschen. Die tatsächliche Anzahl der Opfer muß aber weit darüber liegen. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 13. Januar 1989 über den neuen "Bundesadler": >>... Ein scharfer Senkrechtstarter, ein tollkühner Tiefflieger ist dieser Vogel nicht. ...

Dieser kleine dicke Adler – schon (eine) flüchtigste anatomische Expertise würde völlige Flugunfähigkeit bescheinigen –, dieser rheinische Spätling der uralten Reichsadlersippe kann, so wird wohl mancher heimlich denken, doch unmöglich deutsche Weltgeltung verkörpern, das Land mächtigster Großkonzerne, das Land Helmut Kohls und Hans-Dietrich Genschers, das Land Steffi Grafs und Ute Lempers!

Und muß den Parlamentarier, der doch stets vor Augen haben sollte, im Interesse welcher gewaltiger Nation er da seine Stimme erhebt und abgibt, muß ihn ob des Anblicks dieses so durch und durch unheraldischen Tieres nicht tiefer Unmut, stille Mutlosigkeit ergreifen? ... So ein Staatstier brauchen wir, so ein kleines dickes. So eine Kreuzung aus Habicht und Truthahn ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den neuen "Bundesadler" (x268/227): >>Über den großen Bundesadler im Plenarsaal des Parlaments spottete man schon in Bonn. Von einer fetten Henne sprachen Politiker, und Ornithologen zweifelten, ob der fast runde Vogel überhaupt flugfähig sei. Aber genau dieses Monstrum sollte nach dem Willen des Bundestagspräsidenten in leicht vergrößerter Kopie auch den Reichstag schmücken.

Wörtlich lobte Thierse, das Objekt wirke "jedenfalls so unaggressiv und friedlich, wie ein Adler nur sein kann". Er sei damit ein Symbol für den politischen Konsens der Bundesrepublik. Während viele Länder dieser Welt den Adler im Wappen führen, weil er Stolz und Würde verkörpert, begnügt sich Berlin mit einer Karikatur, die das genaue Gegenteil ausdrückt. ...<< George Bush (Parteimitglied der "Republikaner") wurde am 20. Januar 1989 als 41. Präsident der USA vereidigt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über US-Präsident George Bush (x068/366-368): >>... Muß man George Bush noch charakterisieren? Ihn, der Reagans persönliches Theater acht Jahre lang als Vizeregisseur mitveranstaltet hat? Einen Mann, dem noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Menschen mit dunkler Haut als eine Zumutung erscheinen? Der noch 1964 bei der Senatswahl in Texas dafür eintritt, Schwarze von öffentlichen Einrichtungen der Weißen auszuschließen, von ihren Hotels, Restaurants, Theatern etc.? Der als Vizepräsident der Vereinigten Staaten eine Geldstrafe für Steuerhinterziehung erhält?

Das alles zeigt doch nur, daß er ein "regular guy" ist, ein ganz gewöhnlicher sogar, auch wenn er - mit einem "Ethikberater" - den Präsidentenstuhl drückt nach einer Wahl, die rund 700 Millionen Dollar verschlang. Und unter den 60 Personen, die danach ins Außenministerium zogen, befanden sich 47, die Bushs Wahl finanziert hatten, aber von Außenpolitik nichts verstanden, manchmal gar nicht daran interessiert waren, wie die Grundstücksmaklerin Della Newman, die Botschafterin in Neuseeland wurde, doch sogar zugab, nicht einmal den Namen des neuseeländischen Ministerpräsidenten zu kennen.

Seit mehr als eineinhalb Jahrhunderten kauft man sich in den USA in die Politik ein, seit Einführung des "spoilssystem" (Beutesystem), der Protektion für Parteizwecke, durch Präsident Jackson, den Indianerkiller 1829. Die Posten von Ministern oder Botschaftern können hier bis heute durch Geld eingenommen werden. Warum nicht? Hauptsache es ist da. Und es ist da, sehr sogar, immer mehr. Aber bei wem?

Gerade während der Regierung Bush/Reagan, während der achtziger Jahre wurden die ärmsten Amerikaner noch ärmer, ein Zehntel verlor noch 10 %, die Millionäre aber verdienten 2.184 % mehr. Und allein in den letzten Jahren, in der Zeit, als der Reagan-"Boom" nahtlos in das Bush-Desaster überging, zwischen 1986 und 1989, da machten immerhin 630 US-Banken bankrott, andere schleppten sich so hin, an sich ja alles nichts Neues in dieser Geschichte. Aber der Schaden, den diese Banken bei Bushs Antritt angerichtet, belief sich auf 285 Milliarden Dollar. Bankexperte Edwin J. Gray sprach damals von "der verbreitetsten und rück-

sichtslosesten Ära des Betruges in der Geschichte des amerikanischen Bankwesens".

Kein Grund indes zur Erregung. Solche Summen schreibt man da doch Jahr für Jahr in den Schornstein. Denn Jahr für Jahr gehen der amerikanischen Nation durch Korruption im US-Geschäftsleben 200 Milliarden Dollar verloren. Und diese Expertenschätzung ist nach anderen Experten noch weit untertrieben. Übereinstimmung besteht nur darin, daß im "militärisch-industriellen Komplex" die Gaunerei am größten ist. Daß zwei Drittel der 500 größten Unternehmer wegen wiederholter Verbrechen vorbestraft sind. Und wer legte schon für das restliche Drittel seine Hand ins Feuer!

Die Korruption ist allgemein in den Staaten und grassiert wie die Pest. Sie entziehe sich praktisch jeder Kontrolle, erklärt Soziologe Joseph Bensen von der New Yorker "City University". "Füchse sind damit beschäftigt, die Hühner zu bewachen."

Spät genug, wahrlich, breitet sich - übrigens auch bei uns, den Amerikanisierten - eine große Politikverdrossenheit aus. 1990 versagten sich bei den Bundeswahlen zwei Drittel der stimmberechtigten US-Bevölkerung dem Volksentscheid. Und genau ebenso viel, 66 %, halten nach einer Umfrage damals die Politiker für korrupt.

"Füchse sind damit beschäftigt, die Hühner zu bewachen ..."

Kurz nach dem Bankenkrach bekannte Bush, "stolz auf den Kapitalismus" zu sein, denn: "Der Kapitalismus ist der Stolz der Welt". Und so bietet er ihn "aller Welt als Beispiel an".

Just in jenem Jahr, da Bush sein Kapitalismus-Bekanntnis ablegte, betrugen die Schulden der US-Unternehmen 1.800.000.000.000 Dollar. Dabei hatten sie sich allein unter Reagan/Bush mindestens verdoppelt. Der Staat selbst stand dahinter natürlich nicht zurück. Im Gegenteil. Und derselbe Staat, der nach dem Zweiten Weltkrieg der reichste der Welt war, war während der goldenen Ära Reagan/Bush bereits der größte Schuldner der Welt.

Seine Passiva beliefen sich im April 1989 auf 2.775.874.961.565 Dollar und stiegen von Tag zu Tag um 722 Millionen Dollar an. 1991 hatte er bereits weit über drei Billionen Dollar Verbindlichkeiten, 1993, schätzt man, werden die Staatsschulden die vier Billionen Grenze überschreiten, sodaß die Regierung jährlich allein zum Begleichen der Zins-Schuld 300 Milliarden Dollar aufbringen muß.

Die Schulden der US-Bürger beliefen sich im September 1990 auf 3.214.512.688.472 Dollar.

Ja, viele Gründe, um stolz auf den Kapitalismus zu sein - und auf die Füchse, die die Hühner bewachen ...

Während Bush regiert, gibt es in den Vereinigten Staaten von Amerika 30 bis 40 Millionen Analphabeten; gibt es mehr Obdachlose als dort zuvor in Jahrzehnten; hat die stolze Nation mehr Arme als ganz Spanien Einwohner. Während Bush regiert, wird in den Vereinigten Staaten mehr Rauschgift verbraucht als irgendwo sonst auf Erden; sitzen vergleichsweise mehr Menschen hinter Gittern als in jedem Staat, der darüber Statistiken bietet; sind die USA alles in allem mit über zehn Billionen Dollar höher verschuldet als jedes andere Land der Welt.

...<<

Das katholische Informationsportal "kath-info" veröffentlichte am 26. Februar 1989 folgende Predigt des deutschen Theologen Prof. Dr. Georg May (x921/...): >>**Falschlehrer der Kirche**

Erste Predigt

Von Prof. Dr. Georg May

Die Kirchen werden immer leerer. So stellen alle eifrigen, gläubigen Christen immer wieder besorgt fest. Die Kirchen werden immer leerer. Und so ist es tatsächlich. Seit etwa 25 Jahren, ziemlich uhrzeitlich gleich mit dem II. Vatikanischen Konzil, hat der Auszug aus dem Gottesdienst begonnen.

Welches sind die Ursachen dieses Auszugs? Die einen sagen: Ja, die Menschen sind halt bequem. Die Menschen sind bequem, das ist keine Frage, aber warum sind sie gerade bequem

im Gottesdienst?

Sie sind doch sonst nicht bequem. Wenn es um die Urlaubsfahrt geht, da sitzen sie zehn Stunden am Steuer, und das ist keine Bequemlichkeit. Oder wenn sie ein Haus bauen, da wird wochen-, monatelang Abend für Abend geschafft mit ungeheurer Intensität. Warum ist man also bequem in Bezug auf den Besuch des Gottesdienstes? Die Antwort kann nur lauten: Man ist da bequem, woran einem nichts liegt. Und warum liegt einem nichts am Gottesdienst? Weil man keinen Glauben hat, weil der Glaube an den Wert des Gottesdienstes, an die Nützlichkeit und an die Notwendigkeit des Gottesdienstes verloren gegangen ist.

Andere sagen: Der Wohlstand ist schuld. Ich bezweifle diese Auskunft. Sind denn diejenigen, die nicht im Wohlstand liegen, eifrige Kirchgänger? Und gibt es nicht auch Leute, die im Wohlstand leben und jeden Tag die heilige Messe besuchen? Ich kenne wunderbare Persönlichkeiten, Persönlichkeiten fürstlichen Geblütes, die täglich am Meßopfer teilnehmen, die immer schon im Wohlstand lebten, aber der Wohlstand hat sie nicht gehindert, eifrig den Gottesdienst zu besuchen. Nein, der Wohlstand allein vertreibt die Leute nicht aus dem Gottesdienst, sondern der Mangel an Glauben, der die Wertschätzung des Meßopfers lehrt.

Wieder andere verweisen auf das Fernsehen oder auf die Presse; und tatsächlich, da ist vieles im Argen. Die meisten Sendungen, die meisten Artikel, die sich mit Religion beschäftigen, sind kritisch gegen die Kirche, überkritisch, legen eine Sonde an die Menschen in der Kirche an, die sie sonst nicht anlegen, weder an die Parteien noch an die Gewerkschaften. Keine Frage, daß die Freudigkeit des Glaubens durch das Fernsehen und durch die Presse gewaltig gemindert wird. Das ist gar keine Frage.

Aber was tun die Menschen der Kirche gegen die Verunglimpfungen ihres Glaubens? Was tun vor allem die vielen Theologen? Gewiß gibt es auch heute Theologen, die sich vor die Kirche stellen, sie verteidigen und die gegen sie gerichteten Schläge abwehren. Aber nicht wenige von ihnen helfen mit, die Kirche herabzuziehen. Es gibt ihrer viele, die der Kirchen den Eselstritt geben.

Ich will heute von einer Angelegenheit sprechen, die nach meiner Meinung hauptursächlich für den Auszug aus dem Gottesdienst und der Kirche vor allem bei der jüngeren Generation ist. Das ist die Zerstörung des Glaubens durch die eigenen Theologen. Ich erwähne an erster Stelle deren Umgang mit dem geschriebenen Wort Gottes.

Das II. Vatikanische Konzil hat bezüglich der Heiligen Schrift gelehrt: Die Bibel lehrt sicher, gewiß, ohne Irrtum die Wahrheit, die Gott um unseres Heiles willen aufgeschrieben wissen wollte, hat also an der Inspiration und an der Irrtumslosigkeit der Heiligen Schrift nichts geändert. Von den Evangelien sagt das II. Vatikanische Konzil, daß die Väter des Konzils an der Geschichtlichkeit der Evangelien festhalten. Die Evangelien überliefern zuverlässig das, was Jesus gewirkt und getan hat, als er unter den Menschen lebte.

Diesen Aussagen, die nichts anderes sind als die immerwährende Lehre der Kirche, steht aber ein Verhalten vieler Theologen gegenüber, das dazu einen vollendeten Gegensatz bildet. Wenn Sie heute moderne Bücher über die Heilige Schrift lesen, da finden Sie darin oft die Rede von Geschichten, von Erzählungen. Geschichten sind keine Geschichte, Geschichten sind Legenden, Märchen, Sagen und Mythen. Erzählungen sind erfundene Wortzusammenhänge und Wortkomplexe.

Nach diesen Theologen hat Jesus die Worte, die ihm in der Heiligen Schrift zugeschrieben werden, niemals gesprochen, hat er die Taten, von denen die Evangelien künden, niemals getan, sind viele Ereignisse der Evangelien (und gerade die wichtigsten) niemals geschehen, sondern diese Worte sind ihm von seinen Verehrern zugeschrieben worden, diese Taten hat man ihm - natürlich, ohne daß sie passiert sind - angedichtet.

Die Heilige Schrift, so sagen diese Herren und Damen, wolle von der Bedeutsamkeit Jesu reden, sie sei aktuelle Anrede. Die Evangelisten und überhaupt der Männer des Neuen Testa-

menten hätten ihren Glauben an Jesus in Geschichten umgesetzt, ohne daß ein historisches Fundament diesen Glauben stützt.

Das wird gelehrt von Dutzenden katholischer Theologen! Die Erstbetroffenen sind natürlich die Theologiestudenten, also die künftigen Religionslehrer und Priester. Sie werden hier systematisch ihres Glaubens beraubt. Von diesen Religionslehrern und Priestern geht diese Entleerung des christlichen Glaubens weiter an die Predigtzuhörer, an die Schüler in der Schule. Sie brauchen sich nicht zu wundern, wenn Ihre Kinder allmählich den Glauben verlieren, und das äußere Zeugnis für den Glaubensverlust ist das Fernbleiben vom Gottesdienst. Wer den Aufstellungen der genannten Theologen folgt, wird sich fragen: Wozu soll ich hingehen an einen Stätte, wo mir Märchen erzählt werden, Propagandamärchen, die von den Evangelisten erfunden sind, um Jesus künstlich hoch zu stilisieren?

Meine lieben Freunde, über die Gefahr, die sich hier erhebt, können Sie sich kein adäquates Bild machen, weil Sie die entsprechende Kenntnis der Literatur nicht besitzen. Aber daran ist kein Zweifel: Was sich hier erhebt, ist eine tödliche Gefahr für unsere Kirche! Wenn diese Positionen das letzte Wort behalten, ist das Ende unserer Kirche gekommen. Natürlich wird sie sich in kleinen Resten, wie hoffentlich in uns, die wir hier versammelt sind, erhalten, aber das Gros wird unweigerlich dieser Kirche entfremdet werden und sich vielleicht zu protestantischen Denominationen begeben, wo man ja immer schon derartige Thesen vertreten hat, oder wir gar in die Glaubenslosigkeit abwandern.

Was ist zu diesen Wahnsinnsthesen zu sagen? Zunächst einmal: Hier wird eine private Auslegung der Heiligen Schrift gegen die amtliche gestellt. Hier wird nicht etwa die Bibel gegen die Lehre der Kirche ausgespielt, sondern private gegen amtliche Auslegung. Dieser Vorgang ist uns bekannt, z.B. aus dem 16. Jahrhundert. Da trat auch ein Mann auf, der seine private Auslegung gegen die amtliche stellte, und in Worms hat Kaiser Karl V., dieser gläubige Mann, gesagt: "Ein einfacher Mönch, geleitet von seinem privaten Urteil, hat sich erhoben gegen die Lehre, die alle Christen seit tausend Jahren bewahrten, und sagt dreist, sie hätten sich geirrt." So Karl V. über diesen Mönch in Worms.

Diese Anmaßung, mit dem privaten Urteil das Urteil der gottgeleiteten, vom Heiligen Geist belebten Kirche zu ersetzen, richtet sich selbst. Es sind im Laufe der Jahrhunderte immer wieder solche Falschlehrer aufgestanden. Das ist schon im Neuen Testament bezeugt. Der heilige Apostel Paulus sagt zu den Bischöfen von Kleinasien: "Aus eurer eigenen Mitte werden sich Männer erheben, welche verdrehtes Zeug reden, um die Jünger in ihre Gefolgschaft zu ziehen." Wahrhaftig, dieses Wort ist heute in ungeahnter Weise in Erfüllung gegangen. Es erheben sich Männer - und neuerdings auch Frauen -, die verdrehtes Zeug reden, um die Jünger in ihre Gefolgschaft zu ziehen.

Diese Falschlehrer sagen, es komme nur auf die Bedeutsamkeit der Texte an, daß sie im Menschen eine Antwort finden. Sie sind "aktuelle Anrede", daß die Menschen eben sich bewegen lassen, das Gute zu tun. Tja, meine lieben Freunde, wie soll denn in der Religion etwas bedeutsam sein, dem die göttliche Beglaubigung fehlt?

Wieso sollen denn diese Worte bedeutsam sein, wenn hinter ihnen nicht Tatsachen stehen? Wozu soll ich denn reden von Menschwerdung, Jungfrauengeburt, Wundern, Erlösungstod, Auferstehung, Himmelfahrt, wenn das alles nicht passiert ist? Das ist doch offenkundiger Unsinn, etwas bedeutsam zu nennen, was sich enthusiastische Jünger aus den Fingern gesogen haben. Die christlichen Wahrheiten sind doch nur deswegen bedeutsam, weil das, was sie künden, in Wirklichkeit geschehen ist. Die Berichte des Neuen Testaments über die Machttaten unseres Herrn sind doch keine erfundenen Geschichten für irgendwelche Bedeutsamkeiten, Ideen, Gedanken, Entwürfe.

Die Apostel und die Verfasser des Neuen Testaments wußten sehr genau zu unterscheiden zwischen Tatsachen und Märchen, zwischen Geschichte und Legende. An mehreren Stellen

wird das deutlich.

Zum Beispiel schreibt der heilige Evangelist Lukas am Anfang seines Evangeliums: "Ich habe allen Ereignissen sorgfältig nachgeforscht und sie für dich wohlgeordnet aufgeschrieben, damit du darauf die Zuverlässigkeit der Erzählungen erkennst."

Die Zuverlässigkeit! Sie hängt also davon ab, daß das, was da berichtet wird, geschehen ist; nicht, daß es gut erfunden ist, sondern daß es geschehen ist. Oder um eine andere Stelle zu zitieren im zweiten Petrusbrief: "Denn wir haben euch nicht als Anhänger ausgeklügelter Fabeln die Macht und die Ankunft unseres Herrn Jesus Christus kundgemacht, sondern weil wir Augenzeugen seiner Größe waren."

Augenzeugen! Nicht Dichter, nicht Phantasten, nicht Erfinder von Märchen. Oder um noch eine letzte Stelle zu zitieren im ersten Johannesbrief: "Jeder Geist, der bekennt, daß Jesus Christus im Fleisch gekommen ist, ist aus Gott. Und jeder Geist, der Jesus nicht bekennt, ist nicht aus Gott." Hier geht es also um die geschichtliche Realität dessen, was da von den Evangelisten und überhaupt von den Jüngern Jesu berichtet und weitergetragen wird.

Einer von diesen Falschlehrern sagt: Es geht hier nur um Bekenntnisformeln, aber nicht um Sachinformation. Ja, meine lieben Freunde, wie soll ich etwas bekennen, was gar keinen Inhalt hat? Wie soll ich mich zu Jesus bekennen, meinetwegen zu seiner Menschwerdung, wenn diese Menschwerdung niemals geschehen ist, wenn Maria geboren hat wie jede andere Mutter auch und nicht den Logos, den menschengewordenen Logos, die zweite Person in Gott, zur Welt gebracht hat?

Ich kann nur bekennen, was eine geschichtliche Tatsache hinter sich hat. Ich kann nur einen Glauben nach außen kundtun - das heißt ja bekennen -, wo eine Sachinformation damit verbunden ist. Bekenntnis und Information schließen sich nicht aus. Was ich bekenne, das muß auch stimmen.

Man rühmt bei diesen Falschlehrern die Theologie der Evangelisten und der anderen Verfasser des Neuen Testaments. Man meint, daß sie große Theologen seien. Doch groß sind sie nicht als Romanschriftsteller, sondern als Zeugen. Sie haben ihre Aussagen über Jesus nicht erfunden, sondern aus der Persönlichkeit Jesu abgelesen. Das Geschehen um Jesus hatte seine metaphysische Tiefe. Was da passiert ist, war nicht nur ein äußeres Geschehen, sondern war von einer himmlischen Macht und Kraft erfüllt. Und eben diese Macht und Kraft haben die Evangelisten erkannt und abgelesen aus diesem Geschehen.

Meine lieben Freunde, hier geht es um Sein oder Nichtsein des Christentums. Hier geht es um Sein oder Nichtsein unserer Kirche. Sie müssen sich darüber im klaren sein, daß die Realität der Worte und Taten Jesu keine Nebensächlichkeit ist, sondern daß hier entschieden wird über die Zukunft unseres Glaubens und unserer Kirche, auch über die Zukunft des Glaubens Ihrer Kinder und Kindeskinde. Wenn hier nicht Remedur (Abhilfe) geschaffen wird, ist das Ende des Christentums gekommen.

Ein ehrlicher Mann wie der Herausgeber des SPIEGEL, Rudolf Augstein, hat den Satz geschrieben: "Die Theologen wissen sehr genau, daß das Christentum ein unhaltbarer Irrtum ist, aber sie geben es nicht zu." Augstein hat ganz recht. Von den Theologen, die ich hier im Auge habe, gilt das tatsächlich. Ich kann ihm nur zustimmen, wenn er aus der Lektüre der modernistischen Bücher diesen Schluß zieht.

Ein evangelischer Theologe, Ulrich Wilkens, hat diese Verwirrung bemerkt. Der Eindruck, den die Lektüre moderner exegetischer Literatur auf die Theologiestudenten macht, ist oft so, sagt er, daß sie verwirrt sind.

"Verwirrt" ist ein harmloses Wort; sie sind durcheinander. Ich stehe seit über 30 Jahren in der Theologenerziehung, meine lieben Freunde. Ich kann Ihnen nur sagen: Wer mit gläubigem Sinn an die theologischen Fakultäten kommt, der verläßt sie oft als blasierter Skeptiker. Selten, ganz selten, wird jemandem in seinem Studium der Glaube wirklich aufgebaut. Häufig ist

das Gegenteil der Fall. Das sind die Tatsachen, und sie muß man zur Kenntnis nehmen. Was können Sie, meine lieben Freunde, tun? Sie können sich bemühen, durch eigenes Studium zuverlässiger Werke, die natürlich meistens älteren Datums sind, ein genügendes Wissen zu erwerben, um damit Einwenden zu begegnen. Ich selbst habe ein Buch geschrieben "Der Glaube in der nachkonziliaren Kirche", in dem ich auf diese und ähnliche Erscheinungen eingegangen bin, aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Es müßte in einem großen Umfang eine Schar von gläubigen Theologen gesammelt werden, die sich diese Irrlehren vornähmen und ihre Widerlegung sieghaft und überzeugend vortrügen. Solange das nicht geschieht, müssen Sie mit den unvollkommenen Mitteln, die Ihnen zur Verfügung stehen, sich bemühen, in sich selbst den Glauben zu erhalten und Ihren Angehörigen die Zweifel zu zerstreuen. "Ich weiß, wem ich geglaubt habe", sagt der Apostel Paulus.

In der Tat: Das Treiben der Falschlehrer hat keine Verheißung. Es ist ein Wölkchen am Horizont, und das wird vorübergehen. Eines Tages wird das Kartenhaus dieser Irrlehren zusammenbrechen. Aber bis dahin gilt es sich zu wappnen gegen die Versuchungen, die von ihnen ausgehen. Halten wir uns an das, was die Kirche immer gelehrt hat. Ihr ist die Heilige Schrift anvertraut. Sie ist die Hüterin der Bibel, ja, aus ihr kommt die Bibel; es sind Männer der Kirche, die sie geschrieben haben. Und ihr obliegt, deswegen auch die Auslegung der Bibel, die amtliche und erforderlichenfalls die unfehlbare Auslegung, und diesem Wort der Kirche wollen wir trauen und uns nicht irre machen lassen.

Amen.<<

Das katholische Informationsportal "kath-info" veröffentlichte am 5. März 1989 folgende Predigt des deutschen Theologen Prof. Dr. Georg May (x921/...): >>**Falschlehrer der Kirche**

Zweite Predigt

Von Prof. Dr. Georg May

Die Falschlehrer erzeugen zwei Christusse, einen, der wirklich gelebt hat, aber über den wenig Sicheres bekannt ist, und einen anderen, der das Produkt einer erregten Phantasie ist, dem man Worte in den Mund legt, die er in Wirklichkeit niemals gesprochen hat, und dem man Taten zuschreibt, die er in Wirklichkeit niemals getan hat.

Ein Mittel, um die Evangelien ihrer Geschichtlichkeit zu entkleiden, besteht darin, daß man sagt, Taten und Worte Jesu seien aus dem Alten Testament "herausgesponnen" worden; die Jünger hätten Jesus für den Messias gehalten; mit dieser Vorgabe hätten sie das Alte Testament gelesen, da seien sie auf Züge gestoßen, die dem Messias zugeschrieben werden, auf Taten, die er einmal tun sollte, also auf Weissagungen über den Messias.

Und da Weissagungen nur eine Beweiskraft haben, wenn sie in Erfüllung gehen, so hätten sie die Weissagungen des Alten Testamentes hergenommen und daraus Geschichten fabriziert, die sie dann Jesus zugeschrieben haben. Über das, was ich Ihnen hier sage, gibt es ganze Bücher, von solchen Falschlehrern geschrieben. Die künstliche Erzeugung von Geschichten aus alttestamentlichen Weissagungen liege vor allem dann vor, wenn es im Neuen Testament heißt: "Das ist geschehen, damit die Schrift erfüllt werde."

Diese Ereignisse sind nach den Falschlehrern nicht wahrhaft geschehen, sondern sie sind erdichtet, und zwar in der Absicht, die Vorstellung zu erwecken: Die Weissagungen haben sich erfüllt. Zum Beispiel die Flucht der heiligen Familie nach Ägypten. Da heißt es im Matthäusevangelium: "Das ist geschehen, damit die Schrift erfüllt werde, das Wort des Propheten: Aus Ägypten habe ich meinen Sohn gerufen." Ein Wort aus dem Propheten Oseas.

Solche erdichteten Geschichten seien aber auch dann anzunehmen, wenn im Neuen Testament Geschichten erzählt werden, die mit Worten und mit dem Sprachgebrauch des Alten Testamentes wiedergegeben werden. Immer dann, wenn das Neue Testament mit Ausdrücken und Wendungen des Alten Testamentes etwas erzählt, dann seien das erfundene Geschichten. Zum Beispiel die Geburt Johannes' des Täufers.

Hier wird berichtet, daß Elisabeth schon betagt und unfruchtbar war; sie hat gebetet, daraufhin hat sie einen Sohn empfangen, und dafür hat sie Gott gedankt. Diese Geschichte - so sagen die Falschlehrer - ist nachgebildet den Geburtsgeschichten von Samuel und Samson im Alten Testament. Da haben nämlich auch Frauen, die kein Kind bekamen, gebetet, und dann wurde ihr Gebet erhört, sie bekamen einen Sohn, Samuel und Samson, und sie haben Gott gedankt.

Meine lieben Freunde, da fragt sich jeder, der nicht von diesen Vorurteilen befangen ist, welche die Falschlehrer haben: Gibt es nicht in der Geschichte fortwährend Parallelen? Gibt es nicht immer wieder Fälle, die sich ähnlich sind? Gibt es nicht zahllose Frauen, die kein Kind bekamen, aber ein Kind wollten und darum gebetet haben, und die dann nach langer Zeit erhört wurden?

Ich lernte in Mainz einmal ein Ehepaar kennen, das bekam eine Tochter nach 17 Jahren Ehe. Nach 17 Jahren Eheleben wurde ihnen die heißersehnte Tochter geschenkt. Und wenn nun die Geschehnisse ähnlich sind, warum soll man sie dann nicht mit ähnlichen Ausdrücken wiedergeben?

Ein anderes Beispiel: Der Prophet Elias hat als seinen Nachfolger den Propheten Elisäus berufen. Elisäus war ein Bauer. Elias kam zu ihm und sagte: "Folge mir! Ich berufe dich zum Propheten nach Gottes Willen." Elisäus war gerade beim Pflügen. Er verließ den Pflug und die Tiere und seinen Hof und folgte dem Elias nach.

Aha, sagen die Falschlehrer, das wiederholt sich im Neuen Testament. Jesus kommt am See Genesareth vorbei, er sieht dort die beiden Jüngerpaare Petrus und Andreas, Jakobus und Johannes; er fordert sie auf, ihm zu folgen. Tatsächlich, sie verlassen die Schiffe, den Fischfang, die Netze und folgen ihm nach. Diese neutestamentlichen Geschichten sind nachgebildet, so sagen die Falschlehrer, dieser alttestamentlichen Berufungsgeschichte. Ist es wirklich so?

Meine lieben Freunde, wenn jemand berufen wird, dann vollzieht sich doch immer dasselbe. Es kommt derjenige, der ihn beruft, sei es Gott, sei es ein Mensch, er fordert den Berufenen auf, seinen bisherigen Beruf aufzugeben und seiner neuen Berufung zu folgen. Nicht alle folgen dem Ruf. Das Neue Testament weiß von vielen Berufungen zu berichten, wo die Berufenen nicht folgen.

Einmal sagt Jesus zu einem Manne: "Folge mir nach!" Er antwortete: "Ach, laß mich zuvor noch meinen Vater beerdigen!" "Laß die Toten ihre Toten begraben!" sagt der Heiland. Also nicht alle Berufenen folgen der Berufung. Aber wenn sie folgen, dann verlassen sie eben ihren Beruf, ihr Haus, ihren Besitz und folgen ihm nach.

Das geschieht heute noch. Ein solcher Berufener ist z.B. der Erzbischof Dyba. Er war ja zunächst Jurist. Er hat seinen Beruf verlassen und ist dem Herrn nachgefolgt. Ja, das ist eben immer dasselbe. Da kann man doch nicht sagen, weil das einmal in der Weise passiert ist wie im Alten Testament, ist es aus dem Alten Testament herausgesponnen, ist es erfunden, sondern das sind Parallelen, Vorgänge, die miteinander gar nichts zu tun haben, als daß Berufungsvorgänge regelmäßig in derselben Weise verlaufen.

Ein besonderer Angriffspunkt für die Falschlehrer sind natürlich die Wunder Jesu. Die Wunder, sagt man, sind ebenfalls aus dem Alten Testament herausgesponnen. Jesus hat man sich vorgestellt als den Messias, und deswegen mußte er Wunder tun, ja mußte er noch größere Wunder tun als die Propheten. So hat man ihm Wunder zugeschrieben, die er in Wirklichkeit nie getan hat.

Nun haben die Propheten zweifellos nach dem Zeugnis des Alten Testamentes große Wunder gewirkt. Aber das Merkwürdige ist, daß nicht alle Wunder der Propheten Entsprechungen im Leben Jesu haben, daß Jesus keineswegs immer die Wunder der Propheten überbietet.

Denken Sie an Elias! Was hat er getan auf dem Berge Karmel? Er lud die vierhundert Baalspriester ein, eine Wette mit ihm zu machen. Jeder schlachtete einen Stier, legt ihn auf einen Altar, zündet aber kein Feuer an, sondern wartet, ob Gott Feuer sendet, um den Stier zu

verzehren. Die Baalspriester waren einverstanden. Sie machten den Anfang. Sie riefen zu Gott, sie tanzten um den Altar. Der Prophet Elias verspottete sie: Ihr müßt lauter rufen, vielleicht schläft euer Gott! Aber es half alles nichts, es fiel kein Feuer vom Himmel. Dann betete Elias, und es fiel wirklich Feuer vom Himmel und verzehrte das Opfer, das er bereitet hatte. Ein ungeheures Wunder!

Aber wo ist denn im Leben Jesu von einem solchen Wunder die Rede? Wo überbietet er den Propheten Elias? Da gibt es überhaupt keine Parallele im Neuen Testament. Und so ist es mit anderen Dingen. Zum Beispiel wurde im Alten Testament dem Messias zugeschrieben, daß er die Kriegswerkzeuge vernichtet. Wo ist diese Weissagung eingetroffen im Leben Jesu? Nichts davon, daß er die Kriegswerkzeuge vernichtet hat.

Das sind doch Indizien dafür, daß in dem Evangelium nicht Geschichte produziert wird, erfunden wird von den Evangelisten, sondern daß sie schildern, was sie gesehen und gehört haben, und daß sie nach dem Ende des irdischen Lebens Jesu, nach seiner Auferstehung in den Schriften des Alten Testaments geforscht haben, dabei auf Texte gestoßen sind, die ihnen sagten: Ja, das ist im Leben Jesu eingetroffen. Und so haben sie aus den Tatsachen auf Weissagungen geschlossen.

Die Sache steht also genau auf dem Kopf. Nicht aus Weissagungen wurden Geschichten produziert, sondern wie die Geschichte so verlaufen ist, wie die Evangelisten sie schilderten, konnten sie an Weissagungen sich erinnern, die im Alten Testamente gemacht wurden.

... Jesus ist in Jerusalem eingezogen auf einem Esel. Die Jünger haben ihre Kleider ausgebreitet. Das ist das Evangelium vom Palmsonntag. Das ist natürlich erfunden, sagen die Falschlehrer. Woher erfunden?

Erfunden aus dem Alten Testament. Denn bei dem Propheten Zacharias heißt es: "Fürchte dich nicht, Tochter Sion, dein König kommt zu dir. Er sitzt auf dem Füllen einer Eselin." Aha! Weil dort von einer Eselin die Rede ist, ist die ganze Palmsonntagsszene gestellt, Komposition. Ist das wirklich so?

Zunächst einmal ist darauf hinzuweisen, daß das Pferd im ganzen Altertum das Tier des Kriegers ist. Zu Pferde reitet man in den Krieg. Entweder als Reiter oder auch als Wagenkämpfer. Dagegen der Esel ist sanftmütig, der Esel ist friedlich, er ist das Haustier, das häusliche Last-, Arbeits- und Reittier. Wer auf einem Pferde kommt, hat kriegerische Absichten. Wer auf einem Esel sitzt, ist friedlich gesinnt.

Das wußte doch Jesus genauso wie jeder andere, und deswegen hat er sich bei dem Einzug in Jerusalem auf einen Esel gesetzt, weil der Esel ein friedliches, sanftmütiges Tier ist und weil er nicht kam, sein Volk mit Krieg zu überziehen, sondern es von seinen Sünden zu befreien durch seine eigene Sanftmut und Milde.

Außerdem berichten die Evangelisten, daß zur Zeit, als das geschah, die Jünger überhaupt nicht verstanden, was hier vor sich geht. "Das verstanden seine Jünger zuerst nicht," heißt es im Johannesevangelium, nämlich daß hier die Erfüllung einer Weissagung des Alten Testaments sich vollzieht. Das verstanden seine Jünger zuerst nicht. "Als aber Jesus verherrlicht war, da erinnerten sie sich, daß das über ihn geschrieben stand, und daß sie ihm das getan hatten." Also die Wirklichkeit ist genau umgekehrt: Erst die Tatsache, dann das Aufsuchen der Weissagung.

So ist es auch bei der nachfolgenden Tempelreinigung. Jesus schwingt die Geißel und treibt die Wechsler und Verkäufer aus dem Tempel. Wir alle kennen diese Geschichte. Tja, sagt da der Falschlehrer, das ist aus dem Psalm 69 herausgesponnen. Aus welchem Vers? Was steht in Psalm 69? "Der Eifer für dein Haus verzehrt mich." Das ist glaubwürdig. Wie soll jemand auf den Gedanken kommen, aus diesem Satz "Der Eifer für dein Haus verzehrt mich" einen geißelschwingenden Messias zu erzeugen?

Das ist doch offensichtlicher Unsinn. Wer kann denn zu solchen Ansichten sich verleiten las-

sen? Dazu gehört schon viel Blindheit, ja, ich meine Verblendung. Nein, weil Jesus so aufgetreten ist wie einer, den der Eifer für sein Haus verzehrt, deswegen kamen die Jünger auf den Gedanken: Das steht eigentlich so im Psalm 69 geschrieben. Weil er die Geißel geschwungen hat, weil er das Haus Gottes reinigen wollte und weil er das mit brennender Leidenschaft getan hat, deswegen erinnerten sie sich an das Wort, das da geschrieben steht: "Der Eifer für dein Haus verzehrt mich."

Die Falschlehrer machen auch vor dem Tode Jesu nicht halt. Nach dem Evangelisten Johannes starb Jesus am Nachmittag des 14. Nisan, also ungefähr, nach unserer Zeitrechnung, den 14. April. Der 14. Nisan war ein besonderer Tag; an ihm wurden die Osterlämmer geschlachtet. Aha, sagen die Falschlehrer, die Evangelisten hatten die Idee, Jesus sei das neue Osterlamm. Deswegen haben sie seinen Tod auf diesen Nachmittag verlegt. Sie haben dieses Datum für ihn erfunden.

Wie armselig, meine lieben Freunde! Woher hatten denn die Jünger, woher hatten denn die Evangelisten die Vorstellung, Jesus sei das Osterlamm? Das erklärt sich doch viel natürlicher daraus, daß er eben am 14. Nisan gekreuzigt wurde und daß man dann auf den Gedanken kam: Das ist ja die Erfüllung der alttestamentlichen Weissagung: "Ihr sollt an ihm kein Bein zerbrechen!"

Diese Äußerung "Ihr sollt an ihm kein Bein zerbrechen" geht auf das Paschlamm in Ägypten, das die Israeliten vor ihrem Auszug aßen. Da sollten eben die Beine, die Knochen des Osterlammes nicht zerbrochen werden. Und das konnte auf Jesus angewandt werden, weil er eben an diesem Tag gelitten hat, gestorben ist und weil ihm die Knochen nicht wie den beiden Mitgekreuzigten zerbrochen wurden, sondern weil nur die Lanze einen Stoß in seine Seite führte. Also weil es so geschehen ist, deswegen kamen die Jünger auf den Gedanken, im Alten Testament nachzulesen, was dort über den Tod des Messias geschrieben steht, und da fanden sie eine Stelle, die ihnen geeignet schien, diesen Gedanken auszudrücken.

Das alttestamentliche Osterlamm war ein Symbol, das neutestamentliche ist eine Wirklichkeit, eine Wirklichkeit, die Erlösung für die Menschen bewirkt und nicht bloß Erlösung ankündigt. Schließlich ist es auch so mit der Auferstehung. Ja, sagen die Falschlehrer, da sind die Jünger hergegangen, haben im Alten Testament Stellen gelesen, die von der Auferstehung sprechen, vor allem im Psalm 15. Im Psalm 15 heißt es nämlich: "Mein Herz ist voll Freude und meine Zunge jubelt, ja auch mein Fleisch wird auf Hoffnung gesetzt werden, denn du wirst meine Seele nicht in der Unterwelt lassen, noch wirst du deinem Heiligen die Verwesung zu schauen geben."

Aus diesem Text, so sagen die Falschlehrer, haben die Evangelisten die Auferstehung Jesu herausgesponnen. Das Evangelium schildert die Auferstehung ganz anders. Im Johannesevangelium haben wir einen genauen Bericht, wie sich Petrus und Johannes zum Grabe Jesu begaben.

Sie eilten dahin, als sie von den Frauen die Nachricht erhielten, der Leichnam Jesu sei aus dem Grab entfernt worden. Zuerst kam Johannes, er war ja der Jüngere, dann kam Petrus. Er ging in das Grab hinein und sah die Binden und das Schweiß Tuch daliegen, das auf seinem Haupte war. Da ging auch der andere Jünger, der zuerst zum Grabe gekommen war, hinein, "er sah und glaubte."

Er sah und glaubte! Er hat sich also nicht an die alttestamentliche Weissagung erinnert, sondern was er hier vorfand, das leere Grab, das hat ihn dazu geführt, zu glauben.

Und um uns klarzumachen, daß der Vorgang tatsächlich so war, schreibt Johannes: "Denn noch hatten sie die Schrift nicht begriffen, daß er von den Toten auferstehen müsse." Noch hatten sie die Schrift nicht begriffen. Erst nachher haben sie dann in der Schrift Hinweise gefunden, daß der Messias nicht vom Tode festgehalten werden kann. Dann waren sie natürlich selig, als sie das vom Alten Testament bestätigt fanden, was sie im Leben Jesu, im Sterben

Jesu, im Auferstehen Jesu mit ihm erlebt hatten.

Meine lieben Freunde, das sind Beispiele für das Vorgehen der Falschlehrer, die sich in unseren Büchern, auch in den Schulbüchern finden und die den Glauben unserer Christen zersetzen. Die Falschlehrer haben falsche Voraussetzungen, von denen sie ausgehen, nämlich daß Wunder nicht passieren können und daß Weissagungen nicht möglich sind. Wir wissen aber, daß beides möglich ist, hier zumal die Weissagungen.

Jetzt lese ich Ihnen einen Text vor und sage nicht, von wem er ist: "Sie haben durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler unser heiliges deutsches Vaterland einem der größten Demagogen aller Zeiten ausgeliefert. Ich prophezeie Ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden Sie wegen dieser Handlungen in Ihrem Grabe verfluchen." Das ist geschrieben im Februar 1933.

Der das schrieb, ist der General Ludendorff, und er schrieb es an den Reichspräsidenten Hindenburg. Ludendorff hat also schon bei der Machtübernahme durch Hitler das ganze kommende Elend vorausgesehen, und niemand kann sagen: Das unselige Wirken Hitlers sei aus der Weissagung Ludendorffs herausgesponnen. O nein! Dessen sind wir ja nun alle Zeugen, daß das wirklich passiert ist; schmerzhaft Zeugen, nicht wahr, zumal wir Heimatvertriebenen! Und solche Zeugnisse gibt es viele.

Der Philosoph Oswald Spengler schrieb 1936, daß es in zehn Jahren wohl kein deutsches Reich mehr geben wird. 1936! Oder ein anderes Beispiel: Hans Kroll, einer unserer oberschlesischen Landsleute, war Botschafter in Belgrad. Als Stalin starb, sagte er voraus, daß Malenkow sein Nachfolger werden würde. Malenkow wurde sein Nachfolger.

Ja, ich muß Ihnen gestehen, ich habe mich selbst einmal als Prophet betätigt und bin bestätigt worden. Ich hatte einmal einen Kollegen in Mainz an der Universität, der hieß Friedrich Wetter. Ich sagte damals voraus: Das ist der nächste Bischof von Speyer. Wetter wurde der nächste Bischof von Speyer.

Es gibt also erstaunliche Voraussagen, die rein menschlich zu erklären sind. In dem Christusgeschehen ist aber mehr als ein Mensch, hier ist der Gottessohn, der sein Licht vom Vater empfängt ...

Lassen Sie sich, meine lieben Freunde, nicht von Falschlehrern irre machen! Lassen Sie sich nicht verblüffen durch zunächst verblüffend wirkende Aufstellungen! Glauben wir den Evangelien, denn darin spricht das Wort der Wahrheit, und was kann wahrer sein? Amen.<<

Im "Le Monde" erschien am 7. März 1989 ein Zitat aus der "Prawda" (x075/230): >>Ja, das schmerzt, ja, das macht Angst. ... Aber keiner entrinnt seiner Geschichte. ... Im Januar dieses Jahres ist in der Nähe von Turotschak auf einer Baustelle ein "wilder Friedhof" entdeckt worden: Schädel mit einem kleinen Loch darin.

Unschuldige Opfer klopfen heute an unsere Tür und fordern Einlaß, fordern Gehör. ... Werden wir uns feige abwenden? ...

Alles im Leben muß beglichen werden, und die Geschichte legt uns Jahrzehnte später noch die Rechnung vor - nicht nur denjenigen, die gefoltert und hart gestraft, die denunziert und sich erniedrigt haben, sondern auch denjenigen, die friedlich vor sich hin gelebt haben. ...<<

Das katholische Informationsportal "kath-info" veröffentlichte am 12. März 1989 folgende Predigt des deutschen Theologen Prof. Dr. Georg May (x921/...): >>**Falschlehrer der Kirche**

Dritte Predigt

Von Prof. Dr. Georg May

Die Verschwörer um Graf Stauffenberg hatten beschlossen, den Urheber des deutschen und europäischen Unheils, Hitler, zu töten. Stauffenberg nahm eine Bombe, steckte sie in eine Aktentasche und legte die Aktentasche unter dem Tisch nieder, über den gebeugt Hitler seine

Lagebesprechung abhielt. Dann verließ er den Raum, beobachtete die Explosion der Bombe und flog eilends nach Berlin. Als er dort ankam, überfielen ihn seine Mitverschwörer mit der Nachricht: "Keitel hat eben angerufen, Hitler lebt."

"Keitel lügt wie immer," sagte Stauffenberg. "Es war, als wenn eine 15-cm-Granate eingeschlagen hat; da ist niemand mehr am Leben!" Stauffenberg täuschte sich. Das Unwahrscheinliche war eingetreten. Der, dem die Bombe gegolten hatte, war fast unverletzt, während einige andere schwer, teilweise tödlich verletzt waren.

Warum erzähle ich diese Geschichte, meine lieben Freunde? Weil wir uns heute mit der Frage der Wahrscheinlichkeit beschäftigen wollen. Mit der Wahrscheinlichkeit deswegen, weil die Falschlehrer der Bibel mit diesem Begriff zu Leibe rücken; weil sie sagen: Dies und jenes in der Bibel, das ist wahrscheinlich, das kann sich zugetragen haben, anderes ist unwahrscheinlich, das ist nicht historisch. Wahrscheinlichkeit ist das Maß für den Grad der inneren Möglichkeit von Ereignissen.

Wie das eben erzählte Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zeigt, geschieht in der Geschichte oft etwas, was ganz unwahrscheinlich ist. Wenn man den Maßstab, den die Falschlehrer an die Bibel anlegen, auf die Geschichte anwenden würde, dann wären viele geschichtliche Ereignisse nie passiert. Die Falschlehrer gehen davon aus, daß sie sagen: Was immer und überall sich zuträgt, das ist wahrscheinlich.

Was selten passiert, ist nicht sehr wahrscheinlich. Und was außerhalb der in den Evangelien beschriebenen Geschichte Jesu gar noch nicht vorgekommen ist, das ist absolut unwahrscheinlich. Auf diese Weise wird die ganze Gestalt Jesu, wird aber auch die Bibel überhaupt auf das Maß der profanen Geschichte herabgedrückt. Doch selbst diese weist viele Beispiele auf, daß Dinge, an die die Menschen nicht dachten, ja, die sie für ausgeschlossen hielten, geschehen sind.

Im Jahre 218 v. Chr. brach der punische Feldherr Hannibal mit 50.000 Fußsoldaten und 9.000 Reitern sowie mit 37 Elefanten aus Südspanien auf, um die Römer zu besiegen. Er nahm den Weg über Nordspanien, Südfrankreich, und gegen alle Erwartung überstieg er im beginnenden Winter die Alpen. Unter ungeheueren Verlusten bezwang er diese Bergwelt und stand eines Tages in der Po-Ebene. Kein Mensch hatte damit gerechnet, daß man mit einem großen Heer die völlig unwegsamen Alpen überwinden könnte. Das Unwahrscheinliche war eingetreten.

Als im Jahre 1942 die deutsche Wehrmacht die russische Festung Sewastopol eroberte, da setzte der führende General Manstein den Angriff an der Stelle an, an der ihn die Russen am wenigsten erwarteten, nämlich in der schwierigsten und steilsten Gegend. Auf diese Weise wurde die Festung erobert. Das Unwahrscheinliche war eingetreten.

So, meine lieben Freunde, ist es bei rein menschlichem Tun. Das waren alles Menschen wie wir, die hier tätig waren, sie haben wider alle Erwartung gehandelt. Alle diese Ereignisse sind beglaubigt. Man kann sie mit Sicherheit beweisen. Wie muß man erst mit Unwahrscheinlichkeiten rechnen, wenn Gott ins Spiel kommt, wenn es nicht bloß um menschliche Kräfte und Pläne, sondern um göttliche Macht und Weisheit geht. Und davon ist ja nun die Heilige Schrift voll, von Großtaten göttlicher Macht und göttlicher Weisheit.

Die Israeliten in Ägypten wollten aus dem Sklavenlande Ägypten ausziehen. Die Ägypter weigerten sich, sie ziehen zu lassen. Daraufhin sandte Gott die zehn ägyptischen Plagen. Es wurden enorme Schäden an den Ägyptern, an ihrem Besitz und am Lande angerichtet. Erfunden, sagen die Falschlehrer, erfunden, um Gottes Macht zu zeigen. Wer nachdenkt, wird sich fragen: Wie kann etwas Erfundenes Gottes Macht zeigen? Das ist doch Unsinn. Nur wenn sich Gottes Macht wirklich in Taten geoffenbart hat, kann ich über Gottes Macht etwas aussagen.

Wir brauchen zu diesen ägyptischen Plagen keine geschichtlichen Parallelen. Aber es gibt sie. Im August 1986 ging über Südbaden ein furchtbares Unwetter nieder. Hagel so groß wie

Hühnereier zerschlug Autos, Fensterscheiben, Hausdächer und richtete größte Schäden an. Paßt das nicht zu dem Bericht über den Hagel in Ägypten, der die Tiere auf dem Felde tötete? Die Israeliten durften am Ende ziehen und sie standen vor dem großen Hindernis des Roten Meeres. Das Rote Meer öffnete sich, und sie zogen trockenen Fußes hindurch. Tja, Legende, sagen die Falschlehrer, gut erfunden, eine Komposition!

Meine lieben Freunde, in Korea versammeln sich alljährlich 30.000 bis 40.000 Touristen, um ein Naturschauspiel zu beobachten. Korea vorgelagert sind zwei Inseln namens Zindo und Modo. Einmal im Jahre sind die Gezeiten und der Wind derart gelagert, daß zwischen diesen beiden Inseln - von Zehntausenden beobachtet - sich eine trockene Straße bildet, 2,8 Kilometer lang, 40 Meter breit, und das ganze hält eine Stunde an.

Das sind rein natürlich zu erklärende Vorgänge, aber hier in der Bibel ist mehr, hier ist Gottes allmächtige Hand am Werk. Man kann hier nicht mit irdischer Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit argumentieren. Man muß vielmehr entgegennehmen, was Gott getan hat und was seine Zeugen uns übermitteln.

Erst recht ist das der Fall, wenn der Gottmensch auf Erden erscheint, Jesus Christus. Die Falschlehrer sagen, dem Heiland seien von den Evangelisten die größten Worte in den Mund gelegt worden. Er hat sie also nicht gesprochen. Es ist zumindest ganz unwahrscheinlich, daß er sie gesprochen hat. Wahrscheinlich sind lediglich die harmlosen Redearten, z.B. wenn er sagt: 'Lasset die Kinder zu mir kommen!' Das kann er gesagt haben. Aber wenn er sagt: 'Ich bin das Licht der Welt,' oder 'Ehe Abraham ward, bin ich!', dann sind das Erdichtungen. Das ist ganz ausgeschlossen, daß er so etwas gesagt haben könnte.

Solche Aufstellungen der Falschlehrer, meine lieben Freunde, finden Sie in den Schulbüchern Ihrer Kinder. Die Falschlehrer begehen einen schweren methodischen Fehler. Sie schaffen zunächst eine erdachte Gestalt Jesu, indem sie nur das, was harmlos in seinem Leben ist, was auch bei anderen Menschen passiert, auf Jesus übertragen: "Das hat er getan. So ist er gewesen," und indem sie von vornherein alles, was Übermenschliches von ihm ausgesagt wird, ausklammern.

Wenn dann die hoheitsvollen Worte und die gewaltigen Machterweise Jesu in den Horizont des Lesers der Bibel treten, sagen sie: Das kann Jesus nicht gesagt bzw. getan haben. Sie haben aber diese Taten und Worte Jesu schon bei der Erzeugung ihres Bildes von Jesus ausgeklammert und entscheiden dann von dem selbstmächtig hergestellten Phantombild Jesu, was er getan und was er gesagt haben könnte. Ein schwerer methodischer Fehler!

Wenn im Evangelium von Worten Jesu berichtet wird, die mehrfach vorkommen, dann sagen sie: Das sind Dubletten, also Dinge, die zweimal angeführt werden, und zwar natürlich von den Verfassern der Evangelien. Jeder vernünftige Mensch wird sich fragen: Kann denn Jesus nicht zweimal dasselbe gesagt haben? Tut das nicht jeder Lehrer, indem er nämlich eine Aussage wiederholt und sie so seinen Schülern einschärft? Warum muß das eine Dublette sein?

Die Falschlehrer gehen her und sagen: So, wie Jesus im Johannesevangelium spricht, kann er nicht gesprochen haben. Das sind erdichtete Reden, die der Verfasser Jesus zugeschrieben hat. Es besteht zweifellos ein gewisser Unterschied der Reden Jesu im Johannesevangelium und bei den anderen drei Evangelisten. Aber müssen sie deswegen erfunden sein?

Bedenken wir, meine lieben Freunde, ein jeder Redner stellt sich auf seine Zuhörer ein. Man wird vor hochgebildeten Menschen anders sprechen können als vor einfachen Leuten; und man wird - wie Jesus - zu denen, die in die Weisheit schon eingeführt sind, das waren ja die Apostel am Ende seiner irdischen Laufbahn, anders reden können als am Anfang.

Auch diejenigen, die die Reden hören, werden vor allem das aufnehmen, was sie fassen können. Wenn man nach einer Predigt die Menschen, die sie gehört haben, niederschreiben läßt, was der Prediger gesagt hat, kommen so viele verschiedene Berichte heraus wie Zuhörer. Aber nicht, weil die Menschen fabulieren, sondern weil sie nach ihrer Fassungskraft eine Pre-

dig aufzunehmen. Und das sollte nicht der Fall gewesen sein bei den Evangelisten?

Sie haben für eine verschiedene Zuhörerschaft geschrieben, und sie haben auch, je nachdem, ob sie sehr einfache oder etwas gebildete Männer waren, mehr oder weniger von den Worten Jesu, von seinen Reden, erfaßt und wiedergeben können. Es braucht nicht die fatale Annahme von der Wahrscheinlichkeit und von der Unwahrscheinlichkeit der Ausführungen Jesu, um die Unterschiede zu erklären.

Auch viele Worte und Taten Jesu, die ihm von den Falschlehrern nicht abgesprochen werden, haben Parallelen. Ich sage noch einmal: Wir brauchen diese Parallelen nicht, um uns der Zuverlässigkeit der Evangelien zu versichern, denn wir sind überzeugt, daß Jesus eine absolut einmalige Persönlichkeit war. Aber diese Parallelen können uns helfen zu verdeutlichen, daß unser Glaube ein vernünftiger Glaube ist.

Ich denke etwa an die Geschichte von dem Besessenen in Gerasa. Da ist im 5. Kapitel bei Markus die Rede von einem Mann, der in den Gräbern hauste und den man mit Fesseln zu bändigen versucht hat. Er schrie und schlug sich selbst mit Steinen. Als Jesus zu ihm kam, da lief er hin und rief: "Was habe ich mit dir zu schaffen, Jesus, du Sohn des höchsten Gottes? Ich beschwöre dich bei Gott, mich nicht zu quälen."

Jesus erkannte sofort, daß der Mann besessen war, und so gab er den Befehl: "Fahre aus dem Menschen aus, du unreiner Geist!" Und er fragte ihn: "Wie heißt du? Wie ist dein Name?" Er antwortete: "Ich heiße Legion, weil wir viele sind." Und der Geist bat ihn inständig, er möge sie nicht aus der Gegend fortjagen. Nun weidete dort am Berghang eine große Schweineherde. Da baten ihn die Geister: "Gestatte uns, daß wir in die Schweine fahren!" Er gestattete es. Da rissen die unreinen Geister aus und fuhren in die Schweine. Nun stürmte die Herde den Abhang hinunter in das Meer und ertrank dort.

Ein ungeheuerliches Ereignis, dem die Falschlehrer überhaupt keine Wirklichkeit zusprechen; eine reine Erfindung, sagen sie. Meine lieben Freunde, im Jahre 1978, also in unserer Gegenwart, hat sich in Reggio Emilia - in Norditalien - folgendes zugetragen: Eine Herde von zweihundert Schafen stürzte aus unbekanntem Grund in einen reißenden Fluß. Alle Schafe ertranken. Sowohl die Hirten wie die ansässigen Tierärzte standen vor einem Rätsel. Ist das nicht eine geschichtliche Parallele zu dem, was das Evangelium berichtet?

Noch einmal: Wir brauchen diese Parallelen nicht, aber wenn es sie gibt, mögen sie uns sagen: Was schon rein natürlich möglich ist, das sollte dem Herrn der Natur, unserem Gott und Heiland, nicht möglich sein?

Wir sind jetzt in die Leidenszeit eingetreten. Jesus steht vor dem Hohen Rat. Zwei Evangelisten berichten, daß Mitglieder des Hohen Rates ihn beschimpft, angespuckt und geschlagen haben. Unmöglich, sagen die Falschlehrer, wie kann eine solche Behörde so etwas tun? Das ist ganz unwahrscheinlich. Meine lieben Freunde, im Jahre 1943 waren Hunderttausende von amerikanischen Soldaten in England und bereiteten sich auf die Invasion vor. Es gab da ein Lager namens Ridgefield.

Der Kommandeur dieses Lagers hieß Eisenhower. In diesem Lager befand sich auch ein Arrestgefängnis. In dieses Gefängnis wurden amerikanische Soldaten, die sich irgend etwas hatten zuschulden kommen lassen, eingesperrt. Und nun wurde aufgedeckt, daß hohe und höchste Offiziere aus dem Stabe Eisenhowers diese wegen geringfügiger Vergehen eingesperrten Soldaten auf das bestialischste mißhandelten.

Das ist beglaubigt, das ist festgestellt, das ist untersucht worden. Ist das nicht eine Parallele zu dem, was da im Neuen Testament berichtet wird? Hohe Richter benehmen sich nicht so, sagt man. Ja, wie hat sich denn der Präsident des Volksgerichtshofes, Roland Freisler, benommen? Er beschimpfte einen angeklagten Juristen: "Sie sind ja ein schäbiger Lump!" So hat sich der höchste deutsche Richter benommen.

Meine lieben Freunde, all diese Fälle und Beispiele, die ich Ihnen vorgeführt habe, sollen Sie

darin überzeugen: Wir haben keinen genügenden Anlaß, an der Wahrhaftigkeit der Evangelisten, an der Glaubwürdigkeit der Heiligen Schrift zu zweifeln. Wir brauchen uns von den Falschlehrern nicht ins Bockshorn jagen zu lassen. Wir können uns auf das verlassen, was die Kirche immer gelehrt hat und in ihren gesunden Vertretern - in ihren gesunden Vertretern - heute noch lehrt. Der heilige Evangelist Johannes weist öfters darauf hin, daß die Taten Jesu diejenigen, die sie erlebt haben, unentschuldigbar machten. "Wenn ihr meinen Worten nicht glaubt, dann wenigstens meinen Taten!" Wie kann Johannes so etwas schreiben, wenn diese Taten gar nicht passiert sind?

Nein, wir wollen uns, meine lieben Freunde, nicht unsicher machen lassen. Wir wollen fest zum Glauben stehen, den wir von gläubigen Priestern und Lehrern überkommen haben. Wir wollen diesen Glauben unseren Anvertrauten weitergeben, in diesem Glauben leben und in diesem Glauben sterben.

Amen.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete im April 1989 in der katholischen Monatschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 - 1989 über die schicksalhafte "Neuner-Reihe" in der deutschen Geschichte (x853/...): >>Ein Blick auf die Jahre 1919 -1929 - 1939 – 1949

... Es hat den Anschein, als gebe es in der Geschichte bestimmte schicksalhafte Daten-Reihen die mehr als nur zufällig sind.

So stellt man in der deutsch-böhmischen Geschichte eine "Achter-Reihe" fest, die 1848 beim Prager Slawenkongreß beginnt, über das Jahr 1918 zur Gründung der Tschechoslowakei führt, sich ins Jahr 1938 mit dem Münchener Abkommen fortsetzt, 1948 die kommunistische Machtübernahme in Prag markiert und schließlich 1968 im "Prager Frühling" endet.

In der jüngeren deutschen Geschichte fallen dagegen die Jahre mit dem Neuner am Ende auf. Da gründeten sich die im Ersten Weltkrieg besiegten Deutschen im Jahre 1919 ihren ersten republikanisch-demokratischen Staat und bekamen am 28. Juni des gleichen Jahres den ebenso unbilligen wie folgenreichen Versailler Friedensvertrag auferlegt.

Er quälte die - gewiß am Ersten Weltkrieg nicht ganz unschuldigen - Deutschen mit der schier unerträglichen Zuweisung der Alleinschuld und drückte sie mit Wiedergutmachungsforderungen so nieder, daß sie im Jahre 1923 um den Wert ihres Geldes und alle Sparguthaben kamen. Mit der Folge, daß eine Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft nur mit Hilfe amerikanischer Leihgelder möglich war. So nahm die deutsche Wirtschaft US-Dollars als Kredite an und bescherte sich für einige Jahre einen "Wohlstand auf Pump".

Als dann die amerikanische Wirtschaft im Sommer 1929 in akute Absatzschwierigkeiten kam und mit dem New Yorker Börsensturz im Oktober 1929 die tiefe Krise aller Welt offenbar wurde, gerieten auch die bei den Amerikanern verschuldeten Deutschen in den Wirtschaftssturz und erlebten in den nachfolgenden vier Jahren eine bisher noch nie dagewesene Massenarbeitslosigkeit mit 6 bis 7 Millionen Beschäftigungslosen.

So läutete das Jahr 1929 als Fernfolge des zehn Jahre zuvor auferlegten Versailler Friedensvertrags das Ende der Weimarer Republik ein und begünstigte den Aufstieg Adolf Hitlers. Theodor Heuß, der nachmalige erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, stellte daher mit Recht fest, daß "die Väter des 'Dritten Reiches' teilidentisch mit den Vätern des Versailler Vertrages sind". Ein Geschichtsdeuter von hohen Graden - und 1932 ein politischer Prophet dazu. Er schrieb nämlich damals nach (der) Lektüre von Hitlers Buch "Mein Kampf":

"Wenn dieser Mann an die Macht kommen und dann auch sein Programm verwirklichen sollte, wird in spätestens 6 bis 8 Jahren der neue große Krieg da sein".

1939 bewahrheitete sich Theodor Heuß' Prognose, als am 1. September mit dem deutschen Einmarsch in Polen der Zweite Weltkrieg begann und in seinem Verlauf das politische Ordnungsgefüge Europas und der Welt in einem noch nie dagewesenen Ausmaß erschütterte. Viele Millionen Menschen fanden an und zwischen den Fronten, in Lagern und bombardierten

Städten, auf der Flucht und bei der Vertreibung den Tod. Deutschland wurde völlig besiegt, Europa um seine bisherige Weltgeltung gebracht und die Ideologie des Marxismus auf über anderthalb Milliarden Menschen verbreitet.

1949 wurde den Deutschen in Ost und West endgültig bewußt, daß die Einheit ihres Staates für unabsehbare Zeit zerbrochen war, als die Siegermächte einen west- und einen ostdeutschen Staat aus der Taufe heben ließen. Dabei traf die Westdeutschen das ungleich glücklichere Los in diesem nationalen Unglück, wurde ihre Bundesrepublik doch unter dem Zeichen der Freiheit und der Demokratie begründet und erlebte alsbald einen wirtschaftlichen Aufschwung sondergleichen.

Die Väter des westdeutschen Grundgesetzes hatten sich zwar im Parlamentarischen Rat in so manche politische Vorgabe der drei westlichen Besatzungsmächte zu fügen, auch wenn der Text der bundesrepublikanischen Verfassung an keiner Stelle diese Siegeraufsicht erkennen läßt, sie waren aber frei in der Auswahl zeitgeschichtlicher Daten.

So verabschiedeten sie mit voller Absicht am 8. Mai 1949 das Grundgesetz, weil sie mit diesem Datum den 8. Mai 1945, den Tag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, "überlagern" wollten, wie ein Zeitzeuge damals zutreffend feststellte. Im Jahre 1949 waren sich nämlich die Deutschen in überwältigender Mehrheit einig, was der 8. Mai 1945 für Deutschland bedeutete: die erfolgreiche Eroberung eines feindlichen Landes, wie es die Sieger im Mai 1945 selbst formulierten.

Rotarmisten, "GIs" und "Tommies" kamen nicht als Befreier, sondern als Besatzer eines besiegten Landes, denen es im Westen sogar am Anfang verboten war, mit den Deutschen zu "fraternisieren". Ein Verbot, das angesichts der vorgefundenen KZ-Greuel freilich zunächst verständlich war.

Wie soeben freigegebene Geheimdokumente der US-Regierung über vertrauliche Gespräche der drei Westmächte mit Stalin und Molotow im August 1948 ausweisen, wäre die Sowjetunion noch vor der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten im Jahre 1949 bereit gewesen, an einem einheitlichen Deutschland festzuhalten und auch die gerade im Juni 1948 verhängte Berlin-Blockade (Stalin nannte sie "Transportbeschränkungen zwischen Berlin und den Westzonen") aufzuheben, wenn die drei Westmächte ihre Londoner Beschlüsse vom Frühjahr 1948 über die Errichtung eines westdeutschen Staates und die in ihrem Gefolge in den Westsektoren von Berlin eingeführte "Deutsch-Mark-West" (Stalin bezeichnete sie als "Mark B in Westberlin") rückgängig gemacht und in ganz Berlin die "Deutsch-Mark-Ost" zugelassen hätten.

Denselben zeitgeschichtlichen Quellen zufolge fürchtete man aber in London und in Washington, daß bei einer Aussetzung der Londoner Beschlüsse die Franzosen nicht mehr so ohne weiteres für eine erneute Zustimmung zur Errichtung eines westdeutschen Staates zu gewinnen sein könnten, falls die Sowjets dann doch von ihren Angeboten abrücken oder unannehmbare Forderungen an die Westmächte stellen sollten.

So blieben die tagelang geführten Gespräche in Moskau letztlich ergebnislos und verhinderten nicht, daß das Jahr 1949 zu einer weiteren wichtigen Zäsur in der deutschen Geschichte wurde: zur vierten folgenreichen Station in der "Neuner-Reihe" der jüngeren deutschen Geschichte.

Während die nachfolgenden "Neuner-Jahre" allenfalls für die westdeutsche Innenpolitik (1959 Wirbel um die Bundespräsidentenwahl, 1969 "Machtwechsel" in Bonn) einen gewissen Stellenwert haben, steht noch offen, ob 1989 - außer den Feiern zum 40jährigen Staatsjubiläum - noch ein geschichtsmächtiges Datum bringt - etwa einen sowjetischen Vorschlag zur Wiedervereinigung Deutschlands?<<

Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtete im April 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1989 (x853/...): >>Der Aufstand der Höl-

le

Aufklärung und Französische Revolution - 1789-1989

Am 14. Juli 1789 fand der Sturm auf die Bastille statt, der die Französische Revolution einleitete. Lange Zeit war die Haltung der katholischen Kirche zu den Ereignissen von 1789 bis 1794 eindeutig ablehnend und das mit Recht!

Das Grauen begann schon mit dem Sturm auf die Bastille selbst. Ihr Kommandeur de Launay verhandelte mit dem Pöbel und vereinbarte freien Abzug für die kleine Besatzung, die aus Invaliden und Schweizer Söldnern bestand, aber das Gesindel ermordete sie auf die übelste Weise und vor allem wurden die Invaliden geradezu in Stücke gerissen! Im Unterschied zu den Verbrechen der Kommunisten und Nationalsozialisten, die im allgemeinen hinter Lagermauern stattfanden, wurden die Folterungen und Morde der "Großen Revolution" größtenteils als Volksfeste begangen.

Aber nicht nur das; die Guillotinerungen entwickelten sich zu "raffiniert sadistischen Veranstaltungen, bei denen man (um ein Beispiel anzuführen) einem unter dem Fallbeil gefesselten Adligen langatmig und ironisch die Siege der republikanischen Armee in allen Einzelheiten vorlas, damit er sie im Jenseits seinen Ahnen mitteilen konnte ...

Städte wie Lyon, Toulon und Bordeaux, die sich, von Girondisten geführt, gegen die Jakobiner erhoben, wurden zum Teil dem Erdboden gleichgemacht und die Einwohner dezimiert. Das Guillotineren ging zu langsam vor sich, so ertränkte man die einen und richtete die anderen durch Schrotbüchsen hin, um sich an ihrem langsamen Ausbluten zu weiden".

Bei der Erstürmung der Tuileries wurden die Schweizer Garden, die ihrem Eide getreu bis zum letzten Manne kämpften, verstümmelt und zerstückelt: ein Küchenjunge, der sich an der Verteidigung beteiligte, wurde in Butter gewickelt und lebendig verbrannt. Besonders in zwei Punkten ist die Französische Revolution Vorbild der diabolischen totalitären Diktaturen der Neuzeit und Gegenwart geworden.

Zunächst gab es in ihr den ersten großen Völkermord der neueren Geschichte. Als sich die katholischen Bauern der Vendée aus Treue zu ihrem angestammten Glauben gegen das Schreckensregiment in Paris erhoben, wurden nahezu 120.000 Einwohner dieses idyllischen Landstriches ermordet, "Nonnen wurden geschändet, junge Mädchen bei lebendigem Leib in Stücke gerissen, Kinder wurden reihenweise in Sümpfen und Teichen ersäuft, schwangere Frauen lebendig in Weinkeltern zu Tode gepreßt, die Bewohner ganzer Dörfer durch vergiftetes Trinkwasser umgebracht".

Der Konvent in Paris erließ am 1. August 1793 ein Dekret, nach dem das Kriegsministerium Brandmittel jeder Art übersenden sollte, um die Wälder, die Felder und das ganze Land in Brand zu setzen. Besonders Frauen und Kinder, der "gebärende Schoß" und die "künftigen Verbrecher" mußten mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden!

Zweitens leitete die Französische Revolution jene gigantischen Kirchenverfolgungen der Neuzeit und Gegenwart ein, denen gegenüber die römischen Christenverfolgungen gänzlich verblassen. Nahezu 40.000 Geistliche und Ordensleute, zwei Drittel des französischen Klerus, wurden verbannt, deportiert oder guillotiniert. "Auch für das Schicksal von König Ludwig XVI. war es entscheidend, daß er sich weigerte, die Kommunion von einem abtrünnigen Priester zu empfangen".

- Trotz alledem wird heute immer wieder von progressiver katholischer Seite gefordert, wir müßten den Aufbruch von 1789 und die Parolen der Französischen Revolution in unser katholisches Denken und Empfinden integrieren. Der Beifall, der dieser Forderung heute schon weithin gezollt wird, zeigt, wohin wir in der Kirche schon gekommen sind!

Noch vor nicht allzu langer Zeit wäre jeder, der sich in dieser Weise in einem katholischen Gremium welcher Art auch immer für die Französische Revolution stark gemacht hätte, an die frische Luft gesetzt worden mit dem Hinweis, er habe sich in der Adresse geirrt!

Progressive Kreise pflegen demgegenüber darauf zu verweisen, daß die Französische Revolution auf der einen Seite der begrüßenswerte Höhepunkt der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und ihres "legitimen" Strebens nach geistiger Mündigkeit und Emanzipation gewesen sei, daß ihr "realer" Verlauf jedoch auf der anderen Seite ein Betriebsunfall gegenüber der ursprünglich so großen Idee gewesen sei.

- Wir sehen hier davon ab, daß solche Betriebsunfälle offensichtlich für die Revolutionen der Neuzeit nicht untypisch sind: ob es sich nun um das sadistische Abschlachten von Priestern in Mexiko, im spanischen Bürgerkrieg oder um die Oktoberrevolution handelt! Wesentlicher aber ist, daß sich der zynische Totalitarismus der Jakobiner nicht gegen die Ideen der Aufklärung entwickelt hat, sondern mit Notwendigkeit aus ihnen sich ergibt.

Die Göttin der Vernunft

Um das freilich zu realisieren, muß man die Aufklärung ohne jene rosarote Brille sehen, die unsere progressiven Theologen regelmäßig aufsetzen, wenn es um sogenannte "Befreiungsbewegungen" geht! Man muß sie so nüchtern sehen wie etwa die "Frankfurter Schule" dies getan hat, deren Häupter Horkheimer und Adorno - gewiß unverdächtige Zeugen! - sich nicht genug darüber wundern konnten, daß man neuerdings in der katholischen Kirche mit der hier üblichen Zeitverzögerung sein Herz für die Aufklärung und die Französische Revolution entdeckt habe.

Im Sinne von Horkheimers und Adornos zweifellos zutreffender Interpretation wäre zu sagen, daß die Französische Revolution gerade deshalb diesen schrecklichen Verlauf genommen hat, weil sie die genaue unkritische Übernahme der Abstraktionen und ideologischen Konstrukte der Aufklärung gewesen ist! Und es sind vor allem drei solcher Abstraktionen gewesen, die als ein einheitliches Ganzes den sozialistischen Messianismus der Jakobiner geformt haben:

- der Glaube an die Allmacht der Vernunft,
- der Glaube an die Macht und Durchsetzbarkeit der Tugend oder den neuen tugendhaften Menschen als Voraussetzung allen Fortschritts, und last not least
- der deistische Glaube an das höchste Wesen, das gerade in seiner absoluten Macht- und Kraftlosigkeit dazu herhalten muß, die revolutionären Utopien zu sanktionieren!

Natürlich klingt es schön und verheißungsvoll, wenn die Aufklärung dazu aufruft, daß die Menschen endlich vernünftig werden und damit auch die Jakobiner dazu animiert, Dirnen zu Göttinnen der Vernunft zu erheben, auf die Altäre zu setzen und in gotteslästerlicher Weise von den "Citoyens" (Bürgern) verehren zu lassen!

Aber die Frage ist doch:

was bedeutet hier eigentlich "Vernunft"? Es ist nicht mehr die Vernunft, deren Begriff vom "Vernehmen" kommt: die Erkenntniskraft, die sich staunend für die Fülle der Wirklichkeit öffnet, um den Versuch zu machen, im Wege der Einsicht ein wenig von ihrer Wesenstiefe zu begreifen, sondern die rationale Vernunft, die nur noch das akzeptiert, was ihr von vorneherein oder "a priori" einleuchtend ist, die sich also selbst im Sinne des Hegelwortes: "alles Wirkliche ist vernünftig und alles Vernünftige ist wirklich" zum Maßstab aller Dinge aufwirft und daher die "Mysterien des Christentums" a priori unmutig ablehnt!

Es ist die Vernunft als Herrschaftsinstrument, für die der Begriff nicht mehr das Wesensbild der Dinge ist, sondern vielmehr das Konstruktionsmuster, das ihnen angetan wird und die immer schon auf dem Sprung bleibt, die Welt solange zu organisieren, zu rationalisieren, zu reglementieren, bis von daher schon kein unbegriffener Rest mehr bleibt.

Wie der Rationalismus des 17. Jahrhunderts so war auch die Aufklärung noch wie geblendet vom Siegeszug der neuen mathematischen Naturwissenschaften, wobei gerade bei ihr die Begeisterung über die neuen technischen Möglichkeiten hinzukommt, die sich hier eröffnen! Nur diese Begeisterung kann den ungeheuren Erfolg der von Diderot und d'Alembert herausgegebenen französischen Enzyklopädie erklären, die zur Speerspitze der Aufklärung wurde und

ebenso durch ihre Ausfälle gegen Rom, die Scholastik und die Kirche wie durch die Sorgfalt faszinierte, mit der hier zum ersten Male für ein großes und interessiertes Publikum die Wirkungsweise von Maschinen erklärt und auf großen Schautafeln illustriert wurde.

In diesem Sinne dürfte auch der "kritische" Impuls gegen die angestammten Überlieferungen, der die Aufklärer und die Jakobiner beseelt, vor allem dem Affekt gegen alles organisch Gewachsene und nicht restlos Durchschaubare entspringen und damit der geheimen Sehnsucht, alles ganz von neuem nach eigenen rationalen, synthetischen Maßstäben zu ordnen!

- Selbst die alte Zeitrechnung wird nun dem neuen republikanischen Kalender geopfert. Dabei ist der Rationalismus des neuen Kalenders nicht darin zu suchen, daß er sich so trocken lesen würde wie ein Computerprogramm, sondern eben genau in diesem seinem synthetischen Charakter: dem Versuch, auf dem Verwaltungswege ein ganz neues Zeit- und Lebensgefühl durchzusetzen und natürlich vor allem den christlichen Sonntag abzuschaffen. Sinnigerweise orientieren sich die Monatsnamen nun an Klima, Wetter und Jahreszeiten:

Vendemaire, Brumaire usw. oder "Herbsterich, Dunsterich, Frosterich, Früchtegieberisch", wie man im revolutionär gestimmten Nachbarland übersetzte: kein Wunder, daß die artifizielle Poesie ihre guillotinierten Erfinder nicht überlebte!

Synthetischer Tribut an die neue bläßliche Göttin der Vernunft sind auch die Feste und Feiern, die nunmehr von Amts wegen - auch darin wegweisend für die kommenden totalitären Diktaturen - mitsamt der zum Ablauf notwendigen Folklore organisiert werden. Motive des klassischen Altertums, des katholischen Kultes und des protestantischen Gottesdienstes werden nunmehr ohne jede Rücksicht auf die grundstürzend verschiedenen Welten, denen sie entstammen, in eine Synthese zusammengezwungen, die an ein Schwarzwaldhaus mit dorischen Säulen gemahnen könnte! Aus der Antike stammt die Tendenz, abstrakte Ideen wie z.B. die Tugenden zu personifizieren.

Beim Tedeum der Vernunft wird ein als Göttin der Vernunft verkleidetes Weib liturgisch in Notre Dame verehrt, wobei diese kitschige Symbolik immerhin das tiefste Wollen der Jakobiner zum Ausdruck brachte. Wie Brinton berichtet, "sangen die Jakobiner Choräle, lasen sich in Rede und Gegenrede Stellen aus ihren heiligen Schriften, aus den Werken Rousseaus oder der Verfassung vor". Bei den Feiern der Jahre 1792 bis 1794 "ist auch das Spontane vorbedacht. Es herrscht präzise Pünktlichkeit der Bewegungen und Gefühle. Selbst die Äußerungen der Begeisterung und Ekstase folgen einem minutiösen Protokoll".

Der Schrecken der Tugend

Und damit sind wir auch schon bei dem zweiten wichtigen Glaubensartikel der Jakobiner, dem Kult der Tugend, der der entscheidende Grund dafür ist, daß die Revolution so rasch in den Terror als ihr eigentliches Ziel einmünden konnte. Auch dieser Kult läßt sich nur vom rationalistischen Vernunftbegriff der Epoche her begreifen!

Denn die Herrschaft der Vernunft, die es jetzt gegen die angeblichen "Obskuranten" durchzusetzen gilt, bedeutet auch immer schon die Herrschaft des Allgemeinbegriffes gegen das Konkrete, Einzelne, Besondere, das ich als solches nur unmittelbar erfahren und anschauen, nicht aber in einem abstrakten Begriff fixieren kann, der als solcher nur auf das Typische, Allgemeingültige, Regelmäßige geht. Nichts gegen Allgemeinbegriffe, solange die Vernunft als ein kontemplatives Vermögen betrachtet wird, wie das in der abendländischen Philosophie der Fall war, in der der Begriff als Bild und Ausdruck des immergleichen Wesens fungiert, das die Dinge einer Art oder Gattung miteinander verbindet!

Doch im Zuge der Verwandlung des Bildungs- in Herrschaftswissen, der kontemplativen in praktische Vernunft, der Anschauung in Konstruktion wird aus dem Begriff die Ingriffnahme, das Konstruktionsmuster, das die Einzeldinge nur noch als Regelfall für die allgemeine Kategorie nimmt und im Zweifel solange zurechtschleift, bis sie ins allgemeine Schema passen! Und so wird das Allgemeine, Typische nicht mehr in den Dingen entdeckt, sondern ihnen

vielmehr angetan!

Das zeigt sich nicht nur im Siegeszug der technischen Vernunft, sondern die gleiche Tendenz, das einzelne oder hier den einzelnen, also das Individuum im Allgemeinen aufgehen zu lassen, setzt sich auch bei den einflußreichsten Moralphilosophen und politischen Denkern des 18. Jahrhunderts durch.

Nach Jeremy Bentham (1748-1832), dem Begründer der utilitaristischen Ethik, ist "das größte Glück der größten Zahl" das wahre Ziel sittlichen Handelns, und der Gedanke drängt sich auf, daß es im Zweifelsfalle durchaus angehen möge, das Glück des einzelnen, ja diesen selbst zugunsten eines so umfassenden Zieles zu opfern.

Nach Jean Jacques Rousseau (1712-1778), dem eigentlichen Wegbereiter der Französischen Revolution, kann der neue Staat, der an die Stelle der bisherigen Gesellschaft mit ihrer Zwietracht und Unterdrückung treten muß, nur darauf beruhen, daß die einzelnen ihrem Eigenwillen entsagen und sich der *volonté générale*, dem allgemeinen Willen überlassen.

Dieser *volonté générale* (allgemein Wille) aber ist nicht identisch mit dem Willen der Mehrheit, wie er durch Abstimmung ermittelt wird. Vielmehr ist sie das, was alle schon von Natur aus in gleicher Weise und ohne es zu wissen als ihr gemeinsames Wohl und sittliches Ziel wollen: eine die einzelnen beseelende und umgreifende, sie alle auf überpersönliche Weise durchwaltende Macht! Der einzelne vermag seinem angestammten Egoismus, der ihn zum Feind seiner Mitmenschen macht, nur zu entinnen, wenn er sich ganz dem Sog dieser *volonté générale* überläßt und so in unteilbarer Einheit zugleich zum guten Menschen und zum Staatsbürger wird, denn beides läßt sich nicht trennen!

Dahinter steckt der rationalistische Glaube, daß die Tugend so wie alle Dinge machbar und durch öffentliche Einrichtungen leicht zu erreichen sei, der das 18. Jahrhundert zum Zeitalter einer geradezu manischen Pädagogik-Euphorie werden ließ. Ebenso wie sein gelehriger Schüler Maximilian Robespierre (1758-1794) ist Rousseau davon durchdrungen, daß Wohl und Dauerhaftigkeit des neuen Staates allein davon abhängen, daß die Menschen, die ohnehin im Prinzip gut sind, sich endlich zur Tugend bekehren und damit eo ipso Bürger im Idealstaat werden. Und er hält die entsprechende Aufforderung für so vernünftig und sonnenklar, daß ihm umgekehrt die obstinate Weigerung, tugendhaft zu werden, als abscheuliches Verbrechen erscheinen muß!

Daher ist Rousseau in der Theorie ebenso wenig zimperlich, wenn es um Strafen gegen die Abweichler geht, die nicht bereit sind, sich dem Sog der *volonté générale* zu überlassen und so zu guten Bürgern zu werden wie später Robespierre in der Praxis. Man hat viel darüber gerätselt, warum der so völlig glanzlose, korrekte Jurist Robespierre, der es als Anwalt in seiner Heimatstadt Arras zu mäßigem Erfolg brachte, sich im Unterschied zu seinen Freunden stets pedantisch korrekt kleidete und auf gemessene Formen hielt, zum Einpeitscher der Revolution aufsteigen und zeitweise sogar als Frankreichs unumschränkter Diktator herrschen konnte!

Friedrich Sieburg ist dieser Frage in seiner glänzenden, bei Ullstein noch als Taschenbuch verfügbaren Robespierre-Biographie nachgegangen und gibt die überzeugende Antwort, daß es ganz allein das vollkommene Durchdrungensein von den Ideen Rousseaus gewesen sei, das den end- und farblosen Reden des "Unbestechlichen", wie er genannt wurde, das Pathos der ungeheuren Wahrhaftigkeit und Durchschlagskraft verlieh.

Wenn dieses beinharte second-hand-Genie einer menschlichen Regung fähig war, dann ist es die maßlose Schwärmerei für den Weisen von Ermenonville gewesen, zu dem schon der schüchterne Student seine Pilgerfahrt unternahm: "bereit, jedes Wort ernst zu nehmen, das der alte Mann im Turban je auf Papier gesetzt hat".

Die staatliche Fahndung nach der rechten Gesinnung erzeugte ein Klima totalitärer Gesinnungsschnüffelei von Amts wegen, das mit den Erfahrungen unseres Jahrhunderts durchaus

konkurrieren kann! Auf dem Höhepunkt der Schreckensherrschaft zählen wir in Frankreich nahezu 21.000 Überwachungsausschüsse, zu denen - den Blockwarten im Dritten Reich und in der DDR ähnlich - neben den Gastwirten besonders Pförtner und Hausbesitzer herangezogen werden!

- Die Polizei hat jetzt nicht mehr die Aufgabe, Räuber und Diebe zu überführen, "sondern im Herzen der Menschen zu lesen, ob die heilige Flamme rein und stark genug brennt".

Im Zeichen dieser makabren Einheit von Religion und Politik, Moral und Recht, einklagbarer Absicht und Tat wird der Sünder mit dem "Verschwörer", der schlechte Mensch mit dem "Verräter" und schlimmer noch mit dem Aristokraten gleichgesetzt und damit jenes Vokabular von Totschlagworten begründet, das nur den einen Zweck haben kann, die Dissidenten zu Verbrechern zu stempeln.

- Um nur ja nicht aufzufallen sucht man sich in Paris einer besonders derben, durch Ausdrücke aus der Fäkalsprache angereicherten Ausdrucksweise zu bedienen, jedermann zu duzen und mit "Bürger" statt mit "Herr" anzureden. Besucher sind über den zum großen Teil aus unappetitlichen Lappen und Tüchern bestehenden Fahnenwald überrascht, der aus allen Fenstern hängt und auch hier kann man im Blick auf unsere Erfahrungen nur sagen: Exempla docend!

Die rote Messe

Nur scheinbar ragt der Glaube an ein höchstes Wesen wie ein Fremdkörper in dieses gespenstische Schauspiel hinein. Durch ein Dekret des Konvents werden dieser Glaube und die Unsterblichkeit der Seele von Amts wegen verkündet und der entsprechende Nationalfeiertag auf den 8. Juni festgesetzt.

Tatsächlich aber steht auch diese Vereinnahmung der Religion in einem so tiefen Zusammenhang mit dem Vernunftglauben der Jakobiner, daß sie durchaus als Fortsetzung des gotteslästerlichen Tedeums für die Göttin der Vernunft erscheint! Nicht selten werden Aufklärung, Freidenkertum, Ablehnung jeder Form von Religion und damit schließlich der Atheismus als gleichbedeutend angesehen. Demgegenüber werden die Aufklärer gerade durch ihren rationalistischen Vernunftbegriff dazu gebracht, am Dasein Gottes festzuhalten:

Deisten wie Hermann Samuel Reimarus, Lessing, Mendelssohn oder in Frankreich eben Voltaire und Rousseau haben das geistige Antlitz der Epoche geprägt! Zunächst einmal war es für die Aufklärer einfach vernünftig, mit der Existenz eines Urhebers der Welt zu rechnen. Viel wichtiger aber war ihre Sicht des Universums als einer gigantischen, ausgeklügelten Maschinerie, die als solche unabweisbar einen Weltenbaumeister zu erfordern scheint.

Auf der anderen Seite schien es eine unmögliche, ja unwürdige Vorstellung zu sein, daß Gott durch Wunder oder andere selbstherrliche Eingriffe den Gang dieses Getriebes stört. Hinzu kommt der für die Aufklärung so typische Gedanke, daß der Schöpfer - eben "vernünftigerweise" - dieses gigantische Weltgetriebe zum irdischen Wohl des Menschen geschaffen habe (Heute würden sie sagen: damit sich eines Tages als Fernziel die "gerechte Gesellschaft" und damit die "Sache Jesu" ereigne).

- Und wie von selbst ergibt sich aus dieser Anschauung des Universums als eines harmonischen, auf den Fortschritt des Menschengeschlechtes angelegten Systems jene unmerkliche und doch so revolutionäre Achsendrehung des traditionellen Gottesglaubens, die die Aufklärung an Robespierre weitergegeben hat: die Auffassung, daß Gott die Welt zwar geschaffen, sich aber nach getanem Werk gewissermaßen zur Ruhe gesetzt und sie ihren eigenen Gesetzen überlassen habe, sodaß es sinnlos ist, ihn um seine Hilfe anzuflehen! Jetzt ist er nicht mehr die Sonne, die uns durch ihre wärmende Kraft am Leben erhält und um die sich alles dreht, sondern dem bleichen Gestirn des Mondes vergleichbar, der unbeweglich am Horizont steht und daher eher dekorative Bedeutung für unser Weltbild hat!

- Paradoxerweise ist es gerade diese Saft- und Kraftlosigkeit des deistischen Gottes, die ihn - der Hitlerschen "Vorsehung" ähnlich - für die Zwecke des absoluten Staates der Jakobiner so

verwendbar macht! Im gleichen Maße, in dem er in der Theorie durch seinen sinnreichen Weltbau zum Erfüllungsgehilfen des irdischen Fortschritts degradiert wurde, wird er nun auch in der Praxis zum bloßen Garanten und zur bloßen Legitimation der Vernünftigkeit des revolutionären Fortschritts: zum Garanten dafür, daß dieser aus innerer Notwendigkeit heraus so weise und sinnvoll angelegt ist wie das ganze All!

Das so verstandene göttliche Wesen ist keine Instanz mehr, auf die ich mich berufen kann, um die gebieterischen Rechte seiner allgegenwärtigen Majestät gegen die weltliche Macht abzuwägen, sondern nur noch das Ausrufungszeichen hinter der Vernünftigkeit der Gesetze!

Gott als Notar, ja als Siegel der Jakobiner: die Idee ist so seltsam, wie es die Erscheinung Robespierres gewesen sein muß, als er am 8. Juni 1794 à la Rokoko gekleidet in himmelblauem Frack und weißen Kniehosen, in der rechten Hand einen großen Strauß von Ähren, Mohn und Kornblumen, eine große buntscheckige Parade zum Fest des höchsten Wesens anführte.

Die Prozession mußte auch die Place de la Concorde überqueren, auf der die Guillotine noch am Tag vorher unermüdlich ihr Werk getan hatte. Selbstverständlich hatte man sie weggeräumt, um die Feier nicht zu stören und Sägemehl über die entsprechenden Blutlachen gestreut. Dennoch lag ein süßlicher Geruch in der Luft, als die Prozession die sinistre Stätte erreichte und man mußte Hunde wegscheuchen, die sich an den nur oberflächlich verborgenen Blutpfützen gütlich taten.

Schon sechs Wochen nach der Feier mußte Robespierre selbst das Blutgerüst besteigen, denn offensichtlich wollten die Menschen nicht tugendhaft werden: nicht auf diese Weise!<<

Richard von Weizsäcker wurde am 23. Februar 1989 nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

Der deutsche Historiker Herbert Hömig berichtete im Mai 1989 in der katholischen Monatschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1989 über den Gewichtsverlust der "Alten Welt" (x853/...): >>>Abendland oder Mitteleuropa?

... Gewichtsverlust der "Alten Welt"

Die beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts haben einen gewaltigen politischen Gewichtsverlust der Alten Welt, also Europas im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bewirkt. Damit verlor der westliche und mittlere Teil des Kontinents seine seit dem ausgehenden Mittelalter allmählich gewachsene überragende Machtstellung, die im 19. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Zwischen 1890 und 1914, im Zeitalter des Imperialismus, konnte man Europa den "Regulator der Weltpolitik" nennen; seither haben zwei Mächte, die USA und die Sowjetunion wesentlich über sein Schicksal bestimmt. Die Vereinigten Staaten haben zweimal erfolgreich auf dem europäischen Kontinent militärisch eingegriffen, um eine deutsche Hegemonie gegenüber den europäischen Nachbarn zu verhindern. Deutschland ist der Besiegte der beiden Weltkriege gewesen.

Der Erste Weltkrieg hat den Vereinigten Staaten, der Zweite Weltkrieg der Sowjetunion den Durchbruch zu ihrer heutigen Rolle als Supermacht verschafft. England und Frankreich gehörten zwar noch zu den Siegern der beiden großen Waffengänge der europäischen Nationen, verloren aber ihre Rolle als Großmacht endgültig im Gefolge des Zweiten Weltkrieges.

Deutschland büßte in zwei Etappen erhebliche Gebiete seines Territoriums ein und wurde geteilt. Der freie Teil unseres Landes, die Bundesrepublik, umfaßt heute nicht einmal die Hälfte des Reichsgebietes von 1914. Das Problem des internationalen Gleichgewichts ist seither keine Frage der europäischen Grenzen mehr, sondern der Beziehungen zwischen den neuen Supermächten.

Die USA sind der eigentliche Sieger des Ersten, die Sowjetunion ist der Gewinner des Zweiten Weltkrieges gewesen. ... Nach der Katastrophe des Dritten Reiches kam es 1945 zwar zur Gründung einer neuen Weltorganisation, der Vereinten Nationen auf der Grundlage eines

amerikanisch-sowjetischen Kondominiums, doch verloren diese bald ihre machtpolitische, hegemoniale Basis. Die Anti-Hitler-Koalition brach wenige Jahre nach Kriegsende zusammen.

Teilung und Integration Europas

Seither befindet sich Europa in einem sonderbaren Zwielficht:

Einmal ist es durch den Ost-West-Konflikt schärfer in zwei gegensätzliche Lager geteilt als je zuvor, in denen es zu unterschiedlichen Formen internationaler Zusammenarbeit gekommen ist.

- Westlich des sog. Eisernen Vorhangs entstand eine bisher in der Geschichte des Kontinents unbekannte Form supranationaler Integration in der "Europäischen Gemeinschaft", zu der sich 12 Mitgliedstaaten zusammengeschlossen haben.

- Die relative Integration des sog. Ost-Blocks im "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (Comecon) folgte hingegen eindeutig den hegemonialen Interessen der Sowjetunion, die nach einem bekannten Stalin-Wort als internationalistisch deklariert wurden: "Ein Internationalist ist, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen" (Zitat nach B. Willms. Die deutsche Nation, Köln 1982, S. 110).

Deutschland ist als Ganzes von den beiden gegenläufigen Integrationsprozessen und damit von einer in der Geschichte bisher unbekanntem scharfen ideologischen Teilung des Kontinents in den letzten vierzig Jahren im guten wie im schlechten nachhaltig betroffen gewesen. Lange Zeit hat die westdeutsche Öffentlichkeit diesen Prozeß in seiner verwickelten Problematik nicht wahrnehmen wollen.

Erst in jüngster Zeit scheint sich - zumindest in der Bundesrepublik - eine Krise der Integrationspolitik abzuzeichnen, seitdem beispielsweise die Frage diskutiert wird, ob die Vollendung des Gemeinsamen Marktes im Jahre 1992 vielleicht mit dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes unvereinbar und deshalb verfassungswidrig sein könnte, weil ein späterer Beitritt der DDR von der Zustimmung sämtlicher Mitgliedstaaten abhängig wäre.

Im Ausland regten sich immer wieder Stimmen, die auf die vermeintlichen Vorteile der Teilung Deutschlands im Sinne traditioneller Interessenpolitik unabhängig vom Ost-West-Gegensatz - Menschenrechte hin, Einheit Europas her - hinwiesen (Andreotti). Die oft beklagte Europa-Lethargie der letzten Jahre deutete möglicherweise auf die innere Brüchigkeit einer defensiven Idee hin, die mehr die "Freiheit" des Wohllebens zu verteidigen als die Unterdrückten jenseits der schwer befestigten Grenze mitten durch den Kontinent zu befreien bereit scheint.

Dabei konnte sich der wirtschaftliche Erfolg der auf Westeuropa gerichteten Integrationspolitik durchaus sehen lassen. Gerade im sog. Ostblock wird die Integration Europas neuerdings angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas im Zeichen der Perestroika aufmerksam verfolgt und lebhaft diskutiert.

Gorbatschows Wort vom europäischen Haus mit verschiedenen Wohnungen und Wohnzimmern beflügelt allenthalben die Phantasie. Kurz: In Westeuropa und in der Bundesrepublik erleben wir gegenwärtig eine Krise des Europa-Gedankens, in Osteuropa dagegen eine Renaissance. Mitteldeutschland, die DDR macht hier bisher eine Ausnahme, weil die Teilung des Kontinents sehr präzise als Teilung eines Landes erlebt wird. Das Bewußtsein weiter Kreise der Bevölkerung ist seit Jahren auf das Thema "Westreisen", erst in zweiter Linie auf "Kirche im Sozialismus" fixiert. ...<<

Am 3./4. Juni 1989 schlug die chinesische Armee eine Massendemonstration von Studenten für mehr Freiheit und Demokratie in Peking (Platz des Himmlischen Friedens) gewaltsam nieder. Das Blutbad auf dem Platz des Himmlischen Friedens forderte etwa 3.600 Tote und 60.000 Verletzte (x175/819).

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die politische

Entwicklung Chinas (x192/462): >>... Ende der siebziger Jahre nach Maos Tod, entstand zunehmender Druck, die kommunistische Planwirtschaft zu reformieren. Eine Folge davon war der Ruf nach Reformen auch im politischen Bereich – ein Prozeß der auch von den Veränderungen in der UdSSR beeinflußt war.

Im Frühling 1989 kulminierten die Forderungen nach Demokratisierung in Massendemonstrationen ... in Peking. Die Regierung befahl den Einsatz von Truppen, die Bewegung wurde blutig niedergeschlagen. In der Folge wurde das Tempo der Wirtschaftsreformen beschleunigt, um den Rückhalt der Regierung bei Arbeitern und Bauern zu stärken.<<

Der deutsche Historiker Prof. Dr. Hellmut Diwald (1924-1993) berichtete im Juni 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1989 (x853/...): >>**Laudatio für Alfred Schickel**

Träger des Kulturpreises für Wissenschaft

gehalten am 12. Mai 1989 in Stuttgart

Geschichtsforschung ist ein interessantes, anstrengendes, mitunter sogar aufregendes oder auch amüsanter Geschäft. Selbst in unseren Tagen hängt dieser Tätigkeit noch ein wenig von dem Ruch an, daß sie am erfolgreichsten in den vom Tagesgewirr abgeschiedenen Elfenbeintürmen betrieben wird. Denn zu den auszeichnenden Tugenden des Geschichtsforschers gehört nicht zuletzt die Selbstvergessenheit, die Fähigkeit, in der Sache aufzugehen und sich um nichts anderes zu kümmern als um die Dinge, "die vergangen sind".

Das alles gilt kaum für den jüngsten Zweig am Baum der historischen Disziplinen, für die Zeitgeschichtsforschung. Wer die Zeitgeschichte erforscht, trägt seine Haut zu Markte. Uplötzlich werden von dem vermeintlich selbstvergessenen arbeitenden Historiker Eigenschaften verlangt, die man eher bei den Angehörigen waghalsiger Berufe voraussetzt, etwa bei Seiltänzern, Stierkämpfern oder dem Begleitschutz für Geldtransporte.

Zeitgeschichtsforschung in korrekt wissenschaftlichem Sinn verlangt bei uns Mut, Unbeirrbarkeit, kategorische Wahrheitsliebe und die Entschlossenheit, sich durch keine Forderungen des politisch Zutunlichen korrumpieren zu lassen.

Diese Vorbemerkungen sind unerläßlich, wenn man versucht, das wissenschaftliche Werk von Dr. Alfred Schickel angemessen zu würdigen. Dies um so mehr, als dergleichen dem am 18. Juni 1933 in Aussig an der Elbe Geborenen nicht an der Wiege gesungen wurde. Die ersten Etappen des Schulbesuchs fielen noch in die Zeit vor 1945.

Dann wurde seine Familie ins Innere der Tschechoslowakei deportiert und im Jahr darauf nach Bayern vertrieben; Alfred Schickel setzte den Schulbesuch im Jesuitenkolleg St. Blasien im Schwarzwald fort und beendete ihn 1954 mit dem Abitur. Danach studierte er sechs Jahre Geschichte und Philosophie in München, wurde 1960 Studienpräfekt am Studienseminar St. Canisius in Ingolstadt und promovierte 1966 extern bei dem international hochangesehenen Münchener Althistoriker Prof. Siegfried Lauffer mit einer Arbeit über römische Rechtsgeschichte.

1974 wurde ihm die Leitung des Katholischen Stadtbildungswerkes Ingolstadt übertragen. Dr. Schickel, der die Möglichkeit einer Habilitation mit anschließender Universitätslaufbahn bewußt ausschlug, lehrt und unterrichtet bis heute in der traditionsgesättigten, inzwischen zu einem markanten Industriezentrum ausgebauten Stadt an der Donau.

Das wissenschaftliche Werk Dr. Schickels entwickelte sich vergleichsweise ungewollt aus seiner lehrenden Aktivität, aus seinen regelmäßig veranstalteten Vortragsreihen im Katholischen Bildungswerk und den Erträgen zahlreicher Diskussionen.

Bemerkenswert ist dabei die Konsequenz, mit der sich sein Forscherinteresse zunehmend auf Probleme der Zwischenkriegszeit und die Klärung strittiger Fragen der Nachkriegszeit konzentrierte. Jedoch geradezu als spektakulär muß man bezeichnen, daß sich Dr. Schickel seinen Weg durch das dornige Feld der Zeitgeschichte nicht mit Hilfe der Scheuklappen suchte, wel-

che die offiziöse und politisch opportune Zeitgeschichtsforschung ebenso beflissen wie kostenlos jedem frei Haus liefert, der auf diesem Gebiet tätig wird.

Dadurch aber richtete Dr. Schickel in unseren Tagen so etwas wie ein Mahnmal für jene Art von Geschichtsforschung auf, die dereinst, im neunzehnten Jahrhundert, die Grundlagen der modernen Historiographie legte und deren Arbeit *unter dem Imperativ* stand: *"Wahrheit, nichts als die Wahrheit!"*

In Hunderten von Vorträgen, Aufsätzen, Fernsehbeiträgen, Zeitschriften- und Zeitungsartikeln, vor allem aber auch in zahlreichen Buchveröffentlichungen befaßte sich Dr. Schickel mit strittigen, ja mit den strittigsten Komplexen der zeitgeschichtlichen Forschung. Unversehens erwuchs daraus die selbständige Sparte einer Disziplin, die sich vollständig frei gehalten hat von politischen Optionen.

Die erstaunlich souveräne Gelassenheit, mit der Dr. Schickel auch die delikatesten Probleme behandelte, ließen sein wissenschaftliches Werk zu einer Verkörperung des alten Prinzips werden, daß man "ruhig in der Rede, aber hart in der Sache" zu bleiben habe. Dies bestimmt auch seine persönliche Haltung bei den zahlreichen Anfeindungen, denen er ausgesetzt war, und deren Hektik sich in einem umgekehrten Verhältnis zur Sachkenntnis befand.

Dr. Schickel - Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften, u.a. der "Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste" - war einer der ersten Wissenschaftler der Bundesrepublik, der intensive Studien in den Archiven der USA betrieb, er war auch der erste bundesdeutsche Wissenschaftler, der von den "American Jewish Archives" in Cincinnati (den größten jüdischen Archiven außerhalb Israels) zu einem Vortrag eingeladen wurde. Seine Aktivitäten erhielten 1981 durch die Gründung der "Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI) eine institutionelle Form.

Die ZFI besitzt inzwischen weithin internationales Renommee und ist auf dem besten Weg, sich zu der maßgeblichen Instanz der bundesdeutschen Zeitgeschichtsforschung zu entwickeln. So unersetzlich auch die Unterstützung seiner zahlreichen Mitarbeiter ist: die ZFI steht und fällt mit Dr. Schickel - mit seinem stupenden Wissen, seiner Arbeitskraft, seiner organisatorischen Begabung, und schließlich seiner Fähigkeit, die Ergebnisse seines Engagements zu publizieren.

Eigens muß aber auch etwas Privates erwähnt werden. Dr. Alfred Schickel ist seit 20 Jahren verheiratet, die Familie hat drei Kinder (die 16jährige Annemarie ist ein Junggenie des Geigenspiels, schon mehrfach mit höchsten Preisen geehrt, eine der größten Hoffnungen unseres Musiklebens):

Ohne die entsagungsvolle Unterstützung durch seine Frau Maria hätte Dr. Schickel nicht ein Bruchteil dessen leisten können, was bis heute vorliegt, und wären ihm nicht bereits zahlreiche Preise zuteil geworden. Als jüngster kommt nunmehr der "Kulturpreis für Wissenschaft" hinzu, mit dem nicht nur das wissenschaftliche Werk eines bedeutenden Landsmannes, sondern auch eines Forschers von internationalem Rang ausgezeichnet wird. ...<<

Die sowjetische Regierung beschloß am 27. Juli 1989, daß die 3 baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen ab 1990 wirtschaftliche Autonomie erhalten sollen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete im Juli 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7 - 1989 (x853/...): >>Schmähere auf Dr. Schickel (Vorgetragen in Ingolstadt am 28. April 1989 als Einleitung der Frühjahrstagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt)

Liebe Freunde der Geschichtswissenschaft,

nachdem unser verehrter Dr. Schickel vor zwei Wochen das Bundesverdienstkreuz erhalten hat, müßte ich an dieser Stelle eigentlich die traditionelle Laudatio, die Lobrede halten.

Aus gegebenem Anlaß aber habe ich es für passender befunden, eine Schmähere zu halten und die zahlreichen Laster des Geehrten endlich einmal schonungslos zu brandmarken.

Das kleinste seiner Laster ist noch die *ungesunde Lebensweise*. Statt es wie andere machen, über den Weltkrieg fünf Bücher zu lesen und dann ein sechstes zu schreiben, durchstöbert er Tausende von Originalakten und Dokumenten. Ich warne Herrn Schickel: Das viele Lesen ist nicht gut für die Augen! Und dann noch der Aktenstaub in den Archiven, der ist ganz schlecht für die Lunge! Sie müssen nämlich wissen, daß Dr. Schickel einer der wenigen deutschen Historiker ist, der sich z.B. an die riesigen Aktenbestände des Nationalarchivs in Washington heranwagt.

Der Geehrte wird sich sicher erinnern, was ihm bei seinem vorletzten Besuch in den USA der Direktor des National Archives sagte: *Von der bundesdeutschen Historikerprominenz läßt sich hier kaum einer blicken*. Und weil eben so wenige die Originalakten lesen, liegt darauf so viel Staub. Und je mehr Staub, desto größer die Gefahr für die Lunge. Daher mein wohlgeheimer Rat für Dr. Schickel:

Schonen Sie Augen und Lungen. Der Mai steht vor der Tür. Genießen Sie die Frühlingssonne bei einem geruhsamen Spaziergang, gehen Sie ins Fitneß-Studio, wenn's regnet, aber lassen Sie diese vollkommen sinnlosen Quellenstudien! Es geht auch ganz gut ohne sie, wie zahlreiche Bestseller beweisen.

Als nächstes Laster unseres Laureaten wäre seine *Verschwendungssucht* zu nennen. Statt seine Hypotheken abzuzahlen, wie es sich für einen ordentlichen Familienvater gehört, vergeudet er sein Geld für Reisen in Europa und Amerika, interviewt Zeitzeugen und kauft ganze Berge von Dokumenten auf Mikrofilm. Oh, welche Verschwendung!

Betrachten Sie doch beispielsweise die Autoren historischer Dokumentationen im Fernsehen. Ich denke da momentan an einen gewissen *Ralf Giordano*, weil ich sein Buch "Die zweite Schuld" vor einiger Zeit gelesen habe. Sein Literaturverzeichnis umfaßt fünf oder sechs Autoren. Aber beim Lesen kamen mir Zweifel, ob der Verfasser auch nur diese wenigen Bücher gelesen hat, so viele historische Fehler enthält sein opus magnum.

Diese Ungereimtheiten waren natürlich kein Hinderungsgrund für begeisterte Rezensionen im Spiegel, Stern, Zeit und im öffentlichrechtlichen Fernsehen. - Apropos Fernsehen, dieser Herr Giordano hat uns bisher schon über 100 TV-Dokumentationen geschenkt. Während Herr Schickel für einen Vortrag beim Katholischen Bildungswerk vielleicht 150 Mark bekommt, kassiert Herr Giordano für seine letzte Produktion "Die Bertinis" nach meiner Schätzung mindestens 150.000,- DM.

Daher mein zweiter Rat für Dr. Schickel: Vergessen Sie schnellstens die Wissenschaft und Ihren Objektivitätsfimmel, entscheiden Sie sich fürs Fernsehen und für die richtige Ideologie, und bei unserer nächsten Tagung werden Sie eine goldene Rolex-Uhr vor sich liegen haben und nicht diese japanische Uhr mit dem billigen Stahlarmband, die ich hier auf Ihrem Tisch sehe.

Damit sind wir schon fast beim dritten Kritikpunkt: Dr. Schickel hat die *falschen Freunde* und Verwandten. Er leitet das Katholische Bildungswerk in Ingolstadt; was ist das schon? Er hat einen Bischof in der Verwandtschaft. Na und? Mit dem eben zitierten Fernsehautor wird er so nicht mithalten können.

Herr Giordano ist zwar zur Zeit parteilos, aber er war jahrelang KP-Mitglied, er saß wegen einschlägigen Gewalttätigkeiten im Gefängnis, und das macht eben einen Autor interessant, das gibt seinen Freunden und Lobrednern das pikante Gefühl der Liberalität und Toleranz; denn wer will schon ein primitiver Antikommunist, ein hirnloser Kalter Krieger sein?

Gleiches gilt natürlich auch auf anderen Gebieten. Als einen von vielen anderen nenne ich nur den *Wiener Bildhauer und Alt-Kommunisten Hrdlitschka*, der an Donau und Rhein die Millionenaufträge der linksregierten Kommunen einsammelt. Wie könnte er sich im Geschäft halten, wenn er nicht ab und zu - wie erst vor wenigen Monaten in einer österreichischen KP-Zeitung - Stalin als eine "nicht unnötige Erscheinung" bezeichnen würde?

Wenn unser Dr. Schickel also nicht mit politischer Blindheit geschlagen ist, wird er schnellstens Mitglied bei einer dezenten kleinen K-Gruppe werden - nicht unbedingt bei der DKP, das ist gar nicht nötig -, und er wird sich an einigen militanten Aktionen beteiligen, sagen wir an Kasernenblockaden. Aber bitte wohldosiert, nicht zu viel und nicht zu wenig.

Wenn er dabei das nötige Feingefühl an den Tag legt, ein bißchen über Kollektivschuld meditiert und ein bißchen vor den aggressiven Absichten der NATO und der bevorstehenden Machtergreifung der Faschisten warnt, wird sein Name bald in den progressiven Medien respektvoll genannt werden, und alle, alle werden sie ihn bewundern; die einen mit dem Auguren-Lächeln der Eingeweihten, die anderen mit dem offenen Mund bürgerlicher Einfalt. Also, lieber Herr Doktor, worauf warten Sie noch?

Bleibe noch als letzter Vorwurf Dr. Schickels krasse *Unwissenheit*. Dieser Mensch kennt zwar unglaublich viele historische Einzelheiten, aber die wichtigsten Dinge übersieht er. Er lebt z.B. in dem Kinderglauben, daß man hierzulande so einfach vor sich hin forschen und eine nachweisbare Tatsache überall frei aussprechen darf. Wie naiv diese Wissenschaftler doch sind! ...

Sie werden wahrscheinlich einwenden, daß wir doch im 20. Jahrhundert leben und obendrein eine Demokratie haben. Man wird Sie schnell eines besseren belehren. Versuchen Sie, verehrter Dr. Schickel, z.B. den Vortrag, den Sie uns gleich anschließend halten wollen, an einer Universität zu halten, meinetwegen in Berlin.

Es werden vermutlich dann die gleichen freundlichen Herren erscheinen, die schon letzte Woche dort regelrechte Pogrome veranstaltet haben. Man wird Ihnen (ich zitiere den Berliner Polizeibericht vom vergangenen Freitag) Messer und Brandsätze, Schlagstöcke und Fahrradketten oder nagelbesetzte Baseball-Schläger zeigen. Ich wette jede Summe, Sie werden der Überzeugungskraft dieser Argumente nicht widerstehen können ...

Bei *Prof. Hillgruber* hat Rudolf Augstein überlegt, ob dessen Schriften nicht Grund genug seien, ihn als Hochschullehrer zu feuern, und im Fall des *Prof. Nolte* mußte der Ketzer zwar nicht persönlich brennen, wohl aber sein Auto.

- Nehmen wir an, die Morde von Katyn wären bis heute ungeklärt, und Dr. Schickel wäre der erste Historiker, der herausfände, daß Stalin und nicht Hitler hinter den Verbrechen steckte. Was würde wohl passieren!?

Vermutlich würde zuerst der Spiegel den "Skandal" anprangern. Eine Woche später wird sich der WDR im Ersten Fernsehen mit den faschistischen Umtrieben in Ingolstadt beschäftigen, und wieder eine Woche später werden die bewußten freundlichen Herren mit ihren Schlagstöcken und Brandsätzen zu einem Höflichkeitsbesuch vorbeikommen.

Und nach fünf Jahren, wenn nicht Gorbatschow inzwischen gestürzt und unser Forscher am Herzinfarkt gestorben ist, wird ihm eine historische Zeitschrift aus Moskau auf den Tisch flattern mit einer Meldung, daß überraschend neue Dokumente über Katyn aufgetaucht seien ... na ja, den Rest der Geschichte können Sie sich selbst zusammenreimen. Wie schrieb doch der Freiheitsdichter Ludwig Börne: O närrische Leute, o komische Welt!

Dabei mein letzter Rat für Dr. Schickel: Nehmen Sie die Welt so, wie sie nun einmal ist, seien Sie flexibel, schreiben Sie, was die Mächtigen hören wollen ... Schreiben Sie, was schon 100 andere vor Ihnen geschrieben haben, *schreiben Sie ideologische Erbauungsliteratur*, und bei Ihren Talenten sind Sie ein gemachter Mann!

Starrsinnig, wie ich Dr. Schickel kenne, wird er sich als unbelehrbar erweisen und blind an seinem Glück vorbeigehen. Vielleicht denkt er an einen Satz aus der Bergpredigt: "Wehe, wenn alle Menschen gut von euch reden; denn ebenso taten ihre Väter den falschen Propheten" (Lukas 6, 26). Und vielleicht hat er damit sogar recht.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (43/1989) berichtete am 14. August 1989 über die DDR im Sommer 1989 (x116/10): >>... Über den kleinen und großen Funktionären jedoch

wölbt sich ein ausgeklügeltes Privilegienwesen, mit dessen Hilfe die höheren SED-Chargen sich selbst belohnen – und zugleich die Intellektuellen, allen voran die Künstler, korrumpieren und ruhigstellen.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete im August 1989 in der katholischen Monatschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1989 über "das Deutsche Reich und seine völkerrechtlichen Grenzen" (x853/...): >>... **Klarstellungen zu einem aktuellen Streit**

Seit der CSU-Vorsitzende Theo Waigel auf dem Schlesiertreffen von der offenen deutschen Frage sprach, zu welcher auch das endgültige Schicksal der Ostgebiete des Deutschen Reiches gehöre, ist hierzulande ein erbitterter Streit entbrannt.

Politische Gegner und aufgebrachte Kommentatoren werfen Waigel im Verein mit der kommunistischen Warschauer Regierung "revanchistische Gesinnung" und Anpassung an die "Republikaner" vor und forderten Bundeskanzler Kohl zu einer klärenden Stellungnahme auf. Dieser kam im Rahmen seiner Möglichkeiten dieser Aufforderung nach und warnte vor einer unersprießlichen Grenzdiskussion.

Mehr konnte Helmut Kohl auch nicht tun. Denn als Verfassungsorgan ist der Bundeskanzler an die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts gebunden. Und dieses hat in insgesamt 6 Urteilen (vom 23. Oktober 1952, 7. Mai 1953, 26. Februar 1954, 17. August 1956, 26. März 1957 und 31. Juli 1973) den Fortbestand des Deutschen Reiches über den Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht hinaus festgestellt.

Dabei ging es in Anlehnung an den Grundgesetz-Artikel 116 von "dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937" aus. Zu diesem "Gebiete" gehörten im Osten Schlesien und Pommern ebenso wie Ost- und Westpreußen und sind daher nach der Aussage des Bundesverfassungsgerichts Bestandteile des Deutschen Reiches.

- Da nach der eigenmächtigen Inbesitznahme dieser Gebiete durch die Sowjets und die Polen im Jahre 1945 die tatsächliche Hoheitsgewalt dort seit Jahrzehnten aber nicht mehr vom Deutschen Reich wahrgenommen werden kann, andererseits jedoch auch noch kein rechtsverbindlicher Friedensvertrag abgeschlossen worden ist, befindet sich die endgültige Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete in der Tat noch in der Schwebelage und gehört mithin zur offenen deutschen Frage.

Bundesfinanzminister Waigel bewegte sich daher mit seiner Aussage auf dem Schlesiertreffen völlig im Rahmen des Völkerrechts und der höchstrichterlichen Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts. Jede Kritik an den Ausführungen des CSU-Vorsitzenden ist mithin auch ein Widerspruch gegen Völkerrecht und innerstaatliche Rechtspraxis, was in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik nicht unproblematisch ist. Noch bedenklicher erscheinen die Einwürfe gegen die Waigel-Rede vor dem Hintergrund der geschichtlichen Fakten.

Da ist nämlich Tatsache, daß die Sieger des Zweiten Weltkriegs in ihren grundlegenden Aussagen über Deutschland vom Deutschen Reich des Jahres 1937 ausgegangen sind. Das belegen die Dreimächtevereinbarungen zwischen USA, UdSSR und Großbritannien vom August und September 1944 ebenso wie eine von ihnen am 12. September 1944 abgezeichnete Deutschlandkarte "Germany - Zones of Occupation".

Auf dieser Karte erstreckt sich Deutschland von Aurich bis Oppeln und von Freiburg bis zur Memel, umfaßt also eindeutig die deutschen Ostgebiete. Daran ändert sich auch nach der deutschen Kapitulation nichts, wie die Viermächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 ausweist. Darin verkündeten England, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, daß "Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt wird".

Illustriert wird dieses Deutschland-Bild von einer Karte, welche die amerikanische Besatzungszeitung für Bayern, "Münchener Nachrichten", am 28. Juli 1945 veröffentlichte. Als "Karte der endgültigen Zonen" stellt sie das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 vor und

weist der "Russen-Zone" neben der heutigen DDR auch Pommern und Schlesien zu. Aus Platzgründen fehlt die Einzeichnung Ostpreußens.

So blieb die Deutschland-Definition als das Gebiet in den Grenzen von 1937 auch in den Nachkriegsjahren gültig - zumindest für die drei Westmächte. Diese bewirkten dann, daß der Parlamentarische Rat gleichfalls von einem solchen Deutschland ausging und den Grundgesetz-Artikel 116 entsprechend formulierte. Dieser Grenzbeschreibung folgte wiederum das Bundesverfassungsgericht in seinen erwähnten Urteilen über die Gültigkeit des Reichskonkordates von 1933 und die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages von 1972.

Die im Moskauer Vertrag vom August 1970 und im Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 beschriebenen Grenzverläufe mit der namentlichen Erwähnung der Oder-Neiße-Linie als der polnischen Westgrenze und der innerdeutschen Grenze als Staatsgrenze beanspruchen nach dem Verständnis des Grundgesetzes keine Endgültigkeit, da sie nicht Bestandteil eines Friedensvertrags oder einer friedensvertragsähnlichen Regelung sind.

In diesem Falle hätten die beiden Ostverträge mit Zweidrittel-Mehrheit gebilligt werden müssen. Sie haben aber bekanntlich nur eine relative Mehrheit im Deutschen Bundestag bekommen und diese auch nur nach Annahme einer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgesetzten gemeinsamen Resolution des Deutschen Bundestages. ...<<

Die Bundesregierung lehnte am 1. September 1989 den SPD-Antrag zur endgültigen Festlegung der Oder-Neiße-Linie ab. Sie bestätigte aber den Warschauer Vertrag von 1970.

Die am 9. September 1989 gegründete Bürgerbewegung "Neues Forum" erklärte (x303/168):
>>... Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen. ... Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. ...

Wir bilden eine politische Plattform für die ganze DDR, die es möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen.<<

Die ungarische Regierung ließ am 11. September 1989 die Grenzen nach Österreich öffnen. Danach flohen innerhalb von 3 Tagen rund 15.000 DDR-Bürger nach Österreich bzw. in die Bundesrepublik (x175/820).

In Leipzig protestierten am 25. September 1989 rd. 5.000 DDR-Bürger für Reformen.

Die Bürgerbewegung "Demokratie Jetzt" erklärte am 30. September 1989 (x303/168): >>... Wir leiden, weil wir (vom Staat und von der SED) nicht als mündige Bürgerinnen und Bürger behandelt werden. ...

Eine Minderheit maß sich das Recht auf Wahrheit an. Die machtstützenden Organe entziehen sich der öffentlichen Kontrolle. Schulen und Hochschulen, Wissenschaft und Kunst werden von Ideologen beherrscht.

Von unseren Nachbarn sind wir durch eine menschenverachtende Mauer getrennt. Wir dürfen nicht reisen, wohin wir wollen. ...

War das unser Traum von der Freiheit des Menschen? ...<<

In Leipzig wurde am 2. Oktober 1989 die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilnehmer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (40/1989) berichtete am 2. Oktober 1989 über das Buch "Der geplante Tod" des kanadischen Journalisten James Bacque: >>**Eine lange Nacht der Lügen**

Nach Kriegsende mußten Hunderttausende deutscher Gefangener in US-Lagern sterben
Bestseller in Kanada, aufsehenerregende Neuerscheinung in der Bundesrepublik: In dem Buch "Der geplante Tod" behauptet ein kanadischer Autor, die USA hätten nach Kriegsende Hunderttausenden von deutschen Gefangenen bewußt Hilfe verweigert und damit deren Tod in

Kauf genommen. Historiker reagieren skeptisch.

Stundenlang stand er am Zaun des Lagers. Dort draußen lag sein Dorf fast zum Greifen nah, für ihn war es unerreichbar. Eines Morgens wurde der 17jährige Bursche tot am Fuße des Zaunes gefunden - offenbar erschossen beim Versuch, heim zur Mutter zu flüchten. Ein US-Projektil hatte ihm eine Gesichtshälfte weggeschmettert.

Seine deutschen Mitgefangenen mußten am toten Körper vorbeimarschieren. "Mörder, Mörder!" schleuderten sie dem amerikanischen Kommandanten entgegen - was böse Folgen hatte: Drei Tage lang kappte der Offizier die ohnehin schmale Essensration, etliche Menschen starben vor Hunger.

In Rheinberg am Niederrhein lagerten Häftlinge "ohne Obdach tagein, tagaus", berichtete ein Augenzeuge. Das Bild war zum Erbarmen: "Amputierte schlitterten wie Amphibien durch den Matsch, durchnäßt und fröstelnd." Viele überlebten die Tortur nicht.

Um sich gegen die Kälte zu schützen, schmiegt Männer sich in lange Erdlöcher, die sie mit bloßen Händen gegraben hatten - Bauch an Rücken, Knie an Kniekehle. Manche tranken den eigenen Urin, weil es nichts gab, andere "leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen". Sie wurden krank - und krepitierten.

Hitlers Krieg war längst zu Ende, aber nicht für alle.

"Nie", notierte ein 50jähriger Feldwebel in sein Tagebuch aus grobem Verpackungspapier, habe er "den Siegern eine solche barbarische Art der Kriegsgefangenen-Behandlung zuge-
traut". Wer sich über peinigenen Durst oder peitschenden Regen beschwerte, wurde oben-
drein ausgelacht: "Du hast keine Rechte."

Fast sechs Jahre nach dem Überfall auf Polen, der mit 1,5 Millionen Soldaten begonnen hatte, verharren rund 10 Millionen Deutsche in Kriegsgefangenschaft - weltweit verteilt auf mehr als 20 Staaten. Allein in amerikanischem Gewahrsam befanden sich 3,1 Millionen Menschen. Diese Daten sind historisch einigermaßen gesichert, und bislang galten die Amerikaner den meisten Deutschen seit damals als Erlöser. Ein Buch des kanadischen Lektors und Journalisten James Bacque, 60, könnte diese Einschätzung ins Wanken bringen.

In dem amerikanischen "Bestseller" (so das US-Nachrichtenmagazin Time), der diesen Monat in deutscher Sprache erscheint, behauptet Bacque aufgrund neuer Archivfunde, die US-Führung habe 1945 in deutschen Camps "furchtbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit" begangen:

- Gefangene bekamen bewußt so wenig zu essen, daß sie sterben mußten, "obschon genügend Lebensmittel" zur Verfügung standen;
- die hygienischen und sanitären Bedingungen waren miserabel und führten schnell zu tödlichen Krankheiten;
- Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz blieb der Zutritt verwehrt, eine internationale Kontrolle fehlte.

Der Autor schätzt, daß in amerikanischen und französischen Lagern, in die Washington Deutsche überstellen ließ, die Zahl der Toten "wahrscheinlich bei mehr als einer Million liegt"; die Behandlung der Verlierer in anderen verbündeten Ländern des Westens wie England und Kanada sei hingegen durchaus human gewesen.

Eine konkrete Ziffer, räumt Bacque ein, werde "immer umstritten sein", weil Akten "vernichtet, geändert oder als geheim unter Verschuß gehalten worden" seien - "bis auf den heutigen Tag". Die Geschichtsschreibung ist bisher, offiziellen amerikanischen Quellen folgend, von lediglich einigen zehntausend Opfern ausgegangen, der Vorwurf systematisch herbeigeführter Hungersnöte ist neu. Bacque will deshalb "nach einer langen Nacht der Lügen" diese "amerikanische Tragödie" aufrollen.

Dabei beginnt die Geschichte deutscher Kriegsgefangener in US-Obhut, der Prisoners Of War (POW), durchaus entspannt. Die ersten - nur 31 - POW waren im Mai 1942 auf dem amerika-

nischen Kontinent angekommen. Bereits vom Sommer 1943 an fielen den US-Truppen monatlich Tausende deutscher Landser in die Hände.

Angesichts der Gefangenenflut entstanden Lager, die nach einem Standardplan für jeweils 2.000 bis 4.000 Gefangene ausgelegt waren. Vom Speisesaal über Werkstatt und Kaufladen bis zum Sportplatz sahen sie den Ausbildungslagern der U.S. Army sehr ähnlich - bis auf die Stacheldrahtzäune und die Scheinwerfer.

Nicht wenigen Amerikanern erschienen die Lager zu fein für die gefangenen Gegner.

In Anspielung auf ein Pariser Luxus-Hotel und den Spitznamen der Deutschen bürgerte sich die Bezeichnung "The Fritz Ritz" für die Lager ein.

Nach und nach besetzten deutsche Kriegsgefangene frei gewordene Posten vor allem in der Landwirtschaft, aber auch in der Holz- und Fleischwarenindustrie, bei der Eisenbahn und selbst in den Schreibstuben der Army. Diese Männer, befand der amerikanische Historiker Arnold Kramer, "erfüllten eine lebenswichtige Rolle beim Ausgleich des akuten heimischen Mangels an Arbeitskräften".

So unentbehrlich war "Fritz" mittlerweile gerade für die US-Farmer geworden, daß sie den längst zum Oberbefehlshaber der Alliierten Truppen in Europa ernannten General Dwight D. Eisenhower aufforderten, sofort weitere 150.000 Gefangene als Arbeitskräfte nach den USA in Marsch zu setzen. Amerikas höchster Offizier, später 34. Präsident der Vereinigten Staaten, zeigte wenig Neigung, denn mittlerweile war ihm die Problematik deutscher POW auf dem Kriegsschauplatz Europa zur Last geworden.

"Ein Jammer, daß wir nicht mehr umgebracht haben", notierte er ins Postskriptum eines Briefes an General George C. Marshall. Eisenhower "haßte" die Deutschen, wie er seiner Frau Mamie schrieb. Bei einem Besuch des britischen Botschafters forderte er, alle Offiziere des deutschen Generalstabes sollten "ausgerottet" werden, auch alle Führer der Nazi-Partei vom Bürgermeister an aufwärts sowie alle Angehörigen der Gestapo.

Je weiter seine Truppen ins Innere des Hitler-Reiches eindringen, desto schroffer wurde Eisenhowers Haltung den Deutschen gegenüber. Bei ihrem Vormarsch über den Rhein hinweg machten die US-Soldaten schaurige Entdeckungen, als sie, so der Passauer Zeitgeschichtler Winfried Becker, "auf die Spuren der letzten Morde der Gestapo und der SS" stießen.

Wo sie es konnten, ließen sie die Leichen exhumieren und neu bestatten - meist wurden die örtlichen Parteigenossen zu diesen Arbeiten herangezogen. Bald schämte sich Eisenhower, daß er "einen deutschen Namen" trug.

"Die Deutschen", sagt der Passauer Becker, hätten folgerichtig "kaum erwarten" können, daß die Entdeckung der "zuletzt begangenen Scheußlichkeiten und die Greuel der Konzentrationslager ohne Rückwirkung auf das Verhalten der Alliierten ihnen gegenüber" blieben.

Und so kam es auch. Am 10. März 1945, gerade war mit Köln einer der wichtigsten Brückenköpfe genommen, regte Eisenhower bei den Combined Chiefs of Staff (CCS) schriftlich die "Schaffung einer neuen Klasse von Gefangenen" an. Immer noch galt Artikel 7 der Anlage zur Haager Landkriegsordnung, wonach Kriegsgefangene "in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln" seien wie die siegreichen Truppen; eine ähnliche Verordnung enthält auch die Genfer Konvention von 1929.

Eisenhower störte das nicht. Ihm erschien es angesichts der Versorgungsnotlage im Lande "nicht wünschenswert", deutschen "Streitkräften Rationen zuzuteilen, die weit über das für die Zivilbevölkerung verfügbare Maß" hinausreichten; die andere Kategorie Kriegsgefangener wurde Disarmed Enemy Forces (DEF) genannt, entwaffnete Feindkräfte.

Es handelte sich um Soldaten, die - aus welchen Gründen auch immer - nicht die Menschlichkeit der völkerrechtlichen Vereinbarungen erfahren sollten oder durften, wobei das zum damaligen Zeitpunkt noch fiktive Datum einer bedingungslosen Kapitulation entscheidend fürs Wohl und Wehe war: vorher POW, nachher DEF.

Die Briten in der CCS lehnten Eisenhowers Vorschlag ab, der wählte daraufhin den Alleingang. Vor der Öffentlichkeit verbarg Eisenhower sein Vorhaben: Auf einer Pressekonferenz in Paris erklärte er, die "gesamte Geschichte der Vereinigten Staaten" bestehe "auch darin, einem besiegten Feind gegenüber großmütig zu sein: Wir beachten alle Gesetze der Genfer Konvention".

Als im April und im Mai vor allem am Rhein entlang für Hunderttausende deutscher Soldaten die Prisoner of War Temporary Enclosures (PWTE) eingerichtet wurden, schaltete sich Eisenhower persönlich ein. Er ordnete an, die Gefangenen dürften weder "Obdach noch irgendeinen anderen Komfort" haben - was er nicht ironisch meinte.

Die Camps, ob in Remagen oder Sinzig, Rheinberg oder Andernach, waren lediglich mit Stacheldraht umzäunte Weiden und Wiesen, feste Unterkünfte gab es nicht. Ursprünglich sollte jeder Gefangene 16 Quadratmeter Platz haben, meist blieben nur 2 oder 3.

Manche Männer standen tage- und nächtelang apathisch in ihren Erdlöchern, unfähig, "um sich krank zu melden noch um zu essen", wie ein US-Leutnant notierte - sofern es überhaupt etwas zu beißen oder zu trinken gab.

Autor Bacque hegt den Verdacht, die Amerikaner hätten "alles für die Gefangenen Notwendige absichtlich in Mangel gehalten"; darunter mußten vor allem jene Soldaten leiden, denen das Eisenhower-Verdikt den gängigen POW-Status einfach wegbefahl - allein zwischen dem 2. Juni und dem 28. Juli 1945 wurden fast 600.000 Soldaten in den "tödlichen DEF-Status überführt".

Eisenhowers Truppe hingegen lebte im Überfluß. "Wir hatten Lebensmittel reichlich", bemerkte ein hoher Offizier, "unser Problem bestand darin, alles zu kochen." In den Akten der Quartiermeisterei fand Bacque die Bestätigung für den "gewaltigen Lebensmittelüberschuß" - in den Monaten April bis Juli besaß die Army einen ungenutzten Vorrat, der für 400 Tage gereicht hätte.

Auch Hilfe von außen wurde verwehrt. Das Rote Kreuz lagerte 13 Millionen Lebensmittelpakete, jedes einzelne hätte einen Menschen zwei Wochen lang mit täglich 1.000 Kalorien versorgen können. Das Oberkommando wußte, ausweislich eines Protokolls, spätestens seit dem 13. Juni 1945 von den riesigen Vorräten - sie blieben eingebunkert.

Statt dessen nahm es in Kauf, daß ihm die Gefangenen in den Enclosures zu Tausenden umkamen. Nach internen Statistiken und Berichten starben bis zu 15 Prozent "eindeutig an Unterernährung und Flüssigkeitsmangel sowie an Erschöpfung". Die anderen erlagen "Krankheiten", schreibt Bacque, "die durch die elenden und schutzlos allen Witterungseinflüssen ausgesetzten Lebensbedingungen verursacht und zweifellos durch Aushungerung verschärft" worden seien.

Von Mai bis Mitte Juni registrierten Ärzte und "4.000-Kalorien-Offiziere" (Bacque) entlang des Rheins eine Sterblichkeitsrate, die 80mal höher lag als normal, eine Zahl, die es "seit dem Mittelalter" nicht gegeben habe. Bacque: "Die medizinische Terminologie selbst reicht nicht mehr ganz aus angesichts dieser Katastrophe."

Seinen Berechnungen zufolge kamen in den amerikanischen Lagern 793.239 Gefangene zu Tode, in französischen rund 167.000. "Other losses", "sonstige Verluste", hießen sie in der nüchternen Sprache der US-Kriegsstatistiker, Paris sprach von Menschen, die "perdus pour raisons diverses" seien, also "verloren aus verschiedenen Gründen".

Amerikanische Wissenschaftler haben auf Bacques Buch skeptisch bis abwartend reagiert. "Kein Historiker könnte dieses Buch geschrieben haben", kritisierte der Geschichtspräsident Gabriel Kolko aus Toronto die Bacque-Methode, Daten aus nur bruchstückhaft erhaltenen Statistiken zu Gesamtzahlen hochzurechnen.

Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler begrüßt gleichwohl das Erscheinen des Buches: Bacque solle "veröffentlichen, wo immer er will, und wir können über seine Quellen

debattieren". Das Magazin Time allerdings warf letzte Woche die Frage auf, ob die deutsche Geschichtswissenschaft zu dieser Debatte genug beitragen könne: Sie habe sich seit dem Kriege "mehr auf die Verfehlungen Deutschlands konzentriert als auf die seiner jetzigen Verbündeten".

Autor Bacque spricht zu Recht von einer politischen Konzession. Den Amerikanern sei "verziehen" worden, "ohne daß sie auch nur angeklagt waren".<<

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten ("Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...).

Der Pfarrer der Leipziger Nikolaikirche berichtete am 7. Oktober 1989 (x303/169): >>... Von unserer Wohnung aus wurden wir Zeugen des gewaltsamen Polizeieinsatzes, den wir persönlich erlebten, gegenüber einer wehrlosen, gewaltlosen Menschenmenge, die erstaunlicherweise dennoch keine Angst zeigte.

Das Einschlagen auf wehrlose, bereits festgenommene Menschen hat uns um so mehr entsetzt, da wir solches Vorgehen staatlicher Organe bisher nicht kannten.<<

In Leipzig duldet die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern ("Wir sind das Volk - keine Gewalt ...").

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (2/1990) berichtete später über diese Demonstration in Leipzig (x298/241): >>Eine seltsame Spannung liegt an diesem nach welchem Laub und Braunkohle riechenden 9. Oktober über der Stadt.

Gerüchte schwirren: Die Betriebskampfgruppen, so daß härteste, haben für heute Schießbefehl erhalten. Mit Blaulicht umkurven lange LKW-Kolonnen, beladen mit Volkspolizei, den Ring, der die Leipziger Innenstadt einfaßt.

In der Nikolaikirche, wo montags um 17 Uhr das traditionelle Friedensgebet beginnt, ist bereits eine halbe Stunde zuvor nicht einmal mehr ein Stehplatz frei. Vor der Kirche wird die Menge immer dichter. Sie schweigt.

Um sechs, als die Nikolaikirche die 3.000 Frommen und Neugierigen entläßt, die drinnen Platz gefunden haben, ist der Karl-Marx-Platz schwarz von Menschen, 20.000 mindestens. Zaghafte erste Rufe: "Gorbi, Gorbi", "Demokratie jetzt".

Plötzlich ohne erkennbare Regie, setzt sich der Zug von der Nikolaikirche in Bewegung. "Schließt euch an, schließt euch an", skandieren die Marschierer.

Als die Spitze der Kolonne den Platz der Republik vor dem Leipziger Hauptbahnhof erreicht, sind dem Ruf rund 70.000 gefolgt. Junge Leute und ältere, Männer mit langen Haaren und solche mit akkuratem Messerschnitt.

"Gorbi, Gorbi", schallt es zu den Häuserfronten hoch und vom Beton verstärkt, zurück. Auch ältere Ehepaare, den obligaten Einkaufsbeutel am Handgelenk, klatschen dazu rhythmisch in die Hände: "Wir sind das Volk, wir sind das Volk."

Die Vopo ist kaum zu sehen. Die Stasi hat sich verkrümelte. Hinter verschlossenen Bahnhofs-türen stehen einige Dutzend martialische Gestalten mit Helmen und Knüppeln, das ist alles. Doch die Demonstranten gucken nicht einmal hin. Der Lindwurm kriecht um die Stadt, die Parolen wiederholen sich: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", "Keine Gewalt", und immer wieder "Gorbi, Gorbi".

So plötzlich, wie sich der Zug gebildet hat, löst er sich auf. "Heute waren wir 70.000", sagt einer um die 50 selbstbewußt und angstfrei, "nächsten Montag werden es 100.000 sein". ...<<

Mehr als 120.000 Demonstranten zogen am 16. Oktober 1989 durch Leipzig.

Staats- und Parteichef Erich Honecker (1912-1994) trat am 18. Oktober 1989 zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.

In Leipzig forderten am 23. Oktober 1989 rd. 300.000 Menschen freie Wahlen und demokratische Reformen.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Oktober 1989 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in den nordamerikanischen und französischen Lagern: >>Ein Kapitel, das lange verschwiegen wurde

... Auf stacheldrahtumzäunten Rheinwiesen, die sich rasch in grundlosen Morast mit unzähligen Löchern verwandelten, erlebten Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener das Frühjahr und den Sommer 1945. Mit den Städten Kreuznach, Remagen, Andernach oder Rheinberg verbinden zahllose ehemalige deutsche Soldaten, die nach dem Kriegsende oder kurz davor in amerikanische Gefangenschaft gerieten, die Erinnerung an die grauenvollste Zeit des ganzen Krieges. Ohne Zelte, ohne Schutz gegen den Dauerregen und nahezu ohne Nahrung und Wasser mußten sie Gras essen und ihren eigenen Urin trinken. Hunderttausende starben an Durchfall und Ruhr, an Hunger und anderen Krankheiten.

Ein kanadischer Autor, James Bacque, ist jetzt diesem von der deutschen Geschichtsforschung bisher ausgeklammerten Kapitel der Nachkriegszeit nachgegangen und errechnete bei seinen akribischen Recherchen in amerikanischen, britischen, kanadischen, französischen und deutschen Archiven eine Zahl von etwa einer Million deutscher Soldaten, die in amerikanischen und französischen Gefangenenlagern umkamen. Das Buch ("Der geplante Tod", Ullstein-Verlag, 352 Seiten) erschien in diesem Herbst auf dem deutschen Büchermarkt.

Denn es war keineswegs das Durcheinander in der Endphase des Krieges und der "unerwartete" Zustrom von Millionen Kriegsgefangenen, der die Organisation zusammenbrechen ließ, sondern eine vom damaligen Oberbefehlshaber Eisenhower bewußt herbeigeführte Ausrottungspolitik. So jedenfalls die für die Geschichtsforschung absolut neue These des kanadischen Autors.

Das Buch landete in Kanada rasch auf den Bestsellerlisten, berichtet das US-Magazin "TIME" und löste bei den Historikern der Neuen Welt Ratlosigkeit aus, denn Kriegsverbrechen der Alliierten waren bisher noch nicht Gegenstand amerikanischer Geschichtsforschung.

Entgegen landläufiger Annahme, die auf den Erinnerungen und Rechtfertigungen der Beteiligten beruhen, stellt Bacque klar, daß in Europa selbst in der schlimmsten Zeit nach dem Kriege alles andere als Mangel an Lebensmitteln geherrscht habe, sondern sogar ein gewaltiger Überfluß. Sowohl die US-Armee als auch das Rote Kreuz und amerikanische Hilfsorganisationen saßen auf gefüllten Lagerhäusern. "Wir hatten Lebensmittel reichlich", bemerkt ein US-Offizier, "unser Problem bestand darin, es zu kochen." Von April bis Juli besaß die Armee einen ungenutzten Vorrat, der 400 Tage gereicht hätte. Das Rote Kreuz hatte 13 Millionen Lebensmittelpakete, die es nicht verteilen durfte.

Der Eisenhower-Biograph Stephen Ambrose räumt ein, daß das Buch eine große historische Entdeckung enthalte: "Wir Amerikaner können nicht unterschlagen, daß furchtbare Dinge geschehen sind. Und sie ereigneten sich am Ende eines Krieges, den wir für Demokratie und Freiheit führten, und sie sind nicht zu entschuldigen."

Ein Oberst der US-Armee beschrieb die Lage in den amerikanischen Lagern am Rhein so: "Eng zusammengedrängt, um sich gegenseitig zu wärmen, bot sich den Blicken auf der anderen Seite des Stacheldrahts ein tief erschreckender Anblick: nahezu 100.000 ausgemergelte, apathische, schmutzige, hagere Männer mit leerem Blick, bekleidet mit schmutzigen, feldgrauen Uniformen, knöcheltief im Schlamm stehend. ... Ein Lagerinsasse von Rheinberg war über 80 Jahre, ein anderer neun Jahre alt. ... Andauernder Hunger und quälender Durst waren ihre Begleiter, und sie starben an Ruhr."

Der juristische Trick, mit dessen Hilfe es Eisenhower gelang, den Soldaten ihren Status als Kriegsgefangene zu entziehen und sie damit außerhalb des Schutzes der Genfer Konvention von 1929 zu stellen, hieß DEF (Disarmed Enemy Forces – entwaffnete Feindkräfte). Damit war die Armee der Verpflichtung enthoben, sie gemäß den Genfer Abmachungen zu behandeln und zu ernähren. Nicht einmal das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erhielt die

Erlaubnis, den 1.800 amerikanischen und französischen Lagern, in denen ähnliche Zustände herrschten, einen Besuch abzustatten.

Am schlimmsten war, trotz des Regens, offenbar der Durst. "Einige legten sich der Länge nach hin und leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen", heißt es in einem Bericht den Bacque zitiert. "Ich habe Tausende sterben sehen. Sie haben die Leichen auf Lastern abtransportiert."

Bacques Berechnungen zufolge starben in den US-Lagern 793.239 Gefangene, in den französischen Lagern 167.000. Über die Behandlung in britischen und kanadischen Lagern gab es keine Beanstandungen, die Engländer hatten sich auch geweigert, Eisenhowers Überführung der Prisoners of War (PoW) in den DEF-Status zu übernehmen.

Bacque stützt seine Behauptung, daß Eisenhower ausschließlich von Rachegefühlen geleitet war, außer auf das Verbot der Auslieferung von Rote-Kreuz-Spenden auch auf das Verbot, daß die deutsche Zivilbevölkerung den hungernden Lagerinsassen etwas zukommen lassen durfte.

Selbst Spenden von deutschen Gefangenen in den USA, die dort gut versorgt wurden, durften nicht weitergegeben werden. Für die Dauer eines Jahres war überhaupt jeder Postempfang unterbunden. Millionen Familien wußten also nicht, wo sich ihre Angehörigen befanden.

"Mindestens zehnmal so viele Deutsche starben in den französischen und amerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront vom Juni 1941 bis hin zum April 1945 gefallen sind", notierte Bacque. "Darüber stand kein Wort in der Presse", heißt es bei Bacque.

Die Zahl von einer Million Toter stammt nicht aus einer offiziellen amerikanischen Quelle. Bacque rechnet sie aus einer Vielzahl von verstreuten Quellen zusammen. Diese seitenlangen Zahlenbeispiele machen das Buch nicht besonders lesbar, obwohl der Autor seinen 205 Seiten Text noch einen 40 Seiten umfassenden Anhang mit Fußnoten hinzufügt.

Eine fachkritische Auseinandersetzung um Bacques Daten hat es noch nicht gegeben. Dafür ist das Buch zu kurz auf dem Markt und sein Anspruch zu hoch wie auch seine umfassende Quellensammlung zu umfangreich.

Daß sich bislang niemand um dieses dunkle Kapitel kümmerte, hängt auch damit zusammen, daß nach dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO niemand diesseits und jenseits des Atlantiks Interesse daran hatte, diese Kapitel aufzuschlagen.

Bacque stellt denn auch seinem Buch ein Wort Bernard Shaws aus dem "Teufelsschüler" voraus: "Die ärgste Sünde an unseren Mitmenschen ist nicht, sie zu hassen, sondern gegen sie gleichgültig zu sein; das ist die Quintessenz der Unmenschlichkeit."<<

Dr. Ernest F. Fisher jun., ehemaliger Oberst der Armee der Vereinigten Staaten von Amerika, schrieb im Vorwort des Buches "Der geplante Tod" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/15-17): >>... Die Massenkapitulation im Westen stand in auffallendem Kontrast zu den letzten Wochen an der Ostfront, wo die überlebenden Wehrmachtseinheiten noch die vorrückende Rote Armee bekämpften, um so vielen Kameraden wie möglich die Gefangenschaft durch die Russen zu ersparen. ...

Vom deutschen Standpunkt aus lieferte diese Strategie Millionen deutsche Soldaten in die, wie sie glaubten, gnädigeren Hände der Westalliierten aus, die unter dem militärischen Oberkommando von General Dwight Eisenhower standen. Jedoch General Eisenhowers grimmigem und besessenem Haß ausgeliefert, der sich nicht nur gegen das Nazi-Regime, sondern vor allem gegen alles Deutsche überhaupt richtete, ließ sich dieser Glaube bestenfalls als ein verzweifeltes Glücksspiel bezeichnen.

Mehr als 5 Millionen deutsche Soldaten wurden in Stacheldrahtkäfigen zusammengepfercht, viele von ihnen buchstäblich Schulter an Schulter. Der Boden unter ihnen entwickelte sich bald zu einem Sumpf aus Dreck und Krankheit. Dem Wetter ausgesetzt, ohne jegliche auch nur primitive sanitäre Einrichtungen, dazu unterernährt, begannen die Gefangenen sehr bald

an Hunger und Krankheiten zu sterben.

Von April 1945 an vernichteten die amerikanischen und französischen Armeen ungefähr eine Million Männer, vornehmlich in den amerikanischen Lagern. – Niemals seit den Greueln in dem von Konföderierten verwalteten Gefängnis in Andersonville während des amerikanischen Bürgerkrieges hatten solche Grausamkeiten unter amerikanischer Militärkontrolle stattgefunden: Mehr als vier Jahrzehnte lag diese beispiellose Tragödie in alliierten Archiven verborgen. Wie kam schließlich dieses gewaltige Kriegsverbrechen ans Licht? Die ersten Hinweise wurden 1986 durch den Autor James Bacque und seine Mitarbeiterin aufgedeckt. ...

Im Frühling 1987 trafen Mr. Bacque und ich uns in Washington. Während der folgenden Monate arbeiteten wir zusammen in den Nationalarchiven und in der George C. Marshall Stiftung in Lexington, Virginia, indem wir die Beweisstücke, die wir fanden, zusammenfügten.

Die Pläne, die von höchsten britischen und amerikanischen Regierungsstellen 1944 gemacht wurden, brachten den Entschluß zum Ausdruck, Deutschland ein für alle Mal als Weltmacht zu zerstören, indem man es auf eine einfache Agrarwirtschaft reduzieren wollte, obwohl dieses den Hungertod von Millionen von Zivilisten bedeutet hätte. Bis heute sind sich die Historiker darüber einig, daß die alliierte Führung schon bald ihre destruktiven Pläne wegen des öffentlichen Widerstandes aufgehoben hatte.

Eisenhowers Haß, toleriert von einer ihm gefügigen Militärbürokratie, erzeugte diesen Horror der Todeslager, der mit nichts in der amerikanischen Militärgeschichte vergleichbar ist. Angesichts der katastrophalen Folgen dieses Hasses ist die lässige Gleichgültigkeit, die die SHAEF-Offiziere (des Hauptquartiers der alliierten Expeditionskräfte) an den Tag legten, die schmerzlichste Seite der amerikanischen Verstrickung.

Nichts lag der großen Mehrheit der Amerikaner 1945 ferner, als so viele unbewaffnete Deutsche nach dem Krieg zu töten. Eine Vorstellung der Größe dieses Schreckens kann man gewinnen, wenn man sich vor Augen führt, daß diese Todesraten bei weitem all jene übertreffen, die durch die deutsche Armee im Westen zwischen 1941 und April 1945 erlitten wurden. ...<< Der kanadische Journalist James Bacque schrieb später in den Schlußbemerkungen der 6. Auflage seines Buches "Der geplante Tod" (x131/203-209): >>Die Regeln der Landkriegsführung, die Genfer Konvention, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, der schlichte Anstand der riesigen Mehrheit des amerikanischen und französischen Volkes, die Aufrichtigkeit der Briten und Kanadier, die freie Presse, alles hat versagt.

Es versagte, weil Männer, die unsere Helden waren, insgeheim die Macht des Todes über Menschen brachten, die hilflos in unserer Hand waren, die ihnen vorgesetzten Offiziere geboten ihnen nicht Einhalt, und sie ließen die Öffentlichkeit im dunkeln. Die ihnen Gleichgestellten und ihre Untergebenen sagten nichts. Die französische Presse sagte wenig, oder sie log. Die amerikanische Presse sagte nichts oder sie log. Die Briten und Kanadier standen dabei und sahen zu. Die einzigen Personen, die redeten, waren Jean-Pierre Pradervand, Jacques Fauvet und Victor Gollancz. ...

Die Überlebenden der Lager leiden nicht mehr physisch, das psychische Leiden jedoch hält an, weil es Leute gibt, die bestreiten, daß die Überlebenden überhaupt gelitten hätten. Und so liegen die toten Kameraden weiterhin in unbekanntenen Gräbern, eine ewige Anklage: Ihr habt uns vergessen.

Ungefähr 2.000 Überlebende haben mir, meinem Verleger und der Presse geschrieben oder haben uns angerufen; fast alle drückten ihre tiefe Erleichterung darüber aus, daß die Wahrheit über ihr Leiden nun endlich außerhalb Deutschlands bekannt geworden sei. Die Kinder, die ihren Vätern nicht glaubten, wissen es nun.

Durch dieses Wissen können sie ihre Väter - und uns - besser verstehen. Wachposten in den französischen und amerikanischen Lagern haben ihr Gewissen erleichtert. Fast jede weitere Zeuge oder Überlebende, der sich gemeldet hat, drückte seine tiefempfundenen Dank darüber

aus, daß die Wahrheit nun ans Tageslicht gekommen ist. Kein einziger verlangte nach Vergeltung.

Die erste Auflage dieses Buches löste heftigen Widerstand aus. ... Die US-Army und das US-Außenministerium entlasteten sich selbst in der Presse mit Berichten, die voller ungenauer Informationen waren und den massiven Beweis des Buches über die grausamen Bedingungen in den Lagern einfach unbeachtet ließen. Ein Vertreter des Pentagon, der verzweifelt nach einer Möglichkeit suchte, Eisenhower zu entlasten, wälzte unbeabsichtigterweise einen Teil der Schuld auf einen anderen General der amerikanischen Armee ab, der sich jedoch gut um seine Gefangenen gekümmert hatte.

Wissenschaftler in Kanada, den USA, in Frankreich, Deutschland und Großbritannien haben trotz des schwerwiegenden Beweismaterials das Buch heftig kritisiert. Einer von ihnen, ein Professor der York University in Toronto, sagte im "Time Magazine", daß "Bacques Angaben völlig fehlerhaft sind". Mein Verleger schrieb ihm unverzüglich und fragte ihn nach den Fehlern und den Berichtigungen. Dies war vor mehr als zwei Jahren, und noch immer fehlt jegliche Antwort. ...

Die Reaktionen sind so heftig gewesen, weil mein Buch anscheinend einen Mythos angreift, an dem wir alle seit Jahrzehnten teilhaben. Wir Nordamerikaner und Westeuropäer glauben, wir hätten unsere Tugend unter anderem dadurch bewiesen, daß wir den Teufel namens Hitler getötet und eine schreckliche Tyrannei bezwungen haben, die dann in der Gestalt unseres früheren Alliierten wiederkam.

Onkel Josef Stalin, unser lächelnder Verbündeter gegen das Böse, wurde selbst zum Bösen. Die Demokratien, die kämpften, um die Welt von Hitler zu befreien, vereinten sich gegen den verräterischen Sowjet, der – wie wir heute zugeben – mit Hilfe von Geheimpolizei, riesigen stehenden Heeren, Todeslagern und einer Einpartei-Diktatur sein Imperium des Bösen aufrecht erhielt. Die gewaltigen Verbrechen, die wir nach dem Krieg gegen die Deutschen begingen, wurden in selbstgerechter Heuchelei übertüncht. ...

Wer auch immer die Presse kontrolliert, behauptet, sie sei frei. Diejenigen, denen diese Freiheit verweigert wird, haben keine Mittel, das zu widerlegen. In der Sowjetunion verkündeten die Verleger jahrelang, die Presse sei frei. Nur durch die Untergrundpresse, die Samisdat, wußten wir, daß sie nicht für alle frei war. So wird es wohl immer sein, solange die Presse nicht für alle in der Gesellschaft existiert, sondern nur für eine Gruppe, der sie dem Namen nach dient. Wirkliche Pressefreiheit kann man nicht besitzen. Sie ist nicht teilbar. Man kann sie nicht leugnen. Sie gehört uns allen.

Wie sah es in Deutschland nach 1945 aus? Die Presse wurde zunächst den Siegern direkt unterstellt und von ihnen zensiert. Nachdem die Alliierten eine ihnen genehme Regierung erstellt hatten, unterstützten Journalisten, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler alle den Westen. Willy Brandt drückte dies im Bundestag recht euphemistisch aus, als er die Gründe der Regierung nannte, die Erich-Maschke-Dokumentation über die deutschen Kriegsgefangenen in alliierter Hand herauszugeben, zu finanzieren und zu veröffentlichen (bzw. nicht zu veröffentlichen).

Wenn so etwas im Westen passiert wäre, daß eine Regierung wichtige literarisch-historische Nachforschungen übernommen hätte, um sicherzustellen, daß nur beruhigende Schlußfolgerungen veröffentlicht würden, hätte dies einen Schrei der Entrüstung verursacht. Aber den gab es in Deutschland nicht. Die gefügigen Wissenschaftler veröffentlichten eine Dokumentationsreihe, die die Lügen der Franzosen und Amerikaner übernahm und weite Zeiträume in der Geschichte und Erlebnisberichte einfach wegließ. ...

Die Kontrolle dieser gefügigen Presse führte dazu, daß eine kleine fast heimliche Samisdat entstand (was buchstäblich bedeutete, daß es sich um private Veröffentlichungen handelte). Dutzende von Büchern und Schriften wurden von lokalen Verlegern in kleinen Auflagen he-

rausgegeben. Sie beschrieben das Leiden der Überlebenden in diesem oder jenem Lager. Die gefügigen Deutschen - unter dem Einfluß der mächtigen staatlichen Medien – verurteilten die Samisdat; sie sei unverantwortlich oder von den Nazis beeinflusst.

All dies wurde im Westen also nicht bekannt. Nur wenn ein mutiger Schriftsteller westlich des Rheins die Initiative ergriff, wurde etwas veröffentlicht, das von größerer historischer Wahrheit war. So die Bücher des amerikanischen Wissenschaftlers Alfred de Zayas, von denen Hunderttausende in Deutschland verkauft wurden, weil es darum um allgemeine Wahrheiten ging, die in Deutschland zuvor noch nicht gedruckt worden waren.

Diese Bücher, "Nemesis at Potsdam" und "The Wehrmacht War Crimes Bureau", beschrieben Deportation, Raub und Mord; Greuelthaten, durch die Millionen von Menschen umkamen und die in Friedenszeiten von den Alliierten an Millionen von Deutschen – überwiegend an Frauen und Kindern - begangen wurden. Die Vereinigten Staaten lehnten diese Bücher innerhalb von zehn Jahren etwa 80 Mal zum Druck ab.

Dann aber wurden diese doch in den USA, in Kanada und England veröffentlicht. Alle bedeutenden englischsprachigen Rezensenten und Wissenschaftler beachteten die Veröffentlichungen gar nicht, hatten aber trotzdem viel Zeit, um immer und immer wieder die Verbrechen der Deutschen, die bereits gefaßt und bestraft worden waren, herauszustellen.

Das ging soweit, daß Deutschland zum Westen gehörte, aber keine freie Presse hatte und Deutsche frei waren, aber nicht zum Westen gehörten. ...<<

Die deutsche Schriftstellerin Christa Wolf (1929-2011) schrieb im Oktober 1989 in der "Wochenpost" (x298/235): >>Vor vierzehn Tagen nach einer Lesung in einer mecklenburgischen Kleinstadt, beschwor ein Arzt die Anwesenden, ... jeder sollte jetzt an seinem Platz wenigstens offen und deutlich seine Meinung sagen, sich nicht einschüchtern lassen und nichts gegen sein Gewissen tun. In die Stille nach seinen Worten sagte leise und traurig eine Frau: "Das haben wir nicht gelernt."

Zum Weitersprechen ermuntert, erzählte sie von dem politisch-moralischen Werdegang ihrer Generation – der heute knapp Vierzigjährigen – in diesem Land: Wie sie von klein auf dazu angehalten wurde, sich anzupassen, ja nicht aus der Reihe zu tanzen, besonders in der Schule sorgfältig die Meinung zu sagen, die man von ihr erwartete, um sich ein problemloses Fortkommen zu sichern, das ihren Eltern so wichtig war. ...

Nun sagte diese Frau, könne sie doch nicht auf einmal "offen reden", ihre "eigene Meinung sagen". Sie wisse ja nicht einmal, was ihre eigene Meinung sei.

Ein erschütternder, wenn auch nicht überraschender Befund. ...<<

Der deutsche Theologe Prof. Dr. Georg May berichtete im Oktober 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 (x853/...): >>**Die Wunde gegenüber Polen**

(Bökmann) Das folgende Polen-Kapitel ist dem bedeutenden Werk von Professor Georg May entnommen:

Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Band I, S. 664-677, Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1981. ...

1. Die knappe, ausgewogen-objektive Darstellung ist um so besser geeignet, treffend die bis zum verhängnisvollen, schändlichen Diktatvertrag von Versailles zurückreichende, dort vorprogrammierte Geschichte der mit Hilfe des deutschen Kaiserreiches und Österreich-Ungarn wiederentstandenen polnischen Staatlichkeit zu verstehen.

Versailles und seine Folgen traten die so hehr und feierlich von Präsident Wilson als Kriegsziel proklamierten Selbstbestimmungsrechte der Völker mit Füßen. Polen und die Tschechoslowakei, Begünstigte und Nutznießer solcher Zerstückelungspolitik, entwickelten – sich sofort militärisch hoch aufrüstend - daher eine Unterdrückungspraxis gegenüber den ihnen zuge schlagenen Minderheiten. Polen verfolgte darüber hinaus von Anfang an eine Gewalt-,

Kriegs- und Blutpolitik, die auf Eroberungen im imperialistischen Stil aus war. Man denke an den Krieg gegen Rußland (Vorstoß bis etwa Kiew) 1920/1921, als dies durch Revolution und Weltkriegsniederlage geschwächt war (das "Wunder an der Weichsel" wurde v.a. durch die Hilfe der Franzosen gemacht).

Man beachte die mehrfachen Kriegsdrohungen und Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland in den Jahren 1930 bis 1933, zu einer Zeit, da Deutschland militärisch ganz schwach und unterlegen war. Die "Provozierende Arroganz" jener Politik steigerte sich in und durch Außenminister Oberst Beck.

Die geschichtliche Wahrheit gebietet, die Haltung Hitlers gegenüber Polen zu erinnern. "Trotz der am 6. März 1933 von den Polen mit dem Kriegsschiff "Wilja" in Danzig durchgeführten Provokation und obwohl ihm Sachverständige des Auswärtigen Amtes und der Reichswehr davon abrieten, entschloß sich Hitler zu einer polenfreundlichen Politik ...

Die Bemühungen Hitlers zeitigten schon im nächsten Monat den ersten, wenn auch bescheidenen Erfolg. Pilsudski berief am 30. Mai 1933 Jozef Lipski zum polnischen Botschafter in Berlin ... Lipski war in Deutschland aufgewachsen und begünstigte die Politik einer polnisch-deutschen Zusammenarbeit" (aus dem außerordentlich instruktiven, sehr um Objektivität bemühten 2-bändigen Werk des führenden deutschen Offiziers der Abwehr Oskar Reile: Der deutsche Geheimdienst im II. Weltkrieg, Bd. I Ostfront. Die Abwehr im Kampf mit den Geheimdiensten im Osten, Weltbild Verlag Augsburg, 1989, hier S. 116 ff. "Kriegsgefahr im Jahre 1933").

2. Als Hitler am 19. Oktober 1933 aus dem Völkerbund austrat, weil man Deutschland auf der Abrüstungskonferenz in Genf die Gleichberechtigung verweigerte (die polnischen und französischen Vertreter stimmten gegen die Gleichberechtigung Deutschlands) kam es erneut zur Krise. Marschall Pilsudski plante einen Krieg gegen das Reich, solange es noch schwach war. Er bemühte sich, Frankreich für eine aktive Beteiligung zu gewinnen. "Die im Zusammenhange damit von der deutschen Abwehr in Polen durchgeführte Erkundung führte zum Ergebnis, daß die Lage sehr ernst sei und mit der Möglichkeit eines polnischen Angriffs auf Deutschland gerechnet werden müsse." (O. Reile, a.a.O., S. 117).

Hitler bemühte sich erneut um Ausgleich. Nach längerem Zögern von polnischer Seite wurde am 26. Januar 1934 ein deutsch-polnischer Nichtangriffsvertrag unterzeichnet.

Dennoch: "Die Deutsche Militärische Abwehr konnte im Sommer 1933 an Hand beschaffter Geheimdokumente melden, daß der polnische Aufmarschplan gegen Deutschland aufgestellt sei und Pilsudski seit dem Frühjahr nur auf die Zustimmung Frankreichs warte, um losschlagen zu können. Im Dezember 1933 wies die Abwehr die Berliner Ministerien ferner daraufhin, daß Polen im Begriff war, seine Beziehungen zur Sowjetunion zu festigen." (O. Reile, a.a.O., S. 118).

3. Jozef Beck spielte die entscheidende kriegstreibende, verhängnisvolle Rolle als polnischer Außenminister, insbesondere nach dem Tode von Marschall Pilsudski 1935. "Unter seiner Leitung kam es zur Entwicklung einer außenpolitischen Konzeption Polens gegenüber Deutschland, die geradezu als teuflisch bezeichnet werden muß." (Reile, S. 102). "Mehr und mehr entschied sich Beck für die Thesen des Historikers Adolf Bochenski, der eine Politik des Blutvergießens als die einzig richtige für Polen verkündete.

Ihm schwebte vor, mit Hilfe der Westmächte Europa erneut in einen großen Krieg zu stürzen. Da der Erste Weltkrieg Polen die Selbständigkeit und einen Teil der ursprünglich polnischen Gebiete gebracht habe, sei zu hoffen, daß ein zweiter großer Krieg Polen auch noch die restlichen Gebiete bescheren werde, auf die es Anspruch erheben könne." (O. Reile, S. 213).

Winston Churchill schreibt in: Der Zweite Weltkrieg (Hamburg 1949-1952), I, 5.193: "Es bleibt eine geheimnisvolle Tragödie in der europäischen Geschichte, daß ein Volk, das jede heroische Tugend besaß, dessen Individuen begabt, tapfer und liebenswert sind, wiederholt

und hartnäckig Fehler in fast jedem Teil seines Staatslebens beging."

Und der Danziger Völkerbundshochkommissar Carl J. Burckhardt schrieb in einem Bericht vom 20.12.1938 über die Polen:

"Die Polen haben ein Gran Narrheit. Sie zerbrechen die Gläser um Mitternacht. Sie sind das einzige unglückliche Volk in Europa, das Sehnsucht nach dem Schlachtfeld hat. Sie sind ruhmstüchtig und kennen darin kein Maß." (Freund, Michael: Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1938-1939, Bd. 1, Freiburg 1954-1956, S. 394).

Über die Stimmung bei den Polen, die einer zum Krieg und zur Gewalt treibenden Hysterie gleichkam (auf deutscher Seite gab es nichts Vergleichbares, vielmehr Ernst, Besorgnis, große konzentrierte Ruhe), schrieb derselbe Burckhardt am 5.7.1939 an Roger Makius, einen britischen Völkerbundsdelegierten in Basel:

"Bei den Polen setzte sich eine gefährliche Stimmung durch. Man gab vielfach zu, oder was schlimmer ist, man erklärte sogar, daß ein allgemeiner Krieg das letzte Heil für die Republik bedeuten würde. Man begann, was besonders gefährlich ist, sich mit dem Gedanken einer unvermeidlichen Katastrophe vertraut zu machen; maßlose Aussprüche fielen, und das Ergebnis von alledem war eine Art von psychischer Vergiftung in dieser unglückseligen Stadt ..." (Burckhardt, Carl J.: Meine Danziger Mission 1937-1939, München 1960, S. 318).

4. In seiner lesenswerten Dokumentation "Das Jahrhundert der Lüge - Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, mit einem Vorwort von Prof. Hellmut Diwald", Arndt-Verlag Kiel 1989 (dem Buch sind die o.a. Zitate entnommen), schreibt Hugo Wellems:

"Seit der polnischen Teilmobilmachung am 23.3.1939 sowie dem Erhalt der einseitigen britischen Garantierklärung vom 31.3.1939 war Polen gegenüber dem Deutschen Reich betreffs Regelung des Korridor- und Danzig-Problems nicht mehr wirklich verhandlungsbereit.

Der Völkerbundskommissar für Danzig, Burckhardt, schrieb: "April 1939 sind für Polen die Würfel gefallen". Bestärkt durch Großbritannien und die USA glaubten die Polen, zwischen den "Riesen" Deutschland und Sowjetunion selbständige Großmachtspolitik betreiben zu können." (S. 124)

Der Historiker Michael Freund schrieb über die Intransigenz der Polen in den entscheidenden Wochen vor dem 1.9.1939: "Ihre (die polnische) Diplomatie war wie die Angriffe ihrer Reiterei auf deutsche Panzer. Sie verweigerten jede Verhandlung mit selbstmörderischer Großspürigkeit. Sie lehnten es ab, einen deutschen Vorschlag auch nur entgegenzunehmen, als ob man nicht hätte nein sagen können, nachdem man die Vorschläge gelesen hat." (Deutsche Geschichte, München 1979, S. 1.296).

5. Kurz: die gängige Rede vom unprovokierten Überfall der Deutschen auf ein (was der Ausdruck ja impliziert) friedlich-argloses Polen entspricht nicht der geschichtlichen Wahrheit. Das Kalkül der Briten (balance of power), hinter denen - antreibend und unterstützend - die Roosevelt-Administration (aus ideologischen und Machtgründen) stand, begleitet von den Franzosen, ließ die Polen hoffen, nach einem Weltkrieg, den sie deshalb bewußt riskierten, Vorteile im Sinne neuerlichen Landgewinns kassieren zu können.

Das Ziel war keineswegs Verteidigung sondern Angriff Sieg und Eroberung zum Zwecke imperialistischer Machterweiterung. Aber diese ziemlich zynische Rechnung ging nicht auf. Als Hitler - nach Erschöpfung aller Verhandlungs- und Vermittlungsmöglichkeiten - am 1. September 1939 die Wehrmacht einmarschieren ließ und deswegen die Westfront fast völlig entblöbte, hielt Frankreich (mit einer Streitmacht von 6 Millionen Soldaten) völlig still. Ein Angriff in diesen Tagen hätte das Ende des Krieges bedeutet. Aber die Franzosen wollten in Wahrheit nicht "für Danzig sterben".

Der spätere General Nikolaus von Vormann schreibt in seinen lebendig die entscheidenden Tage schildernden Erinnerungen "So begann der Zweite Weltkrieg. Zeitzeuge der Entscheidungen - Als Offizier bei Hitler 22.8.1939 - 1.10.1939", Druffel-Verlag Leoni 1988, S. 104:

"Die Lage im Westen war grotesk, ohne jeden Vorgang in der Kriegsgeschichte. Die französische Regierung hatte den Krieg erklärt und augenscheinlich verweigert das Heer, also das Volk, die Gefolgschaft. Es war noch kein scharfer Schuß gefallen ... Bei Saarbrücken zeigten die Franzosen große Spruchbänder "Von uns fällt der erste Schuß in diesem Krieg nicht".

Mit englischen Truppen bestand keine Berührung ... Französische Überläufer erklärten, daß die vordersten Postierungen nicht scharf geladen hätten und auch nicht laden dürften."

6. Über Frankreichs ziemlich unrühmliche, die Polen täuschende und im Stich lassende Taktik schreibt er: "In erstaunlichem Widerspruch zu diesem Zustand standen die französischen Heeresberichte. Sie meldeten schwere Kämpfe und ließen zwischen den Zeilen diese als Einleitung baldiger großer Operationen durchschimmern. Für dieses merkwürdige Verhalten schien mir eine einzige Erklärung möglich zu sein: Frankreich war bemüht, den Anschein zu erwecken, daß es getreulich seinen Vertragsverpflichtungen nachkam, es war aber nicht gewillt, wirklich zu kämpfen. ...

Es war durchaus zu erwarten, daß Polen voller Vertrauen auf seinen Verbündeten bis zum Verbluten kämpfte. Das entsprach durchaus polnischer Mentalität. Die Sowjets haben noch 1944 dasselbe Spiel wiederholt und in kluger Berechnung dieser geistigen Einstellung im August den großen Aufstand in Warschau inszeniert. Sie haben ihren Vormarsch dann gestoppt und abgewartet, bis wir für sie die Nationalisten erledigt hatten." (S. 115). "Es müssen bei der polnischen Führung weitgehende Versprechungen und eine wahrheitswidrige Orientierung über die Entwicklung im Westen vorgelegen haben."

Wie die Polen also die Briten/Franzosen für ihre Großmachtträume benutzen wollten, so haben die Franzosen sie bluten lassen, bis sie als Vertragspartner verschwunden waren. Und die Engländer haben sie später bei Monte Cassino für sich und die Amerikaner verbluten lassen. Hitlers Kriegswille war wiederum Stalin willkommen, der anstrebte, als Letzter auf den Plan zu treten, um die Hauptbeute einstreichen zu können. Am Ende hatten sich alle blutreich getäuscht.

Man sollte meinen, daß die Rachesaat von Versailles und das chauvinistische Kalkül mit seinem furchtbaren Scheitern die Mitschuldigen endlich zur Besinnung brächten. Aber davon kann keine Rede sein.

7. Die haßerfüllten brutalen Vertreibungen vor und nach Ende des Krieges - Deutsche durch Polen - hat die Wunde Polen erneut blutend aufgerissen. "Im Zuge von Flucht, Vertreibung sowie Verschleppung in die Sowjetunion sind 2,8-3 Millionen Menschen teils durch Verbrechen, teils durch Hunger, Seuche und Erschöpfung zu Tode gekommen." (Heinz Nawratil: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Herbig Materialien zur Zeitgeschichte, herausgegeben von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, Herbig Verlagsbuchhandlung München-Berlin 1986, S. 66). Der Autor schreibt S. 34 ff.:

"Der Tod bei Flucht und Vertreibung wurde billigend in Kauf genommen - rechtlich gesehen ein Fall des bedingten Vorsatzes (dolus eventualis), der dem dolus directus gleichgestellt ist. Auch bei den NS-Verbrechen haben Wissenschaftler untersucht, welcher Prozentsatz der Opfer gezielt getötet wurde und wie viele "an Überarbeitung, Seuche, Hunger und Elend" zugrunde gingen, ohne daß deswegen die Gesamtzahl der Opfer relativiert worden wäre.

Nicht zu übersehen ist ferner, daß Vertreibungen als solche auch nach Auffassung der Alliierten Verbrechen darstellten. Schon am 17. Oktober 1942 hatte das polnische Exilkabinett in London ein Dekret gebilligt, das im Hinblick auf die Umsiedlungsaktionen Hitlers und Stalins in Polen für Deportation die Todesstrafe vorsah. Tatsächlich erklärte dann am 8. August 1945 der Londoner Vertrag über die "Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse" Deportationen aller Art zu Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Titel II, Art. 6, Buchst. b und c des Status zu Art. 2 des Vertrages). Eine Ver-

folgung alliierter Täter war in dem Vertrag allerdings nicht vorgesehen.

Am 30. September und 1. Oktober 1946 verurteilte das Internationale Militärtribunal von Nürnberg mehrere führende Nationalsozialisten zum Tode. Einige von ihnen waren u.a. des Versuchs für schuldig befunden worden, in gewissen annektierten Gebieten "den bisherigen Volkscharakter dieser Gebiete zum Verschwinden zu bringen".

Zu diesem Zweck - so hatte schon die Anklageschrift ausgeführt - "deportierten die Angeklagten gewaltsam Einwohner ... und brachten dafür Tausende von deutschen Siedlern in die betreffenden Gebiete". Dazu stellt das Urteil ergänzend fest: "Die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung ... waren Teil eines Planes, sie zu beseitigen und ihr Gebiet für deutsche Siedlungszwecke frei zu machen." -

Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220 a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten - die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte - müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.

Unter diesen Aspekten dürfte es kaum zu vermeiden sein, sämtliche Menschenopfer im Rahmen der Vertreibung als Verbrechenopfer zu betrachten."

8. Man kann nicht umhin, sich klarzumachen, daß die nun seit Jahrzehnten hartnäckig, barbarisch, gewalttätig und blutig durchgesetzte polnische Minderheitenpolitik, insbesondere gegenüber den Deutschen, eine Schande ist. Auch auf diesem Hintergrund ist der, selbst von hohen kirchlichen Personen Polens gepflegte polnische Unschuldswahn (auf seine mehr messianisch-katholisch-politische Weise ähnlich der Hitler'schen Devise: gut ist, was dem Volke nützt) entweder reiner Macht-Zynismus oder - viel wahrscheinlicher - eine bis zum Wirklichkeitsverlust gehende echte (tiefenpsychologisch aufzufassende) Verdrängung.

Wir Deutsche haben gelernt, das Verhängnis der nationalsozialistischen Ideologie zu erkennen. Die deutschen Katholiken haben ihm - geführt von ihren Bischöfen, bestärkt von Papst Pius XI. - widerstanden. Auch unsere Mitschuld am Kriege, insbesondere das unverantwortliche Hasardspiel Hitlers mit seinem Volk; erst recht seine verbrecherischen neodarwinistischen Rassenwahn-Aktionen lasten auf uns, die wir zu haften haben. Kann aber Versöhnung reifen durch eine dauernde Alleinschuld, Anerkenntnis fordern, um dann von daher endlose Milliardenforderungen zu erpressen? Noch dazu in ein "Faß ohne Boden"?

"So wird die angebliche Alleinschuld Deutschlands instrumentalisiert, um alle etwaigen Forderungen nach Wiedergutmachung des entsetzlichen Unrechts, das dem deutschen Volk nach 1945 widerfahren ist, im Keime zu ersticken. Das Argument von der deutschen Alleinschuld muß dazu herhalten, den Fortbestand der völkerrechtswidrigen Fremdbesetzung deutschen Staatsgebietes und die Mauer quer durch die deutsche Hauptstadt zu rechtfertigen.

Das Argument von der deutschen Alleinschuld wird angeführt, um ... sogar das System von Jalta und Potsdam, also die Fremdbestimmung eines ganzen Kontinents, mit dem Schein des Rechts zu versehen." (Helwig, Adolph - Auffenberg - Komarow in seinem Vorwort zu der von Prof. Berthold Rubin herausgegebenen Dokumentation: War Deutschland allein schuld? Der Weg zum Zweiten Weltkrieg, DSZ- Verlag München 60, 1988).

9. Monsignore Ulrich Paul Lange bezieht sich in einer Besinnung aus gegebenem Anlaß auf "Das Apostolische Schreiben des Papstes zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsbeginns" (Deutsche Tagespost Nr. 103, Seite 4, Dienstag, den 29. August 1989).

Er schreibt: "Natürlich gibt es da nur einen Schuldigen, die Deutschen und ihre Verbündeten. Natürlich haben die Deutschen auch hier die Polen "überfallen". Natürlich wird nur die Zeit von 1939 bis 1945 berücksichtigt. Für den Papst gibt es nur "sechs furchtbare Jahre"; daß

noch 1946 und 1947 viele Millionen deutsche Menschen gequält, gepeinigt, unterdrückt, vertrieben und ermordet wurden, scheint ihm entgangen zu sein.

Nur mit Beklemmung kann man lesen: "Nach 1945 sind wir (der Papst und die Staatsmänner, an die er sich wendet) Zeugen und Teilnehmer an lobenswerten und erfolgreichen Anstrengungen geworden, um Europa in materieller wie geistiger Hinsicht wieder aufzubauen" (DT, S. 5).

Die Vertreibung und die damit verbundenen Verbrechen werden vom Papst mit einem Satz als "gewaltsame Umsiedlung von Volksgruppen" erwähnt, wobei man nicht einmal weiß, ob damit die fast 12 Millionen Deutschen, 6.944.000 aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches, 2.921.000 aus dem Sudetenland und der Tschechoslowakei und die anderen aus den übrigen Ländern gemeint sind (vgl. "Ostdeutschland", herausgegeben vom Ständigen Rat der Ostdeutschen Landsmannschaften ... Königswinter, 1982, S. 56).

Wenn der Papst gleichzeitig die Menschen einlädt "Vorurteile zu überwinden", weiß man eigentlich nicht, was dies bei seiner eigenen einseitigen Betrachtungsweise bedeuten soll. Mit Recht nennt der Papst "die organisierte Barbarei, die gegen das jüdische Volk gewütet hat" beim Namen. Der fürchterliche Antisemitismus in Polen bleibt unerwähnt.

Der "nucleare Holocaust von zwei japanischen Städten" wird nicht verschwiegen, der Holocaust der sich zu Hunderttausenden in Dresden drängenden Flüchtlinge, "als britische und amerikanische Bomber am 13. und 14. Februar 1945 ihre tödliche Fracht über der Stadt entladen und mehr als 250.000 Menschen töteten - soviel wie die Vereinigten Staaten insgesamt im Zweiten Weltkrieg verloren und mehr als der Atombombenangriff auf Hiroshima an Menschenleben kostete", (Wilfried Ahrens, Verbrechen an Deutschen, ... Arget, S. 14), wird nicht erwähnt.

Bei allem Respekt vor dem Amt des Papstes muß man doch feststellen: Diese Schwarz-Weiß-Malerei ist seines Amtes nicht würdig! Er liegt ganz offensichtlich immer noch auf der Linie des Hirtenschreibens der polnischen Bischöfe vom 10. Februar 1966 an die Gläubigen in Polen, wo sie ihre angebliche Versöhnungsbereitschaft mehr als relativierten. Wörtlich heißt es da: "Wir sagten: Wir bitten um Vergebung. Hat die polnische Nation einen Grund, unsere Nachbarn um Vergebung zu bitten? Sicherlich nicht." (O. Golombek, Die katholische Kirche und die Völkervertreibung, Köln 1966, S. 230-237.)

"Was sollen auf diesem Hintergrund Mahnungen und fromme Floskeln für die jeweils anderen? Ein Papst sollte eigentlich, ganz egal woher er kommt, über den Parteien stehen." Soweit Monsignore Lange.

10. Es hat schon sehr befremdet, daß der Papst den polnischen Insurgenten Korfanty, der mit seinen Banden mitten im Frieden in Oberschlesien Terrorangriffe mit brutalen Morden anzettelte, auf dem Annaberg wie einen Nationalheiligen feierte. Was indes bei einer großen Jugendkundgebung auf der Danziger Westernplatte zu hören war, erscheint wie das Zeichen eines völlig unabgeschwächten katholisch-polnischen Chauvinismus.

Man erinnere sich, daß auf der dem Danziger Hafen vorgelagerten Halbinsel Westernplatte provokativ von den Polen ein Munitionslager eingerichtet und schwer befestigt wurde. Dort beschloß zu Beginn des Krieges (1.9.1939) ein deutsches Kriegsschiff die polnischen Geschützstellungen. Die Polen wehrten sich tapfer, aber sinnlos.

Am 12. Juni 1987 nun wird hier dem Papst ein martialischer Empfang gegeben. Ein Kriegsschiff feuert 21 Schuß Salut, General Jaruzelski hatte Befehl gegeben ("als Oberbefehlshaber der Streitkräfte"), daß die Fahne gehißt wird und alle Kriegsschiffe ihre Sirene ertönen lassen. Und dann sagte der Papst der polnischen Jugend: "Auch jeder von euch, junge Freunde, findet in seinem Leben seine Westernplatte: Eine Dimension der Aufgaben, die er übernehmen muß, eine gerechte Sache, für die er kämpfen muß ..." (Die Welt vom 13.6.87).

In einer seltsam imperialen Geographie sprach er von der Ostsee als dem "polnischen Meer"

und vor dem Westernplatte-Ehrenmal mahnte er, "sich stets der Herausforderung dieses Symbols zu stellen".

Nun: drei Tage später, am 15. Juni 1987, wurde der Tender "Nekkar" der Bundesmarine bei der samländischen Küste, in der Höhe von Pillau, ohne jede Warnung von sechs Einheiten der polnischen Marine mit den verfügbaren Rohrwaffen (30 mm-Revolver-Kanonen und 76 mm-Geschütze) scharf an Bug und Heck beschossen. Acht Treffer zählte die Besatzung und über 200 Splitter-Einschläge. Es gab drei Verletzte. Nach allen Umständen fiel es schwer, an ein "Versehen", an einen "Zufall" zu glauben. Also auch heute noch, mit anheizend-patriotischen Reden möglicherweise Spiel mit dem Feuer!

11. Wir sind der Meinung, daß nur die volle ganze Wahrheit, ohne Verschweigen, Aufbauschen, Verharmlosen Grundlage einer Versöhnung sein kann. Auschwitz wird schon fast routinemäßig seit Jahrzehnten besucht und zwecks Anklage der Deutschen genutzt. Wie wäre es, wenn auch mal eines der polnischen KZs, z.B. Lamsdorf wo tausende Deutsche umgebracht wurden, nur weil sie Deutsche waren, eine viel und regelmäßig von Polen besuchte Stätte des Gedenkens und der Erschütterung über soviel kriminelle Energie eines doch frommen Volkes würde?

Am 22. April 1947 richteten die bayerischen Bischöfe einen Aufruf "an alle, welche die natürlichen, gottgegebenen Menschenrechte heilig halten wollen." Darin heißt es: "Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten Amerikas haben in dem Rundschreiben vom 17. November 1946 mit Recht betont:

"Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand. Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.

Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit am Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte. Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es um eine andere Regierung sich handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen."

In Anwendung dieser Grundsätze auf das Flüchtlingselend sagen die Bischöfe Amerikas mit großem Ernst: "In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte noch nicht kannte. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von deutschen Menschen, die seit Jahrhunderten in Osteuropa ansässig waren, von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos ins Herz Deutschlands gestoßen. Die Leiden dieser Menschen auf ihren harten Wanderwegen, ihre Heimatlosigkeit und Hoffnungslosigkeit erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher Vertreibung.

Wäre bei den Besprechungen der Sieger die rechte Wertung von menschlicher Würde vorherrschend gewesen, so würde man sicher ein anderes Abkommen gefunden haben, um diese Bevölkerung in menschenwürdiger Weise umzusiedeln. Wir rühmen uns unserer Demokratie. Aber bei diesen Menschenverschiebungen haben wir uns, ohne es zu merken, in das Schlepptau der grausamen Theorien einer herzlosen totalen Staatsauffassung zerren lassen ..."

12. Die überaus gerechtdenkende, faire, auf naturrechtlichen Prinzipien aufgebaute Polenpolitik des Zentrums, repräsentiert von Prälat Kaas, über die hier Prof. May berichtet, hat also - nach wie vor - exemplarische Bedeutung. Sie könnte, in Kirche und Politik, bewahren vor wirklichkeits- und wahrheitsenthobenem, einseitigem oder gar interessiertem Moralismus, vor Leicht- und Gutgläubigkeit aus Ignoranz und falschem "schlechtem Gewissen", aber auch vor

mangelnder Unterscheidung zwischen Tätern, Ideologen und Opfern.

Weder Polen-Euphorie noch abschätzig Gleichgültigkeit sind angemessen. Aber auch nicht jene polnische Naivität, die meint, alle Welt müsse jetzt Milliarden schenken, weil Polen angeblich am meisten gelitten habe. Die genannten Zahlen sind oft Phantasie-(symbolische) Zahlen, nicht selten von Stalin übernommen. Auch wird die Eigenverantwortung für den Bankrott der "polnischen Wirtschaft", trotz verschleuderter Milliarden, nicht zurückgezahlter Schulden und Zinsen, übersehen. Uns allen ziemt immer erneute Selbstreinigung und faires wechselseitiges Gelten lassen.

Kaas war kein einseitig nach Westen blickender Politiker; er beobachtete auch den Osten. Allerdings war der Fachmann für Fragen des deutschen Ostens, vor allem Oberschlesiens, in der Zentrumsfraktion Karl Ullitzkal. Bei ihm lag die Ostpolitik in guten Händen. Dennoch hat sich auch Kaas deutlich dazu geäußert und einen eigenen Beitrag geleistet. ...<<

Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.

Während dieser Demonstration am 4. November 1989 hielten bekannte Persönlichkeiten auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz leidenschaftliche Ansprachen (x298/242): >>... (Stefan Heym, Schriftsteller:) Liebe Freunde, Mitbürger, es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen. Den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit. Welche Wandlung! (Klatschen)

Vor noch nicht 4 Wochen die schön gezimmerte Tribüne hier um die Ecke mit dem Vorbeimarsch, den Bestellten vor den Erhabenen! (Applaus)

Und heute – heute Ihr, die Ihr Euch aus eigenem freien Willen versammelt habt, für Freiheit und Demokratie und für einen Sozialismus, der des Namens wert ist. ...

Einer schrieb mir, und der Mann hat recht, wir haben in den letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind jetzt dabei, den aufrechten Gang zu erlernen. (Applaus)

Und das, Freunde in Deutschland, wo bisher sämtliche Revolutionen danebengegangen waren. Und wo die Leute immer gekuscht haben. Unter dem Kaiser. Unter den Nazis. Und später auch. (Starker Applaus)

Aber sprechen, frei sprechen, gehen, aufrecht gehen – das ist nicht genug. Laßt uns auch lernen zu regieren. (Applaus)

Die Macht gehört nicht in die Hände eines einzelnen, oder ein paar weniger oder eines Apparates oder einer Partei. (Starker Applaus)

(Christa Wolf, Schriftstellerin:) Zu Huldigungsvorbeizügen ... werden wir keine Zeit mehr haben. (Starker Applaus)

Dies ist eine Demo, genehmigt, gewaltlos. Wenn sie so bleibt bis zum Schluß, wissen wir wieder mehr über das, was wir können. Und darauf bestehen wir dann. (Starker Applaus)

Ein Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei. (Zurufe, Klatschen, starker Applaus)

Alles nicht von mir. Das ist literarisches Volksvermögen. Unglaubliche Wandlung. Das Staatsvolk der DDR geht auf die Straße, um sich als Volk zu erkennen. Und dies ist für mich der wichtigste Satz dieser letzten Wochen – der tausendfache Ruf: Wir sind das Volk! (Starker Applaus)

Eine schlichte Feststellung, und die wollen wir nicht vergessen. (Applaus)

(Steffie Spira, Schauspielerin:) Ich wünsche mir für meine Enkel, daß sie aufwachsen ohne Fahnenappell, ohne Staatsbürgerkunde, und das keine Blauhemden mit Fackeln an den hohen Leuten vorbeigehen. (Starker Applaus)

Ich habe noch einen Vorschlag: Aus Wandlitz (Waldsiedlung der führenden SED-Politbüro-mitglieder) machen wir ein Altersheim! (Starker Applaus)

Die über 60- bis 65jährigen können jetzt schon dort wohnen bleiben, wenn sie das tun, was ich jetzt tue – Abtreten! (Starker, langanhaltender Applaus) ...<<

Die SED-Führung (Egon Krenz) verkündete am 9. November 1989 die Grenzöffnung nach Westdeutschland und West-Berlin.

Ein Journalist berichtete damals über die Nacht vom 9./10. November 1989 in Berlin (x303/170): >>Bald wird die Grenze geöffnet. Das passiert kurz nach Mitternacht. Die ersten DDR'ler kommen zu Fuß, viele sind verwirrt, sagen: "Hoffentlich kann ich auch wieder zurück ..."

Durch ein Gatter drängen sie in den Westen, bejubelt von der wartenden Menge. Sie werden umarmt und mit Sekt übergossen. ...

Wir versuchen zum Brandenburger Tor zu kommen. Es ist etwa 3 Uhr (nachts). Das Tor ist grell erleuchtet – von den Scheinwerfern der TV-Teams.

Auf der Mauer stehen die Leute dicht an dicht. "Das Geilste von allem war", schreit jemand, "wie wir vorhin durchs Brandenburger Tor jeloofen sind – ick hab det Ding sogar anjefaßt". ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den Zusammenbruch der DDR und die friedliche deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1990 (x283/246-248): >>... Als der wachsende Schuldenberg die Aussicht auf den Staatsbankrott für 1991 erkennen ließ, bot der Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski am 6. November 1989 der Bundesregierung an, für eine weitere Zusage von 12 bis 13 Milliarden D-Mark die Berliner Mauer zu öffnen. Dies wurde verweigert. Drei Tage später fiel die Mauer ohne einen weiteren Heller Bruderhilfe. ...

Die wachsende Verschuldung der DDR führt zu der Frage, ob das System ohne die wiederholten Kredite vom Klassenfeind nicht schon vorher zusammengebrochen wäre.

Umgekehrt wüßte man gern, was den Arbeiter- und Bauernstaat hätte retten können. Da ist guter Rat teuer. ... Jede Reform hätte das System weiter unterhöhlt. Je mehr Freiheiten gewährt worden wären, desto mehr wären gefordert worden. Was immer das Regime tat, war falsch, weil es selbst falsch war, so falsch wie die Wahlergebnisse, auf die es sich stützte. Als dann Gorbatschow Glasnost und Perestroika ausrief und der gesamte sozialistische Ostblock ins Wanken geriet, entfiel auch die Existenzgrundlage für den SED-Staat.

Unklar bis zuletzt blieb, ob das Regime kampfflos abtreten würde. ... Höhepunkt der Spannung war die Montagsdemonstration um die Leipziger Nikolaikirche am 9. Oktober 1989. 8.000 Soldaten der Nationalen Volksarmee hatten die Altstadt umstellt. Für die Krankenhäuser waren Sonderschichten angeordnet, die Blutkonserven aufgestockt, die Kühlräume der Schlachthäuser für die erwarteten Leichen freigeräumt. Das "Neue Deutschland" hatte das Vorgehen der chinesischen Ordnungskräfte gegen die Konterrevolutionäre auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit seinen Aberhunderten von Toten beifällig kommentiert. War in Leipzig nicht ein Gleiches zu erwarten?

... Das Blutbad an der Nikolaikirche unterblieb. Was hätte es auch genützt? Den Bruch mit Bonn und eine Verzögerung des Endes mit sinnlosen Opfern! Deren gab es doch wahrlich schon genug. Moskau hatte den Herren vom Staatsrat die militärische Unterstützung entzogen. Tief enttäuscht waren sie nun klug genug, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen. Sie gaben zwar nicht freiwillig, aber kampfflos auf, was auch gewaltsam nicht auf Dauer zu halten gewesen wäre. Durch das, was damals nicht geschah, war Leipzig eine Sternstunde. ...<<

Ein 16jähriges Mädchen aus Thüringen berichtete am 10. November 1989 über ihre ersten Eindrücke im Westen (x303/170): >>Am Tag vor unserer (ersten) Fahrt in den Westen war ich so aufgeregt wie selten. Allerdings muß ich zugeben, daß ich alles sehr materialistisch sah. Die gewonnenen Freiheiten waren mir so ziemlich egal. Ich freute mich nur auf das Schlaraffenland.

Für mich stand nicht einmal außer Frage, daß sich der reiche Westen um uns kümmern würde.

Vielleicht würde ich ja jeden Tag Apfelsinen bekommen oder die herrlichen Süßigkeiten aus der Werbung? ...

In einer kleinen Stadt machten wir Rast. Zum ersten Mal in meinem Leben sah ich westdeutsche Geschäfte und Schaufensterauslagen. Aber was ich sah, übertraf meine kühnsten Träume! Konnte das Wirklichkeit sein?

Vor Staunen bekam ich meinen Mund schon nicht mehr zu. Alle Geschäfte hatten geschlossen, sonst hätte ich garantiert mein ganzes Geld dort ausgegeben. ...<<

Die Bürgerbewegung "Neues Forum" erklärte am 12. November 1989 (x303/171): >>... Eure spontanen und furchtlosen Willensbekundungen im ganzen Land haben eine friedliche Demonstration in Gang gesetzt ... und die Mauer durchbrochen.

Auf diesen Tag haben wir fast 30 Jahre gewartet! Mauerkrank haben wir an den Gitterstäben des Käfigs gerüttelt. Die Jugend wuchs in dem Traum auf, einst frei zu werden und die Welt zu erfahren. Dieser Traum wird jetzt erfüllbar sein: Es ist ein Festtag. ...

Fordert die Erfüllung der politischen Reformen. ... Verlangt freie Wahlen für eine echte Volksvertretung ohne vorgeschriebene Führungsrolle, verlangt ein Verfassungsgericht, verlangt die Freiheit des Wortes und der Presse, eine Justizreform, eine Bildungsreform, unabhängige Gewerkschaften.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (46/1989) berichtete am 13. November 1989 über das Ende der DDR: >>**Eine friedliche Revolution**

Berlin als freie Stadt: Kurz nachdem die neue SED-Führung ihren Bürgern panikartig nach 28 Jahren Reisefreiheit gewährte, überrannten Bürger aus Ost und West die Beton- und Sperranlagen - die zweite Niederlage für Parteichef Egon Krenz nach Problemen mit seinen Personalvorstellungen, aber ein Gewinn für die Deutschen.

Heiligabend und Sylvester fielen in Berlin in diesem Jahr auf den Abend des 9. November: Vor allem in Ost-Berlin lagen sich am späten Donnerstagabend einander fremde Menschen in den Armen, lachten und jubelten mit glücklichen Gesichtern. In Häusern und auf den Straßen knallten Sektkorken, am Nachthimmel gingen Leuchtraketen und Böller los. Nur Christbaum und Lametta fehlten.

Auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor, dem Symbol der jetzt 40 Jahre währenden deutschen Trennung, tanzten West-Berliner und sangen sekt- wie bierselig "So ein Tag, so wunderschön wie heute".

Dabei war es Nacht, Mitternacht zwischen dem 9. und 10. November, einem historischen Datum, wie Politiker schnell erklärten und die Berliner ehrlich empfanden.

Der Schlagbaum am Sektorenübergang Bornholmer Straße stand im gleißenden Scheinwerferlicht des Westfernsehens viele Stunden offen. Unkontrolliert ergoß sich dort wie an den anderen, bis dahin verbarrikadierten Übergängen ein Strom von Ost-Berlinern, viele Freudentränen weinend, in den Westteil ihrer Stadt - am Kontrollpunkt Oberbaumbrücke über einen roten Teppich, den Westler zur Begrüßung ihrer ersten seltenen Gäste ausgerollt hatten.

Selbst in anderer Richtung ein Menschengewoge - Wessies, die unkontrolliert in den Osten schwappten, zu Freudenfesten bei Freunden oder Unbekannten mit mitgebrachtem Henkell trocken oder vor Ort ausgeschenktem Rotkäppchen-Sekt.

Die neue Freiheit wuchs den Deutschen gänzlich überraschend binnen einer Woche zu, nachdem SED-Chef Egon Krenz eben noch ein umständliches Reisegenehmigungsrecht angekündigt hatte. 28 Jahre plus knapp drei Monate war Berlin mit Mauern und Sperranlagen geteilt, 40 Jahre lang die Nation als Ergebnis der Hitlerschen Expansionskatastrophe getrennt.

Selbst die kühnsten politischen Propheten hätten die Mauer allenfalls durchlässig gesehen am Ende eines visionären Zeitraums, in dem die seit Jahrzehnten in Kaltem Krieg und Blockdenken erstarrten Hälften West- und Osteuropa in ein "gemeinsames Haus" einziehen sollten, wie es der sowjetische Reformator Michail Gorbatschow entwarf. Schon in der fünften Woche

nach einer pompös zelebrierten 40-Jahr-Feier, bei der bestellte Jubler vor den Tribünen "der Erhabenen" - so der SED-Kritiker Stefan Heym - defilieren mußten, war die Erstarrung im deutschen Zweitstaat dahin.

Erstmals in der jüngeren deutschen Geschichte, dies der unglaublichste Aspekt in einem historischen Monatszeitraum, siegt das Volk gegen die Herrschenden, zwingt ihnen seinen Willen auf - ohne Gewalt, bloß willentlich.

Und erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte scheint, beim Tempo der in Ost-Berlin dahinfliegenden Prozesse, eine Wiedervereinigung denkbar und nicht, wie bisher, bloß utopisch. Tausende von Verbrüderungsszenen zwischen strahlenden oder tränenüberströmten, glücklichen oder angeheiterten Deutschen aus Ost und West stellten Erstaunliches unter Beweis: Eine Nation, deren Größenwahn Europa an den Abgrund gebracht hatte und die nach der Niederlage von den Siegern gezielt und vermeintlich dauerhaft zerteilt worden war, hat sich über das Zeitalter fast zweier Generationen hinweg ein offenbar dauerhaftes Zusammengehörigkeitsgefühl erhalten.

Am Abend des 9. November wurde für den Architekten der Bonner Ostpolitik, Egon Bahr, "ein Traum wahr". Und er rannte zu seinem damaligen Kanzler Willy Brandt: "Es bedurfte keiner Worte. Die Wirklichkeit war über unsere Phantasie hinausgegangen."

Die neue Freizügigkeit in Ost-West-Richtung war, wie so manches in den letzten Wochen, auf leisen Sohlen dahergekommen, ohne Fanfarenstöße, Flaggenruß oder förmliche Vertragswerke.

Um 18.57 Uhr hatte Günter Schabowski, gerade erst ernannter Informationssekretär des SED-Zentralkomitees und Mitglied des einst allmächtigen Politbüros, auf einer im Fernsehen live übertragenen Pressekonferenz mitgeteilt, ab sofort könnten die DDR-Bürger problemlos in den Westen reisen, ohne Verwandte, ohne Anlaß, nur so nach Lust und Laune. Die Behörden seien angewiesen, Paß und Visum schnell und unbürokratisch auszustellen.

Es dauerte drei Stunden, bis die aus Erfahrung stets mißtrauischen DDR-Bürger die Nachricht wirklich glaubten.

Gegen 22 Uhr wuchsen an den Berliner Grenzübergängen dichte Mensentrauben. Die Leute streckten ihre Personalausweise durch die Eisengitter und forderten die Wachposten auf, sie durchzulassen - ab in den Westen.

Die Grenzer blieben zunächst stur. Jeder, so belehrten sie die Menge, müsse sich zunächst bei der Volkspolizei ein Visum besorgen, sonst gehe hier nichts. Doch die Menschen blieben und warteten. Die Menge wuchs, in Windeseile verbreitete sich auch außerhalb der DDR-Metropole die Kunde, die Grenze werde aufgemacht.

Dann geriet die Lage, wie so manches in den vergangenen Wochen, der SED außer Kontrolle. Plötzlich war die Grenze offen - für alle. Hunderte stürmten, nach flüchtiger Kontrolle ihrer Ausweise durchs uniformierte Personal, hinüber. Vor den Übergängen Heinrich-Heine-Straße, Bornholmer Straße und Invalidenstraße bildeten sich lange Trabi-Schlangen. Die Insassen warteten geduldig, lachten und weinten oder sangen.

Auch der Deutsche Bundestag zu Bonn würdigte das Ereignis mit Tränen und Gesang. Als Karl-Heinz Spilker (CSU), statt seine Rede zum Vereinsförderungsgesetz zu beginnen, die Meldung verlas: "Ab sofort können DDR-Bürger direkt über alle Grenzstellen zwischen der DDR und der Bundesrepublik ausreisen", klatschten die Abgeordneten minutenlang.

Dann füllte sich der Saal. CDU-Kanzleramtschef Rudolf Seiters und die Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger (CDU/CSU), Wolfgang Mischnick (FDP) und Hans-Jochen Vogel (SPD), die im Kanzleramt über den massiven Zustrom von Übersiedlern aus der DDR via CSSR beraten hatten, eilten ins Plenum und würdigten in knappen Erklärungen den Ost-Berliner Reisebeschluß.

Der Grüne Hubert Kleinert - seine Fraktion war wie üblich von der Runde im Kanzleramt

ausgeschlossen - erlebte eine "eigenartige Situation: Alle sagten irgendwie nur Richtiges". Eine Seltenheit im Bonner Parlament: Grüne applaudierten CDU-Dregger, Unionschristen dem Grünen Helmut Lippelt.

Dann stimmten drei Abgeordnete von den Hinterbänken der CDU/CSU-Fraktion spontan das Deutschlandlied an - Hermann Josef Unland, 60, aus Bocholt, der Schwabe Franz Sauter, 61, und Ernst Hinsken, 46, Bäckermeister aus dem niederbayerischen Haibach.

Bald fielen alle Parlamentarier der Altparteien ein und erhoben sich von ihren Stühlen; selbst die Grünen fühlten sich berührt. Kleinert stieß seinen Nachbarn an und seufzte: "Um Gottes willen, jetzt auch das noch." Aber den Saal verlassen wie sonst bei nationalen Gefühlsausbrüchen mochten die Grünen nicht: Sie standen auf und schwiegen, bloß Antje Vollmer fand es "schrecklich".

Und nachdem Annemarie Renger ("Es fällt mir schwer") auf Antrag des SPD-Geschäftsführers Gerhard Jahn unter allgemeinem Beifall die Sitzung beendet hatte, verließ ein emotionsbeladener Willy Brandt den Bundestag, weinend, gestützt von der SPD-Kollegin Liesel Hartenstein, die selbst mit den Tränen kämpfte.

Erst weit nach Mitternacht, gegen vier Uhr in der Früh, greifen am Brandenburger Tor DDR-Grenzer mit Wasserschläuchen und Lautsprechern ein, drängen die Mauerspringer in den Westen zurück, bilden einen dreifachen Kordon, um das Symbol der deutschen Einheit abzuriegeln und die Mauer davor für den am 13. August 1961 vorgesehenen Verwendungszweck zu retten.

Irgendwann weit nach Mitternacht sind die Grenzanlagen, vor Stunden noch intimste Sperrzone des SED-Staates, überflutet von Ost-Bürgern. Jeder Wartburg und jeder Trabi, der durch die Betonsperren kurvt, wird mit Beifall begrüßt. Auf Barrieren brennen Kerzen.

Die Grenzer, gestern noch ganz abweisende Hüter des realen Sozialismus, bekommen von den Nachtschwärmern Blumen. Und sie schauen dem Treiben freundlich zu. "Die kommen alle wieder", sagt einer, und der Stolz in seiner Stimme ist nicht zu überhören.

Und sie kommen wieder. Gegen zwei in der Nacht kehren die ersten heim, vom ersten Kudamm-Bummel ihres Lebens, vom schnellen Bier bei Bekannten jenseits der Mauer. Manche nutzen den Abstecher auch nur, um von West-Berlin in die Bundesrepublik zu telefonieren - seit die Flüchtlingswelle immer höher in die Bundesrepublik schwappt, sind deutsch-deutsche Ferngespräche auf den wenigen, total überlasteten Leitungen ein Glücksspiel.

Deutschland im Herbst. In West-Berlin kriegen die Kinder am Freitag schulfrei, im Bundesrat erklärt dessen neuer Präsident, Berlins regierender Bürgermeister Walter Momper, das deutsche Volk wegen der Erlebnisse nachts zuvor zum "glücklichsten Volk der Welt".

Theater, Oper und Fußballvereine in West-Berlin bieten den Ost-Bürgern freien Eintritt, die westlichen Konsumtempel richten eilends Wechselstuben zur Annahme von Ostgeld ein. Die Glocken der Gedächtniskirche läuten.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker spricht, zu Recht, von einem "tiefen historischen Einschnitt in die Nachkriegsgeschichte", und Kanzler Helmut Kohl, der zuvor, kein Fettnäpfchen mißachtend, eine Pannenreise nach Polen begonnen hatte, bricht den Besuch in Warschau ab mit dem historischen Satz auf den Lippen: "Mein Platz augenblicklich ist in Bonn." Danach fliegt er über Hamburg nach West-Berlin.

Das Wunder hat das Volk der DDR bewirkt - ohne Waffen und ohne Gewalt. Und es trat, angeschubst von Michail Gorbatschows Perestroika und angefeuert durch den Abbau des Eisernen Vorhangs in Ungarn, eine Lawine los: Die Führung von Staat und Staatspartei findet sich in einem atemraubend schnellen Auflösungsprozeß. Der neue Staats- und Parteichef Egon Krenz ist auf panischer Flucht nach vorn.

Mehr als eine halbe Million Menschen waren in der größten Demo aller DDR-Zeiten am vorletzten Samstag durch Ost-Berlin gezogen, knapp 500.000 waren es zwei Tage später beim

montäglichen Umzug um die Leipziger Innenstadt, 60.000 zur gleichen Stunde in Halle, 50.000 in Karl-Marx-Stadt, mehr als 10.000 in Cottbus, 25.000 in Schwerin. Das SED-Zentralblatt Neues Deutschland meldet die täglichen Demo-Fakten wie die Wasserstände: mehrere 10.000 am Donnerstagabend in Gera, rund 80.000 auf dem Erfurter Domplatz. Und ... und ... und ...

"Die Straße ist die Tribüne des Volkes", sagte die Schauspielerin Marion van de Kamp beim historischen Meeting auf dem Alex; das Volk hat es begriffen und probt mit Lust seine neue Kraft. Selbst auf dem bisher von nichts als Friedhofsruhe beseelten platten Land treibt es die Menschen in Scharen aus den Häusern und lehrt die an Duckmäuserei und furchtsames Kuscheln gewohnte Staatspartei SED das Fürchten: "Wir sind das Volk."

Es zeigt sich auf der Siegerstraße. Es hat die Herrschenden satt.

Mit einem dramatischen Appell beschwor der DDR-Ministerrat bei seinem Rücktritt am Dienstag "die Bürger unseres Landes, in dieser politisch und ökonomisch ernstesten Situation alle Kräfte dafür einzusetzen, daß alle für das Volk, die Gesellschaft und die Wirtschaft lebensnotwendigen Funktionen aufrechterhalten werden" - als stünde der Generalstreik unmittelbar bevor.

Schon am Freitag davor, am Vorabend der Großdemo auf dem Alex, hatte Krenz die Bürger seines Landes zur "Besonnenheit" aufgefordert und massenhaft Polizisten mit Barrikaden alle Verkehrswege zur Mauer abriegeln lassen - als stünde vom Osten aus ein Gewalt-Marsch auf die Mauer bevor.

Die Führung weiß nicht mehr, was das Volk denkt; das Tremolo (das Zittern) der Herrschenden war überflüssig. Die ostdeutsche Revolution von unten vollzieht sich sanft, ohne Gewehrläufe und ohne Sturm auf die Bastille. Das Volk denkt - noch - nicht an Streik und Aufstand, es verläßt sich - noch - allein auf die Wucht seiner friedlichen Masse.

Mitbewirkt hat das, paradox, der Egon Krenz, der - wie sich allmählich in der DDR herumpricht - am 9. Oktober auf den Straßen Leipzigs ein Blutbad verhindert hatte. Polizeistaffeln und Betriebskampfgruppen standen damals bereit; sie hatten schon in der Woche zuvor die erste Probe der Gewalt abgelegt, als sie mit Knüppeln, Schilden und Wasserwerfern auf jene Mitbürger losgegangen waren, die im Dresdner Hauptbahnhof auf die aus Prag kommenden Flüchtlingszüge aufspringen wollten:

Widerspenstige wurden niedergeschlagen, ein Polizeiwagen verbrannte, Wasserwerfer zielten auf Steineschmeißer. Bei einer Solidaritätsdemo von SED-Mitgliedern vor dem ZK behauptete ein Feuerwehrmann, die Nationale Volksarmee habe in Leipzig einen von Krenz-Vorgänger Erich Honecker unterzeichneten "Einsatzbefehl" gehabt.

Stimmt das Gerücht, hat Krenz mit seiner Weisung, die Leipziger Demo friedlich laufen zu lassen, einen Bürgerkrieg verhindert und die Ablösung des kranken Honecker erreicht. Aber der Honecker-Lehrling wird nun, da er in dessen Amt sitzt, der Geister, die er damit rief, nicht froh.

Vor dem Zentralkomitee seiner SED räumte er am letzten Mittwoch ein: "Eine Volksbewegung ist entstanden und drückt sich in vielen Formen aus: in selbstbewußten Demonstrationen wie im vielstimmigen Dialog. Diese Volksbewegung hat den Prozeß der Überprüfung und der Veränderung ausgelöst."

Die Krenz-Schmeichelei konnte das Volk im Parteiorgan Neues Deutschland nachlesen. Was der Wende-Sekretär wirklich über die Demonstranten denkt, erfuhren nur ausgewählte Kader. Die Kundgebung rund um den Alex, so Krenz in einem Fernschreiben an die Kreissekretäre der SED, habe deutlich gemacht, daß es in unserem Lande auch falsche Töne gibt, Töne gegen die führende Rolle der Partei, die sozialistische Staatsmacht und die Staatssicherheit ... Negiert wurde auch die Tatsache, daß wir das Neue nur auf dem Fundament des in 40 Jahren Geschaffenen erbauen können.

Krenzens bedauerndes Fazit:

Es gab zu dieser Kundgebung keine Alternative, wenn wir dem Grundsatz treu bleiben, daß in unserem Lande vor sich gehende Prozesse nur mit politischen Mitteln zu lösen sind.

Mit verzweifelten Kraftakten versuchte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der vergangenen Woche, sich vom Haltegriff am letzten Wagen des ostdeutschen Reformzuges, an den sich die SED-Führung seit Wochen klammert, weiter nach vorn zur Lok zu hangeln.

Am Dienstag trat die Ost-Berliner Regierung geschlossen zurück. Einen Tag später feuerte das Zentralkomitee der Partei die Alten geschlossen aus dem Politbüro.

Und in einem "Aktionsprogramm" gelobte die Parteiführung für ewige Zeiten die Wandlung ihrer SED vom realsozialistischen Saulus zum demokratischen Paulus: Pressefreiheit soll es künftig geben im ehemaligen Arbeiter- und Bauernparadies und das Recht aller, sich "zur Verwirklichung ihrer Interessen" (Krenz) zu vereinen; neue Bürgerbewegungen sollen zugelassen und das politische Strafrecht eingeeengt werden; einen zivilen Ersatzdienst gibt es und ein Gesetz, das die Arbeit der Staatssicherheit regelt und einschränkt.

Die "höchsten Repräsentanten unserer Staatsmacht", vom Staatsratsvorsitzenden über den Volkskammerpräsidenten bis zum Ministerpräsidenten, sollen nur noch maximal zwei Wahlperioden amtiert, und bestimmt werden sollen sie nach einem Gesetz, das - erstmals in der Geschichte des deutschen Oststaates - "eine freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahl gewährleistet" (Krenz).

In die rechte einheitssozialistische Bahn zurücklenken will Krenz das ihm außer Kontrolle geratene Volk vor allem durch weniger Personal und mit ein paar neuen Köpfen. Das ZK feuerte auf seiner 10. Plenartagung am Mittwoch nicht nur die alte Garde der Starrsinnigen von Hermann Axen über Erich Mielke bis Horst Sindermann, es verkleinerte die Schaltzentrale der Parteimacht, das Politbüro, von 21 auf 11 Genossen.

Das Revirement überzeugte nicht einmal die eigene Basis. Die hat sich auf die Seite des Volkes geschlagen.

"Wir sind die Partei", skandierten Tausende Genossen am letzten Mittwoch bei einer eigentlich zum Jubeln einbestellten Demo vor dem ZK-Gebäude am Werderschen Markt. Einer nannte die Wahl des neuen Politbüros eine "Fehlentscheidung", ein anderer forderte unter Beifall "Konsequenzen bis zum Ausschluß" für all jene, die die gegenwärtige Lage zu verantworten haben.

Zwei Tage darauf war die Forderung - teilweise - erfüllt: Das ZK feuerte die bis 18. Oktober amtierenden Politbüromitglieder Günter Mittag und Joachim Herrmann aus seinen Reihen; "wegen gröblicher Verstöße" soll eine Kontrollkommission gegen Mittag "und weitere Genossen, die gegen das Statut der Partei verstoßen haben", ermitteln. DDR-Generalstaatsanwalt Günter Wendland forderte, die Volkskammer solle in einem Untersuchungsausschuß Fälle von Korruption und Funktionsmißbrauch aufklären. Jammernde Selbstkritik übte der bisherige Chefideologe Kurt Hager, 77, weil er sich "vom tatsächlichen Leben entfernt" habe.

Der stellvertretende Staatssicherheitsminister Rudi Mittig beeilte sich, das Demonstrantenverlangen "Stasi in den Tagebau" zu erfüllen; 1.200 Berufsschnüffler werden zum Braunkohle-Abbau zwangsversetzt.

Selbst die heiligste Kuh des SED-Staates wurde öffentlich zur Notschlachtung freigegeben. "Niemand hat ein Monopol auf Wahrheit", hallte es über den Werderschen Markt. Die Auszählung der Kommunalwahlergebnisse vom 7. Mai nannten selbst die versammelten Genossen von der Basis unumwunden "Wahlbetrug", für den die Parteiführung "verantwortlich" zeichne.

Und ein Lehrer ("Ich kann nach dieser Manifestation meinen Schülern wieder offen ins Gesicht sehen") verlangte unter Pfiffen und Beifall, den zur Staatsräson erhobenen Führungsanspruch der "marxistisch-leninistischen Partei" aus der Verfassung der DDR zu streichen: "Die

führende Rolle müssen wir erkämpfen, oder wollen wir sie vor dem Verfassungsgericht einklagen?"

Wie die SED derzeit führt, ist am Durcheinander in Ost-Berlin und an schrillen Dissonanzen zwischen der Zentrale und der Provinz zu erkennen: Die Basis hält vom runderneuten Politbüro rein gar nichts. Wenige Stunden nachdem das ZK den Parteichef des Bezirks Halle, Hans-Joachim Böhme, erneut ins Politbüro gewählt hatte (mit 91 gegen 66 Stimmen), entzogen ihm die Genossen in Halle das Vertrauen als Bezirksleiter. Sie verübelten ihrem Böhme - unter anderem -, daß der sich bei der Hallenser Demo aus Angst vor den 60.000 auf der Straße zunächst in die örtliche Stasi-Dependance verkrochen hatte. Das ZK kippte ihn wieder aus dem Politbüro. Da waren's nur noch zehn.

Sein Kollege in Cottbus, Werner Walde, vom ZK gerade als Kandidat des Politbüros bestätigt, warf daheim von sich aus das Handtuch, um einer Abwahl zuvorzukommen. Und die SED-Leitung des Parteibezirks Neubrandenburg forderte anderntags das ZK erfolgreich auf, die Wahl ihres Chefs Johannes Chemnitzer zum Kandidaten des Politbüros und zum neuen ZK-Sekretär für Landwirtschaft rückgängig zu machen.

Der bisherige Ost-Berliner Bezirkssekretär Günter Schabowski, als neuer ZK-Sekretär für Informationswesen und Medienpolitik (bisher Agitation und Propaganda) eine der Säulen der Krenz-Riege, mußte sich auf einer Pressekonferenz von DDR-Journalisten verhöhnen lassen, woher er denn das Recht nehme, künftig den "Schirmherrn der ostdeutschen Medien" zu spielen. Er habe doch als langjähriger Chefredakteur des Neuen Deutschland seinen Teil dazu getan, das Ost-Volk zu verdummen.

Der Genosse "Schabbi" (SED-Jargon) wehrte sich dialektisch: Einerseits sei er Subjekt der alten Politik gewesen und insoweit natürlich schuldig, andererseits aber auch von höheren Subjekten abhängiges Objekt und insoweit entlastet.

Einen neuen SED-Staat kann der Generalsekretär mit seiner Crew in der Tat nicht machen. Drei Anwärter aus seiner Vorschlagsliste ließ das ZK-Plenum gleich durchfallen. Sechs aus dem Zehnerklub gehörten schon zu Honeckers Stamm-Mannschaft, und von den restlichen vier ist zumindest einer fürs Ansehen beim Volk die falsche Wahl:

Wolfgang Herger, bislang Leiter der Abteilung Sicherheit im ZK-Apparat, rückte als Nachfolger von Egon Krenz zum Parteaufseher über die Staatssicherheit auf. Herger ist, wie Krenz, mitverantwortlich für die brutalen Übergriffe von Stasi und Vopo gegen Demonstranten bei den Kundgebungen rund um den 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober; damals war Krenz noch nicht, wie dann in Leipzig, zum Friedensengel mutiert.

Das wichtigste Ressort im Politbüro besetzte Egon Krenz mit einem Genossen, dessen Name nicht einmal den Fachleuten in Deutsch-Ost geläufig ist: Der Diplom-Ökonom Wolfgang Rauchfuß, seit 1974 unauffälliger Minister für Materialwirtschaft und bislang einer von acht stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, soll als Nachfolger Günter Mittag die kollabierende DDR-Wirtschaft retten - ein Himmelfahrtskommando, das renommierte Experten aus der Riege der Kombinatdirektoren dankend abgelehnt hatten.

Pluspunkte beim Volk sammelte Krenz allenfalls mit zwei seiner Debütanten: An die Stelle des reaktionären SED-Kulturpapstes Kurt Hager holte er den stellvertretenden Kulturminister Klaus Höpcke, 55, in die Parteizentrale - ein geschickter Schachzug, um das besonders unruhige Künstlervolk des SED-Staates zu besänftigen.

Höpcke hat bei Schriftstellern und Rockern, bei Komponisten, Filmemachern und Malern einen Stein im Brett, seit er im vergangenen März im Pen-Zentrum der DDR eine Protestresolution gegen die Verfolgung des tschechischen Dramatikers und Menschenrechtlers Vaclav Havel durch die regierenden Kommunisten seines Heimatlandes unterstützt hatte. Die tapfere Geste kostete ihn fast die politische Karriere. Die pikierten Prager Genossen forderten seine Entfernung. Die Drohung prominenter Kulturschaffender, auch sie würden dann ihre Ämter

schmeißen, rettete ihn.

Das einfache Volk setzt Hoffnung, so sie diese der SED-Führung überhaupt noch gutbringt, nur auf einen: den bisherigen Dresdner SED-Statthalter Hans Modrow. Der 61jährige, den das ZK mit einer Gegenstimme ins Politbüro wählte, soll Willi Stoph auf der Sitzung der Volkskammer am Montag dieser Woche als Ministerpräsident beerben.

Ob Egon Krenz an Modrows Wahl viel Freude hat, steht dahin. Denn der SED-Star aus der Provinz, den Erich Honecker 1973 in den Südwinkel seiner Republik verbannte, weil er den renitenten und widerspruchsfreudigen damaligen Leiter der ZK-Abteilung für Agitation nicht ausstehen konnte, hat durchaus eigene Vorstellungen von seiner Zukunft und der seiner SED. Etwa davon, wie das Amt des Regierungschefs zu führen sei.

In der Vergangenheit, so der Ausgangspunkt seiner Konzeption, habe die SED den schweren Fehler gemacht, alles selbst entscheiden zu wollen, und sich damit auch politisch für alles verantwortlich gemacht. Dem könne die Partei künftig nur entgehen, wenn sie die Position der Regierung stärke und nicht länger wie bisher in die einzelnen Ministerien hineinregiere.

Soweit folgt ihm wohl der Genosse Krenz. Auch der will die schärfere Trennung von Partei und Staat - die ihn wenig kostet, solange bei ihm selbst in der Doppelfunktion als Vorsitzender des Staatsrates und Generalsekretär der Partei die Machtfäden zusammenlaufen.

Kaum einverstanden sein dürfte Krenz jedoch mit weitergehenden Gedanken des künftigen Regierungschefs: Nach Modrows Vorstellung soll die gesamte Staatsführung neu formiert werden. Ihm schwebt dabei eine echte Aufteilung der bislang auf den Staats- und Parteichef konzentrierten DDR-Macht auf vier Posten vor, mithin Ansatz einer echten Gewaltenteilung: Parteichef, Ministerpräsident, Staatspräsident und Volkskammerpräsident.

Anbieten könnte sich eine Lösung nach polnischem Muster, wo Parteivorsitz und Präsidentenamt bereits getrennt sind. Auch in der DDR gab es diese Trennung schon zu Zeiten Walter Ulbrichts. Von 1950 bis 1960 führte eine Troika das SED-Land: Wilhelm Pieck als Landesvater, Walter Ulbricht als Parteichef und Otto Grotewohl als Ministerpräsident; von 1971 bis 1976 gab es mit unterschiedlichen Konstellationen die gleiche Trennung.

Zu den neuen Oppositionsgruppen im Land hat Modrow eine locker-positive Einstellung. Es müßten, forderte er schon vor Wochen offen in Dresden, möglichst rasch alle Voraussetzungen - von einem neuen Wahlrecht bis zur Öffnung der Medien für alle politischen Zirkel - geschaffen werden, damit die Opposition sich entfalten könne.

Modrows Forderung nach Zulassung des Neuen Forums und anderer oppositioneller Gruppen ist keineswegs uneigennützig, sondern von taktischem Kalkül. Das Beispiel Solidarnosc in Polen zeige, verklickerte er den Genossen, in welcher großen Schwierigkeiten solche Gruppen kommen, wenn sie zugelassen werden und plötzlich mitregieren sollen: Inzwischen stagniere die Solidarnosc, und der kommunistischen Gewerkschaft gehe es zunehmend besser.

Noch sind die Visionen des Genossen Modrow weit von der Wirklichkeit entfernt. Noch liegt alle Macht bei seinem Kontrahenten Egon Krenz.

Und der hat bislang nicht erkennen lassen, daß er gewillt ist, diese Macht zu teilen. Krenz hat Modrow ins Politbüro geholt, um den Konkurrenten in die Verantwortung einzubinden und so das eigene Überleben zu sichern - nicht zuletzt gegenüber Moskau.

Modrows Aufstieg in die SED-Spitze war seit langem Wunsch der Sowjets. Daß sie dabei ihre Hand im Spiel hatten, taten sie letzte Woche freimütig kund: Bereits zwei Tage vor der Wahl Modrows ins Politbüro und der Entscheidung des ZK, ihn als Stoph-Nachfolger zu präsentieren, verkündeten Gorbatschows Diplomaten beim traditionellen Empfang zum Jahrestag der Oktoberrevolution in ihrer Botschaft Unter den Linden, der Mann aus Dresden sei der neue Regierungschef.

Egon Krenz, Honeckers Ziehsohn und ausgefuchster Mann des Parteiapparates, spielt auf Zeit; doch sein stetiges Lächeln scheint zu gefrieren. Er machte letzte Woche gleich mehrfach klar,

daß unter seiner Führung die SED nur jeweils jene Zipfel der Macht abzugeben gewillt ist, die sie ohnehin nicht länger festhalten kann.

Am Montag letzter Woche veröffentlichten die DDR-Zeitungen den Entwurf eines neuen Reisegesetzes - unbeeindruckt davon, daß 48 Stunden zuvor in der Ost-Berliner City Hunderttausende DDR-Bürger ihr Recht auf Freizügigkeit eingefordert hatten. Von "Bearbeitungsfristen" bis zu 30 Tagen war da die Rede und davon, daß die Reise auch künftig von anonymen Staatsdienern verweigert werden kann, wenn dies zum Schutz der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit oder der Moral "notwendig ist", was immer die SED im Bedarfsfall darunter verstehen mochte.

Nicht nur das Volk reagierte zornig, auch Ausschüsse der bisher so folgsamen Volkskammer, sogar die krenznahe FDJ muckten auf und verlangten, das Papier einzustampfen.

Die herrschende Klasse der DDR drückte sich nicht gerade fein aus. "Denen haben sie wohl ins Gehirn geschissen", kommentierten Arbeiter eines Ost-Berliner Betriebs den Entwurf. Und im VEB Energiebau im Stadtteil Marzahn drohten ganze Abteilungen mit Streik, wenn das Gesetz so in Kraft trete.

Gleichzeitig stieg die Zahl jener Ost-Bürger, die via Tschechoslowakei das Weite suchte, dramatisch weiter an. Politbürokrat Schabowski rechnete die Verlustquote vor der Presse am Mittwoch bereits in Stunden - fast 500 gingen da schon dem SED-Regime alle 60 Minuten von der Fahne. Von Mittwoch früh bis Donnerstag früh waren es 11.000, die Einwohner einer DDR-Kleinstadt.

Erst da war die Schmerzgrenze erreicht - Egon Krenz kassierte den Gesetzentwurf und machte die Tore auf.

Ähnlich taktierte der Parteichef beim Wahlgesetz. Das ZK, so beteuerte der neue PR-Manager der SED, Günter Schabowski, immer wieder vor der seit einigen Tagen in Ost-Berlin versammelten Weltpresse, sei für freie und geheime, in jeder Phase vom Volk kontrollierte Wahlen in der DDR. Die Partei erfülle damit eine Forderung von Millionen Bürgern und Genossen im ganzen Land. Doch wer daran teilnehmen darf, ob neue Oppositionsparteien zugelassen werden oder nur die SED-treuen alten Blockparteien, die sich nach festem Schema die vorher ausgekungelten Parlamentssitze teilen, ließen Schabowski wie Krenz im Nebel.

Eine taktische Meisterleistung gelang dem wendigen Generalsekretär mit der vom ZK für den 15. Dezember einberufenen Parteikonferenz, der vierten in der 43jährigen Geschichte der SED.

Verlangt hatten Genossen aus allen SED-Bezirken wahlweise eine Parteikonferenz oder einen baldigen Sonderparteitag, um ein neues Zentralkomitee zu wählen, das seinerseits dann schon wieder ein neues Politbüro bestimmen sollte - und einen neuen Generalsekretär. Der würde, bei der derzeitigen Stimmungslage in der SED, mit Sicherheit nicht mehr Krenz heißen.

Das ZK habe sich, beteuerte Schabowski letzten Donnerstag treuherzig, nur aus Termingründen für eine Parteikonferenz statt für einen Sonderparteitag entschieden. Der nämlich könne nach dem SED-Statut frühestens in zwei Monaten stattfinden.

Den wahren Grund unterschlug er: Bei einem Parteitag müßte auch der größte Teil des ZK um seine Wiederwahl fürchten. Eine Parteikonferenz jedoch hat laut SED-Statut nicht das Recht, das Zentralkomitee in toto (vollständig) auszuwechseln; sie kann nur einzelne Mitglieder, "die ihre Pflicht nicht erfüllt haben, abberufen" und durch Nachrücker aus den Reihen der ZK-Kandidaten ersetzen.

Damit ist Egon Krenz erst einmal gerettet.

Doch der Schachzug sichert dem Generalsekretär, davon sind inzwischen zahlreiche SED-Funktionäre überzeugt, nur eine Galgenfrist. Die Entfernung der Parteibasis von ihrer Führung vollziehe sich, so ihr Argument, mit Lichtgeschwindigkeit, echte freie Wahlen mit Beteiligung neuer Parteien seien nicht aufzuhalten, der Niedergang der absoluten SED-Macht mithin un-

ausweichlich - und damit das politische Ende des Genossen Krenz.

"Wir brauchen die absolute Mehrheit nicht", rechnet ein Parteireformer, "40 Prozent sind doch genug, dann sichern wir uns eben einen Koalitionspartner."

Wie realistisch die Prognose ist, steht dahin. "Höchstens noch 15 bis 20 Prozent" gab letzte Woche ein prominenter Genosse seiner Partei.

Wo die SED wirklich steht, könnte sie schon bald testen.

Um dem Volk seine innere Wende zu beweisen, sollte der SED-Chef, so hat der Ost-Berliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe vorgeschlagen, die letzte Kommunalwahl wiederholen lassen, bei der die SED das Volk schamlos und nachweisbar betrogen hat.

Ein neuer Wahlgang in den ostdeutschen Gemeinden könne, so Stolpes Idee, nicht nur ein erster landesweiter Probelauf für die neuen oppositionellen Gruppen sein, er werde der SED auch Aufschluß verschaffen, wie groß ihre Anhängerschaft noch ist.

Egon Krenz will es nicht wissen. Er hat gegenüber dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau letzte Woche jeden Gedanken an eine Neuauflage der Kommunalwahl barsch abgelehnt; warum wohl?

Er verharrt weiter in seinen alten Denkschablonen: Er und die von ihm geführte Partei wüßten, was das Volk will; ja - sie seien das Volk.

Die von Krenz noch nominell geführten Bürger sehen das anders: Die Demokratisierung in der DDR scheint nicht zu stoppen, der Prozeß scheint unumkehrbar. Die Löcher in der Mauer sind nicht zu stopfen. Selbst der amtierende DDR-Innenminister Friedrich Dickel versprach, die neue Regelung der offenen Grenzen sei "von Dauer".

Und schon der erste Tag der neuen Reisefreiheit zeigte, wie die Mehrheit der DDR-Bürger sie zu nutzen versteht: Zehntausende - die Polizei stellte das Zählen ein - fuhren von Ost- nach West-Berlin, und nur 1.500 meldeten sich, weil sie der unruhigen DDR endgültig den Rücken kehren wollten. In die Bundesrepublik kamen in den ersten 24 Stunden der neuen großen Freiheit 55.500 Ostler - 3.250 wollten nicht wieder zurück.

Die Mehrheit, sonst wären die Zahlen umgekehrt, ist sich ihrer Macht bewußt; nur das Bewußtsein der Herrschenden hält noch nicht Schritt.

Zwar: Auf einer Demo treuer SED-Mitglieder im (Ost-)Berliner Lustgarten versprach Krenz am Freitag abend - während das DDR-Fernsehen Sonderberichte vom neuen Reiseverkehr brachte -, "daß freie Wahlen stattfinden und unser Volk die Besten ins Parlament wählt". Und: "Wir sind bereit, uns zu ändern."

Aber trotzig und als Absage an alle Begehren, das Machtmonopol der SED zu kippen: "Wir werden uns nie aus der Verantwortung stehlen."

Immerhin, Schritt für Schritt, nähert sich die SED ihrem für immer oder nur für ein Bierchen davoneilenden Volk. Am letzten Mittwoch, einen Tag vor dem Tanz auf der Mauer, eröffneten die DDR-Vertreter die Sitzung der deutsch-deutschen Verkehrskommission in Erfurt mit dem Hinweis auf das vor der Tür stehende Reisegesetz und die kommende Belastung, die Ost-Berlin ohne die "Hilfe der BRD" nicht tragen könne.

Für ihren Minister Friedrich Zimmermann notierten die Verkehrsunterhändler, die DDR-Delegation habe "im gegenwärtigen Zeitpunkt feste Absprachen noch nicht treffen" können, aber darum gebeten, Bonn möge sich für "kurzfristig" anzusetzende Gespräche schon einmal auf "folgende Überlegungen" einrichten:

- Im kommenden Jahr werde die Zahl der Reisenden aus der DDR, die überwiegend die Bahn benutzen, von bisher rund zwei Millionen auf mindestens acht Millionen steigen; da die Reichsbahn das, etwa auf der Strecke Berlin-Hannover, nicht bewältigen könne, müsse die Bundesbahn die Hauptlast übernehmen.

- Auch im Kleinen Grenzverkehr werde das neue Reisegesetz den Andrang mehren; statt die DDR-Bürger wie bisher mit Ost-Bussen zur Grenze zu kutschieren und dann in West-Busse

umsteigen zu lassen, sollen rasch durchgehende Buslinien geschaffen werden.

- Die S-Bahn-Verbindung von Potsdam nach West-Berlin und von dort weiter nach Ost-Berlin, seit dem 13. August 1961 unterbrochen und durch einen kilometerlangen Umweg ersetzt, soll, sobald es geht, wiederhergestellt werden.

- Am Freitagabend rückten Bautrupps an und rissen Löcher für neue Grenzübergänge in die Mauer, darunter an so symbolträchtigen Orten wie am Potsdamer Platz im Bezirk Mitte (Sonntag) und der Glienicker Brücke zwischen Potsdam und Wannsee (Freitag).

Als die Bonner Experten aus Erfurt zurückgekehrt waren, löste ihr Bericht in der Bundeshauptstadt Alarm aus.

Zwar wies Innenminister Wolfgang Schäuble den Begriff "Katastrophe" von sich, doch klar ist: Allmählich wird es eng in der Bundesrepublik, auch wenn nur eine DDR-Minderheit sich hier einzurichten gedenkt. Seit Jahresbeginn sind - Stand Ende letzter Woche - über 300.000 Aussiedler aus Osteuropa und der Sowjetunion sowie an die 240.000 Übersiedler aus der DDR nach Westdeutschland gekommen.

Mit zusätzlichem Personal und immer neuen Unterkünften bei Bundeswehr und Katastrophenschutz gelingt es einstweilen noch, die Flüchtlinge in zwei bis drei Tagen durchs Aufnahmeverfahren zu schleusen. Danach wird es hart für die Neubürger.

Weil überall Wohnungen fehlen, dauert die vorläufige Unterbringung in Behelfsheimen, Campingwagen, Containern und auf Wohnschiffen bereits jetzt 12 bis 18 Monate, "Tendenz steigend" (Schäuble).

Schon haben die Amerikaner Kasernenraum angeboten, Bonn möchte Jugendherbergen und Bildungsstätten karitativer Verbände für Übersiedler freimachen. Arbeitsminister Norbert Blüm hat für diesen Montag die Sozialversicherungsverbände zu sich gebeten: Sie sollen ihre Immobilienbestände und Schulungsheime auf Wohnraum durchforsten; den beabsichtigten Verkauf von Arbeitsämtern, die durch Zusammenlegung freigeworden sind, hat Blüm eilends gestoppt.

SPD-Vize Oskar Lafontaine denkt eher klein. Er fürchtet, daß zuviel aus den westdeutschen Sozialkassen für DDR-Bürger ausgeworfen werden könnte: "Wir müssen uns auf das Machbare konzentrieren." Sein Parteifreund Bahr verlangt jetzt von den Bonnern "Wandel durch Nähe" und fordert, den Ossies "eine Perspektive fürs Bleiben" in der DDR zu bieten: Am Geld dürfe die Hilfe schon deshalb nicht scheitern, weil die militärische Bedrohung nun geringer geworden ist. Der Sozialdemokrat kühn: "Wenn wir Geld brauchen, dann stornieren wir den Jäger 90 und haben 100 Milliarden."

Und SPD-Ostdenker Günter Gaus plädiert, um das Thema Wiedervereinigung "wegzuschieben", für eine Vier-Mächte-Konferenz, die eine "Konföderation auf Sachgebieten" aushandeln könnte. Derweil begaben sich Parteichef Hans-Jochen Vogel und Ehrenvorsitzender Brandt zu politischen Gesprächen nach Ost-Berlin.

Ein Arbeitsstab im Bonner Finanzministerium ersann Modelle wirtschaftlicher Hilfe. Die FDP schlug einen "Investitionsfonds" für Kapitalanlagen in der DDR vor, Parteichef Otto Graf Lambsdorff: "Geld gibt es bei uns genug."

Und Kanzler Kohl suchte seine Säuernis darüber, daß er bei einer All-Parteien-Großkundgebung am letzten Freitagabend vor dem Schöneberger Rathaus gnadenlos ausgepiffen wurde, durch hektische Kontakt-Anbahnung mit Egon Krenz zu besänftigen. Doch er wurde nicht, wie er wünschte, noch Freitagabend vorgelassen; ihm blieb nur das Telefon.

Am liebsten wäre den Bonnern, die DDR-Bürger kämen nur zu Besuch und nicht für immer. Reisefreiheit, so Berlins Bürgermeister Momper vor seinem Rathaus, wo er die DDR-Bürger "zu ihrer friedlichen Revolution" beglückwünschte, ist ja auch schon etwas.

Jene, die im Westen bleiben, stimmen mit ihrem Ortswechsel - bis zum vorletzten Wochenende hieß das Flucht - darüber ab, was sie von den vornehmlich im Westen geträumten Visionen

einer bevorstehenden Wiedervereinigung halten.

Jene, die in den Osten zurückkehren, sind an diesem Traum auch nicht beteiligt: Sie wünschen sich eine real existierende DDR mit Demokratie, sozialer Fürsorge, viel Freiheiten und ein bißchen Sozialismus.

Die meisten Vereinigungs-Freunde träumen im Westen. Doch auch ihre Kritiker hätten sich ja vor kaum vier Wochen nicht träumen lassen, was bis jetzt geschah.<<

Die ungarische Regierung (Mitglied des Warschauer Paktes) stellte am 16. November 1989 einen Aufnahmeantrag für den Europarat.

In Prag demonstrierten am 20. November 1989 Hunderttausende gegen den Kommunismus.

Bürgerrechtler forderten am 26. November 1989, die Eigenständigkeit der DDR zu verteidigen (x303/171): >>... Gewaltfrei durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen. ...

Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, ... in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.

Oder: Wir müssen dulden, daß ... über kurz oder lang die DDR durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.

Laßt uns den ersten Weg gehen!<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 27. November 1989 über ein Gespräch mit dem SPD-Politiker Oskar Lafontaine.

Im Verlauf dieser Unterredung lehnte es Lafontaine ab, deutsche Spätaussiedler aus Rußland, Rumänien, den deutschen Ostgebieten und der DDR aufzunehmen (x268/186): >>Ist es richtig, daß wir allen Bürgern aus der DDR, allen Bürgern Polens, die deutscher Abstammung sind, oder den anderen, die in der Sowjetunion, Rumänien oder anderen Staaten Osteuropas leben – daß wir all denen den Zugriff auf die sozialen Systeme der Bundesrepublik einräumen: Kindergeld, Kranken- und Arbeitslosengeld, Renten? ...<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete im November 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 – 1989 (x853/...): >>**Bekennerbischof Graf von Galen im Kampf für Recht und Menschenwürde**

"Die Kirchen haben versagt, das steht nach vierzigjähriger, teils recht emotional geführter Diskussion fest. Sie haben versagt, weil sie Vorstellungen und Wünschen gefolgt waren, die bereits vor der Machtergreifung Hitlers formuliert, im 'Dritten Reich' dann ihre Verwirklichung fanden - wenigstens teilweise, und das genügte vielen Kirchenmännern, Hitlers Staat und seine Politik mittragen zu helfen." So liest man nicht etwa in "Publik-Forum", "Spiegel" oder "Zeit", wie man vermuten würde, sondern im "Parlament" vom 13.6.1987.

Diese selbstgefällige Anmaßung ist für nicht wenige Journalisten und Medienleute typisch, die vom sicheren Port glauben, die Haltung der katholischen Kirche während der Naziherrschaft mit dem Etikett "Kirche des Versagens" versehen zu dürfen. Hierbei ist für gewöhnlich nicht nur Animosität gegen die ungeliebte Kirche im Spiel, sondern sehr oft sind diejenigen, die sich für kompetent halten, über die Kirche zu Gericht zu sitzen, auch nicht annähernd von jener Sachkenntnis getrübt, die nun einmal zu einem sachgerechten Urteil gehört.

Zugegebenermaßen bedarf es eines immensen Zeitaufwands, um sich auch nur mit den wichtigsten Dokumenten jener Epoche vertraut zu machen. Hierfür ist der 42. Quellenband der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte "Bischof Clemens August Graf von Galen" ein schlagender Beweis. Auf über 1.500 Seiten im Lexikonformat hat Peter Löffler, Oberarchivrat des Bistums Münster, mit Bienenfleiß und geradezu kriminalistischem Spürsinn aus rund 30 Archiven zahlreiche, zum Teil bisher unbekannte Dokumente zusammengetragen und sachkundig kommentiert.

Darüber hinaus hat er Hintergründe und Zusammenhänge so erhellte, daß auch der interessierte Nichtfachmann dieses voluminöse Werk mit großem Gewinn lesen kann. Ein chronologisches Register sowie ein detailliertes Personen-, Sach- und Ortsregister erleichtern die Lektüre dieser Bände ungemein.

Wer, sich in Wort oder Schrift zum Verhalten der Kirche und ihrer damaligen Repräsentanten äußern will, kann kaum an dieser Dokumentation vorübergehen.

Ein relativ knappes, aber präzises Lebensbild, ruft dem Leser die Gestalt des wohl populärsten deutschen Bischofs der Nazizeit in Erinnerung. Selbst diejenigen, die bewußt die damalige Zeit miterlebt haben, werden viel Neues erfahren.

Anderes, das sie vielleicht nur mehr verschwommen im Gedächtnis haben, vermögen sie aus neuer Perspektive zu sehen. Und wer das Verhalten der deutschen Bischöfe während des Dritten Reichs möglicherweise nicht immer recht zu verstehen vermochte, wird beim Studium dieses gewaltigen Dokumentarwerks erkennen, daß die damaligen Verhältnisse doch sehr viel verworrener waren, als es sich Menschen, die in einem Rechtsstaat aufgewachsen sind, auch nur vorzustellen vermögen. Papst Pius XII. schrieb am 12. Juni 1940 dem Berliner Bischof Graf von Preysing, der mit der "Eingabepolitik" des damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Pertram, nicht einverstanden war und eine schärfere Gangart gegenüber den damaligen Machthabern wünschte:

"Es ist ein bisweilen schmerzliches, aber menschlich auch unvermeidliches Charakteristikum dieser schweren Zeit, daß methodische Meinungsverschiedenheiten auch zwischen solchen entstehen, wachsen und sich verschärfen, die im Grundsätzlichen gleicher Gesinnung sind ..."

- Die 565 Nummern umfassende Dokumentation beginnt mit dem Erlaß des Kapitularvikars von Münster über die Ernennung des Pfarrers von St. Lamberti, Clemens August Graf von Galen, zum Bischof von Münster und endet mit der Trauerpredigt von Kardinal Frings am 28. März 1946.

In dieser Zeitspanne spielen sich die wechselvollen Ereignisse ab, die den Bischof von Münster zu einem der profiliertesten Oberhirten Deutschlands während der Nazidiktatur machten.

Freilich muß man sich bei aller Wertschätzung des unerschrockenen Bekennerbischofs davor hüten, ihn gegen andere Oberhirten dieser Jahre ausspielen zu wollen, eine Versuchung, der allzu viele immer wieder erliegen.

Dafür waren die örtlichen Voraussetzungen wie auch Herkunft, Werdegang und Temperament der einzelnen Bischöfe zu unterschiedlich. Dem Bischof von Münster kam neben seiner Herkunft aus westfälischem Uradel noch seine hünenhafte Statur zugute, sowie die Tatsache, daß die Mehrzahl seiner Gläubigen damals noch ungebrochen und unbeugsam im katholischen Glauben verwurzelt war.

Dies zeigt sich ganz besonders, wenn auch nicht ausschließlich, im Kampf um das Kreuz 1936 in Oldenburg. Natürlich schmälern diese Umstände nicht die Verdienste des Bischofs. Jedoch gebieten Objektivität und Fairneß, diese Tatsachen nicht unbeachtet zu lassen. Die meisten anderen Bischöfe hatten den Kirchenkampf unter ganz anderen Voraussetzungen und Bedingungen zu führen. Man denke etwa nur an Bischof Sproll von Rottenburg, der lediglich wegen der Nichtteilnahme an einer Reichstagswahl bereits 1938 für die gesamte Dauer der Nazierrschaft in die Verbannung mußte.

- Die Nazis hatten von dem als nationalkonservativ geltenden neuen Bischof wohl eine aus ihrer Sicht gedeihliche Zusammenarbeit erwartet. Man wußte, daß er von tiefster Ehrfurcht gegenüber dem greisen Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg erfüllt, aber nicht gerade ein Freund des "liberalistischen" Weimarer Parteienstaates war.

Bei seiner Konsekration bildeten SA- und Stahlhelmsformationen in Uniform Spalier. Freilich hätte schon sein *Wahlspruch "Nec laudibus - nec timore"* darauf hinweisen können, daß man in ihm keinen willigen "Erfüllungsgelhilfen" im Sinn des Regimes finden würde. So wurde er

bereits 14 Tage nach seiner Inthronisation bei der Schulbehörde von Münster wegen deren unzulässigen Eingriffs in den Religionsunterricht vorstellig.

Und der Kampf für die Konfessionsschule, die im Reichskonkordat ausdrücklich garantiert war, und einen Religionsunterricht im Geist und Verständnis der katholischen Kirche, zog sich wie ein roter Faden durch seine Amtsführung.

Aus den vorliegenden Dokumenten geht eindrucksvoll hervor, vor welcher schwierigen Entscheidung damals die Bischöfe gestellt wurden. Selbst im Nachhinein ist oft schwer zu sagen, wie sie sich hätten verhalten sollen. Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen:

- Was sollte man zum Wunsch der Partei sagen, daß bei Veranstaltungen etwa der Hitlerjugend oder der Frauenschaft Priester religiöse (!) Vorträge halten sollten? Bot sich hier nicht die Chance, viele, die vielleicht überhaupt keinen Kontakt mehr zur Kirche hatten, zu erreichen, bei ihnen Verständnis für religiöse Fragen zu wecken und mit dem Gedankengut der Kirche vertraut zu machen? Aber bestand andererseits nicht die Gefahr, daß die Geistlichen als Lockvögel und Werbeträger benutzt würden? Konnte nicht der Eindruck entstehen, Parteiveranstaltungen würden gegenüber solchen katholischen Vereinigungen bevorzugt?

- Wie sollte sich der Bischof verhalten, wenn in Münster Theologiestudenten von der Universität zum Wehrsport und SA-Dienst (!) verpflichtet wurden. Wo lagen die Grenzen des gerade noch Zulässigen? Wann, wo und wie sollte oder mußte man auf Konfrontationskurs gehen?

Bei der Fülle der Dokumente muß man darauf achten, daß man selbst bei einem solchen profilierten Nazigegner wie dem Grafen von Galen nicht einzelne Äußerungen aus dem Zusammenhang reißen darf. Sonst könnte man selbst ihn bisweilen der Sympathien für die Nazis verdächtigen.

- So, wenn er am 28. Januar 1934 auf der Führertagung der katholischen Arbeitervereine und Werkjugend sagte: "Mit heißem, vaterlandsliebenden Herzen stehen wir in diesem Kampf (um äußere Freiheit und Gleichberechtigung in der Völkerfamilie) hinter dem Führer, den Gottes Vorsehung auf seinen verantwortungsvollen Posten berufen hat."

Auch beim "Löwen von Münster" muß man auf das Gesamte seiner Äußerungen achten, um klar zu erkennen, wie kompromißlos er vom Gedanken durchdrungen war, zwar dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, aber noch mehr, Gott zu geben, was Gottes ist.

- Daß seine weltanschauliche Haltung über jeden Zweifel erhaben war, wurde sehr bald deutlich. Bereits am 6. April 1934 schrieb der Gauleiter, Reichsstatthalter und Ministerpräsident von Oldenburg und Bremen, Röver, an die Reichskanzlei, daß zwar auch in anderen Diözesen Hirtenbriefe verlesen würden, die sich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzten, daß aber "der Hirtenbrief des Bischofs von Münster (vorn Ostersonntag, dem 26.3.1934 gegen den 'Mythus' Rosenbergs und das moderne Neuheidentum die übrigen bei weitem an Schärfe übertrifft. Jeder Satz ist vom Haß gegen den Nationalsozialismus diktiert."

Wenngleich die Predigten des Bischofs von erfrischender Deutlichkeit und nicht selten auch Schärfe gekennzeichnet waren, wußte er doch häufig seine Angriffe gegen die Irrlehren des Nationalsozialismus geschickt mit Worten des "Führers" oder anderer Parteigrößen zu verbinden. So, wenn er am 15.4.1934 in Billerbeck betonte: (Hitler) "hat als Reichskanzler in feierlicher Stunde erklärt, daß er das Werk der Wiedererneuerung unseres Volkes auf den Felsenfundament des christlichen Glaubens stellen wolle. Das Vertrauen auf dieses Manneswort unseres Führers darf niemand erschüttern!"

- In Recklinghausen suchte er am 23.9.1934 in leidenschaftlicher Form eine Unterscheidung zwischen gottgesetzter Obrigkeit und Parteiideologie zu treffen. Er beklagte in dieser Predigt die Knebelung der kirchlichen Vereine und Organisationen, die durch das Reichskonkordat ausdrücklich garantiert waren und erklärte: "Wir stehen nicht in verneinender Opposition gegen den Staat, gegen die jetzige Staatsgewalt ... Treu deutsch sind wir, - wir sind auch treu katholisch!"

- Schon sehr bald gab es offene und versteckte Drohungen gegen den Bischof. Hierzu nahm er nach der sog. Großen Prozession am 8. Juli 1935 Stellung: "Ich weiß nicht, ob schon ein Bischof von Münster durch Drohungen sich hat abschrecken lassen, das zu tun und zu sagen, was er in Ausübung seines heiligen Amtes glaubte tun und sagen zu müssen ... Ich weiß nicht ... ob auch ich noch einmal gewürdigt werde, für den Namen Jesu Schmach zu leiden', nicht nur Mißkennung und Vorwürfe, sondern auch durch Beraubung der Freiheit, durch Mißhandlung und Leiden ..."

Bereits 1934 wurden ja Hetzlieder gesungen wie "Die alte Judenschande ist endlich ausgefegt, die schwarze Lügenbande hetzt wieder unentwegt ..." Man sprach schon damals von "schwarzem Schwein", "schwarzem Lumpenpack", "schwarzem Hetzkaplan" usw. - Schon sehr früh wurden Hirtenbriefe, Amtsblätter und Kirchenzeitungen von Kriminalpolizei oder Gestapo beschlagnahmt, wie Galen an den Innenminister Frick am 23. Juli 1934 schrieb.

Durch solche Maßnahmen wurde die Möglichkeit der deutschen Bischöfe, sich an ihre Gläubigen zu wenden und zu aktuellen Tagesfragen, die den christlichen Glauben berührten oder in Frage stellten, Stellung zu beziehen, stark eingeschränkt. Kardinal Faulhaber, der Erzbischof von München, schrieb hierzu am 13. August 1934: "Zur Zeit haben wir den Zustand der vollendeten Rechtlosigkeit, unter dem mit der Zeit alles zugrunde geht."

Schon sehr bald nach der "Machtergreifung" setzten ausgeklügelte Schikanen gegen die Kirche ein. So wollte man einen numerus clausus für Theologiestudenten einführen, die zwar das Reifezeugnis hatten, aber nicht die "Hochschulreife" zuerkannt bekamen. Für diese war der Oberpräsident nach Anhörung des Gauleiters (!) zuständig. Er überprüfte die "politische Zuverlässigkeit" des Antragstellers.

- Zahlreiche Maßnahmen der Machthaber drohten den christlichen Glauben zu gefährden und zu untergraben. Immer wieder mahnte Galen die Eltern, sich ihrer Pflicht bewußt zu sein, für die Erhaltung und Festigung des Glaubens ihrer Kinder zu sorgen. So bereitete das "Landjahr", von dem allein aus der Diözese Münster 30.000 Kinder betroffen waren, große Sorgen. Sie kamen nicht nach religiösem Bekenntnis getrennt, sondern gemischt zum Einsatz, um "die konfessionellen Gegensätze zu überbrücken". Ein entsprechendes Gesetz trat bereits am 1. April 1934 in Kraft.

- Im Mai 1935 wurde der Bischof mit einer Denkschrift an Hitler betraut, die Kardinal Faulhaber diesem am 30. August zusandte. Sie wurde niemals beantwortet. In diesem umfangreichen Schreiben suchte Graf von Galen Hitler mit dessen eigenen Worten zur Einhaltung jener Bestimmungen zu bewegen, die durch das Reichskonkordat einvernehmlich geregelt worden waren.

An sich gab es eine ganze Reihe von Grundsätzen, die ein gedeihliches Zusammenwirken von Kirche und Staat ermöglicht hätten. So hatte Hitler in "Mein Kampf" geschrieben:

"Dem politischen Führer haben religiöse Lehren und Einrichtungen seines Volkes immer unantastbar zu sein, sonst darf er nicht Politiker sein, sondern soll Reformator werden, wenn er das Zeug hierzu besitzt! Eine andere Haltung würde vor allem in Deutschland zu einer Katastrophe führen" (S. 127).

Und: "Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich in den Männern, die heute die völkische Bewegung in die Krise religiöser Streitigkeiten hineinziehen, schlimmere Feinde meines Volkes sehe, als im nächstbesten international eingestellten Kommunisten" (S. 631).

- Galen schrieb in Anknüpfung an diese Worte:

"Wir sind überzeugt, daß diese programmatischen Worte Euer Exzellenz nach Ihrem Willen Richtschnur für die Haltung und das Wirken von Euer Exzellenz geschaffenen und geführten nationalsozialistischen Bewegung und aller ihrer Mitkämpfer sein sollen."

Bei aller Wahrung der Form gegenüber dem Staatsoberhaupt verweist er auf "die Bestrebungen jener, welche im Gegensatz zu Euer Exzellenz programmatisch festgelegten Willen die

völkische Bewegung ... mit einem Kampf gegen den sog. 'Ultramontanismus', in Wirklichkeit gegen das Christentum, besonders gegen die katholische Kirche belastet haben."

Mit zahlreichen Belegen aus Parteischriften, Schulungsbriefen und Kernsätzen aus dem "Mythus", die den von Hitler geprägten Grundsätzen entgegenstanden und so zum Kampf gegen die Kirche führten, untermauerte er seine Worte.

- Gleich den anderen Oberhirten stand auch der Bischof von Münster immer wieder vor der Frage, wie man sich gegenüber einzelnen Maßnahmen der Regierung verhalten solle. Vieles, an das kaum jemand überhaupt nur gedacht haben dürfte, war nicht durch das Konkordat geregelt. So bestimmte das Reichsflaggengesetz vom 15.9.1935, daß selbst bei bestimmten Anlässen, die nicht das geringste mit der Kirche zu tun hatten - etwa dem Besuch des Chefideologen und geschworenen Feindes des Christentums, Alfred Rosenberg in Münster - auch auf kirchlichen Gebäuden, selbst auf den Gotteshäusern, die Hakenkreuzfahne zu hissen sei.

Auf Zuwiderhandlung stand Gefängnis oder Geldstrafe oder beides. Während der Kölner Metropolit, Kardinal Schulte, diese Frage für eher zweitrangig hielt, ging es dem Bischof von Münster ums Prinzip. Auch in anderen, wesentlich wichtigeren Fragen, war die Meinung der Bischöfe nicht immer einhellig, wie wir noch sehen werden.

Es konnte auch wohl kaum anders sein, da die Bedingungen in den einzelnen Diözesen sehr unterschiedlich waren. Was etwa in Münster keine Schwierigkeiten bereitete, war in Hamburg völlig undenkbar. Andererseits war es schon wegen der Gläubigen höchst wünschenswert, daß die Bischöfe einheitlich vorgingen.

Ein besonders wichtiges Zeitdokument stellen die Ausführungen von Galens auf der Dechantenkonferenz in Münster am 28.10.1935 dar.

Der Bischof sprach von den vielfältigen Versuchen, die Geistlichen in der Schule und auf der Kanzel zu überwachen, vom unheilvollen Einfluß des Biologieunterrichts, in dem Lehren vortragen wurden, die mit dem katholischen Glauben unvereinbar sind, von den verschiedensten Vorwänden, Priester aus den Schulen zu verdrängen, von der Hetze in den Schulen gegen die katholischen Jugendverbände, der fast gewaltsamen "Werbung" für die Staats-Hitlerjugend, obgleich deren Leitung und Schrifttum das Christentum scharf bekämpften, von zahlreichen Einschränkungen der katholischen Jugendarbeit, die dazu führte, daß katholische Jugendverbände für Kinder und Jugendliche nicht mehr attraktiv waren, von der Erziehung zu einer unchristlichen, ja christentumsfeindlichen Jugend.

Es bestand das Verbot der Doppelmitgliedschaft von "Arbeitsfront" und katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen. Wer aber nicht der "Arbeitsfront" angehörte, bekam keine Arbeit usw. Konnte es die Kirche verantworten, daß ihre treuesten Mitglieder um der Treue zu ihren Vereinen willen um Arbeit und damit Broterwerb kamen?

- Schließlich seine Frage, die heute nicht weniger aktuell ist als damals: "Sind unsere Gläubigen in ihrer Mehrzahl hinreichend religiös unterrichtet und geschult, um die verführerischen Irrlehren als solche zu erkennen und zurückzuweisen?"

(Man denke an die Jugendsekten und die Okkultismuswelle unserer Tage!) Sind sie so tief innerlich von der Treue zu Christus erfaßt und gestählt, daß sie unter jeder Bedingung entschlossen sind, gegebenenfalls 'Gott mehr zu gehorchen als den Menschen'?

- In seiner Ansprache vor den Dechanten verwies der Bischof auch auf das Versprechen Hitlers im Juni 1934 gegenüber den drei Bischöfen, die im Auftrag der Bischofskonferenz zusammengetroffen waren, jede Propaganda für die neuheidnischen Ideen zu untersagen. Wenngleich dieses Versprechen auch nicht widerrufen worden sei, sei es doch nie erfüllt worden.

Graf von Galen, dem der Volksmund später nicht ohne Grund den Namen "Löwe von Münster" gab, sah sehr klar, daß man den Kampf mit der Regierung nicht leichtfertig herbeiführen dürfe. Zwar werde die Kirche kraft göttlicher Verheißung nicht untergehen, aber ein mit den damaligen Mitteln der Propaganda, des wirtschaftlichen Drucks usw. erneuerter Kulturkampf

würde für die Kirche erheblich verlustreicher als zur Zeit Bismarcks. Der Kampf müsse stets gegen Irrtum und Lüge gehen, niemals aber gegen irrende Personen. Es gelte, die Gläubigen im Glauben froh zu machen.

- Man muß sich immer wieder an das erinnern, was der Bischof bereits 1935 sagte: Alle öffentlichen Kundgebungen der Kirche wurden mißtrauisch überwacht, alle nicht althergebrachten Glaubenskundgebungen wurden verboten. Die anfangs mehr sporadischen Verbote einzelner Hirtenbriefe und sonstiger bischöflicher Verlautbarungen führten im Lauf der Jahre schließlich weitgehend zur vollständigen Unterdrückung der kirchlichen Presse, trotz Artikels 4 des Reichskonkordats, der sie ausdrücklich garantierte.

Damit entfielen für die Bischöfe weitgehend die Mittel zur Unterweisung der Gläubigen und ihrer Festigung im Glauben. Allerdings wußte dennoch jeder Katholik, der es mit seinem Glauben ernst nahm, wie die Kirche zu den verschiedenen Maßnahmen des Staates stand.

- Bei der schon sehr früh einsetzenden Überwachung der Predigten kam es nicht selten zu Entstellungen, weil einzelne Sätze aus dem Zusammenhang gerissen wurden, der Spitzel etwas nicht richtig verstanden hatte usw.

Peter Löffler hat dies mittels einer Konkordanz der tatsächlichen Ansprache des Bischofs vom 13. Juli 1935 (nach der sog. Großen Prozession), des Berichtes der Gestapo Münster sowie der Gauleitung Westfalen-Nord dokumentiert.

Um unnötige Mißverständnisse zu vermeiden, machte das kirchliche Amtsblatt vom 1.10.1936 darauf aufmerksam, daß der Abdruck eines Hirtenschreibens gestattet sei, jedoch nur bei Wiedergabe des ganzen unverkürzten Wortlauts.

Genau wie in seiner Denkschrift für Hitler appellierte der Bischof auch bei seinen Eingaben, Beschwerden und Denkschriften immer wieder geschickt an die Vertragstreue der Machthaber und berief sich auf Worte und Zusagen der verschiedenen Parteigrößen.

Allein 83 x wandte er sich an höchste Würdenträger wie Gauleiter, Minister und Oberpräsidenten, 6 x an Hitler persönlich. Freilich war letzten Endes alles vergebens. Immer wieder mußte er, genau wie der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, erfahren, daß er überhaupt keine Antwort erhielt oder seine Beschwerden als unbegründet zurückgewiesen wurden.

Dies alles muß man berücksichtigen, wenn man jene Zeit und das Verhalten von Kirche und Bischöfen während des Dritten Reichs gerecht beurteilen will. Hier dürfte auch einer der Gründe dafür liegen, daß sich Graf von Galen, wie andere Bischöfe auch, innerhalb des Konkordatsbereichs bewegte. Waren schon die Bemühungen auf diesem völkerrechtlich abgesicherten Gebiet zum Scheitern verurteilt, was konnten die Bischöfe dann erhoffen, wenn sie sich für außerkirchliche Belange einsetzten?

- So gibt es etwa unter den Dokumenten keinen einzigen Hinweis auf die Vorgänge um die "Reichskristallnacht", wengleich andererseits feststeht, daß sich der Bischof von Münster, wie andere Bischöfe auch, so vor allem Kardinal Innitzer in Wien, Graf von Preysing in Berlin und Erzbischof Gröber in Freiburg, für verfolgte Juden eingesetzt hat. Freilich erfolgte diese Hilfe nicht in der spektakulären Weise, wie sie heutige Zeitgenossen erwarten, die eine Diktatur nur aus Büchern oder oft sehr einseitiger Mediendarstellung kennen, sondern im Verborgenen.

Der Historiker Rudolf Morsey - der auch dieses Dokumentarwerk redaktionell betreute - wies daraufhin, daß Graf von Galen während des Krieges auch für die Juden öffentlich das Wort ergreifen wollte. Aber "auf ausdrückliche Bitten von Vertretern der münsterischen Judenschaft" sah er hiervon ab, "um deren Lage nicht zu verschlechtern." (Die Welt, 2.5.1987)

- Der anonyme Brief eines Juden, der etwa Mitte September 1941 geschrieben wurde, rühmt "mit größter Bewunderung" den "Heldenmut" des Bischofs und schließt mit dem Wunsch "Gott segne Sie!"

Und wie die Synagogengemeinde von Köln den Tod "des auch von uns so verehrten mutigen Kämpfers für die Menschlichkeit" betrauert, rühmt der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden der Nordrhein-Provinz in seinem Kondolenzschreiben den Kardinal als einen "der wenigen pflichtbewußten Männer, der den Kampf gegen den Rassenwahn in schwerster Zeit geführt hat."

- In ihrem Hirtenbrief vom 12.9.1943 hatten sich alle deutschen Bischöfe gegen die "in sich schlechte Tötung an schuld- und wehrlosen Geistesschwachen und -kranken, an unheilbar Siechen und tödlich Verletzten, an erblich Belasteten und lebensuntüchtigen Neugeborenen, an unschuldigen Geiseln und entwaffneten Kriegsgefangenen oder Strafgefangenen, an Menschen fremder Rassen und Abstammung" gewandt.

Wenn heute vielfach behauptet wird, die Bischöfe hätten sich nicht klar ausgedrückt, so war man damals jedenfalls nicht so begriffsstutzig, wie etliche Parolen der Nazis zeigten: "Pfaff und Jud - eine Brut!" Und im Reichsbahnausbesserungswerk München-Freimann prangte der schöne Spruch:

"Wann wird der Menschheit Heil geschaffen? Wann wird die Welt zum Licht geführt? Wenn mit dem Darm des letzten Pfaffen - Der letzte Jud erdrosselt wird!"

Der Kampf gegen die Rasseideologie gehörte seit Beginn seines Pontifikats zu den am häufigsten behandelten Themen des Bischofs. Bereits in seinem Hirtenbrief vom 26. März 1934 hatte er sich mit Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" auseinandergesetzt, einem krausen Gemisch germanophiler Phantastereien und platten Angriffen auf das Christentum, insbesondere die katholische Kirche. Hierzu gehörte schon damals großer Mut, denn der "Mythus" wurde zwar offiziell als Privatarbeit hingestellt, bildete aber in Wirklichkeit neben Hitlers "Mein Kampf" die ideologische Richtschnur für die Schulung im nationalsozialistischen Geist, der die Überlegenheit der arischen Rasse beweisen sollte.

- Im Lauf der Jahre steigerte sich mehr und mehr die Gewissensnot des Bischofs, die in einem Brief an Bischof Berning von Osnabrück vom 26.5.1941 ihren beredten Ausdruck fand. Nachdem von Galen einige Gewaltakte der Nationalsozialisten aufgezählt hatte, schreibt er dann weiter:

"Die angeführten Tatsachen zeigen wieder einmal, welch blindem Haß und welchem willkürlichen Mißbrauch der Macht wir gegenüberstehen ... Es scheint mir nachgerade höchste Zeit zu sein, daß wir einmal in einer gemeinsamen Besprechung uns darüber klar und einig werden, ob wir die Fortführung des uns aufgezwungenen Abwehrkampfes in der bisherigen, fast ganz passiven Weise noch verantworten können.

Die Kriegszeit legt uns zwar Zurückhaltung nahe. Aber (es) ... ist doch die Frage zu prüfen, ob nicht gerade die Liebe zur gesunden Entwicklung unseres Volkslebens uns als deutsche Männer bestimmen muß, freimütig und öffentlich für die Wahrung von Recht und Freiheit einzutreten ... (Nach Anführung weiterer Rechtsbrüche der Nazis fährt er fort:)

Auch ich habe dieses, wie vieles andere, bisher ohne öffentlichen Protest hingenommen. Ich habe mein Gewissen immer wieder damit zur Ruhe gebracht, daß ich mir sagte: Wenn der Kardinal Bertram und so viele andere Bischöfe, die an Alter, Erfahrung und Tugend mir überlegen sind, bei all dem ruhig bleiben und sich mit den papiernen und wirkungslosen, der Öffentlichkeit unbekanntem Protesten des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz begnügen, dann wäre es anmaßend, ... vielleicht auch töricht und verkehrt, wenn ich durch eine 'Flucht in die Öffentlichkeit' mich vordrängen und möglicherweise sogar noch brutalere Maßnahmen gegen die Kirche provozieren würde ..."

- Nur wenige Wochen später folgten dann die drei berühmten Brandpredigten, die den Bischof weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt machten. Die Predigten vom 13. und 20. Juli sowie vom 3. August 1941 bildeten zwar die Höhepunkte im Kampf des Bischofs gegen Willkür und Rechtsbrüche der Machthaber und für die ungeschmälerte Freiheit der Glaubens-

verkündigung, aber sie waren nur die Konsequenz seines unbeirrbaren Einsatzes für Recht und Menschenwürde. ...

Nach der Besetzung Sendenhorsts am Karsamstag 1945, wo der ausgebombte Bischof Zuflucht gefunden hatte, bewahrte dieser gegenüber den Alliierten dieselbe würdige Haltung wie einst gegenüber den Nationalsozialisten. Mit Leidenschaft wandte er sich gegen die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes.

Das führte in Exilkreisen zu mancher Irritation. Thomas Mann fühlte sich bemüßigt, vom unerschrockenen Bekennerbischof, der nicht in der Geborgenheit des Exils, sondern unter ständiger Bedrohung durch die braunen Machthaber den Kampf gegen Unrecht und Mißachtung der Menschenwürde geführt hatte, als einem "unbelehrbaren Geistlichen" zu sprechen. Die Emigrantenzeitung AUFBAU sprach im April 1945 von ihm als einem antihitlerischen Hitlerianer.

- Doch die deutsche Bevölkerung, die zusammen mit Graf von Galen die furchtbaren Belastungen und Kämpfe der Nazidiktatur an vorderster Front durchgestanden hatte, sah in ihm den "Löwen von Münster". In ihren Augen wuchs die Gestalt des großen Bischofs geradezu zum Pater Patriae, der sich mit ganzer Kraft für die Menschen einsetzte. An sich zu Recht erwartete man, daß er mit seiner Fürsprache bei den Alliierten nahezu alles Menschenmögliche erreichen werde.

Aber ein wenig ernüchtert schrieb er seinem Bruder Franz: "Leider ist mein Einfluß gleich Null."

- Als Graf von Galen am 23. Dezember 1945 zum Kardinal erhoben wurde, sollte diese Auszeichnung - in der 1.100jährigen Bistumsgeschichte einmalig - vor aller Welt ein unübersehbares Zeichen für die außerordentliche Wertschätzung sein, mit dem Papst Pius XII. die tapfere Haltung der meisten Katholiken dieses Bistums und vor allem seines Oberhirten würdigen wollte.

Als die 32 neu ernannten Kardinäle am 21. Februar 1946 zur feierlichen Überreichung des Roten Hutes in die Peterskirche einzogen, steigerten sich die Ovationen für den "Conte de Galen" zu einem Triumph. Alle Welt sah in ihm den Repräsentanten des "anderen Deutschland", der sein Knie nicht vor Baal gebeugt hatte. Doch nur wenige Tage danach, am Nachmittag des 22. März wurde er von Gott heimgerufen.

In seiner Trauerpredigt sprach Kardinal Frings aus, wovon gewiß alle anständigen Deutschen zutiefst durchdrungen waren: "Solange es ein Bistum Münster gibt, wird man Kardinal Galen mit Stolz nennen als die Zierde des Münsterlandes.

Solange es Geschichte des deutschen Volkes gibt, wird man ihn als der Idealsten einen, als den Stolz Deutschlands nennen."

Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933-1946, Band I und II. Bearbeitet von Peter Löffler. Reihe A: Quellen. Band 42 der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. 1988. ... <<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x020/79) = Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Seite 79.

x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten</u> . Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten</u> . Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x116	Ranke, Winfried u.a.: <u>Kultur, Pajoks und CARE-Pakete</u> . Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod</u> . Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x298	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Zeitgeschichte</u> . 1. aktualisierte Auflage. Braunschweig 1997.

x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): <u>Durchblick</u> . GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x324	Deschner, Karlheinz: <u>Kriminalgeschichte des Christentums. Band 1. Die Frühzeit</u> - Von den Ursprüngen im Alten Testament bis zum Tod des heiligen Augustinus. Unveränderte 5. Auflage. Hamburg 2004.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com-content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x921	http://www.kath-info.de/falschlehrer.html - April 2019